

**Die Funktionen des Getreidehandels heute,
unter besonderer Berücksichtigung der
Auswirkungen der technischen Entwicklung
und der Marktordnung**

Die Funktionen des Getreidehandels heute,
unter besonderer Berücksichtigung der Auswirkungen
der technischen Entwicklung und der Marktordnung

Inaugural - Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
einer Hohen Staatswirtschaftlichen Fakultät
der Ludwig-Maximilians-Universität
zu München

vorgelegt

von

Anton Reichl

1966



Referent: Professor Dr. Robert Nieschlag

Korreferent: Professor Dr. Guido Fischer

Tag der mündlichen Prüfung: 21. Februar 1961

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Abkürzungen	
Inhaltsverzeichnis	
Vorwort	
A. Wesen und Aufbau des Getreidehandels	1
I. Begriff und Abgrenzung	1
II. Das Produkt Getreide	3
1. Bedeutung und Stellung des Getreides innerhalb der landwirtschaftlichen Produkte	3
2. Die spezifischen Eigenschaften des Getreides und ihre Bedeutung für den Getreidehandel	4
a) Der Feuchtigkeitsgehalt	4
b) Verunreinigung - Besatz	6
c) Lagerfähigkeit	7
III. Die Organisation des Getreidehandels	8
1. Die Handelskette	9
a) Binnenhandelskette	9
b) Importhandelskette	12
2. Die Kettenglieder	14
a) Der Erfassungshandel und seine Eigenheiten	14

	Seite
aa) Der Landwarenhandel	16
aaa) Die funktionelle Angliederung des Getreideerfassungshandels an den Landwarenhandel	18
aab) Die Notwendigkeit der Verbindung von Getreideerfassungshandel und Landhandel	19
ab) Die Genossenschaften	21
ac) Die Tätigkeit der Mühlen und Verarbeitungsbetriebe in der Getreideerfassung	22
b) Der Getreidegrosshandel, Export- und Importhandel	24
c) Die Einfuhr- und Vorratsstelle für Getreide (EVSt-G)	27
3. Die Warenbörse und ihre Bedeutung im deutschen Getreidehandel	28
B. Die Funktionen des Getreidehandels heute	32
I. Die Ausgleichsfunktionen	32
1. Die Raumüberbrückungsfunktion	32
a) Der Transportweg	33
b) Der Transportträger	36
ba) Der Erzeuger als Transportträger	36
bb) Der Händler als Transportträger	37
bc) Gewerbliche und öffentliche Verkehrsträger	38
bd) Die Verarbeitungsbetriebe als Transportträger	40

c) Die Transportmittel	40
ca) Das Hochsee- und Dinnenschiff	41
cb) Die Bundesbahn	42
cc) Der Lastkraftwagen	43
d) Die Transportart	45
da) Der Transport in Säcken	45
db) Der Losetransport	46
e) Die Transportkosten	53
ea) Die Höhe der Transportkosten und ihre Beeinflussung durch die Wahl des Transportmittels und der Transportart	53
eb) Die Träger der Transportkosten	59
f) Das spezielle Risiko beim Getreide- transport	62
2. Die Zeitüberbrückung	64
a) Das Problem geballter Erzeugung bei kontinuierlichem Verbrauch	64
b) Die Ursachen für die fortschreitende Ballung der Ernteablieferung und die damit verbundene Zentralisierung der Lagerhaltung beim Handel	65
ba) Die modernen Ernteverfahren	65
bb) Die mangelnde Lagerkapazität und -möglichkeit bei den Erzeugern	72
bc) Die starke Illiquidität der Erzeuger	74
c) Die Lagerhaltung	76
ca) Die Lagerkapazität und ihre rich- tige Wahl im Hinblick auf die Stoss- belastung (Problem der kontinuierlichen Aus- nutzung)	76

	Seite
cb) Die Träger der Lagerhaltung	79
cba) Das Eigenlager	80
cbb) Der gewerbliche Lagerhalter	83
cbc) Der Bund und die Verarbeiter als Träger der Lagerfunktion	85
cc) Die Lagerungskosten	86
cd) Die Abhängigkeit der Höhe der Eigenlagerung von der Kostendeckung durch den Report	89
ce) Das spezielle Risiko bei der Getreidelagerung	101
3. Die Mengenausgleichsfunktionen	102
a) Die Sammelfunktion des Erfassungshandels	102
aa) Die Grösse der Teilmengen	103
ab) Der Lieferantenkreis und das Einzugsgebiet in seiner Bedeutung für die Sammelfunktion	106
ac) Die Sammelorgane	108
ad) Die Qualitätsfeststellung und ihre Problematik im Zusammenhang mit der Sammeltätigkeit	109
ae) Die Erfassungskosten und die wirtschaftlichen Grenzen der Sammeltätigkeit	112
b) Die Verteilungsfunktion	114
ba) Die Absatzform im Getreidehandel	114
bb) Der Absatzweg	116
bc) Der Abnehmerkreis und die Absatzkosten	118

	Seite
II. Die Manipulationsfunktionen	120
1. Die Qualitätseinstufung	120
a) Der technische Vorgang der Qualitätsfeststellung	120
b) Die Qualitätskriterien und ihre Problematik	127
2. Die Reinigung	133
a) Die Bedeutung der Reinigung für Qualität und Lagerfestigkeit des Getreides	133
b) Die wachsende Zunahme der Reinigung als Folge des Mähdrusches	135
c) Die Reinigung und ihre Kosten für Händler und Erzeuger	136
d) Ursachen und Folgen der weitgehenden Ausgliederung der Reinigung aus dem Funktionsbereich der Erzeuger und ihrer Übertragung auf den Handel	139
3. Die Trocknung	142
a) Die Zunahme der Trocknung als Folge der modernen Erntemethoden	142
b) Die weitgehende Ausklammerung der Trocknung aus dem Funktionsbereich der Landwirtschaft und ihre Übertragung auf den Handel	144
c) Die Trocknungskapazitäten in Westdeutschland und ihre zunehmende Dezentralisierung	146
d) Die Trocknungskosten	148
e) Das Problem der Kostendeckung der Trocknung durch die Feuchtigkeitsabschläge	156

	Seite
f) Das Trocknungsrisiko	160
4. Die Auswirkungen des Stossgeschäftes auf die Maschinenkapazität und -ausnutzung	162
5. Die Auswirkungen der Zunahme der Manipulationsfunktionen auf den Kapitalbedarf der Getreidehandelsbetriebe	164
III. Die Dienstleistungsfunktionen	166
1. Die Kreditfunktion	166
a) Die Schlüsselstellung der Kreditfunktion und ihre Ursachen	166
b) Getreide als Kreditgrundlage und Kreditsicherung	169
c) Kreditdauer und Kreditgeber	171
d) Die gebräuchlichsten Kreditarten	174
e) Die Kreditquellen des Handels	176
f) Die Bedeutung des Getreidelombards	181
fa) Die Technik der Getreidelombardierung	183
fb) Der Einfluss von Diskontsatz und Report auf die Inanspruchnahme von Lombardkrediten	184
g) Die Kreditkosten	185
h) Das Kreditrisiko	188
2. Die Interessenwahrungs- und Beratungsfunktion	189

	Seite
IV. Die Marktfunktionen	192
1. Die Markterschliessungs- und Markterhaltungsfunktion	192
2. Die Preisbildungs- und Preisausgleichsfunktion	195
C. Die staatliche Getreidemarktordnung und ihre Wirkung auf die Funktionen des Getreidehandels	197
I. Die agrarpolitischen Grundlagen und Zielsetzungen	197
II. Aufbau der Getreidemarktordnung	202
1. Geschichtlicher Überblick	202
2. Das Getreidegesetz und die für den Getreidehandel entscheidenden Eingriffe	204
3. Die Einfuhr- und Vorratsstelle für Getreide und Futtermittel (EVSt-G)	205
a) Rechtsgrundlage und Rechtsform der Einfuhr- und Vorratsstelle für Getreide und Futtermittel	206
b) Die Organisation der Einfuhr- und Vorratsstelle für Getreide und Futtermittel	207
c) Die Aufgaben der Einfuhr- und Vorratsstelle für Getreide und Futtermittel	209
III. Die Eingriffe in die Funktionen des Getreidehandels als Folge der Marktordnung	210

	Seite
1. Die Übernahme der Preisbildungsfunktion	211
a) Die Bedeutung der Getreidepreise für die Agrarwirtschaft	211
b) Das Getreidepreisgesetz - Die totale Übernahme der Preisbildungsfunktion für Inlandgetreide	215
c) Die Übernahme der Preisbildungsfunktion für Auslandsgetreide	221
d) Der Einfluss der von der EVSt-G festgesetzten Handelsspannen und Spensätze auf die Preisbildung	226
da) Die Handelsspannen	226
db) Die Getreidespenssätze der Einfuhr- und Vorratsstelle für Getreide und Futtermittel	231
2. Der Einfluss der Importlenkung auf die Handelsfunktionen des Getreideimport-handels	232
a) Die materiellen Grundlagen der Importlenkung	232
aa) Der Versorgungsplan	232
ab) Das Internationale Weizenabkommen (IWA)	236
b) Totale und partielle Ausgliederung von Handelsfunktionen durch das heutige Importverfahren	243
3. Die Marktordnung und der Getreideexport	253
4. Die Intervention und ihr Einfluss auf die Funktionen des Inland getreide-handels	256

	Seite
a) Aufgabe und rechtliche Grundlage der Intervention	256
b) Umfang und Kosten der Intervention und Vorratshaltung	258
c) Vorratshaltung und Intervention in ihrer Wirkung auf die Mengenausgleichs- und die Zeitüberbrückungsfunktion	264
d) Der Einfluss der Intervention auf die Manipulations- und Kreditfunktion	266
5. Die Auswirkungen des Beimahlungszwanges für Inlandweizen auf den Mengenausgleich	269
6. Der Einfluss der Frachtenpolitik der EVSt-G auf den Mengenausgleich und die Raumüberbrückung	271
7. Die Auswirkungen der staatlichen Eingriffe auf die Risiken	272
D. Die möglichen Auswirkungen eines freien Wettbewerbs auf die Landwirtschaft und den Handel	274
Ausblick	283
Literaturverzeichnis	
Tabellenanhang	

Aufstellung der verwendeten Abkürzungen

AHSt	Aussenhandelsstelle
BEM	Bundesministerium für Ernährung Landwirtschaft und Forsten
BMinE	Bundesminister für Ernährung
BGBI	Bundesgesetzblatt
BRD	Bundesrepublik Deutschland
DVO	Durchführungsverordnungen zum Getreide- preisgesetz
EVSt-G	Einfuhr- und Vorratsstelle für Getreide und Futtermittel
EWG	Europäische Wirtschafts-Gemeinschaft
F	Feuchtigkeitsgehalt
GetrG	Getreidegesetz
GetrPrG	Getreidepreisgesetz
GG	Grundgesetz
IWA	Internationales Weizen-Abkommen
UAST	Umsatzausgleichssteuer

W I (II,III,IV) Preisgebiet I (II,III,IV) für Weizen

R I (II,III,IV) Preisgebiet I (II,III,IV) für Roggen

V o r w o r t

In der bisweilen stürmischen Entwicklung und dem Wiederaufbau der Wirtschaft nach dem zweiten Weltkrieg hat sich das Hauptinteresse der wissenschaftlichen Untersuchungen besonders auf die wiedererstandene Industrie in ihren verschiedensten Bereichen gerichtet. Ein von der allgemeinen Entwicklung zu einem liberalen Wirtschaftssystem scheinbar vergessener und ausgeschlossener Teil der Volkswirtschaft, der Handel auf dem Agrarsektor, wurde dabei in der Literatur etwas stiefmütterlich behandelt. Abgesehen von Untersuchungen über die Wirkungen und Folgen der Getreidemarktordnung auf den Getreidemarkt allgemein, hat man sich nicht gerade ernsthaft um die Durchleuchtung der Probleme des Getreidehandels, insbesondere des Erfassungshandels, bemüht.

Aber gerade beim Erfassungshandel hat die technische Weiterentwicklung - besonders die der Ernteverfahren - neben der Marktordnung erhebliche Neuerungen gebracht, die die Funktionen des Getreidehandels neu belebten und veränderten.

Diese Veränderungen, die gerade in den letzten Jahren geballt aufgetreten sind, sollen in der vorliegenden Untersuchung der heutigen Funktionen des Getreidehandels eine wissenschaftliche Würdigung und kritische Betrachtung erfahren. Dabei kann nur sehr beschränkt auf bereits bestehende ähnliche wissenschaftliche Untersuchungen zurückgegriffen werden. Der Hauptteil des Materials musste aus kurzen Aufsätzen in Fachzeitschriften und Broschüren sowie aus eigener Erfahrung zusammengetragen werden. Trotz dieser Schwierigkeiten erscheint es aber nützlich und wert-

voll, gerade diesem Zweig der Wirtschaft etwas mehr Beachtung zu schenken. Auch heute noch bildet Getreide die wesentliche Ernährungsgrundlage, wenngleich es in steigendem Masse über die Veredelung zur menschlichen Ernährung beiträgt.

Die eigenartige wirtschaftspolitische Situation, der sich der Getreidehandel gegenüber sieht, ist der zweite grosse Anreiz, sich mit ihm zu beschäftigen. Nur in ganz wenigen anderen Wirtschaftsbereichen kann eine ähnliche starke Einwirkung des Staates auf die Handelsfunktionen festgestellt werden. Dadurch erhält der Getreidehandel, wenn auch nicht im positiven Sinne, eine ausserordentliche Sonderstellung im Gesamtgefüge der Wirtschaft. Diese Sonderstellung verdient eine spezielle Würdigung.

Der Verfasser fühlt sich seinem hochverehrten Lehrer, Herrn Professor Dr. Robert Nieschlag, zu besonders tiefem Dank verpflichtet, unter dessen Anleitung er diese Arbeit anfertigen durfte.

Sein Dank gilt ferner allen, die durch ihren Rat, ihre Unterstützung bei der Beschaffung der Unterlagen und ihre sachkundige Mithilfe zur Fertigstellung der Arbeit beitrugen.

A. Wesen und Aufbau des Getreidehandels

I. Begriff und Abgrenzung

Unter Getreidehandel versteht man den Handel mit allen Getreidesorten. Er entstand schon in der Zeit, als die einzelne Hauswirtschaft den eigenen Bedarf nicht mehr decken konnte oder einen Überschuss erzielte und die Bedarfsdeckung oder der Absatz des Überschusses auf dem Weg über den Tausch und später den Handel notwendig wurde. Seine Bedeutung war, da es sich um ein lebenswichtiges Gut handelt, zu allen Zeiten gross, und nicht selten machte sich deshalb der Staat zum Träger und Lenker dieses Handelszweiges.

Auf einen geschichtlichen Abriss über die Entwicklung des Getreidehandels wird verzichtet und die Darstellung der Zeitprobleme in den Mittelpunkt der Arbeit gestellt. Probleme, die durch die überstürzte Technisierung der Landwirtschaft und die staatliche Marktordnung auf dem Gebiet des Getreidehandels, besonders in der Erfasserstufe, aufgeworfen wurden.

Wenngleich der Getreidehandel den Handel mit allen gebräuchlichen Getreidesorten umfasst, wird in dieser Arbeit im wesentlichen nur vom Handel mit Brotgetreide (Weizen und Roggen) und Futtergetreide gesprochen. Damit wird der Handel mit Braugerste und Industriehafer, der gebietsweise sehr bedeutsam ist, da es sich hier um Spezialmärkte handelt, zugunsten einer allgemeineren Betrachtung vernachlässigt. Diese Abgrenzung und Beschränkung verträgt sich jedoch mit dem der Arbeit gestellten Ziel, das nur

auf eine Betrachtung der Funktionen des Getreidehandels, die unabhängig von der Getreidesorte ausgeübt werden müssen, ausgerichtet ist. Sie deckt sich auch mit der Aufgabe, die betriebswirtschaftlichen Probleme unter Vernachlässigung aller irrelevanten Faktoren herauszuarbeiten. Aus demselben Grund wird im Prinzip keine Unterscheidung zwischen Handel und Genossenschaften vorgenommen, da beide Wirtschaftsformen als Träger des Getreidehandels den gleichen Funktionen und den damit verbundenen Problemen gegenüberstehen.

Eine Aufgliederung des Getreidehandels in Binnen- und Import-Exporthandel ist allerdings auch bei der funktionellen Betrachtung erforderlich. Diese Notwendigkeit ergibt sich aus der Verschiedenartigkeit der Märkte und ihrer abweichenden Behandlung innerhalb der Getreidemarktordnung. Zum Binnenhandel werden die Handelsbetriebe gezählt, deren Schwerpunkt auf dem Handel mit Getreide einheimischer Erzeugung liegt, dementsprechend zum Importhandel vornehmlich der Handel mit Importgetreide. Beide Märkte sind verschiedenen wirtschaftspolitischen Massnahmen und unterschiedlicher staatlicher Einflussnahme ausgesetzt.

Als einziger Geschäftszweig eines Handelsunternehmens ist der Getreidehandel, wenn auch selten, nur beim Importhandel anzutreffen. Im Binnenhandel ist er grundsätzlich Handelsbetrieben oder Warengenossenschaften angegliedert, die sich mit dem Ankauf von landwirtschaftlichen Ackerbauerzeugnissen und dem Verkauf landwirtschaftlicher Bedarfsartikel, wie Kunstdünger, Handelsfuttermittel, Saatgut, Pflanzenschutzmittel u.a., befassen. Die Gründe für diese mangelnde Spezialisierung sind in der Hauptsache die Notwendigkeit einer Verbindung des Absatz- und Aufkaufgeschäftes wie die vielseitige Verwendung des Getrei-

des sowohl für die menschliche wie tierische Ernährung. Eine Ausdehnung des Handelsbetriebes auf das Futtermittelgeschäft liegt daher sehr nahe.

II. Das Produkt Getreide

1. Bedeutung und Stellung des Getreides innerhalb der landwirtschaftlichen Produkte

Eine gerechte Würdigung des Getreidehandels setzt die Kenntnis über das Produkt Getreide voraus. Die Bedeutung des Getreides liegt nicht allein in seiner unmittelbaren Verwendung zur Herstellung des täglichen Brotes, sondern auch in seiner Eigenschaft als Schlüsselprodukt der Agrarerzeugung. Denn neben der Bedeutung als Ausgangsstoff für das Mehl und damit als Vorprodukt für weite Teile der Nahrungsmittelindustrie bildet Getreide als Futtermittel die entscheidende Grundlage für die Geflügel- und Schweinehaltung. Getreide kann man daher als den Träger der Schweinefleisch-, Geflügel- und Eierproduktion ansprechen. Erst in dieser Gesamtsicht wird der Wert des Getreides vollends klar.

(1956/57 wurden in der Landwirtschaft 6.254.000 t verfüttert; das entspricht 48,1% der Gesamternte¹⁾)

Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang auch, zu wissen, welchen Platz das Getreide in der Erlösrechnung

1) Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 1957, Hamburg-Berlin 1958, Tab.245, S.142.

der landwirtschaftlichen Betriebe einnimmt. Obwohl die Getreideanbaufläche in den Jahren 1951/55 im Durchschnitt 57,8%¹⁾ der gesamten Ackerfläche beanspruchte, sind die Erlöse aus Getreideverkäufen an den Bareinnahmen der Landwirtschaft nur mit 12% beteiligt.²⁾ Da aber fast 50% des geernteten Getreides in den Futtertrog wandern, erbringt das Getreide einen zusätzlichen Erlös über den Fleisch-, Geflügel- und Eierverkauf.

2. Die spezifischen Eigenschaften des Getreides und ihre Bedeutung für den Getreidehandel

Neben den besonderen Belastungen der Funktionen des Getreidehandels durch die Getreidemarktordnung, schaffen die spezifischen Eigenschaften des Getreides noch zusätzliche, das Getreidegeschäft erschwerende Risiken.

a) Der Feuchtigkeitsgehalt

Die Besonderheit des Getreides besteht darin, dass es ein "lebendes" Gut ist. Getreide unterliegt bei bestimmten Umweltsbedingungen einem biochemischen und organischen

- 1) Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Probleme des Gemeinsamen Marktes in deutscher Sicht, in: Landwirtschaft - Angewandte Wissenschaft, Nr.90, Hiltrup 1958, S.59.
- 2) Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 1957, Hamburg - Berlin 1958, Tab. 117, S.63.

Arbeits- und Verwandlungsprozess. Infolge seines Struktur-
aufbaus ist das Getreidekorn ein äusserst empfindlich rea-
gierender hygroskopischer Körper.

Daraus leitet sich die grosse Bedeutung des Feuchtig-
keitsgehaltes für den Wert und die Verwertbarkeit des Ge-
treides ab. Hoher Feuchtigkeitsgehalt bedeutet nicht nur
Verminderung des verwertbaren Getreides entsprechend der
Minderung der Trockensubstanz je Gewichtseinheit, sondern
ebenso Verschlechterung der backtechnischen Qualität und
die Gefahr unausgebildeter oder durch Auswuchs abgebauter
Kornbestandteile. Diese Umstände erschweren den Absatz
feuchten Getreides aus Qualitätsüberlegungen. In Fällen,
in denen noch keine Bedenken hinsichtlich der Qualitäts-
verschlechterungen bestehen, verhindert der Feuchtigkeits-
gehalt eine Lagerung schon auf wenige Wochen. Der Grad der
Feuchtigkeit bestimmt die Lagerfestigkeit der Ware, da ho-
he Feuchtigkeit den Abbauprozess der wertvollen Inhalts-
stoffe des Kornes beschleunigt und zudem durch Verschim-
melung zum vollkommenen Verderb des Gutes führen kann.
Längere Lagerung in feuchtem Zustand führt stets zu oft
nicht unerheblichen Qualitätsverlusten.

Die Gesunderhaltung feuchter Ware stellt den Erfas-
sungshändler vor grosse technische und wirtschaftliche Pro-
bleme; denn vielfach ist aus Wettbewerbsgründen der Han-
del nicht in der Lage, die Kosten der dazu notwendigen
Manipulationen auf den Erzeuger oder Verarbeiter abzuwäl-
zen. So ist es nicht verwunderlich, wenn gerade der hohe
Feuchtigkeitsgehalt des Getreides in nassen Erntejahren
solche unüberwindlichen Schwierigkeiten für den Händler
mit sich brachte, dass mancher sich in seiner Existenz be-
droht sah.

b) Verunreinigung - Besatz

Während seines natürlichen Wachstumsprozesses auf dem freien Felde wird das Getreide von vielen andersartigen Pflanzen unterwachsen. Solange diese Pflanzen nur eine bestimmte Höhe erreichen, bilden sie keine Gefahr für die Reinheit des gedroschenen Getreides. Fallen aber die Unkrautstauden mit unter das Mähmesser, so geben sie beim Druschvorgang ihre Samen in das Körnergemenge ab. Das Handelsprodukt wird verunreinigt. Die Verunreinigung kann im Extremfall einen solchen Grad erreichen, dass das Getreide nicht mehr handelsfähig ist. In vielen Fällen ist eine kostspielige Reinigung notwendig, um das Getreide in den handelsüblichen Zustand zu versetzen. Verunreinigungen im Getreide vermindern die Qualität und damit den erzielbaren Preis wesentlich; denn Unkrautsamen sind das grösste Hindernis bei der Aufbereitung des Getreides für den Vermahlungsvorgang. Der Handel als Lieferant der Mühlen und Verarbeitungsbetriebe wird dadurch gezwungen, auf möglichst besatzfreier Anlieferung zu bestehen oder die teure Reinigung selbst durchzuführen. Inwieweit die dadurch entstehenden Kosten vom Erzeuger oder vom Händler getragen werden, entscheidet die jeweilige Wettbewerbssituation.

Zu den aufgezeigten Verunreinigungen, die in der Fachsprache Schwarzbesatz genannt werden, zählen Unkrautsamen, Unkrautfrüchte, Mutterkorn, Brandbutten, verdorbene Körner, Spelzen, Erde, Sand und Steine. Neben diesen artfremden Verunreinigungen mindern Schmachtkorn, Fremdgetreide und Schädlingsfrass Qualität und Wert des Getreides. Eine Wertminderung besonderer Art ist der Auswuchs. "Auswuchs liegt vor, wenn Wurzel- oder Blattkeim mit blossen Auge zu erkennen ist und am Keimling deut-

lich sichtbare Veränderungen gegenüber dem Normalzustand eingetreten sind.¹⁾ Durch den Auswuchs werden die wertvollsten Bestandteile des Kornes zerstört, die Backfähigkeit und damit der Wert für die menschliche Ernährung beträchtlich gemindert.

c) Die Lagerfähigkeit

Ein grosser Vorteil des Getreides gegenüber vielen anderen Ernteprodukten liegt in seiner langen Lagerfähigkeit bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen. Die meisten dieser Voraussetzungen, die die Verfassung des Kornes betreffen, wurden bereits aufgezeigt. Dabei spielt der Feuchtigkeitsgehalt die wesentlichste Rolle. Als lagerfest bezeichnet man Getreide mit einem Feuchtigkeitsgehalt unter 14%. Bedingt lagerfest ist Getreide zwischen 14 - 16% Feuchtigkeit, während bei einem Feuchtigkeitsgehalt über 16% eine längere Lagerung infolge erhöhter Atmung, Bakterienbefall, Schimmelwachstum, Erwärmung und zunehmendem tierischen Befall nicht mehr ohne erhebliche Verluste möglich ist. Lagerfestes Getreide kann über grosse Zeiträume hinweg gelagert werden. Die Risiken eines Befalls durch tierische Schädlinge bleiben allerdings bestehen. An dieser Stelle soll nur an die grossen Schäden erinnert werden, die der Kornkäfer alljährlich verursacht.

Das Aufzeigen der Gefahren und Risiken, die allein in den spezifischen Eigenschaften des Getreidekorns liegen, soll darauf hinlenken, mit welchen Problemen es der Getreidehandel auf Grund der Eigenart des Getreidekorns

1) Vgl. Anlage 1 zu der 2. Durchführungsverordnung des Getreidepreisgesetzes 1959/60, in: Bundesanzeiger Nr.123, vom 2.Juli 1959.

zu tun hat. Erst mit diesem Wissen ist eine verständnisvolle und wirklichkeitsnahe Analyse und Bewertung der Handelsfunktionen des Getreidehandels möglich. Das Fehlen klarer Qualitätsgrenzen erschwert die Arbeit des Getreidehändlers wesentlich. Wenngleich die Durchführungsverordnungen zu den jährlichen Getreidepreisgesetzen Qualitätsgrenzen festlegen, sind diese Grenzen allein im Abrechnungsverkehr mit der EVSt-G bindend. Für die Abrechnung gegenüber den Erzeugern gelten sie nur als Kannvorschrift.

III. Die Organisation des Getreidehandels

Da bei der Behandlung der Funktionen eine wesentliche Unterscheidung innerhalb der einzelnen Handelsstufen und Wirtschaftsformen nicht mehr auftritt, erscheint es zweckmässig, vor dem folgenden Hauptteil auf die Organisation des Getreidehandels einzugehen. Im wesentlichen wird dabei der Aufbau der Organisation des Handels besprochen, unter Missachtung der spezifischen Gegebenheiten im Aufbau des Genossenschaftssystems, das ebenfalls stark am Getreidehandel beteiligt ist. Genossenschaft und Handel sehen sich in der Getreidegeschäftsabwicklung den gleichen Aufgaben und den gleichen Marktordnungen gegenüber, so dass sie auch den gleichen Problemen ausgesetzt sind. Daher ist eine Unterscheidung nicht notwendig. Nur dort, wo die andersartige Wirtschaftsform Änderungen im Funktionsbereich hervorruft, wird auf den Unterschied Handel - Genossenschaft eingegangen.

1. Die Handelskette

a) Binnenhandelskette¹⁾

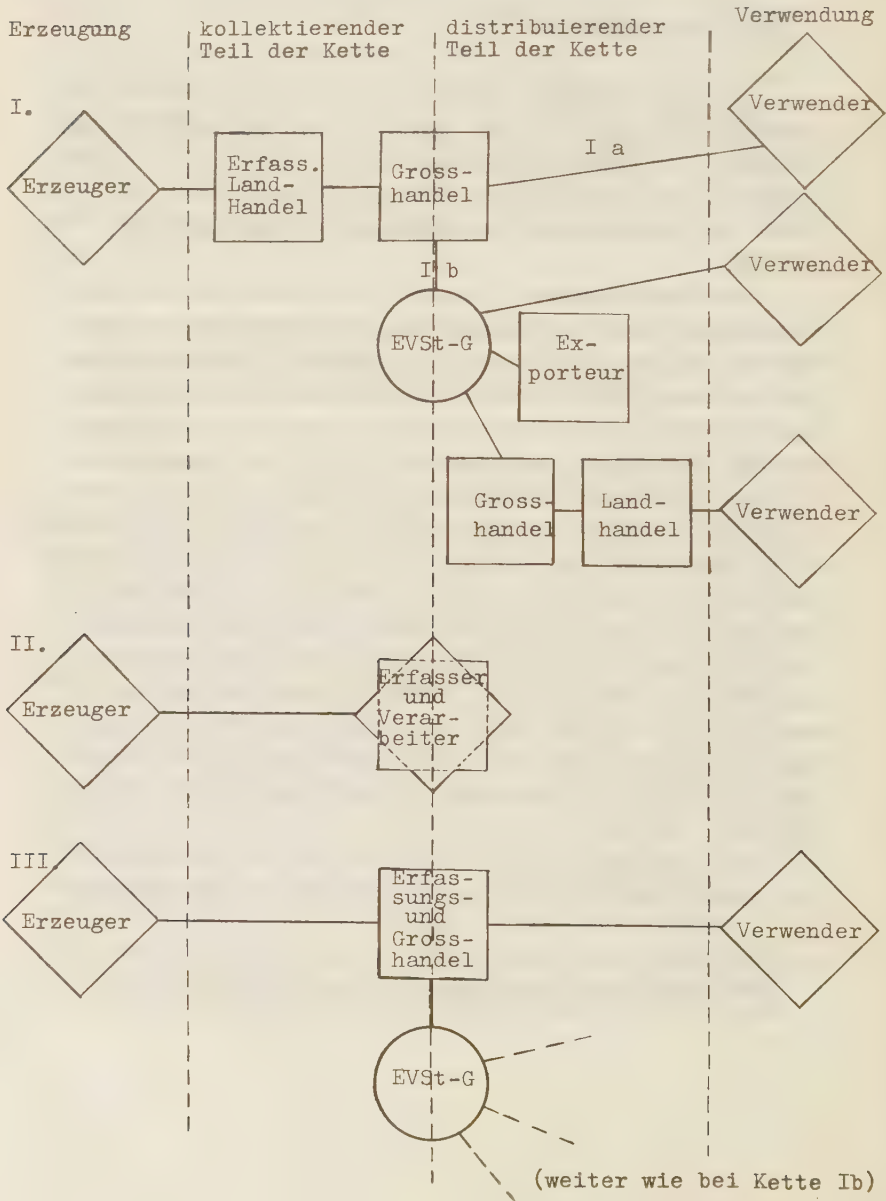
Aus der folgenden Darstellung von Handelsketten des Binnenhandels geht hervor, dass es eine einheitliche Handelskette im Binnenhandel nicht gibt. Die Ursache dafür ist einmal die Vereinigung einiger Kettenglieder in einer Stufe und zum anderen die mögliche Einschaltung der EVSt-G.

Die Handelskette I zeigt in der ersten Hälfte den klassischen Weg vom Erzeuger zum erstaufkauenden Landhändler und von diesem zum Grosshändler. In der zweiten Hälfte dieser Kette treten die Eigenarten des Getreidehandels auf. In der Handelskette Ia ist der klassische Weg und Normalfall weitergeführt, d.h. vom Grosshändler gelangt die Ware zum Verwender, der meist durch die Verarbeitungsbetriebe der Nahrungsmittelindustrie und die Mühlen verkörpert wird. Der Grosshandel gehört sowohl dem kollektierenden wie distribuierenden Bereich an. Auffallend ist das Fehlen einer distribuierenden Kette. Die Erklärung dafür ist der Umstand, dass an die Verarbeitungsbetriebe und Mühlen Getreide nur in solchen Mengen weitergegeben werden kann, wie sie im Grosshandel üblich sind. Eine Ausnahme davon bildet das Futtergetreidegeschäft, bei dem auch über den Fachhandel Kleinstmengen an Tierhalter abgesetzt werden.

Der Kettenteil Ib veranschaulicht eine Besonderheit des Getreidemarktes, die ihre Erklärung in der Getreide-

1) Die Symbole sind dem Symbol-Schema von R. Seyffert entnommen. Vgl. Seyffert, R.: Wirtschaftslehre des Handels, Köln und Opladen 1957, 3.Auflage, S.582.

Schema einer Binnenhandelskette
(Handel mit Getreide heimischer Produktion)



marktordnung hat. Vom Grosshändler im freien Verkehr nicht absetzbares Getreide wird im Rahmen der staatlichen Interventionspflicht an die EVSt-G abgesetzt. Damit schiebt sich in die Handelskette die öffentliche Wirtschaft, ein staatliches Organ. Dieses "besondere" Kettenglied kann nicht als reines Handelsglied angesprochen werden; denn ihm fehlen viele Eigenschaften eines Handelsbetriebes. Allerdings nimmt die EVSt-G weitgehend alle Funktionen des Getreidehandels wahr. Sie ist sowohl im kollektierenden wie distribuierenden Bereich tätig. Bei Unterversorgung des Marktes gibt die EVSt-G Getreide, das sie bei Angebotsüberhang aufgenommen hat, wieder über die Handelsstufen an die Verwender ab. In diesem Fall bildet sich in der Handelskette ein distribuierender Teil. Strukturellen Überschuss setzt die EVSt-G unter Einschaltung der Exporteure auf dem Weltmarkt ab.

Die Handelskette II ist ganz kurz. Diese Form des Handelsweges ist bei Getreide, vor allem bei Gerste, noch häufig anzutreffen. Im Getreidewirtschaftsjahr 1956/57 wurden nach amtlichen Feststellungen 15,7% der gesamten Getreideverkäufe der Landwirtschaft durch Getreideverarbeitungsbetriebe erfasst.¹⁾ Viele dieser Betriebe, vor allem Mühlen, betätigen sich in der Getreideerfassung und geben Überschüsse an Handel oder EVSt-G ab. Erhebliche Mengen werden aber auch im eigenen Betrieb verarbeitet. Unter Ausschaltung der normalen Handelskettenglieder schliessen darüber hinaus Verarbeitungsbetriebe mit den Erzeugern Lieferungsverträge über die gewünschten und benötigten Mengen von Getreide bestimmter Qualität ab, um

1) Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 1957, Hamburg - Berlin 1958, Tab.235, S.136.

ihre Verarbeitung zu sichern.

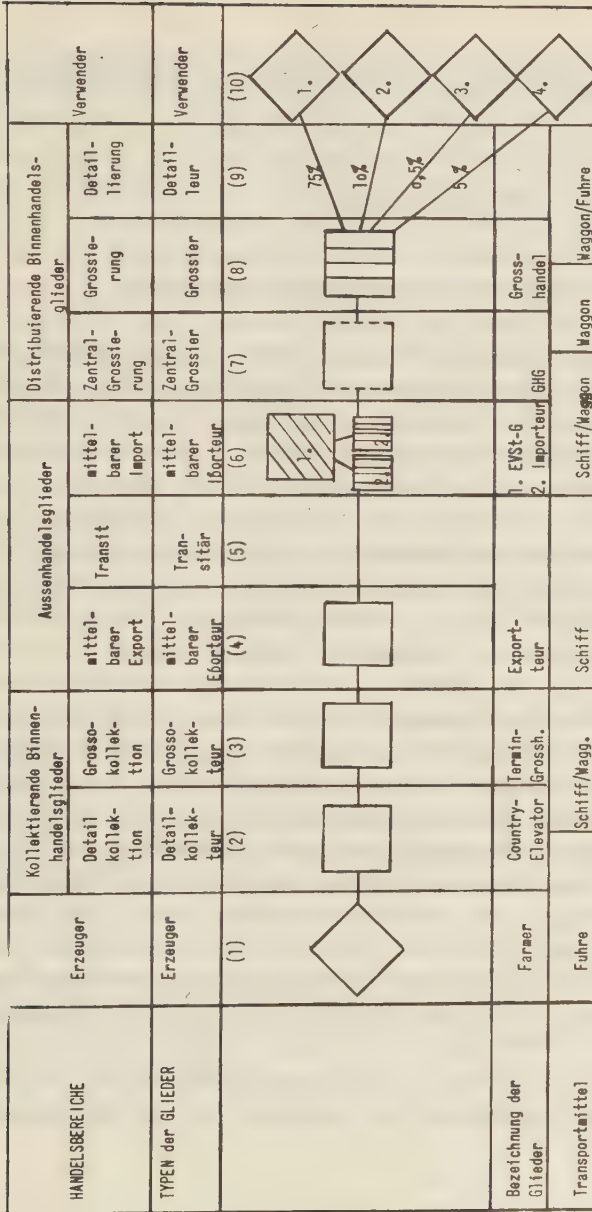
Die Binnenhandelskette III unterscheidet sich von Kette I nur darin, dass die Erfassungs- und Grosshandelsstufe in einem Glied vereinigt ist. Darunter fallen Betriebe, die Mengen erfassen, die Grosshandelsumsätzen entsprechen. Betriebe solcher Art werden als zweistufige Handelsbetriebe bezeichnet.

b) Importhandelskette

Im Gegensatz zu den mannigfachen Formen der Binnenhandelsketten ist die Importhandelskette durch die totale staatliche Lenkung der Getreideimporte weitaus einheitlicher. Selbst im kollektierenden Teil der Kette ist diese Einheit gewahrt, soweit die Hauptimportländer USA, Kanada, Argentinien betrachtet werden, in denen der Getreideexport über staatliche Monopole geht.

(Tabelle siehe nächste Seite)

Gemäss der Themenstellung dieser Arbeit interessiert dabei nur die Abwicklung der Importe auf deutschem Gebiet, die Aufgaben des Getreideimport Handels im Inland. Dabei fällt besonders die staatliche Einflussnahme auf die Importabwicklung ins Auge. Der Staat regelt Zeit, Umfang und Qualität der Importe, bestimmt unter Umständen die gebietliche Verteilung sowie die Verwendung und schreibt Bezugsländer, Löschungshäfen und Frachtraum direkt oder indirekt vor. Auffallend ist in der Importhandelskette ferner das weitgehende Fehlen Kleinmengen verteilender Betriebe, da das Importgut vom Grosshändler direkt an die Verarbeiter abgesetzt wird. Nur im Futtergetreidegeschäft schaltet sich in die Absatzkette auch



- = öffentliche Wirtschaften
- = Erwerbswirtschaften
- = Gemischtwirtschaften

= Volle Funktionsausübung

= beschränkte Funktionsausübung, je nach Strichzahl.

- 1. Mühlen
- 2. Nahrungsmittelindustrie
- 3. direkter Verbrauch
- 4. sonstige Verwender

4) Nach Götting, Dieter: Der westdeutsche Getreideimport - seine Technik und Problematik, Diss. Köln 1952, S. 298.

der Einzelhandel ein, da hier Käufer von Kleinstmengen auftreten.

2. Kettenglieder

a) Der Erfassungshandel und seine Eigenheiten

Unter Erfassungshandel versteht man diejenigen Betriebe, die in der Erfassungsstufe tätig werden. Der Erfassungshandel ist meist beschaffungsorientiert und hat damit den Standort im Erzeugergebiet. Seine Stellung ist stark; denn seine Ausschaltung ist nur in wenigen Fällen wirtschaftlich sinnvoll, da eine direkte Erfassung durch die Verarbeiter und Verbraucher zu schwierig und zu teuer wäre. Erzeuger- und Verbrauchergebiete decken sich nur in bescheidenem Umfang. Dadurch, dass der Handel die Erfassung durchführt, werden die Verarbeitungsbetriebe von der Notwendigkeit befreit, mit Hunderten von Erzeugern in geschäftliche Beziehungen zu treten. Der Handel übernimmt die Zusammenstellung kleiner und kleinster Mengen zu Mengeneinheiten, wie sie eine rationelle Verarbeitung erfordert, und ermöglicht damit, dass der Einkaufsapparat der Verarbeitungsbetriebe verhältnismässig klein gehalten werden kann. Jahrelange enge Geschäftsverbindungen zwischen Mühlen und Erfassungshändlern bestätigen diese Tatsache. Auch die starke finanzielle Koppelung des Getreidegeschäftes mit dem Betriebsmittelabsatz trägt wesentlich zur Festigung der Stellung des Erfassungshandels bei.

Einer Definition des Erfassungshandels stellen sich erhebliche Schwierigkeiten entgegen. In der betriebswirt-

schaftlichen Literatur wird unter Erfassungshändler der Erstaufkäufer, der Kleinaufkäufer und der Zubringerhändler verstanden. Erfassungshändler ist aber ebenso der Grossaufkäufer und der Waggongrossist, der die vom Kleinaufkäufer übernommene Ware zu Waggonladungen zusammenstellt.¹⁾ So verstanden, betreibt auch die EVSt-G als staatliche Zentralsammelstelle die Erfassung.

Die in der Marktordnung festgelegte Begriffsbestimmung versteht dagegen unter Erfassungshandel nur den vom Erzeuger erstaufkaufenden Handel.²⁾ Im Gegensatz zur Begriffsbestimmung der betriebswirtschaftlichen Literatur, wonach der Erfassungshandel Landhandel, Grosshandel (Grosskollekteur) und die EVSt-G umfasst, wird hier nur der Landhandel bzw. die landwirtschaftlichen Ortsgenossenschaften zum Erfassungshandel gezählt.

Interessant erscheint es, zu untersuchen, welche Betriebsformen sich in der Erfassung betätigen.

(Siehe Tabelle 1, Seite 16)

Aus dieser Aufstellung ist erkennbar, dass Handel und Genossenschaft die beiden bedeutendsten Partner und Konkurrenten im Agrarhandel sind. Unter Handel sollen hier die Betriebe verstanden sein, die allgemein als Landhandelsbetriebe oder Landwarenhandelsbetriebe bezeichnet werden. Sie bilden den erstaufkaufenden Handel.

-
- 1) Vgl. Seyffert, R.: Wirtschaftslehre des Handels, Köln und Opladen, 3.Auflage 1957, S.577.
 - 2) Vgl. Interventionsrichtlinien der EVSt-G für die Ernte 1959, Abs.II Ziffer 2 und 11, in: Bundesanzeiger Nr.135 vom 18.Juli 1959.

Tabelle 1

Getreideverkäufe der Landwirtschaft nach
Abnehmergruppen in vH

Jahr:	52/53	53/54	54/55	55/56	56/57	57/58	58/59
Verkäufe an							
Handel	45,3	44,6	42,9	43,8	44,3	43,6	43,4
Genossen- schaften	38,1	38,6	40,4	40,1	40,0	39,8	40,9
Verarbei- tungsbetr.	16,6	16,8	16,7	16,1	15,7	16,6	15,7
Zusammen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 1959, Hamburg - Berlin 1960, Tab.235, S.143.

aa) Der Landwarenhandel

"Der Landwarenhandel umfasst jene Gruppe von Händlern, die selbständig und hauptberuflich sich dem Umsatz landwirtschaftlicher Produkte und Betriebsmittel in unmittelbarem Verkehr mit dem Landwirt widmen."¹⁾ Allgemein spricht man von vier Merkmalen, die den Landwarenhandel charakterisieren und von verwandten Zweigen unterscheiden:

1. Die Selbständigkeit: Hier hebt sich der Landhandel von den Genossenschaften, den mannigfachen Formen

1) Abel, W.: Der Landwarenhandel in der deutschen Volkswirtschaft, Hannover o.J., S.3.

des Staatshandels sowie den Tätigkeiten der Agenten und anderer Mittelspersonen ab.

2. Die hauptberufliche Tätigkeit: Dadurch wird eine Unterscheidung von den Betrieben, die diese Tätigkeit nur nebenbei ausführen, wie Verarbeitungsbetriebe und Lagerhalter, erzielt.
3. Die Art der gehandelten Waren: Es handelt sich um Produkte der Landwirtschaft und Bedarfsgüter der landwirtschaftlichen Betriebe. Dabei kennzeichnet den Landhandel das breite Sortiment. Wenn auch die Gewichte innerhalb des Sortiments verschieden sind, unterscheidet er sich doch wesentlich vom Spezialhandel (z.B. Zentrale mit Filialen).

Der betriebswirtschaftlichen Terminologie folgend, übt der Landhandel bezüglich der Getreideerfassung eine Grosshandelsfunktion aus.

"Ein Grosshandel liegt vor, wenn ein Betrieb oder der entsprechende Gliedbetrieb eines gemischten Betriebes Waren beschafft und unverändert oder nach handelsüblicher Manipulation an Produktionsbetriebe oder Handlungen absetzt oder an Konsumenten in Mengen, die die für Familienhaushaltungen übliche Bedarfsdeckung wesentlich übersteigen. Grosshandel betreibt ausser den Grosshandlungen jeder Betrieb, der solche Handelsaufgaben übernimmt."¹⁾

1) Seyffert, R.: Wirtschaftslehre des Handels, Köln und Opladen, 3.Auflage, 1957, S.122.

aaa) Die funktionelle Angliederung des Getreide-
erfassungshandels an den Landwarenhandel

Die Getreideersterfassung wird fast ohne Ausnahme vom Landwarenhandel wahrgenommen, soweit die Erfassung durch den selbständigen Handel durchgeführt wird. Die Ursachen für die funktionale Eingliederung des Getreideerfassungshandels in den Landwarenhandel sind einerseits in der geschichtlichen Entwicklung und andererseits in der wirtschaftlichen Notwendigkeit und Zweckmässigkeit zu suchen.

Historisch ist der Landwarenhandel aus dem Getreidehandel erwachsen. Während zuerst der Bauer seine Erzeugnisse selbst auf den Markt brachte, konnte er das nicht mehr mit Zunahme der Produktion und Vergrösserung des Absatzgebietes. Die Verkehrsentwicklung jedoch ermöglichte ihm den Absatz des haltbaren Gutes über weite Entfernungen. Die verstärkte Nachfrage nach Getreide in den immer grösser werdenden Städten und Industriezentren bildete die Grundlage für den Aufbau des Getreidehandels und damit auch des heutigen Landwarenhandels. Zunächst war Getreide das überwiegende Handelsgut, da landwirtschaftliche Bedarfsgüter weitgehend in der Dorfwirtschaft hergestellt wurden, so dass landwirtschaftliche Betriebsmittel keine ausreichende Handelsbasis bilden konnten. Erst mit Einführung des Handelsdüngers, der Technisierung der Landwirtschaft und der Verbesserung und Forcierung der Viehwirtschaft musste die Landwirtschaft mit Gütern aus allen anderen Wirtschaftsbereichen und Wirtschaftsräumen versorgt werden. Dies führte zu einer Erweiterung des Betätigungsfeldes des Getreidehandels durch den Handel mit landwirtschaftlichen Betriebsmitteln. Damit ist der Landwarenhandel entstanden. Das Getreide, das ursprünglich den einzigen Handelsartikel dieser Betriebe dar-

stellte, wurde nun zu einem Artikel im immer grösser werdenden Sortiment des Landhandels. Vielfach ist der Getreideumsatz heute nur mehr ein kleiner Bruchteil des Gesamtumsatzes dieser Handelsbetriebe.

aa) Die Notwendigkeit der Verbindung von Getreideerfassungshandel und Landhandel

Stellt Getreide heute nur einen Artikel im Sortiment des Landhandels dar, so ist dieser trotzdem allein aus räumlichen und finanziellen Gründen der berufene Träger des Getreideerfassungshandels. Nur der Landhandel, ausgestattet mit Lagerhäusern und Fuhrpark, ist in der Lage, den Getreidehandel mengenmässig zu bewältigen. Ihm sichert das von ihm betriebene Dünger- und Futtermittelgeschäft eine rentable Ausnutzung der vorhandenen Lagerkapazität in den Monaten mit ruhigem oder ruhendem Getreidegeschäft.

Noch eindeutiger als die räumlichen Gründe fordern finanzielle Gründe die Verbindung des Getreideerfassungshandels mit dem Landwarenhandel. Es ist eine noch näher zu beleuchtende Tatsache, dass der Landwirt im Herbst mit Teilen seiner Getreideernte die Schulden für die im Frühjahr und Sommer benötigten Düngemittel und Betriebsstoffe begleicht. Dieser organische Zusammenhang von Getreide- und Betriebsmittelgeschäft zwingt den Landhandel zur Wahrnehmung des Einkaufs wie des Verkaufs, wenn er ohne grössere absatzwirtschaftliche und finanzielle Verluste in seiner Branche bestehen will. Ein Geschäft ohne das andere ist kaum denkbar, will der Landwarenhändler nicht bewusst auf eine Umsatzerhaltung oder Umsatzausweitung verzichten. Wohl lässt sich bei grossem Eigenkapital ein Düngemittelverkauf ohne Getreidehandel durchführen, kaum jedoch nur Getreideerfassungshandel, besonders bei Berücksichtigung der heutigen gesetzlichen Erfassungsspannen.

Der Anteil des Getreides am Gesamtumsatz beträgt im Durchschnitt etwa 40%. Er schwankt innerhalb der einzelnen Betriebe zwischen 2 und 75%.¹⁾ Dies zeigt die beachtliche Stellung des Getreides im Sortiment des Landwarenhandels. Eine Analyse des Getreidegeschäftes nach Kosten- und Gewinnfaktoren zeigt, dass der Getreideabsatz die höchsten Kosten bei den geringsten Spannen im Sortiment bringt. Man spricht daher vielfach von einem Verlustgeschäft beim Handel mit Getreide. Inwieweit diese Behauptung zu Recht besteht, soll im Laufe der Arbeit untersucht werden.

Der Landwarenhandel und damit der Getreideerfassungshandel umfasst heute im Bundesgebiet etwa 5800²⁾ Unternehmen der verschiedensten Unternehmungsformen. Eine genaue Zahl lässt sich wegen der fließenden Grenzen zwischen Erfassungshandel und Grosshandel sowie den Genossenschaftsmischformen nicht angeben.

Die Analyse der Funktionen des Getreidehandels auf der Erfassungsstufe bezieht sich in der Hauptsache auf den Landwarenhandel, da einerseits ein reiner Getreideerfassungshandel überhaupt fehlt und andererseits die Genossenschaften, die zweiten Hauptträger der Getreideerfassung, strenggenommen nicht als Handelsbetriebe anzusprechen sind.³⁾

-
- 1) Betriebsvergleich im Landhandel 1957, durchgeführt vom Institut für Handelsforschung an der Universität zu Köln, Ausgabe 27.10.1958 (unveröffentlicht).
 - 2) Nach einer Auskunft des Zentralverbandes des Deutschen Getreide-, Futter- und Düngemittelhandels e.V., Bonn
 - 3) Wenngleich das Genossenschaftsgesetz (Gen.G § 1) die Wesensmerkmale der Genossenschaften festgelegt hat, ist die Diskussion über das Wirtschaftsprinzip der Genossenschaften zu keinem klaren Ergebnis gekommen (vgl. Henzler, R.: Genossenschaftswesen, Wiesbaden

Um im Konkurrenzkampf mit den straff organisierten Genossenschaften bestehen zu können, hat sich auch der Landwarenhandel in Landesverbänden vereinigt, die wiederum im Zentralverband des Deutschen Getreide-, Futter- und Düngemittelhandels e.V. zusammengeschlossen sind.

ab) Die Genossenschaften

Die Genossenschaften bilden die schärfste Konkurrenz des Landwarenhandels. Ihr Anteil an der Getreideerfassung betrug in den vergangenen Jahren im Durchschnitt annähernd 40% und liegt damit nur geringfügig unter der Quote des Landhandels. Die Unterstufe der Genossenschaftsorganisation, die Ortsgenossenschaft, übt dieselbe Funktion aus und hat dieselbe Aufgabe wie der Landwarenhandel. Sie steht mit dem Landwarenhandel im Wettbewerb gegenüber der Landwirtschaft bei der Verwertung der Ernteerzeugnisse und der Versorgung der Landwirte mit landwirtschaftlichen Bedarfsgütern. Hinsichtlich der funktionalen Angliederung des Getreidehandels an den Handel mit landwirtschaftlichen Bedarfsgütern aller Art und die Notwendigkeit der Koppelung von Getreide- und Betriebsmittelgeschäft gilt das beim Landwarenhandel Gesagte. In der rein technischen Geschäftsabwicklung kann ebenfalls kein

1953, 2.Auflage, S.26 ff). Bei den Untersuchungen des Wirtschaftsprinzipes werden einerseits betriebswirtschaftliche, andererseits soziologische Gesichtspunkte vorangestellt. In ihrer ursprünglichen Form soll die Genossenschaft eine Selbsthilfeorganisation und eine Förderungswirtschaft sein, die ihre Mitglieder (und allein diese) bei der Beschaffung von Gütern und der Verwertung ihrer Erzeugnisse unterstützt oder diese überhaupt erst ermöglicht. In Wirklichkeit zeigen sich jedoch bei den landwirtschaftlichen Genossenschaften keine auffallenden Unterschiede gegenüber den Landhandelsbetrieben.

Unterschied zu den Landhandelsbetrieben festgestellt werden. Der entscheidende Unterschied liegt daher nur in der Unternehmungsform und den ihr eigenen Charakteristiken, die am deutlichsten auf dem Finanzsektor in Erscheinung treten; denn die Genossenschaft arbeitet mit Einlagen der Genossenschafter, während der Landwarenhandel bei zu enger Eigenkapitalbasis teure Bankkredite beanspruchen muss, soweit ihm kein Lieferantenkredit zur Verfügung steht.

Im Deutschen Raiffeisenverband, der alle ländlichen Genossenschaften auf sich vereinigt, sind über 22 000 Ortsgenossenschaften zusammengefasst. 2 410 Bezugs- und Absatzgenossenschaften, 8 829 Spar- und Darlehenskassen sind davon in der Erfasserstufe des Getreidehandels tätig (Stand 31.12.1956).¹⁾

ac) Die Tätigkeit der Mühlen und Verarbeitungsbetriebe in der Getreideerfassung

Mühlen und Verarbeitungsbetriebe bilden die dritte Gruppe der an der Getreideerfassung beteiligten Unternehmen. Im Durchschnitt der Jahre 1950 - 1959 betrug ihr Anteil an der Gesamterfassung in der BRD um 16%. Einen besseren Aufschluss über die Beteiligung von Mühlen und Verarbeitungsbetrieben an der Getreideerfassung gibt beispielhaft Tabelle 2 auf der folgenden Seite über die Getreideerfassung im Wirtschaftsjahr 1952/53 in Bayern, in der die Anteile der Mühlen und Verarbeitungsbetriebe getrennt aufgeführt werden.

1) Deutscher Raiffeisenverband e.V.: Jahrbuch des Deutschen Raiffeisenverbandes e.V. 1956, Bonn 1957, 9.Jg., S. 46.

Tabelle 2

Getreideerfassung in Bayern durch Mühlen und sonstige Verarbeitungsbetriebe im Wirtschaftsjahr 1952/53

	R o g g e n		W e i z e n		G e r s t e		H a f e r		G e t r e i d e insgesamt	
	in t	in %	in t	in %	in t	in %	in t	in %	in t	in %
Gesamterfassung	275.502	100	439.369	100	282.300	100	53.886	100	1.051.057	100
davon:										
1. Mühlen	57.334	20,8	68.225	15	-		-		125.559	12
2. sonstige Verarbeitungsbetriebe (Brauereien usw.)	198 0,07		1.463 0,33		41.123	14	367 0,68		43.151	4

Quelle: Landhandels-Verband Bayern e.V.: Der bayerische Landhandel und seine Organisation, München 1953, S.8.

Aus der Übersicht ist zu erkennen, dass der weit-
aus grösste Anteil innerhalb dieser Gruppe - 12% der von
der bayerischen Landwirtschaft verkauften Getreideernte -
auf die Mühlen entfällt. Der hohe Anteil der Gerste (ca.
95,3%) unter den von den sonstigen Verarbeitungsbetrie-
ben angekauften gesamten Getreidemengen lässt auf eine
starke Einkaufstätigkeit der Brauereien schliessen. Bei
der Getreideerfassung durch Mühlen handelt es sich zum
grossen Teil um Direkt-Einkäufe mittlerer und kleiner
Mühlen, die neben der Verarbeitung auch den Handel mit
Getreide betreiben.

b) Der Getreidegrosshandel, Export- und Importhandel

Die betriebswirtschaftlichen Kriterien, wie sie
Seyffert für den Grosshandel allgemein herausgearbeitet
hat, versagen bei der Definition des Getreidegrosshandels.
Nach diesen Kriterien, insbesondere dem der Grösse des
einzelnen Umsatzaktes, betätigen sich sowohl der Land-
handel wie die als Getreidegrosshandelsbetriebe bezeich-
neten Unternehmen im Grosshandel. Es muss ein Kriterium
gefunden werden, das in der Lage ist, unabhängig von der
Grösse der einzelnen Umsatzakte den Getreidegrosshandel
zu charakterisieren. Dabei dürfte eine Aussage über den
Bezugs- und Abnehmerkreis und die Stellung in der Han-
delskette den besten Aufschluss bringen. Vom Getreide-
grosshandel spricht man demnach, wenn ein Handelsunter-
nehmen sowohl von Landhändlern, Importeuren und der
EVSt-G Getreide in grossen Mengen bezieht, als auch an-
dererseits an Händler, Verarbeiter und die EVSt-G ab-
setzt.¹⁾ Getreidegrosshändler ist der Grosskollekteur,

1) Man könnte hier auch vom Grosshandel als Institution

der das Getreide vom Detailkollekteur, dem Landhändler, aufkauft. Es muss eine Direktbeziehung zum Erzeuger fehlen, d.h. der Getreidegrosshandel ist nicht die erstaufnehmende Hand. Über dieses Merkmal kann eine genaue Abgrenzung des Getreidegrosshandels vom Landhandel, der ebenfalls Grosshandelsfunktionen ausübt, herbeigeführt werden.

Der Getreidegrosshandel findet sich meist - ebenso wie der Landhandel - in Verbindung mit dem Handel von landwirtschaftlichen Bedarfsgütern. Auffallend ist die Vermischung von Binnen- und Aussenhandel; denn viele Getreidegrosshändler tätigen neben den Inlandgetreideumsätzen auch erhebliche Umsätze in Auslandgetreide. Import- und Exporthandel schliesst stets die Grosshandelsstufe in sich ein. Im Getreidehandel Deutschlands spielt, der wirtschaftlichen Struktur entsprechend, der Importhandel die überragende Rolle. Der Exporthandel erfuhr erst in allerletzter Zeit infolge der strukturellen Roggenüberschüsse eine zunehmende Bedeutung.

Die Hauptzahl der Import- und Exportfirmen konzentriert sich in den Hafenstädten und an den Grenzübergängen, während der Binnengrosshandel sein Schwergewicht in der Erfassung der Inlandsernte hat und zudem vielfach Importgeschäfte zur Versorgung der inländischen Müller mit ausländischem Qualitätsweizen tätigt.

Nach Angaben des Zentralverbandes des Deutschen Getreidehandels e.V. gibt es in der BRD etwa 500 Getreidegrosshandelsbetriebe, darunter 150 Importfirmen. Auf dem Sektor der landwirtschaftlichen Genossenschaften, die im

sprechen. Während das Kriterium der Menge je Umsatzakt mehr die Bestimmung der Funktion einer Grosshandelstätigkeit bezweckt.

Raiffeisenverband vereinigt sind, wird die Grossokollektion von 13 Warenhauptgenossenschaften, die auf Länderbasis arbeiten, wahrgenommen.

In ähnlicher Weise hat sich der private Landhandel in zentralen Ein- und Verkaufsorganisationen auf Landesebene zusammengeschlossen und diesen Institutionen die Grossokollektion und die Aufgaben des Zentralgrossierers übertragen.

Über die im Getreidegrosshandel umgesetzten Mengen sind gewisse Anhaltspunkte nur aus der Statistik des Bundes zu erhalten. Der Umstand, dass die Importe zum überwiegenden Teil über den Getreidegrosshandel abgewickelt werden, erleichtert diese Feststellung.

Tabelle 3

Getreideeinfuhren und Getreideverkäufe der heimischen Landwirtschaft
in 1000 t

Jahr	Getreideeinfuhren insgesamt	Getreideverkäufe der Landwirtschaft insgesamt
1935/38	2.900	3.720
1950/51	3.818	2.950
1951/52	4.815	3.946
1952/53	4.202	3.954
1953/54	3.797	4.092
1954/55	5.175	4.423
1955/56	4.795	4.522
1956/57	6.327	4.922
1957/58	5.156	5.353
1958/59	5.353	5.170

Quelle: Bundesministerium für Ernährung Landwirtschaft und Forsten: Stat.Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft u.Forsten 1959, Hamburg-Berlin 1960, Tabelle 381 und 236, S.240 u.144.

Auch von den erfassten Inlandgetreidemengen, wie sie in der Tabelle aufgezeigt sind, dürften rund 80% über den Getreidegrosshandel und die Warenhauptgenossenschaften laufen. Zu dieser Annahme berechtigt schon die Kenntnis, dass die Warenhauptgenossenschaften, die etwa in gleicher Höhe wie der private Handel an der Getreideerfassung beteiligt sind, für das Getreidewirtschaftsjahr 1955/56 einen Umsatz von 1,95 Mill.t Inlandgetreide aufweisen.

Tabelle 4

Getreideerfassung durch die Hauptgenossenschaften in Mill.t

Jahr:	49/50	50/51	51/52	52/53	53/54	54/55	55/56
Mill.t	1,797	1,449	1,673	1,737	1,680	2,003	1,942

Quelle: Deutscher Raiffeisenverband e.V.: Jahrbuch des Deutschen Raiffeisenverbandes e.V. 1956, Bonn 1957, 9.Jg., S.47.

Rechnet man zu den Binnenumsätzen in Inlandgetreide und den Inlandgetreideexporten die Umsätze in Auslandgetreide, so ergibt sich eine Grosshandelsgesamtleistung von über 10 Mill.t.

c) Die Einfuhr- und Vorratsstelle für Getreide (EVSt-G)

Die EVSt-G, Träger und Ausführungsorgan der staatlichen Getreidemarktordnung, schaltet sich auch in die Handelskette ein. Nur diese Funktion der EVSt-G steht hier zur Diskussion. Eine Gesamtwürdigung der Bedeutung

der EVSt-G ist Inhalt des Hauptabschnittes C. Die EVSt-G wird Glied der Handelskette bei den Importen, die ausschliesslich über die EVSt-G "laufen", bei der Verwertung der Inlandernte im Rahmen der Interventionspflicht und bei der Abgabe von Getreide aus der Bundesreserve; sie erfüllt die Aufgabe eines "Marktregulativs". Dabei schiebt sich die EVSt-G stets zwischen Grosshändler und Verwender; denn ihre Geschäfte wickelt sie grundsätzlich mit dem Getreidegrosshandel als Grosskollekteur und Zentralgrossier oder Importeur und Exporteur ab.

3. Die Warenbörse und ihre Bedeutung im deutschen Getreidehandel

In einer Darstellung der Organisation des deutschen Getreidehandels darf die Börse nicht fehlen. Zweifellos hat die Warenbörse für Getreide infolge der durch die staatliche Marktordnung gesetzlich verankerten Getreidehöchst- und -mindestpreise ihre bedeutendste Funktion, die Preisfindung, verloren. Die Börse steht nicht als Glied in der Handelskette; denn ihr Wirkungsfeld liegt vor dem Kaufabschluss, vor der Geschäftsabwicklung in einer Handelskette, in der Zusammenführung von Geschäftsinteressenten.

Voraussetzung für die Börse ist eine freie Wirtschaft, und ihre Bedeutung nimmt in dem Masse zu, wie die staatliche Einflussnahme auf das Wirtschaftsgeschehen abnimmt. Bereits 1896 kam es zur ersten staatlichen Regelung des Börsenwesens, die in der geänderten Fassung vom 27.5.1908 heute noch die rechtliche Grundlage des Börsenwesens bildet. Jede Börse bedarf nach diesem Gesetz

der Genehmigung der Landesregierung, die gleichzeitig auch die Aufsicht über die zugelassene Börse ausübt. Weiter wurde im Gesetz bestimmt, dass für jede Börse eine Börsenordnung erlassen werden muss. Der Gesetzgeber versteht dabei unter Börse stets die Börsenverwaltung, die streng vom Börsenträger oder vom Börsenraum und der Börsenveranstaltung selbst zu unterscheiden ist. Der Träger der Börse ist beim Getreidehandel in den meisten Fällen ein Börsenverein, der sich aus Landhändlern, Genossenschaften, Getreidegrosshändlern, Agenten, Mühlen und sonstigen Verarbeitungsbetrieben zusammensetzt. Der Börsenträger nimmt eine von der Börse selbst völlig getrennte Rechtsstellung ein, er sorgt für den Unterhalt der Börse und dient nicht den wirtschaftlichen Interessen von Einzelpersonen, sondern immer nur dem allgemeinen Interesse der an der Börse beteiligten Wirtschaftskreise.

Einzelheiten der Börse regelt die gesetzlich vorgeschriebene Börsenordnung. Die Leitung der Börse liegt in der Hand des Börsenvorstandes. Es besteht eine Staatsaufsicht, der die Überwachung der Feststellung der Börsenpreise obliegt.

Als die wesentlichsten Aufgaben der Börse betrachtet man die Börsennotierung, die Schaffung von Geschäftsbedingungen und die Abhaltung von Schiedsgerichten. Ein echter Börsenpreis kann aber nur dort entstehen, wo ein genügendes Warenangebot und eine ausreichende Nachfrage vorhanden sind und Geschäftsabschlüsse stattfinden, die die Feststellung eines an der Börse zustandegekommenen Preises möglich machen. Der Börsenpreis muss der wirklichen Geschäftslage des Verkehrs an der Börse entsprechen. Er muss den allgemeinen Wert der gehandelten Ware am bestimmten Ort zur bestimmten Zeit verankern.

Dass diese Bedingungen für den Getreidehandel im Inland nur in ganz wenigen Fällen und hier unter erheblichen Einschränkungen gelten, lässt sich leicht aus der bestehenden Getreidemarktordnung verstehen. Nur an der Börse in Auslandsgetreide treffen solche Bedingungen zu, und auch hier nur auf Getreide, das ausserhalb des Internationalen Weizenabkommens (IWA) gehandelt wird. Für die Bezüge aus dem IWA besteht ein Vertragspreis. Für die Bezüge ausserhalb des IWA bildet der auf der Börse zustande gekommene Preis den Einkaufspreis. Von einer vollkommen freien Preisbildung kann auch in diesem Falle nicht gesprochen werden, da die Festlegung fester Übernahmepreise durch die EVSt-G den Verkäufern eine Preisorientierung in die Hand gibt und so an einem Zustandekommen echter Börsenpreise gezweifelt werden muss. Der bisweilen trotz Festlegung der Übernahmepreise erzielbare Preisvorteil kann nicht allein Folge freier Preisfindung sein, sondern ist vielmehr die Folge gewisser Preiszugeständnisse der Verkäufer aus Konkurrenzgründen.

Ungeschmälert ist der Wert der Börse für die Schaffung allgemeiner Geschäftsbedingungen und der Abhaltung von Schiedsgerichten. Die Einheitsbedingungen des deutschen Getreidehandels, gültig ab 1. Juli 1951, entstanden unter der wesentlichen Mitarbeit der Produktenbörsen. Dadurch wurde eine erfreuliche Vereinheitlichung der Konditionen des Getreidehandels erreicht, die eine flüssigere Abwicklung der Getreidegeschäfte ermöglichen.

Das Börsenschiedsgericht ist aus dem Bedürfnis entstanden, vorhandene Streitigkeiten aus dem Geschäftsverkehr an der Börse einer raschen und gleichzeitig sachkundigen Entscheidung zuzuführen. Die Einrichtung dieser Schiedsgerichte hat sich so vortrefflich bewährt, dass

sie vielfach auch zur Schlichtung aus ausserhalb der Börse getätigten Geschäften herangezogen werden. Die Börsenschiedsgerichte haben eine eigene Schiedsgerichtsordnung, treffen ihre Entscheidung nach freiem Ermessen und sind in diesen Entscheidungen unabhängig.

Ihren Sitz haben die meisten Getreidebörsen in den Importhäfen und den Mittelpunkten von Erzeuger- oder Verbraucherzentren (Hamburg, Mannheim, München).

"Die Bewährung der Börsen in der vergangenen Zeit und die volkswirtschaftliche Bedeutung, zu der die Produktenbörsen heute zurückfinden, sollte Anlass sein, ihre Tätigkeit auch in der künftigen Entwicklung entsprechend zu werten und zu unterstützen. Sie werden dann in der Lage sein, für die gesamte Ernährungswirtschaft wertvolle Aufgaben zu erfüllen und zum Aufbau gesunder und stabiler Wirtschaftsverhältnisse beitragen."¹⁾

1) Marschall, F.: Der rechtliche Aufbau der Produktenbörse, in: Handbuch der deutschen Produktenbörsen, Mannheim o.J., S.3.

B. Die Funktionen des Getreidehandels heute

Die neuere Zeit brachte eine weitgehende Neuorientierung der Funktionen des Getreidehandels. Sie begann mit der Einführung der Marktordnung während des ersten Weltkrieges und dauert unter der laufenden technischen Umstellung der Landwirtschaft an. Der Mähdrescher und das damit verbundene Ernteverfahren brachten eine völlige Veränderung im Funktionsbereich des Getreidehandels mit sich. Während die Marktordnung dem Getreidehandel wichtige Funktionen entzog, übertrug die technische Entwicklung ihm neue Aufgaben. Zudem vollzog sich diese Entwicklung mehr oder minder schlagartig, so dass dem Getreidehandel nur eine kurze Anpassungszeit verblieb. Auffallend ist dabei die Verlagerung von Funktionen zum Handel, die bislang der Erzeuger wahrgenommen hat. Damit wurde die Stellung des Getreidehandels, die durch die Marktordnung wesentlich geschwächt war, wieder gestärkt. Die Auswirkungen im einzelnen werden bei der Behandlung der jeweiligen Funktion dargelegt.

I. Die Ausgleichsfunktionen

1. Die Raumüberbrückungsfunktion

Um die Bevölkerung ausreichend mit Getreide zu versorgen, müssen grosse Mengen Getreide aus den Erzeugergebieten in die Verbrauchszentren gebracht werden. Im Getreidewirtschaftsjahr 1956/57 wurden z.B. 4.922.000 t

Inlandgetreide von der Landwirtschaft verkauft; ferner fanden 6.327.000 t Auslandgetreide¹⁾ den Weg in die Bundesrepublik. Der Transport von über 13 Mill.t vom Erzeuger oder Seehafen zum Verarbeiter oder Verbraucher wurde dadurch notwendig. Einen grossen Teil dieser Leistung führte der Getreidehandel im Rahmen seiner Raumüberbrückungsfunktion als Auftraggeber oder Transportträger durch.

a) Der Transportweg

Besonders unterschieden werden müssen der Transportweg des Inlandgetreides von dem des Auslandgetreides und der Transportweg vom Erzeuger zum Händler von dem des Händlers zum Verbraucher.

Da die Raumüberbrückungsfunktion den Ausgleich schaffen soll zwischen Erzeugungs- und Bedarfsgebieten, finden wir auch die Transportströme entsprechend dem Fluss der Ware von den Überschuss- zu den Zuschussgebieten. Unter Vernachlässigung des Verkehrs auf kurzen Transportstrecken innerhalb kleiner Wirtschaftsräume besteht in Westdeutschland ein Verkehrsstrom von Osten nach Westen und von Norden nach Süden. Die deutschen Zuschussgebiete finden sich im Westen des Landes in den Ländern Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg mit den Industriezentren. Bayern, Schleswig-Holstein und der östliche Teil von Niedersachsen sind als die westdeutschen Überschussgebiete anzusprechen. Aufgabe des Handels ist es, hier den übergebieltlichen Ausgleich herbeizuführen.

Anders sind die Verkehrsströme bei Importweizen. Bei Qualitätsweizen, der aus qualitativen Gründen von allen Mühlen zur Herstellung eines backfähigen Mehles benötigt wird, lässt sich ein Verkehrsstrom von den Nordsee- und Beneluxhäfen zu den Mühlen im gesamten Bundes-

1) Vgl. Tabelle 3, Seite 26.

gebiet feststellen. Weggefallen sind im Vergleich zu den Vorkriegsjahren die Verkehrsströme aus den deutschen Überschussgebieten im Osten des Reichs und der beträchtliche Importgetreidestrom aus den südosteuropäischen Ländern. Veränderungen haben sich auch durch das Nachlassen des Transitverkehrs ergeben, nachdem der Transithandel mit Getreide vollkommen zum Erliegen gekommen ist.

Die EWG wird allerdings gewisse Veränderungen der Verkehrsströme insofern bringen, als sich stärkere inner-europäische Verkehrsströme ausprägen, wie schon der beachtliche Getreideverkehr mit Frankreich beweist. Aufgabe des Handels ist es, den günstigsten Verkehrsweg herauszufinden, um aus den Gebieten mit Überschüssen den Bedarf in den Verbrauchsgebieten bei optimaler Leistung zu decken.

In diesem Zusammenhang genügt es nicht, allein die übergebietlichen Verkehrsströme des Getreides aufzuzeigen, sondern es ist aufschlussreicher, den tatsächlichen Transportweg des Getreides im konkreten Geschäftsvorfall darzustellen. Dabei erscheint eine Beschränkung auf den Transportweg vom Erzeuger zum Händler und vom Händler zum Verbraucher bzw. Verarbeiter sinnvoll.

Die Landhandelsbetriebe und Ortsgenossenschaften, die Träger der Getreideersterfassung, haben ihren Standort in Dörfern oder Kleinstädten, d.h. in unmittelbarer Nähe der landwirtschaftlichen Produktion. Der Erfassungshandel in Getreide ist somit eindeutig beschaffungsorientiert. Da der Standort auch bestimmend ist für den Transportweg innerhalb der Sammeltätigkeit, befindet sich der günstigste Standort für die Erfassungsbetriebe in Orten mit gutem Strassennetz und Bahnanschluss. Die Masse der Kunden, im Durchschnitt 52%, finden sich im Umkreis von 10 km vom Erfassungsbetrieb entfernt, etwa 23% liegen in

einer Entfernung von mehr als 25 km.¹⁾ Daraus liesse sich der Schluss ziehen, dass es sich bei dem Transportweg vom Erzeuger zum Händler um kurze Transportstrecken handelt, die allerdings bei den oft schlechten Strassenbedingungen und kleinen Einzelmengen relativ hohe Transport- und Erfassungskosten verursachen.

Der bedeutendere Transportweg ist der vom Erfasser zum Abnehmer. Unter Zugrundelegung der deutschen Verhältnisse müssen als Abnehmer die Verarbeitungsbetriebe und die EVSt-G gezählt werden. Der Getreidegrosshandel unterhält nur ganz selten Eigenlager, so dass seine Transportfunktion im Streckengeschäft ausgeübt wird und sich seine Tätigkeit auf das Disponieren beschränkt. Der Transportweg vom Erfasser zum Abnehmer unterscheidet sich nicht nur in der Länge vom erstbehandelten, sondern auch darin, dass hier verschiedene Transportträger in Funktion treten. Der Transportweg folgt dem Gefälle vom Überschuss- zum Zuschussgebiet und endet bei Überangebot an den Erfassungslagern der EVSt-G, die planmässig über das gesamte Bundesgebiet, mit Schwerpunkten in den "toten Winkeln",²⁾ verteilt sind. Entsprechend den grösseren Einzelmengen und den längeren Transportwegen werden beim Transport vom Erfassungshandel zum Verarbeiter bzw. den Lagern der EVSt-G verstärkt die Massentransportmittel Bahn und Binnenschiff eingesetzt. Ob dies im gebrochenen oder ungebrochenen Verkehr geschehen kann, hängt davon

- 1) Betriebsvergleich im Landhandel 1957, durchgeführt vom Institut für Handelsforschung an der Universität Köln, Ausgabe 27.10.58 (unveröffentlicht).
- 2) Unter "toten Winkeln" versteht man Erzeugergebiete, aus denen infolge der hohen Frachten zu den Bedarfsgebieten die Ware zu den gesetzlichen Mindestpreisen keinen Absatz findet. Hier ist das Hauptaufkaufgebiet der EVSt-G.

ab, inwieweit Ablader wie Empfänger über Bahn- bzw. Wasseranschluss verfügen.

b) Der Transportträger

Die Transportfunktion des Handels ist so alt wie der Handel selbst. Mit der Zunahme der Arbeitsteilung wurde jedoch die Transportfunktion ganz oder teilweise ausgegliedert und selbständigen Unternehmen übertragen. Diese Entwicklung macht es notwendig, bei der Analyse der Funktionen des heutigen Getreidehandels zu untersuchen, wer heute Träger der Transportfunktion ist. Dabei ist es vorteilhaft, nach Trägern der technischen Transportdurchführung und den Auftraggebern als Trägern der Transportkosten zu unterscheiden. In diesem Abschnitt geht es nur um die Feststellung der funktionellen Transportträger; die finanzielle Seite wird bei der Untersuchung der Transportkosten berücksichtigt. Eine getrennte Betrachtung des Transportweges vom Erzeuger zum Erfassungshändler einerseits und vom Händler zum Verarbeiter bzw. Lager der EVSt-G andererseits erscheint auch hier sinnvoll und zweckmässig.

ba) Der Erzeuger als Transportträger

Den Transport des frisch gedroschenen Getreides zum Lager des Aufkäufers führt schon seit Jahren der Erzeuger durch. Das marktfähige Getreide wird ab Feld oder Hof mittels Gespann oder Traktor dorthin transportiert. Dies trifft auch heute noch weitgehend zu. Der Transport wird nicht gegen ein besonderes Entgelt erbracht, sondern der Preis der gehandelten Ware versteht sich immer frei Lager des Erfassungshändlers. Der zunehmende Wettbewerb auf der Erfasserstufe brachte aber eine Wendung

in der überkommenen Geschäftsgebarung. Unter dem Gesichtspunkt des werbenden Kundendienstes gingen viele Erfassungsbetriebe dazu über, bei guten Kunden das Getreide vom Hof oder Feld des Erzeugers mit eigenen Fahrzeugen abzuholen. Dabei wird in den allermeisten Fällen auf eine Belastung des Bauern mit den entstehenden Transportkosten aus Wettbewerbsgründen verzichtet. Der Ausgleich für dieses Entgegenkommen wird über den Absatz von Betriebsmitteln herbeigeführt. Diese Übernahme des Transportes vom Erzeuger zum Lager des Erfassungshändlers ist nur unter dem Druck des Wettbewerbs verständlich. Dies ist ein Beispiel für die später noch deutlicher aufzuzeigende Verlagerung von Funktionen des Erzeugers auf den Handel.

Wird auch meistens bei einem Transport zum Lager des Erfassungshändlers durch den Erzeuger infolge der oft minimalen Transportstrecken eine Berechnung der Transportleistung unterlassen, so setzt eine Vergütung der Transportleistung vielfach in den Fällen ein, in denen der Erzeuger sein Getreide zu einer nahegelegenen Mühle oder einem anderen Verarbeitungsbetrieb im direkten Absatz, d.h. unter Ausschaltung des Handels, bringt. In diesem Spezialfall ist der Erzeuger Träger des gesamten Transportweges vom Erzeuger zum Verwender.

bb) Der Händler als Transportträger

In weitaus grösserem Rahmen als der Erzeuger tritt der Handel als Träger der Transportleistung auf. Vor allem trifft dies für den aufkaufenden Landhandel zu. Die meisten Mitglieder dieser Handelsgruppe verfügen daher über einen eigenen Wagenpark. Der Landhandel vollbringt unter den Handelsstufen die bedeutendsten Transportleistungen in eigener Regie. Dabei handelt es sich grössten-

teils sowohl um den Transport des Getreides vom Erfassungslager des Händlers zum Verarbeiter und Aufnahmelaager der EVSt-G als auch um die Transporte vom Erzeuger zum Lager des Händlers. Nach einer Erhebung des Landhandelsverbandes Bayern e.V. bei 306 Landhandelsbetrieben unterhielten diese einen LKW-Park von 335 Fahrzeugen mit einer Gesamtladefähigkeit von 1810 t.¹⁾ Mit diesen Betrieben dürfte nur ein gutes Drittel des bayerischen Landhandels erfasst sein, so dass eine Gesamtladefähigkeit des Wagenparks des bayerischen Landhandels mit 5000 t nicht zu hoch gegriffen erscheint. Bei durchschnittlichen Transportstrecken von 100 km errechnet sich daraus eine Tagesgesamtleistung von 500 000 t/km. Für die bayerischen Genossenschaften darf eine ebenso hohe Transportleistung zumindest angenommen werden.

Diese Transportleistungen werden überwiegend durch eine Unsumme von Kurzstrecken auf vielfach verkehrsabgelegenen Gebieten erreicht, eine um so wertvollere Leistung, als sie dort infolge des geringen Verkehrsaufkommens durch gewerbliche und öffentliche Verkehrsträger nicht ersetzt und erfüllt werden könnte. Der Getreide-grosshandel wird nur in wenigen Fällen selbst als Transportführer tätig. Der Importhandel schliesslich überträgt die Ausführung der Transporte ausschliesslich gewerblichen und öffentlichen Verkehrsträgern.

bc) Gewerbliche und öffentliche Verkehrsträger

Technische Gründe und Kostenüberlegungen haben schon frühzeitig den Handel dazu bewogen, die Transporte von

1) Menth, O.: Der Bayerische Landwarenhandel, Vortrag am 29.1.1959 vor der Schweizer Vereinigung des privaten landwirtschaftlichen Landhandels in Bern, herausgeg. vom Bayerischen Landhandelsverband, München 1959, S.8.

anderen Transportführern durchführen zu lassen. Die grossen Getreidemengen, die im Importhandel umgesetzt werden, bedingen eine ebensolche Transportleistung, die am besten ein spezialisiertes Transportunternehmen bewältigen kann.

Die bedeutendsten Transportträger, die im Auftrag des Getreidehandels die Transporte ausführen, sind die Binnenschifffahrt und die Bundesbahn. Von der Bundesbahn sind auch Angaben über die Höhe ihrer Leistung zu erfahren. 1958 stellte die Bundesbahn 86 600 Waggons für Getreideverladungen in den Seehäfen und im Inland zur Verfügung, was bei einer durchschnittlichen Ladung von 20 t per Waggon einer Transportleistung von 1,732 Mill.t entspricht. Die jeweilige Höhe der Getreideimporte bestimmt weitgehend die Transportleistungen der Bahn im Getreideverkehr, da sie im Inlandverkehr vielfach durch den LKW ersetzt wird, was für die Importe in weit geringerem Masse zutrifft. Die tägliche Waggonstellung der Bundesbahn für Getreidetransporte schwankt zwischen 200 - 300 Waggons. 1957 betrugen die Gesamtgetreideimporte 5,4 Mill.t. Die Wagenstellung der Bundesbahn für Getreidetransporte erreicht im gleichen Jahr 122 400 Einheiten, was einer Transportleistung von 2,4 Mill.t entspricht;¹⁾ das lässt den Schluss zu, dass beträchtliche Mengen anderen Transportträgern zur Beförderung übergeben wurden. Die Binnenschifffahrt mit ihren kostengünstigen Frachten wird den verbliebenen Hauptteil der Transporte von den Seehäfen landeinwärts übernommen haben. Die grossen westdeutschen Handelsmühlen besitzen fast ausschliesslich Wasseranschluss, um dieses billige Verkehrsmittel auszunutzen. Futtergetreide wird auf Kähnen

1) Bundesbahn-Transporte von Agrargütern: in Ernährungsdienst, Jg.14, Nr.27 (7.März 1959), S.8.

von den Nordseehäfen bis nach Bamberg verfrachtet.

Daneben schaltet sich noch der gewerbliche Güterverkehr als Transportträger ein, der alles daransetzt, im Wettbewerb von Schiene und Strasse zu bestehen. Er wird von den Betrieben bevorzugt, die abseits von Wasserweg und Schiene liegen.

bd) Die Verarbeitungsbetriebe als Transportträger

Ein Grossteil der getreideverarbeitenden Betriebe verfügt über einen eigenen Wagenpark. Das trifft besonders für Mühlen zu. Es liegt nun schon im Interesse der bestmöglichen Auslastung des Fuhrparks, soweit wie möglich alle vom Betrieb benötigten Transporte durch eigene Fahrzeuge durchzuführen. Vor allem in den Fällen, in denen Getreide als Rückfracht transportiert werden kann, übernimmt der Verarbeitungsbetrieb selbst den Transport des benötigten Getreides. So nehmen die Lastzüge der Mühlen bei ihren Mehllieferungen in die ländlichen Gegenden auf ihrem Rücktransport grundsätzlich Getreide mit. Ähnlich verhalten sich Kraftfuttermittelhersteller und Brauereien. In dem Umfang also, in dem durch Übernahme von Getreidetransporten die Auslastung des eigenen Fuhrparks erreicht werden kann, übernehmen die Verarbeitungsbetriebe die Transportfunktion und treten dadurch als Transportträger im Getreideverkehr auf.

c) Die Transportmittel

Zur Durchführung seiner grossen und bedeutsamen Transportfunktion stehen dem Getreidehandel verschiedene Transportmittel zur Verfügung. Die Entscheidung für ein bestimmtes Transportmittel hängt dabei nicht allein von

Kostenüberlegungen ab, sondern zu einem guten Teil von der verkehrstechnischen Möglichkeit, dieses Transportmittel auf dem gegebenen Verkehrsweg einzusetzen. Darüber hinaus beschränkt sich für den Getreideverkehr, einen ausgesprochenen Massengutverkehr, die Zahl der geeigneten Transportmittel auf die für den Massengutverkehr verwendbaren Transportgefässe.

ca) Das Hochsee- und Binnenschiff

Für den Massengutverkehr ist das Schiff mit seinem grossen Fassungsvermögen besonders gut geeignet. Aus diesem Grunde wird es für grosse Getreidetransporte allen anderen Transportmitteln vorgezogen. Bildet es im transkontinentalen Verkehr das einzige geeignete Transportmittel, so hat es auch im Binnenverkehr die günstigsten Tarife. Seiner Verwendung sind jedoch durch die Bindung an schiffbare Wasserstrassen Grenzen gesetzt. Rentabel lässt sich ein Schiffstransport nur dort durchführen, wo eine Transportmenge vorhanden ist, die die Ausnutzung eines so grossen Transportgefässes sichern kann. Die Ladekapazitäten der gebräuchlichsten Seefrachter liegen zwischen 10 000 und 20 000 t, bei den Binnenschiffen zwischen 600 - 2 000 t, je nach der Grösse der Wasserstrassen, dem Wasserstand und dem jeweiligen Tiefgang der Schiffe.

In Westdeutschland sind durch das dichte Netz von Kanälen günstige Voraussetzungen für den Einsatz des Binnenschiffes zum Getreidetransport geschaffen worden. Die Errichtung der grossen westdeutschen Mühlen an diesen Wasserläufen ist im Zusammenhang mit den günstigen Transportmöglichkeiten über die Wasserstrassen zu sehen. Der grosse Nachteil des Schifftransportes liegt in der langen und unsicheren Transportdauer. (Dieser Nachteil wurde allerdings durch den verstärkten Einsatz von Selbstfahrern

beträchtlich gemildert.) Hochwasser und Vereisung können aber nach wie vor Transporte erheblich verzögern.

Bei der Verwendung von Schiffsraum zur Transportleistung ist neben den geringeren Transportkosten gegenüber Bahn- und Kraftverkehrsfrachten auch durch den Einsatz von Massengutumschlagsgeräten (z.B. Greifer, pneumatische Sauganlagen) eine beachtliche Einsparung möglich. Saugheber und Becherwerke gehören zu den rationellsten Umschlagsgeräten. Die Vorteile des Schiffstransportes sind aber nur in den Fällen voll und ganz auszuschöpfen, in denen sowohl Ablader wie Empfänger über Wasseranschluss verfügen. Dennoch transportiert man heute oftmals im sog. "gebrochenen Verkehr", d.h. das Getreide wird auf seinem Weg vom Verkäufer zum Käufer von Schiff auf Waggon/LKW oder umgekehrt umgeladen, weil die billigen Schiffsfrachten trotz der anfallenden Umschlagskosten den "gebrochenen" Transport gegenüber einem "ungebrochenen" Transport auf dem Landweg günstiger gestalten.

cb) Die Bundesbahn

Das dichte Schienennetz der Deutschen Bundesbahn und deren grosser Wagenpark bieten sich dem Getreidehandel für all diejenigen Transporte an, bei denen Versender wie Empfänger über Gleisanschluss verfügen. Um diese Möglichkeit jederzeit ausschöpfen zu können, waren viele Handelsfirmen bestrebt, ihre Lagerhäuser an den Bahnstrecken oder in ihrer unmittelbaren Umgebung zu errichten. Im Wettbewerb mit der Strasse hat die Deutsche Bundesbahn durch die Entwicklung und Indienstnahme zahlreicher Spezialwaggons eine Verbesserung des Getreidetransportes gebracht, die beim gewerblichen Güterverkehr noch nicht erreicht ist. Die Spezialwaggons können je nach Typ 15 - 55 t loses Getreide aufnehmen und sind technisch so ausgestat-

tet, dass sie äusserst rationell be- und entladen werden können. Durch die Schaffung der Spezialwaggons hat die Bundesbahn die immer stärker werdenden Bestrebungen nach weitestgehender Umstellung auf den Losetransport geschickt genutzt und damit die Getreideabfahren von den deutschen Nordseehäfen verbessert und erleichtert. Der grosse Zuschussbedarf Westdeutschlands an Importqualitätsweizen (jährlich ca. 2,5 Mill.t) bedingt in den Löschhäfen einen grossen Bedarf an Transportgefässen, die geeignet sind, schnell, sicher und billig das angelandete Getreide an die über das ganze Bundesgebiet verstreuten Mühlen und sonstigen Verarbeitungsbetriebe zu befördern. Die dabei zurückzulegenden Entfernungen und die Grösse der Mengen bringen der Bundesbahn für diese Transporte einen gewissen Vorsprung, da die Stärke des Kraftwagenverkehrs auf den Kurzstrecken liegt.

Auch im Verkehr mit Inlandsgetreide hat die Bundesbahn noch eine gefestigte Stellung, obwohl dort der Kraftwagenverkehr stärker vordringen konnte. Der zunehmende Trend zur Loseverladung verschafft wiederum der Bundesbahn einen Wettbewerbsvorsprung, wenn es dem Kraftwagenverkehr nicht gelingt, sich dieser Entwicklung vorausschauend und elastisch anzupassen.

cc) Der Lastkraftwagen

Möchte man Schiff und Bahn als die Transportmittel des Getreidegrosshandels bezeichnen, so ist der Lastwagen das typische Transportmittel des Landhandels. Der beschaffungsorientierte Landhandel hat seinen Standort und Wirkungskreis abseits von den Wasserstrassen und oftmals weit entfernt von Eisenbahnlinien. Ihm ermöglicht erst der Lastkraftwagen die Erfüllung grösserer Transportaufgaben. Zudem hat das Mengenproblem unbedingt dazu beige-

tragen, dem Lastkraftwagen den Vorsprung vor der Bahn im Geschäftsbetrieb des Landhändlers einzuräumen. Es müssen hier kleine und kleinste Mengen erfasst werden, die erst dann in Ladungen von 3 - 10 t an die Verarbeiter oder die Erfassungslager der EVSt-G geliefert werden. Dies untermauert die Tatsache, dass die Lastkraftwagen der meisten Erfassungshändler 3 - 4 t Ladekapazität besitzen. Ausserdem bringt nur der Lastkraftwagen die für den Landhändler notwendige Beweglichkeit und Vielseitigkeit.

Daneben benutzt der Erfassungshändler zur Erfüllung seiner Transportaufgaben den gewerblichen Güterverkehr. Er wird besonders in den Erntemonaten zur raschen Weiterleitung der auf dem Lager sich stauenden Getreidemengen eingesetzt. Wo ein Bahnanschluss fehlt oder Engpässe in der Wagengestellung durch die Bundesbahn auftreten, erscheint der Einsatz des gewerblichen Lastkraftwagens besonders vorteilhaft.

In nicht zu unterschätzendem Umfang wird der Lastkraftwagen auch von den Verarbeitungsbetrieben, besonders den Mühlen, zum Getreidetransport verwendet.

In der Abfuhr von Getreide aus den Seehäfen spielt der LKW-Transport eine untergeordnete Rolle. Der Grund für den steigenden Einsatz der Lastkraftwagen auch in diesem Geschäft ist die Suche der Speditionsunternehmen nach Rückfracht für die mit Exportgütern nach den Seehäfen rollenden Fahrzeuge. Darauf beruhen gewisse Preiszugestände in verdeckter und offener Form. Spezialfahrzeuge für Getreidetransporte, ähnlich denen der Bundesbahn, gibt es bis heute im gewerblichen Güterkraftverkehr noch nicht.

d) Die Transportart

da) Der Transport in Säcken

Der Transport von Getreide in Säcken oder ein Sackstapel versinnbildlicht unsere überkommenen Vorstellungen vom Getreidehandel. Tatsächlich hat man bis in die jüngste Zeit vornehmlich in Säcken transportiert. Die Gründe dafür liegen in folgendem:

Soll Schüttgut transportiert werden, so ist es nötig, dieses in leicht transportable Behältnisse zu verpacken. Der Sack als elastisches dauerhaftes und relativ billiges Transportmittel war lange Zeit hindurch das ideale Transportgefäß für Getreide. Mit ihm war es möglich, kleine und kleinste Mengen zu verschicken. Dies entsprach auch den Gegebenheiten der damaligen Bauernhöfe, Handels- und Verarbeitungsbetriebe, die nur geringe Marktleistungen erbrachten und für grössere Transportgefässe keine geeignete Verwendung hatten. Ein weiterer sehr entscheidender Grund war das Fehlen innerbetrieblicher Transportmittel. Wie hätte ein Bauer sein Getreide auf den Markt bringen sollen, wie es ein Händler in sein Lager und wie ein Müller es auf den Walzstuhl, wenn nicht in Säcken? Auch heute noch ist das Fehlen innerbetrieblicher Transportmittel der Hauptgrund für den noch weitverbreiteten Transport in Säcken. Er wird deshalb im grossen Umfang noch bei den Landhändlern, Klein- und Mittelmühlen angetroffen.

Der Vorteil des gesackten Transportes liegt in der leichten Aufteilbarkeit der Ladung und deren Bewegungsmöglichkeit ohne grössere technische Hilfsmittel. Ursprünglich benutzte man nur die menschliche Tragkraft sowie die tierische Trag- und Ziehkraft. Der "gesackte Transport" erlaubt ausser einem rentablen Transport von Kleinmengen

die Aufteilung in Partien je nach Feuchtigkeit und Qualität und ist deshalb für die Sammeltätigkeit des Erfassungshandels besonders gut geeignet. Die Markierung der Säcke ermöglicht die getrennte Lagerung kleinster Mengen.

Die zunehmende Technisierung des innerbetrieblichen Transportwesens und die Verteuerung der menschlichen Arbeitskraft beeinflussen die Kosten des "gesackten Transportes" ungünstig. In gleicher Richtung wirkt die laufende Verteuerung der Säcke. Der "gesackte Transport" ist nur noch dort vertretbar, wo die Menge, der Ablade- wie Empfangsort und die Beschaffenheit der Ware einen losen Transport kostenmässig wie technisch nicht zulassen. In den Fällen also, in denen Kleinmengen oder Sammelladungen verschiedener Qualitäten eine wirtschaftliche Ausnutzung der Spezialtransportgefässe für den losen Transport nicht erlauben oder bei Käufer wie Verkäufer die technischen Einrichtungen für die Abfertigung und Annahme von losem Getreide fehlen. Undenkbar wäre es, die grossen Importmengen gesackt anzuladen. Im überseeischen Verkehr wurde zuerst erkannt, dass nur der lose Transport durch seine Vorteile Transportleistungen ermöglicht, wie sie heute zur Aufrechterhaltung der Versorgung notwendig sind.

db) Der Losetransport

Die arbeitsteilige Wirtschaft bringt eine stärkere räumliche Entfernung zwischen Erzeugungs- und Verbrauchszentren. Das damit ansteigende Transportvolumen kann mit dem Transport in Säcken nicht mehr befriedigend bewältigt werden. Kostenvergleiche und Zeitstudien sowie der oft grosse Mangel an Säcken bei Bedarfsspitzen oder Rohstoffknappheit führten zur Bevorzugung des Losetransportes.

Der Losetransport ermöglicht die maximale Ausnutzung des Laderaumes. Der hier mögliche Einsatz von Massenguttransportmitteln steigert zudem die Umschlagsleistung bei gleichzeitiger Kostensenkung der Umschlagskosten je Mengeneinheit.

Im Schiffsverkehr wird Getreide heute ausschliesslich lose transportiert. Anders ist es im Bahn- und LKW-Verkehr. Während im Bahnverkehr der Transport von losem Getreide in Spezialwaggons weitaus überwiegt, wird auf LKW fast noch ausschliesslich gesackt transportiert.

Der Verfasser konnte durch eine Zeitstudie in dem grössten süddeutschen Lagerei- und Umschlagsbetrieb den grossen Zeit- und Kostenvorteil der Loseverladung gegenüber dem "gesackten Transport" feststellen:

In dem untersuchten Betrieb wurden bei Einsatz eines 5-Personen-Teams für die Entladung eines Waggons mit 20 t Getreide in loser Schüttung einschliesslich Arbeitsvorbereitung (Rüstzeit) und Zwischenzeit 15 Minuten benötigt. (Gearbeitet wurde mit Kraftschaufeln.) Der Gesamtzeitaufwand betrug demnach $5 \times 15 = 75$ Arbeitsminuten. Zur Entladung eines Waggons mit einer gesackten Ladung von 20 t musste das Team auf 8 Personen ergänzt werden. Trotzdem beanspruchte die Entladung einschliesslich Rüst- und Zwischenzeit 25 Minuten und damit einen Gesamtzeitaufwand von $8 \times 25 = 200$ Arbeitsminuten. Daraus folgt, dass - genügend grosse Annahmelleistung der maschinellen Ausstattung vorausgesetzt - durch Losetransport gegenüber dem "gesackten Transport" die Entladeleistung in derselben Zeit um über das Doppelte gesteigert werden kann.

Eine Forcierung der gesackten Entladung durch den verstärkten Einsatz von Arbeitskräften ist, abgesehen vom Arbeitskräftemangel und den hohen Kosten, sinnlos, da die dann einsetzende gegenseitige Behinderung auf der engen Ladefläche eines Waggons oder Lastkraftwagens

zu einer im Verhältnis zu den eingesetzten Arbeitskräften unterproportionalen Gesamtleistung führen würde. Im Gegensatz dazu ist bei der Loseentladung eine Leistungssteigerung durch Erhöhung der technischen Annahmelleistung jederzeit möglich, d.h. durch Erhöhung der Band-, Elevatoren- und Verwiegeleistungen. Die Grenze setzt hier die mögliche Beschäftigungsdauer und die damit verbundene Ausnutzungsmöglichkeit grosser Kapazitäten.

Die im Vorhergehenden gemachten Arbeitszeitüberlegungen sind bei Verwendung von Spezialwaggons überholt. Mit den immer mehr eingesetzten Behälterwaggons (EFKR), die mit 4 Behältern je 5 t Fassungsvermögen bestückt sind, kann mit einer Behälterkippanlage die Entladeleistung erheblich gesteigert werden. Die Behälter werden einzeln an den Annahmetrichter gezogen und mittels Seilzug oder Druckheber in einem einzigen Arbeitsgang entleert. Die Entladegeschwindigkeit wird nur durch die Annahmelleistung der innerbetrieblichen Transportmittel bestimmt. Bei geringerem Personaleinsatz (in der Regel 3 Personen) ermöglichen diese Spezialwaggons eine beachtliche Beschleunigung und Erleichterung des Entladevorgangs. Der Zeit- und Kostenvorteil ist gross. Höhepunkt in dieser Entwicklung ist die Waggonkippanlage, die in einem Hub eine komplette Ladung in den Annahmetrichter entleert. Da diese Anlagen sehr hohe Investitionskosten verursachen und nur bei Grossbetrieben rentabel genutzt werden können, sind sie in Deutschland kaum verbreitet.

Erst die technische Entwicklung der letzten 2 Jahrzehnte brachte den augenfälligen Vorteil der Loseverladung. Was für die Entladung gilt, trifft auch für die Beladung zu. Bei der Beladung ist der Kostenvorteil gegenüber dem "gesackten Transport" noch günstiger. Für die lose Ladung zeigen sich immer neue Rationalisierungsmöglichkeiten. Für die gesackte Ladung konnte man dagegen

nur unerhebliche Fortschritte bei der Be- und Entladung erzielen.

Die Erklärung, warum dieser augenscheinliche Vorteil der Loseladung noch nicht allgemein wahrgenommen wird, ist in der für den Losetransport notwendigen technischen Ausrüstung zu suchen. Während Getreidegrosshändler, Importeure, Grossmühlen, Getreidespediteure und gewerbliche Lagerhalter schon lange die Vorteile der Loseverladung nutzen, blieben der erstaufnehmende Handel und die kleineren Verarbeitungsbetriebe von der Entwicklung zum Losetransport unberührt.

Die Lagerhäuser der letzteren Gruppe waren klein und von geringer Lagerkapazität. Meist waren nur Schüttböden vorhanden, die auch anderen Gütern zur Lagerung dienen konnten. Die technische Ausstattung für die Getreideannahme beschränkte sich auf Sackkarren und Dezimal- oder Absackwaagen. Die kontinuierliche Anlieferung der Bauern über das ganze Jahr hinweg verlangte keine hohen Annahmelleistungen. Über das ganze Land verstreute Kleinmühlen entlasteten den Getreidehandel von der Lagerung. Die Marktleistung der Landwirtschaft hatte den heutigen hohen Stand noch nicht erreicht.

Die damaligen Verhältnisse haben sich inzwischen gewaltig geändert. Mit dem Vordringen des Mähdreschers, den garantierten Erzeugermindestpreisen, den zunehmenden Hektarerträgen und der Mühlenkonzentration entstand ein vollkommen neues Bild. Nicht nur die Marktleistung erhöhte sich, sondern auch der Mähdrescher veranlasste die Landwirtschaft, die Ernte noch in den Erntemonaten auf den Markt zu bringen. In Gebieten mit starkem Mähdreschereinsatz stauten sich nun die auf Entladung wartenden Fahrzeuge vor den Lagerhäusern des Erfassungshandels. Sie drängten auf rasche Entladung, da sie umgehend wieder auf

dem Felde benötigt wurden; denn der Mähdrescher wurde eingesetzt, solange die Witterungsverhältnisse es zuließen.

Hier zeigte sich, dass die Annahmekapazität der Lager zu gering war. Die wenigen Lagerhausarbeiter konnten die Vielzahl der Säcke trotz vieler Überstunden nicht mehr bewältigen, und in den vollgepfropften Lagern verlor man die Übersicht. Der Qualitätszustand des frischen Getreides konnte nicht genügend überwacht werden, und erhebliche Verluste waren die Folgen. Die Lösung dieser Situation konnte nur die Umstellung auf die Lose-Annahme sein. Viele Erfassungsbetriebe rüsteten ihre Lager mit ebenerdigen Annahmetrichtern in Wagenlänge, vollautomatischen Schüttwaagen und den notwendigen innerbetrieblichen Transportmitteln aus. Wer imstande war, ergänzte die Anlage durch Silos, die für loses Getreide geradezu ideal sind.

Schon bald zeigte sich die Überlegenheit derart ausgestatteter Lagerhäuser. Die Ausstattung der Mähdrescher mit Getreidebunkern, in die beim Dreschvorgang das Getreide transportiert und zu gegebener Zeit von hier auf die Fahrzeuge entleert wird, verstärkte den losen Antransport ausserordentlich. Der Arbeitskräftemangel trug das seine zu dieser Entwicklung bei. Heute kann in wenigen Minuten ein Fahrzeug entleert werden. Damit ist es sofort wieder einsatzbereit. Die Annahmekapazität des Lagerhauses kann durch Änderung der Annahmelleistung erheblich gesteigert werden, wie es bei Anlieferung in Säcken niemals möglich ist.

Eine weitere Aufgabe besteht darin, die Vorteile des Losetransportes auch beim Transport des erfassten Getreides zum Abnehmer auszunutzen. Unschwer ist dies, wenn auf Spezialwaggons der Bundesbahn verladen werden kann.

Der Einbau einer Verladevorrichtung ist besonders dort nicht kostspielig, wo das natürliche Gefälle des Getreidestroms vom Silo oder Schüttboden zur Verladestelle ausgenutzt werden kann. Die Ersparnisse an Arbeitskraft und Zeit wiegen die Investitionskosten auf.

Schwieriger ist ein Losetransport, wenn nur LKWs eingesetzt werden können. Zwar hat man bereits Spezialfahrzeuge für den Losetransport, sog. Tankfahrzeuge, entwickelt. Die nur geringe Verwendungsmöglichkeit sichert die Rentabilität solcher Fahrzeuge jedoch lediglich bei Betrieben, bei denen ein dauernder Einsatz für Getreidetransporte gewährleistet ist. Dies trifft allein für Grossmühlen zu, und selbst dort wirft die Rückfracht grosse Probleme auf. Gänzlich unangebracht sind solche Spezialfahrzeuge im Erfassungshandel, wo es vorzugsweise darum geht, den Erntestoss, soweit dieser die eigene Lagerkapazität übertrifft, weiterzubewegen. Auf einfachste Weise kann ein Serienfahrzeug durch Auslegen der Ladebrücke mit einer Plane oder Plastikfolie auf den Losetransport umgestellt werden. Allerdings kann hier, wenn die Ladebrücke sehr kurz oder niedrig ist, die Ladekapazität nicht voll ausgenutzt werden. Ein abnehmbarer Holz- oder Stahlbunker mit Einlauf- und Auslauftrichtern, der in den Stossmonaten auf die Ladebrücke aufgesetzt werden kann, könnte eine Lösung sein. Dadurch entfällt eine ganzjährige Spezialisierung des Fahrzeugs. Die geschaffene Vielseitigkeit erhöht seine Wirtschaftlichkeit, die durch Umstellung auf Losetransport wesentlich gesteigert werden kann.

Der Losetransport bringt neben der Erhöhung der Annahme-, Verlade- und Transportleistung und der damit verbundenen Kostensenkung und Einsparung von Arbeitskräften durch den Fortfall von Verpackungsmaterial einen nicht

zu unterschätzenden Vorteil. Die laufende Verteuerung des Sackmaterials (1959 kostete 1 Sack 1,20 - 2,20 DM) bringt neue finanzielle Belastungen. Diese werden durch die neuen Ernteverfahren vergrössert, da die Ballung der Anlieferungen einen verstärkten, aber nur kurzfristigen Einsatz des Sackmaterials verlangt, während dieses früher in kleinerer Menge das ganze Jahr hindurch zwischen Erzeuger und Händler pendelte. Die jetzige kurze Verwendungszeit vermindert die wirtschaftliche Ausnutzung der Säcke. Hinzu kommen die grossen Aufwendungen für die Wartung der Säcke und die Leergutbuchhaltung. Grössere Firmen mussten dazu übergehen, einen Angestellten allein mit der Überwachung von Einsatz und Verbleib der Säcke zu betrauen. Beachtliche Summen müssen jährlich für verlorengegangene und vorzeitig unbrauchbar gewordene Säcke abgeschrieben werden. Steigende Löhne und der grosse Mangel an Arbeitskräften verteuern die Instandsetzung beschädigter Säcke erheblich oder machen sie unmöglich. Diese Probleme kennt der Losetransport nicht.

Weiterhin erleichtern lose Ladungen die heute entscheidend gewordenen Qualitätsfeststellungen, d.h. das Ziehen brauchbarer, repräsentativer Durchschnittsmuster. Eine lose Ladung ist an allen Stellen leicht und bequem zugänglich. Der Bemusterungsvorgang kann wesentlich beschleunigt werden, was wiederum zu einer Verkürzung der Entladezeiten beiträgt.

Die aufgezeigten Vorteile des Losetransportes gegenüber dem "gesackten Transport" sind überzeugend. Die Transport- und Entladekosten werden verringert, so dass sich die Investition lohnt. Sogar für Kleinspeicher soll die Annahme von losem Getreide ermöglicht werden. Der lose Transport dringt unaufhaltsam vor, nachdem er sich als ausserordentlich arbeitssparend erwiesen hat.

e) Die Transportkosten

- ea) Die Höhe der Transportkosten und ihre Beeinflussung durch die Wahl des Transportmittels und der Transportart

Mit dem Versuch, eine Kostengruppe des Getreidehandels zu durchleuchten, wird eine der schwierigsten Aufgaben im Zusammenhang mit der Analyse der Funktionen angefasst. Brauchbare Unterlagen über den Anfall von Transportkosten und betriebsindividuelle Transportkostenkalkulationen sind nicht zugänglich. Die wenigen Veröffentlichungen über den Anteil der Transportkosten am Umsatz des Handelsbetriebes beziehen sich auf den Landhandel, bei dem die auf den Getreidehandel und auf die übrigen Geschäftszweige entfallenden Kosten nicht getrennt werden können. Dazu fehlt im Landhandel das moderne Rechnungswesen mit einer Kostenträgerrechnung.

Die staatlichen Eingriffe auf dem Getreidemarkt brachten von der EVSt-G festgesetzte Tarife und Frachtzuschussrichtlinien, die auch für den noch privatwirtschaftlichen Teil des Getreidegeschäftes bestimmend sind. Die Transportkosten des gesamten Importgetreides und der grossen Mengen, die im Rahmen der Interventionstätigkeit und unter Bewilligung von Frachtzuschüssen bewegt werden, bestimmen sich nach diesen Richtlinien und Tarifen. Inwieweit die hier erstatteten Kosten die tatsächlich anfallenden decken, kann nur im Einzelfall konkret untersucht werden.

Die wichtigsten kostenbeeinflussenden Grössen sind Standort, Betriebsgrösse, Transportmittel und Transportart. Die speziellen Kosten der Raumüberbrückung beziehen sich auf den Transport (Waggonmiete, Standgeld, Hafengebühr, Speditionskosten, Versicherung), die Verpackung und

den Fuhrpark (Abschreibung, Instandhaltung, Arbeitskosten).

Die Höhe der Transportkosten wird durch die Wahl des Transportmittels und der Transportart wesentlich beeinflusst. Über die kostenmässigen Vorteile des Losetransportes gegenüber dem Transport in Säcken wurde im vorausgehenden Abschnitt ausführlich gesprochen. Bei der Wahl der Transportmittel fragt es sich, ob der Transport mit eigenen oder fremden Transportmitteln durchgeführt werden soll. Werden fremde Transportmittel benutzt, ist die Wahl zwischen Schiffs-, Bahn- oder LKW-Transport zu treffen. Allerdings ist hier die Entscheidungsfreiheit durch den Standort erheblich eingeengt. Schiffstransporte verlangen einen Standort an Wasserstrassen und gewisse Mindestmengen. Die Masse der Getreidehändler kann nur zwischen Bahn und Lastkraftwagen wählen. Die Bahnbeförderung wird dort vorgezogen, wo Verloader wie Empfänger über einen Bahnanschluss verfügen und der 20-t-Satz ausgenutzt werden kann. Den übrigen Landhändlern bleibt nur der Transport mit Lastkraftwagen.

Eigene Fahrzeuge und genügend Transportraum vorausgesetzt, kann der Landhändler die Transporte selbst durchführen. Ob Eigentransport oder Fremdttransport vorteilhafter ist, beantwortet ein Kostenvergleich. Werden die Transporte im Rahmen von Lieferungen an die EVSt-G oder in Importgetreide getätigt, ist die zu erwartende Kostenvergütung durch die Frachtzuschussrichtlinien und die Bekanntmachungen der EVSt-G über die Frachtpauschale bei Qualitätsweizen starr festgelegt. In diesem Falle ist auch durch günstigere Verfrachtungsmöglichkeiten keine Differentialrente zu erzielen, da nur die tatsächlich anfallenden Kosten bis zum Höchstsatz vergütet werden.

Anders ist es bei Lieferungen "frei Haus" im freien Getreideverkehr. Das trifft allerdings nur selten zu, da die meisten Verarbeiter zur Ausnutzung ihres eigenen Fuhr-

parks ab Lager des Verkäufers beziehen. Wo dies nicht der Fall ist, bemüht sich der Händler, seinen eigenen Fuhrpark auszulasten. In vielen Fällen ist der Händler auch zum Einsatz eigener Fahrzeuge genötigt, da infolge seines Standortes andere Transportmöglichkeiten fehlen. Das gilt besonders für den Transport von kleinen Mengen, weil gewerbliche Transportführer nur geschlossene Ladungen von und nach bestimmten Orten annehmen. Aufschlussreich ist, dass der zum Werkverkehr genötigte Händler durch die "Richtlinien über die Vergütung der Transportkosten im Werkverkehr bei Abgabe von Getreide an die EVSt-G" und die "Richtlinien über die Gewährung von Frachtzuschüssen für inländisches Getreide"¹⁾ gezwungen wird, billiger als die öffentlichen und gewerblichen Transportträger zu befördern. Eindeutig trifft das für Lieferungen an die EVSt-G zu, für den Hauptteil der Transporte im Werkverkehr, häufig auch für Transporte im freien Getreideverkehr, soweit die Vergütungssätze der EVSt-G die Richtschnur bilden.

Für Transporte im Werkverkehr werden nur die in den Richtlinien festgelegten Vergütungssätze erstattet. Bei Bahntransporten dagegen wird die Fracht nach dem frachtpflichtigen Gewicht der 20-t-Klasse des Deutschen Eisenbahn-Gütertarifs, bei Ferntransporten im gewerblichen Güterverkehr die Fracht nach der 15 t-Klasse des Reichskraftwagentarifs und bei Nahtransporten das nach den Vorschriften für den gewerblichen Güterverkehr mit Kraftwagen berechnete Entgelt, höchstens jedoch die Fracht wie bei Ferntransporten erstattet. So entsteht hinsichtlich der Vergütungssätze eine erhebliche Benachteiligung des Werkverkehrs gegenüber der Bundesbahn und dem gewerblichen Güterkraftverkehr.

1) Vgl. Frachtzuschuss-Richtlinien des BEM für inländisches Brotgetreide der Ernte 1959, in: Bundesanzeiger Nr.142 vom 29.Juli 1959.

Tabelle 5

Vergleichstabelle der Frachtvergütungssätze
in DM je 100 kg

Versandweite in km	25	50	75	100	200	300	400
1. Bahntransport	0,63	0,98	1,28	1,59	2,67	3,57	4,36
2. gewerblicher Güterverkehr	0,66	1,03	1,34	1,67	2,80	3,75	4,58
3. Werkverkehr ¹⁾	0,56	0,83	1,14	1,49	2,39	3,16	3,82
Differenz Bahn-Werkverkehr	0,07	0,15	0,14	0,10	0,28	0,41	0,54
Differenz Güterverkehr-Werkverkehr	0,10	0,20	0,20	0,18	0,41	0,59	0,76

Tarife gültig nach den Sätzen im Getreidewirtschaftsjahr 1958/59

zu 1: Tarifsatz-Bahntransport 2ot-Klasse-C/D.

zu 2: Tarifsatz-gewerblicher Güterkraftverkehr 15t-Klasse-C/D.

zu 3: Vergütungssatz bei Transport im Werk- und Werkfernverkehr.

Quelle: Getreideverkehr stark benachteiligt, in: Ernährungsdienst
14.Jg., Nr.31 (17.März 1959), S.1.

1) Vergütungssätze im Werkverkehr, siehe Frachtzuschussrichtlinien, a.a.O.

"Die aufgezeigte Diskrepanz bei Getreidetransporten wäre nicht so schwerwiegend, wenn die Betroffenen auf den gewerblichen Güterverkehr oder die Bahn ausweichen könnten. Die Möglichkeit der Transportverlagerung ist aber nur in sehr begrenztem Umfang gegeben. Es sei lediglich auf die Tatsache verwiesen, dass die Erfassung und Verteilung von Getreide hauptsächlich im Flächenverkehr erfolgt, der von der Bundesbahn schon deswegen nicht übernommen werden kann, weil von 24 000 Gemeinden des Bundesgebietes 16 000 dem Schienennetz nicht angeschlossen sind. Auch der Schwerpunkt des gewerblichen Güterkraftverkehrs liegt nicht im Flächenverkehr, da er wegen der angestrebten Eigenwirtschaftlichkeit zwangsläufig die Tendenz zeigt, sich vor allem in Relationen mit stärkerem Verkehrsaufkommen zu betätigen."¹⁾

Weiter zeigt sich, dass dort, wo die öffentlichen und gewerblichen Verkehrsträger mit ihren gesetzlichen Tarifen eingesetzt werden können, die Transportkosten immer anerkannt und deshalb auch abzuwälzen sind. Im Werkverkehr jedoch ergibt sich eine Unterdeckung der Transportkosten, hervorgerufen durch die oben aufgezeigte Diskrepanz innerhalb der Frachttarife. Hier und insbesondere beim Werkfernverkehr muss der Händler Teile der Transportkosten selbst tragen.

Die Benachteiligung des Werkfernverkehrs vergrößert sich durch die Belastung mit einer Beförderungssteuer.²⁾ Durch die steuerliche Belastung soll der Werkfernverkehr zugunsten anderer Verkehrsträger eingeschränkt werden.

1) Getreideverkehr stark benachteiligt, in: Ernährungsdienst Jg.14, Nr.31, (17.3.59), S.1.

2) Nach dem Beförderungssteuergesetz vom 13.6.1955 beträgt die Beförderungssteuer je Tonnenkilometer ab 1.4.1958 0,05 DM.

Abgesehen davon, dass es häufig unmöglich ist, andere Verkehrsträger heranzuziehen, stellt sich die Frage, ob andere Verkehrsträger überhaupt in der Lage sind, die Transporte so rationell und wirtschaftlich wie der Landhandel durchzuführen.

Die Technisierung der Landwirtschaft bringt es mit sich, dass das Getreidegeschäft zum Stossgeschäft wird. Der Anfall der Getreideanlieferungen vollzieht sich heute in wesentlich kürzerer Zeit als früher. Die Folge ist, dass es gerade zu dieser Zeit an Transportraum fehlt. Das oft feuchte Getreide muss so schnell wie möglich getrocknet werden, um es vor Verderb zu schützen. Nur das geschulte Transportpersonal des Landhandels ist fähig, eine sofortige Entscheidung über die Kondition des Getreides zu treffen. Aus Kostengründen ist es auch nicht zu erwarten, dass gewerbliche Spediteure ihren Transportraum für die Getreideernte vermehren; sie sind auch kaum bereit, 10 - 15 kleinere Partien zu einer rationellen Sammelfahrt zusammenzustellen. Anstelle der Sammelfahrten müssten daher Kleinstmengen transportiert werden, wobei es noch fraglich ist, ob diese Transporte zur Zeit der Ernte rechtzeitig durchgeführt werden können.

Ein Bericht eines Landhändlers aus Irrel (Kreis Trier) schildert die Situation folgendermassen: "Auf die Bahn bzw. einen gewerblichen Güterverkehr zurückzugreifen hat für uns keinen Zweck. Es wäre dann so, dass wir Ware am Lager hätten, die nicht rechtzeitig abtransportiert würde, was z.B. bei unserem Getreide zu oft grossem Schaden führen müsste. Zudem müssen wir im Herbst in kleinen Partien beim Bauern, oft sogar auf dem Felde laden, was uns kein gewerblicher Güterverkehrsunternehmer tun würde. Hinzu kommt noch, dass die EVSt-G nur 70%

der Fracht vergütet."¹⁾

Durch die Belastung mit der Beförderungssteuer wird das Ergebnis noch weiter verschlechtert, so dass in manchen Fällen die effektive Frachtvergütung nur 50% beträgt. Der errechnete Anteil der Vergütung an den tatsächlichen Frachtkosten fällt je nach den Kosten des Fuhrparks in den einzelnen Betrieben verschieden aus; geblieben ist jedoch die geschilderte Situation. Diese Härte hat auch das Bundesfinanzministerium anerkannt und in einem Erlass Zugmaschinen und Anhänger von Landhandelsunternehmen von der Kraftfahrzeugsteuer befreit, wenn diese ausschliesslich dazu verwendet werden, aufgekaufte landwirtschaftliche Erzeugnisse von den Erzeugern abzuholen und landwirtschaftliche Bedarfsgüter dorthin zu transportieren.²⁾ Obwohl die Transportkosten durch die Wahl der Transportmittel und der Transportart wesentlich beeinflusst werden können, zwingt die wirtschaftliche Notwendigkeit den Getreidehandel vielfach zu einer über Gebühr belastenden Übernahme von Transportkosten.

eb) Die Träger der Transportkosten

Bei Betrachtung des allgemeinen Handelsverkehrs stellt man fest, dass sich die Transportkosten unter normalen Bedingungen in einem höheren Einstandspreis des Käufers ausdrücken. Bei Lieferung ab Lager zeigt sich das offen; bei Lieferung frei Haus sind die Transportkosten im Preis einkalkuliert. Das gilt grundsätzlich.

Im Getreidehandel gibt es keine freie Preisbildung;

1) Müller, E.: Auswirkungen des Beförderungssteuergesetzes, in: Ernährungsdienst, 13.Jg., Nr.124, (24.Okt. 1958), S.6.

2) Vgl. Steuerbefreiung für Kfz des Landhandels, in: Ernährungsdienst, 13.Jg., Nr.43, (12.4.60), S.1.

die Getreidepreise sind gesetzlich als Erzeugermindest- und -höchstpreise festgelegt. Der Mindestpreis kann infolge der Überschusssituation als Festpreis angesehen werden. Dieser Umstand erlaubt es auch nicht, höhere Transportkosten in höheren Preisen aufzurechnen; denn alle Käufer wie Verkäufer haben das Recht auf den Mindestpreis.

Zunächst muss zwischen den Transporten der Händler an die EVSt-G und denen an Verarbeiter im gleichen Bundesland oder in ein anderes Bundesland unterschieden werden. Bei Lieferung an die EVSt-G, d.h. wenn die EVSt-G interveniert, erstattet die EVSt-G die Fracht vom Lager des Erfassungshändlers bis zur Sammelstelle der EVSt-G. Hier trägt weitgehend der Staat die Transportkosten.¹⁾

Wird Getreide aus einem Bundesland, in dem infolge Überangebot der Mindestpreis nicht mehr erreicht wird, die EVSt-G also intervenieren müsste, in ein Land mit Zuschussbedarf geliefert, gewährt der Staat einen Frachtzuschuss.²⁾ Dieser Frachtzuschuss deckt im wesentlichen die Frachtkosten. Nur ein geringer Anteil wird dem Käufer (Verarbeiter) belastet mit der Begründung, dass er bei Käufen im eigenen Gebiet auch gewisse Kosten übernehmen müsste.³⁾ Auch in diesem Fall ist der Staat als Hauptträger der Frachtkosten anzusprechen (1958/59 wurden für 400 000 t Frachtzuschüsse gewährt).

-
- 1) Vgl. Frachtzuschussrichtlinien des BEM für inländisches Brotgetreide der Ernte 1959, in: Bundesanzeiger Nr.142, v.29.Juli 1959.
 - 2) Das Getreide muss zu Preisen wieder aus der Bundesreserve abgegeben werden, die keine Deckung der bei der Einlagerung entstandenen Transportkosten ermöglichen.
 - 3) 1959/60 musste der Käufer von den Frachtkosten 10.-DM je 1000 kg tragen. Vgl. Frachtzuschussrichtlinien des BEM für inländisches Brotgetreide der Ernte 1959, Abs.II, Ziffer 11, in: Bundesanzeiger Nr.142, vom 29.Juli 1959.

Bei Lieferungen an Verarbeiter im engeren Umkreis trägt der Käufer die Transportkosten. Deshalb holen viele Verarbeiter das Getreide mit eigenen Fahrzeugen vom Lager des Verkäufers ab. Inwieweit Händler in solchen Fällen Preiszugeständnisse aus ihrer Handelsspanne machen, entzieht sich der Kenntnis.

Der Staat trägt auch weitgehend die Kosten des Transportes von Importgetreide zu den Verarbeitern im Inland. Die Ursache dafür liegt in der staatlichen Einfuhrlenkung, die den gleichen Einstandspreis des Qualitätsweizens für alle Mühlen im Inland erstrebt. Auch die Überseefrachten werden bei Einhaltung vorgeschriebener Bedingungen von der EVSt-G erstattet.¹⁾ Für die Transporte ins Inland vergütet die EVSt-G festgelegte Frachtpauschalen, die nach Paritätspunkten berechnet sind.²⁾

Eine Art genereller Abwälzung der Transportkosten auf die Erzeuger lässt sich aus dem Einbau einer regionalen Preisstaffelung in das Getreidepreissetz erkennen. So findet sich ein deutliches Preisgefälle von Westen nach Osten und von Westen nach Norden. Dieses Preisgefälle bildet zugleich ein Frachtgefälle, wodurch der Transport aus den östlichen und nördlichen Überschussgebieten in die Zentren des Verbrauchs an Rhein und Ruhr erleichtert werden soll. Allerdings deckt diese Preisspanne zwischen den einzelnen Preisgebieten nur einen Teil der Transportkosten. Vor allem die Transporte aus den sog. "toten Winkeln" können nur mit Hilfe der erwähnten staatlichen Fracht-

1) Vgl. Bekanntmachung Nr.215 über die Einführung eines erleichterten Einfuhrverfahrens für Getreide vom 1.Juli 1954, Buchstabe c, in: Bundesanzeiger Nr.126, vom 6.Juli 1954.

2) Vgl. Bekanntmachung Nr.288 über die Gewährung einer Frachtpauschale für ausländischen Qualitätsweizen im Getreidewirtschaftsjahr 1957/58, vom 6.Aug.1958, in: Bundesanzeiger vom 4.Sept.1958.

zuschüsse in die Bedarfszentren verbracht werden. Erwiesen bleibt, dass mit der regionalen Preisstaffelung ein Teil der Frachtkosten auf den Erzeuger abgewälzt wird.

Und wie steht es mit den Transportkosten vom Erzeuger zum Händler? Die Einkaufsbedingungen "frei Lager des Händlers" übertragen diese Kosten klar dem Erzeuger. Dass heute auch Händler Getreide von Erzeugerhöfen abholen und damit die Transportkosten übernehmen, ist die Folge der wachsenden Konkurrenz innerhalb der Erfassungshändler. Das führt zur Übernahme von Kosten, die früher der Erzeuger trug. Für diese Leistung kann der Händler aus Konkurrenzgründen weder eine Vergütung verlangen noch einen Preisabschlag vornehmen. Die Aufwendungen dafür schmälern eindeutig den Erlös aus dem preisgebundenen Getreidegeschäft. Die Übernahme solcher Kosten kann nur unter dem Gesichtspunkt der Werbung für das Unternehmen gerechtfertigt werden.

Bedingt durch die Getreidemarktordnung, zeigen sich beim Getreidehandel recht eigenartige Verhältnisse bei der Untersuchung der Träger der Transportkosten. Ähnliche Verhältnisse sind in keinem anderen Wirtschaftszweig so krass zu erkennen.

f) Das spezielle Risiko beim Getreidetransport

In der Darstellung des Transportrisikos werden alle Risiken vernachlässigt, die nicht speziell für Getreidetransporte zutreffen. An dieser Stelle soll besonders auf jenes Risiko aufmerksam gemacht werden, das erst mit der Einführung der Qualitätsfeststellung nach den Bestimmungen der Durchführungsverordnungen zum Getreide-

preisgesetz (DVO) erheblich an Bedeutung gewann: das Feuchtigkeitsrisiko.

Der entscheidende Unterschied zu den sonstigen Transportrisiken liegt hier darin, dass dieses Risiko nicht wie die üblichen Transportrisiken versichert werden kann. Obwohl die Bestimmungen der DVO nur in der Abrechnung mit der EVSt-G verbindlich sind, verdient dieses Risiko wachsende Aufmerksamkeit, da auch im freien Getreideverkehr die DVO weitgehend angewandt werden.

Wird Getreide an trockenen Tagen verladen und erfolgt der Getreidetransport infolge Witterungsumschlag an Tagen mit hoher relativer Luftfeuchtigkeit,¹⁾ so nimmt der Feuchtigkeitsgehalt des Getreides zu.

Praktische Erfahrungen haben gezeigt, dass die Feuchtigkeitszunahme des Getreides während des Transportes in manchen Fällen über 1% erreicht. Trotz der dabei entstandenen Gewichtszunahme, bedeutet dies immer qualitative und damit auch finanzielle Nachteile. Einerseits wächst mit steigendem Feuchtigkeitsgehalt die Gefahr des Verderbs; andererseits gleicht der Wert der Gewichtszunahme den der Feuchtigkeitszunahme entsprechenden Preisabschlag nicht aus. Besonders kritisch wird es, wenn das Getreide mit einem Feuchtigkeitsgehalt von 16,4%, bei dem noch kein Feuchtigkeitsabzug entsteht, verladen wird und während des Transportes z.B. 0,4% an Feuchtigkeit zunimmt, so dass die Eingangsfeststellung beim Ablader auf 16,8% lautet. Nach der geltenden 13. DVO bedeuten 16,8% einen Abzug von 1.- DM per 100 kg. Bei einer Ladung von 15 t sind dies

1) Unter relativer Luftfeuchtigkeit versteht man das in Prozent ausgedrückte Verhältnis des tatsächlichen zum höchstmöglichen Feuchtigkeitsgehalt, dem Sättigungspunkt. Bei der relativen Luftfeuchtigkeit von 100% ist der Taupunkt erreicht; die Luft ist dann vollkommen mit Wasserdampf gesättigt. Es bildet sich ein Niederschlag.

150.- DM. Unterstellt man eine Gewichtszunahme von ungefähr 0,5% ($= 0,4 \times 1,2$) so beträgt diese bei 15 000 kg 75 kg. Unter Annahme eines Durchschnittspreises von 44.- DM errechnet sich für die Gewichtszunahme ein Wert von 33.- DM. Werden diesem "Gewinn" die Feuchtigkeitsabschläge gegenübergestellt, so verbleibt ein effektiver Verlust von (150-33) 117.- DM.

Dieses Beispiel, das zwar etwas krass gewählt ist, soll beweisen, zu welchen Verlusten dieses bei Getreide auftretende Risiko infolge der Qualitätsbestimmungen führen kann, ein Risiko, das allein durch Beachtung der klimatischen Bedingungen gemildert oder ausgeschaltet werden kann.

2. Die Zeitüberbrückung

a) Das Problem geballter Erzeugung bei kontinuierlichem Verbrauch

Bei der Lagerhaltung von Erntegütern wie Getreide sieht man sich ganz anderen Problemen als bei der industriellen Lagerhaltung gegenüber. Während dort ein gewisser Teil der kontinuierlichen Produktion auf Lager gelegt wird, gilt es bei Getreide, das Produkt nach der Ernte über die Lagerhaltung kontinuierlich dem Verbrauch zuzuführen. Der langen Produktionsdauer von bis zu 10 Monaten folgt der Anfall der gesamten Produktion, die für den Verbrauch in der folgenden Produktionsperiode bestimmt ist. Diese Besonderheit der Ernteprodukte ist auch die Ursache für eine ausgedehnte Lagerhaltung bei Getreide, wie wir sie seit jeher finden. Aufgabe dieser Lagerhaltung ist es, den Ausgleich von Angebot und Nachfrage

über eine Produktionsperiode herzustellen: die Zeitüberbrückung von Ernte zu Ernte.

- b) Die Ursachen für die fortschreitende Ballung der Ernterablieferung und die damit verbundene Zentralisierung der Lagerhaltung beim Handel

ba) Die modernen Ernteverfahren

Die jüngste Zeit brachte eine Verschärfung des oben behandelten Problems. Noch vor einem Jahrzehnt galt es als allgemein üblich, das geerntete Getreide in der Scheune im Halm zu lagern, bis man es zeitlich oder qualitativ für den Drusch geeignet fand. Die Anlieferungen an den Erfassungshandel fanden deshalb kontinuierlich statt. Bis zum Weiterverkauf an Verarbeiter war deshalb nur eine kurze Zwischenlagerung beim Händler erforderlich. Die Hauptlagerung vollzog sich zum guten Teil in den Scheunen der Erzeuger. Man konnte von einer dezentralisierten Lagerhaltung sprechen, die von jedem Erzeuger in Höhe seiner Ernte für gewisse Zeit wahrgenommen wurde. Die Lager waren entsprechend dem Standort der Scheunen breit über das gesamte Erzeugergebiet verstreut.

Die Einführung der modernen Erntemethoden, des Mähdreschers und des Feldhächslers, auch in dem gemäßigten deutschen Klima, brachte eine völlige Wandlung der überkommenen Ernteborgung. Mit Hilfe der modernen Maschinen konnte nicht nur die Ernte auf wenige Tage zusammenge-drängt werden, sondern die in einem Arbeitstag mit der Ernte erfolgende Aufbereitung zu marktfähigem Getreide führte zum sofortigen Absatz an den Handel noch in der Erntezeit. Das löste einen Anlieferungsdruck an den Erfassungslagern aus. Der Erfassungshandel stand einer vollkommen veränderten Situation gegenüber.

Die neue Erntetechnik machte es notwendig, grosse Getreidemengen in kürzester Zeit auf Lager zu nehmen. Die einzige Lösung dieser Aufgabe für die auf diese Entwicklung nicht vorbereiteten Händler bestand darin, die Ware rasch an gewerbliche Lagerhalter weiterzugeben. Andernfalls machte die Überfüllung des Lagers die technische Abwicklung der Getreideannahme unmöglich.

Tabelle 6

Bestand an Mähdreschern, bezogen auf die
Getreideanbaufläche

Jahr	Zahl der Mähdre- scher ins- gesamt	Getreide- anbauflä- che in 1000 ha	Mähdrescher insgesamt je 1000 ha Getreidefl.	Mit Mähdre- schern abge- ernt.Fläche in vH d.ges. Getreidefl.
1952	1 382	4 653	0,30	-
1953	2 486	4 731	0,53	-
1954	4 323	4 763	0,91	-
1955	7 758	4 795	1,62	5,0
1956	12 898	4 862	2,65	7,1
1957	18 000	4 868	3,70	10,6
1958	26 000	4 910	5,29	14,6
1959	31 000	4 929	6,29	15,1

Quelle: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, 1959, Hamburg-Berlin 1960, Tab.93/94, S.54.

Trotz der zu erwartenden Verlangsamung des Zuwachses an Mähdreschern stehen wir erst am Anfang dieser

Entwicklung; denn noch 1959 wurden erst 15,1% der gesamten Getreideanbaufläche mit Mähdreschern geerntet. Verstärkt wird die Tendenz zum Einsatz von Mähdreschern durch den Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft. Bis heute ist kein Grund für einen Abschluss dieser Entwicklung festzustellen. Da auch die allerorts vorangetriebene Flurbereinigung in Richtung einer optimalen Technisierung der Betriebe arbeitet, ist mit einer Zunahme der Ernteeinbringung durch Mähdrescher in Zukunft zu rechnen. Damit wird sich die zeitliche Ballung der Ernte und der Ernteverkäufe weiter verschärfen.

Während in den Monaten Juli/August 1956 in Bayern 108 315 t Getreide erfasst wurden, waren es im gleichen Zeitraum des Jahres 1957 bereits 316 355 t.¹⁾ Die gleiche Entwicklungstendenz zeigt Tabelle 7, Seite 68.

Aus dieser Aufstellung geht deutlich hervor, dass in den Monaten Juli-Dezember der letzten Jahre drei Viertel der für den Verkauf bestimmten Erntemengen bereits an die Erfassungslager geliefert waren.

Diese Entwicklung traf auf einen Landhandel, der nur über eine unzureichende Lagerkapazität verfügte. Grosse Lagerräume hatte man bis dahin für den Getreideverkehr nicht benötigt, da die Lagerfunktion nur für sehr kurze Zeit als Zwischenlagerung ausgeübt wurde. Danach wurde die Lagerung den Verarbeitern, Grosshändlern, gewerblichen Lagerhaltern oder dem Staat übertragen. Im wesentlichen ist es auch heute noch eine Zwischenlagerung, die der Erfassungshandel durchführt; was sich ge-

1) Forstmeier, G.: Anpassung an den Erntedrusch, in: Ernährungsdienst, 13. Jahrg., Nr. 130 (8.11.1958), S. 7.

Tabelle 7

Getreideverkäufe der Landwirtschaft nach Monaten
in vH der Jahresverkäufe

1956/57 bis 1958/59

Monate	56/57 Brotgetreide	57/58 insg.	58/59 insg.	56/57 Futtergetreide	57/58 insg.	58/59 insg.
Juli	0,5	0,7	0,6	2,0	6,4	4,3
August	10,1	<u>24,3</u>	<u>17,5</u>	10,9	<u>22,1</u>	<u>17,6</u>
September	23,1	20,0	24,3	17,9	21,4	22,8
Oktober	14,8	11,6	14,6	18,1	12,8	17,5
November	11,3	9,1	9,6	15,2	10,6	11,8
Dezember	11,3	10,1	9,3	13,1	9,3	9,5
Juli-Dez.	<u>71,1</u>	<u>75,8</u>	<u>75,9</u>	<u>77,2</u>	<u>82,6</u>	<u>83,5</u>
Januar	10,2	7,4	7,5	7,5	5,2	5,3
Februar	6,4	5,8	5,1	4,8	3,9	3,1
März	5,1	4,3	4,0	4,1	3,4	3,3
April	3,1	2,8	3,6	3,0	2,2	2,5
Mai	2,5	2,1	1,5	2,1	1,5	1,3
Juni	1,6	1,8	2,4	1,3	1,2	1,0
Wirtschafts- jahr	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: BEM: Statistisches Jahrbuch über Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten 1959, Hamburg-
Berlin 1960, Tab.288, S.145.

ändert hat, ist die geballte Inanspruchnahme dieser Funktion.

Infolge der zunehmenden Rationalisierung des Ernteprozesses wird der Ablieferungsrhythmus in einem so ungünstigen Masse verkürzt, dass alle Bemühungen, die Anlieferungen reibungslos zu erfassen, nicht ausreichen. Das Bestreben der Erzeuger, das im Mähdrusch geerntete Getreide sofort abzusetzen, verstärkt die Schwierigkeiten bei der Erfassung. Von allen Gliedern der Getreidehandelskette trafen den Erfassungshandel die Folgen der modernen Ernteborgung besonders stark. Für ihn galt es, durch Schaffung neuen Lagerraums für die Erstaufnahme der Ernte sich den neuen Verhältnissen anzupassen.

Auch der Staat erkannte in der Lagerraumbeschaffung ein erstrangiges Problem für den Erfassungshandel und unterstützte dessen Bemühungen durch ein Lagerbauförderungsprogramm im Rahmen des "Grünen Planes". Nach den zu diesem Programm ergangenen Richtlinien¹⁾ erhielten Betriebe der ersten Getreideaufnehmenden Hand, wie z.B. Landhandelsbetriebe bzw. Genossenschaften, Mühlen und sonstige Getreideverarbeitungsbetriebe, Zuschüsse für den Bau von Kleinspeichern bis 750 t Fassungsvermögen. So wurden 1957 6 Mill.DM, 1958 und 1959 je 8 Mill.DM verlorene Zuschüsse für Neubau, Ausbau oder Umbau von Lagerräumen bereitgestellt.²⁾

Neben den Zuschüssen aus Bundesmitteln, die 10% der Gestehungskosten nicht überschreiten durften, wur-

1) Vgl. Richtlinien 1959 für die Gewährung von Zuschüssen zum Bau von Trocknungs- und Lagereinrichtungen für Getreide, abgedruckt in: Das Getreidegesetz 1959/60, Hannover 1959, S.182.

2) Doebling, C.: Zuschüsse für den Getreidelagerbau, in: Ernährungsdienst, 14.Jg., Nr.109 (26.Sept.1959), S.6.

den von den Ländern weitere 5% als Zuschuss zur Verfügung gestellt, so dass der Staat ausser den Zinsverbilligungsmitteln allein 15% der Bausumme übernahm. Die Zuschüsse wurden nur gewährt, wenn zugleich mit der Erstellung neuen Lagerraums auch Trocknungsanlagen errichtet wurden. Ergänzt wurde das Förderungsprogramm durch das Zinsverbilligungsprogramm¹⁾ des "Grünen Planes". Die Zinsverbilligung konnte für Kredite bis zu 150 000 DM mit einer Laufzeit von höchstens 20 Jahren in Anspruch genommen werden und betrug je nach Diskontsatz bis zu 4%.²⁾

(Siehe Tabelle 8, Seite 71)

Durch die starke Abwälzung der Lagerfunktion vom Erzeuger auf den Erfassungshandel entstand eine neue Lage, die als Zentralisation der Lagerhaltung beim Handel bezeichnet werden kann. Vom Standpunkt der gewerblichen Lagerhalter freilich, die durch die Erhöhung der Lagerkapazitäten beim Erfassungshandel stark betroffen wurden, wird von einer Dezentralisation der Lagerhaltung durch Errichtung der neuen kleinen Händlerlager gesprochen. Diesen kleinen Lagern wird abgestritten, dem Getreide jene Pflege geben zu können, die zur Werterhaltung nötig sei. Solche Anlagen, die nur in der Stosszeit voll ausgelastet seien, könnten sich nicht lohnen. Zudem müssten die maschinellen Anlagen mit einer den geballten Anlie-

1) Vgl. Richtlinien 1959 für die Zinsverbilligung von Darlehen zur Förderung vordringlicher agrar- und ernährungswirtschaftlicher Massnahmen des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 12. Juni 1959, in: Bundesanzeiger Nr. 117, vom 24. Juni 1959.

2) Hagedorn, Th.: Getreidelagerbau im Grünen Plan 1959, in: Ernährungsdienst, 14. Jg., Nr. 36 (2. April 1959), S. 5.

Tabelle 8

Auf Grund der Förderungsmassnahmen des Grünen Planes 1957 und 1958 neuentstandene
Getreidelagerkapazitäten

Land	Anzahl der Lager	Kapazität in t
Schleswig-Holstein	150	95 420
Hamburg	-	-
Niedersachsen	259	89 114
Bremen	2	850
Nordrh.-Westfalen	254	102 526
Hessen	183	37 710
Rheinland/Pfalz	109	42 048
Baden-Württemberg	109	50 923
Bayern	346	159 360
Insgesamt	1 412	577 951

(Die durchschnittliche Grösse der einzelnen Lagereinrichtung belief sich auf 409 t).

Quelle: Neue Getreidelager- und Trocknungskapazitäten, in: Ernährungsdienst, 14.Jg., Nr.76 (11.Juli 1959), S.8.

ferungen gewachsenen Leistungsfähigkeit und damit zu aufwendig ausgestattet werden. Schliesslich müssten für eine kurze Zeitspanne Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, die als ausgesprochene Saisonarbeitskräfte viel zu kostspielig und zudem kaum zu beschaffen seien.

Wieviel Lagerraum heute in der Bundesrepublik bei gewerblichen Lagerhaltern, Handel, landwirtschaftlichen

Genossenschaften und Verarbeitungsbetrieben zur Verfügung steht; konnte nicht in Erfahrung gebracht werden. Die Schätzungen über den gesamten vorhandenen Getreidelagerraum schwanken zwischen 2,75 und 4,0 Mill.t.¹⁾

bb) Die mangelnde Lagerkapazität und -möglichkeit bei den Erzeugern

Eine weitere Ursache für die Komprimierung der Ablieferungszeit auf wenige Monate mit einer Spitze in den wenigen Wochen der Erntezeit darf darin gesucht werden, dass die Lagerung beim Erzeuger heute nur noch in wenigen Fällen wahrgenommen werden kann. Der Mähdrusch hat eine Verlagerung der ursprünglich auf dem Bauernhof erfüllten Funktion auf den Händler verursacht. Die Gründe für diese Verlagerung sind im wesentlichen folgende:

Der Einsatz von Mähdreschern in unserer Klimazone hat gezeigt, dass die Erntebedingungen in den seltensten Fällen so günstig sind, wie sie notwendig wären, um lagerfestes Getreide zu erzielen. Das Erntegut ist meist mit einer so hohen vegetativen Feuchtigkeit behaftet, dass es nur ganz kurz ohne Trocknung oder Umwälzung gelagert werden kann. Für beide Manipulationen sind die Erzeuger in den wenigsten Fällen ausgerüstet. Dies zwingt, die Ernte sobald als möglich an die Händler abzusetzen,

1) Im BEM liegen keine genauen Statistiken über den Getreidelagerraum in der BRD vor. Nach Auskunft des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten verfügt Bayern über 1 Mill.t Lagerraum bei Handel, Genossenschaften und Verarbeitungsbetrieben und über 350 000 t Lagerraum bei den gewerblichen Lagerhaltern (Stand 1.4.1960). Dagegen wurden im Ernährungsdienst (Dezentralisierte Lagerhaltung, 14.Jg., Nr.27, v.7.März 1959, S.7) für das gesamte Bundesgebiet ein Lagerraum für Getreide von rd. 2,75 Mill.t angegeben, davon 1,5 Mill.t als Lagerraum bei den gewerblichen Lagerhaltern.

die ihrerseits in der Lage sein sollen, diese Manipulationen durchzuführen.

Weiterhin sind die meisten Höfe heute nicht mehr mit einem Lagerraum für Getreide ausgestattet, der die Lagerung solcher Mengen erlauben würde, die den Eigenbedarf übersteigen.¹⁾ Das feste Preissystem und die Ablieferungspflicht während der Kriegs- und Nachkriegsjahre boten keinen Anreiz zu spekulativer Lagerhaltung. Im Gegenteil, durch Frühdruschprämien wurde ein Anreiz geschaffen, die Ernte möglichst früh auf den Markt zu bringen. Besondere Lagereinrichtungen wurden deshalb in den vergangenen Jahren nicht gebaut. Heute scheitert eine Aufbesserung der Getreidequalität auf dem Hof somit am Raum- und Arbeitskräftemangel. Auch für den Einbau von Maschinen, die diese Arbeiten durchführen könnten, bildet der Raum einen Engpass. Zudem wäre in den wenigsten Fällen der Einsatz dieser Maschinen betriebswirtschaftlich vertretbar, da ihre Ausnutzung nur in Grossbetrieben möglich ist. Die in geschlossenen Ortschaften liegenden Höfe leiden infolge des gestiegenen Wohnkomforts und des wachsenden Bestandes an Maschinen und Betriebsmitteln häufig an einer solchen Raumnot, dass die Getreideernte rasch abgesetzt werden muss.

Ein weiterer Grund liegt in den gestiegenen Hektarerträgen. Diese erbrachten absolut grössere Ernten, die in dem unverändert gebliebenen Lagerraum der Höfe untergebracht werden sollten. Im Vergleich der Jahre 1935/38

1) Zur Zeit bahnt sich hier wieder eine neue Entwicklung an. Grössere Höfe gehen dazu über, sogenannte Hofsilos für Getreide zu erstellen. Sollte sich diese Entwicklung allgemein durchsetzen, käme es wieder zu einer Rückgliederung der Lagerhaltungsfunktion auf den Bauernhof. Das brächte eine gewisse Gefährdung der Investitionen des Handels mit sich.

zu dem Jahr 1959 ist der durchschnittliche Hektarertrag bei Winterweizen von 24,6 auf 34,1 dz, also um 9,5 dz, bei Winterroggen von 20,1 auf 27,5 dz, demnach um 7,4 dz, gestiegen.¹⁾ Trotzdem wurde in den Betrieben, die die Ernte noch nach alten Methoden einbringen, keine Vergrößerung der Scheune vorgenommen, sondern statt dessen wurde zum Hofdrusch mit sofortigem Absatz des Getreides übergegangen.

Alle angeführten Vorgänge haben zu einer weitgehenden Verlagerung der Lagerhaltung vom Hof zum Händler geführt.

bc) Die starke Illiquidität der Erzeuger

Der "Grüne Bericht" 1958 (Drucksache 200 des Deutschen Bundestages - 3.Wahlperiode -) weist in der Tabelle auf Seite 32 die Entwicklung des Fremdkapitals landwirtschaftlicher Betriebe im Bundesgebiet auf. Für den Stichtag 1. Juli 1957 ist eine Gesamtverschuldung von 9 265 Mill. DM angegeben, darunter 3 375 Mill. DM Hypotheken, 860 Mill. DM Renten und Altenteile und 5 030 Mill. DM sonstige Schulden.

Die sonstigen Schulden, die 54% der Gesamtschulden betragen, sind für unsere Betrachtung interessant; denn in diesen Schulden sind neben grundbuchlich nicht gesicherten Investitionskrediten vor allem kurzfristige Verbindlichkeiten und Warenschulden enthalten.

Die starke Inanspruchnahme von Krediten durch die Landwirtschaft beweist auch der Geschäftsbericht des Bayerischen Raiffeisenverbandes e.V. für das Jahr 1957. Danach erreichten seine Forderungen (Forderungen in laufender

1) Vgl. dazu Tabelle 1, Tabellenanhang S.4

Rechnung und Darlehen mit einer Laufzeit bis zu 4 Jahren, Warenforderungen, langfristige Ausleihungen, Bestands- und weitergegebene Wechsel) zum 30.6.1957 die Gesamthöhe von 563.866.567.- DM.¹⁾

Eine Untersuchung von Landhandelsbetrieben ergab, dass die Aussenstände bei der Landwirtschaft durchschnittlich 10% des gesamten Absatzes betragen.²⁾

Diese Angaben sollen die Bedeutung des Warenkredites im Geschäftsverkehr mit der Landwirtschaft erhellen. Der Umfang der Inanspruchnahme von Warenkrediten ist keine Folge der Zahlungsunfähigkeit der Landwirte, sondern die Folge der Gewohnheit, Düngemittelbezüge im Frühjahr und Futtermittelkäufe im Winter mit Getreidelieferungen im darauffolgenden Herbst zu bezahlen. Der immer stärkere Einsatz von Düngemitteln und der zunehmende Verbrauch an zugekauften Kraftfuttermitteln löste eine erhöhte Inanspruchnahme kurz- und mittelfristiger Warenkredite aus.

Der hohe Kreditstand veranlasst nun die Erzeuger, diese Verbindlichkeiten durch alsbaldige Getreidelieferungen kurz nach oder noch während der Ernte bei den Händlern abzulösen. Auch deshalb wird von einer Lagerung des frischen Erntegutes auf dem Hof abgesehen, obwohl eine solche Lagerung über mehrere Monate infolge der Monatsreports für den Landwirt einen beachtlichen Preisvorteil bringen würde. Die hohen Kreditkosten aber zwingen zu einer raschen Abdeckung der Kredite.

Das Vorhandensein einer oder mehrerer der aufgezeig-

-
- 1) Vgl. Bayerischer Raiffeisenverband e.V.: Jahresbericht 1957 des Bayerischen Raiffeisenverbandes e.V. München 1957, S.17.
 - 2) Vgl. Betriebsvergleich im Landhandel 1957, durchgeführt vom Institut für Handelsforschung an der Universität zu Köln, Ausgabe 27.Okt. 1958 (Unveröffentlicht).

ten Ursachen für die geballte Anlieferung während oder kurz nach der Ernte, eine Entwicklung des letzten Jahrzehnts, trug zu der verstärkten Übertragung der Zeitüberbrückungsfunktion auf den Erfassungshandel bei. Die größte Schwierigkeit bildet dabei nicht die Funktionsübernahme als solche, sondern ihre konzentrierte Inanspruchnahme in einem immer kürzer werdenden Zeitraum; denn eine echte Lagerhaltung, die über eine Zwischenlagerung auf kurze Zeit hinausgeht, kann bis heute nur für relativ kleine Mengen vom Erfassungshandel getragen werden.

c) Die Lagerhaltung

- ca) Die Lagerkapazität und ihre richtige Wahl im Hinblick auf die Stossbelastung
(Problem der kontinuierlichen Ausnutzung)

Die auf Grund der massierten Anlieferungen in den Erntewochen entstandene Stossbelastung hat das Problem der richtigen Wahl der Lagerkapazität wieder in den Vordergrund gerückt. Das gilt besonders für den erstaufnehmenden Handel. Während der Erfassungshandel früher kaum Lager hielt, brachte die jüngste Entwicklung eine Zentralisierung der Lagerhaltung auf dieser Stufe.

Vor der neuen Epoche, die der Mähdrescher einleitete, wurden die kontinuierlich angelieferten Getreidemengen nur kurze Zeit auf Lager gehalten und dann ebenso kontinuierlich an die Verarbeiter abgesetzt. Es war eher ein Lagerdurchlauf als eine Lagerhaltung. Die massierten Anlieferungen als Folge des Mähdreschereinsatzes verhindern aber einen kontinuierlichen Absatz der hereinzunehmenden Mengen. Zudem verlockt die zeitliche Preisstaffelung zu einer Ausnutzung der Reports durch eine Lagerung über mehrere Monate, wenn Getreide schon frühzeitig ein-

gelagert werden kann. Das um so mehr, als die Interventionspflicht des Staates ein Preis- und Absatzrisiko, wie es die Lagerung bei freiem Markt bringen könnte, ausschaltet; denn der Ankauf geschieht fast ausnahmslos zum gesetzlichen Mindestpreis, so dass ein erzielbarer Report dem Lagerhalter voll zugute kommt.

Die Gewinnerzielung durch Ausnutzung des Reports ermuntert und die Ballung der Ernteanlieferungen zwingt dazu, die Lagerhaltung mehr als bisher wahrzunehmen. Mit dem Entschluss zur verstärkten Lagerhaltung wird es aber notwendig, Überlegungen über die zu wählende neue Lagerkapazität anzustellen. Sie sollen auf eine angemessene Rentabilität des Neu- oder Umbaus ausgerichtet sein.

Angelpunkt dieser Überlegungen ist das Problem der kontinuierlichen Ausnutzung der neuhergestellten Kapazität. Diese Ausnutzung soll langfristig gegeben sein. Auf weite Sicht wird sich aber die Ballung der Ernte noch verstärken, weshalb eine besonders grosse Annahmelleistung eingeplant werden muss.

Die optimale Kapazität ist keineswegs in einer allen Anforderungen gewachsenen Lagerkapazität zu sehen, sondern allein in der Kapazität, die langfristig voll ausgenutzt werden kann, d.h. nicht nur während der Ernte, sondern auch in der Zeit bis zur neuen Ernte. Es erscheint also richtiger, sich in der Erntezeit auf eine Überlastung und Verwendung von Notlagern einzustellen und die, die optimale Lagerkapazität übersteigende Menge, an Verarbeiter - auch unter begrenzten Zugeständnissen - abzusetzen. Der Weg der Weiterleitung solcher Mengen an gewerbliche Lagerhalter einschliesslich der EVSt-G bildet in allen Fällen eine Lösung.

Eine Lagerung aller ankommenden Anlieferungen auf eigenen Lagern würde den Erfassungshandel überdies mit

nicht tragbaren Risiken belasten; denn die Lagerung des vielfach feuchten Getreides, selbst für wenige Wochen, erfordert dessen Aufbereitung. Das verlangt den Einsatz kostspieliger Maschinen und Fachkräfte, deren Ausnutzung ebenfalls nur für wenige Monate, ja oft nur Wochen gesichert ist. Investitionen in solcher Höhe werden aber durch den Mehrerlös bei längerer Lagerung selten bezahlt.

Die in den letzten Jahren im Rahmen der Förderungsmaßnahmen des "Grünen Planes" geschaffenen Lagerräume entsprechen mit ihrer durchschnittlichen Kapazität von ca. 400 t ungefähr den oben angestellten Überlegungen. Trotzdem kann in Lagern solcher Grösse eine rationelle maschinelle Getreideaufbereitung kaum gewährleistet werden. Es darf als erwiesen gelten, dass für die Lagerung beim Erfassungshandel in der Hauptsache nur lagerfestes Getreide geeignet ist, d.h. Getreide, das keiner aussergewöhnlichen Aufbereitung bedarf, sondern mit einfachen Reinigungsanlagen und innerbetrieblichen Transportanlagen lagerfest gehalten werden kann.

Die Wahl der Lagerkapazität hängt weiterhin davon ab, inwieweit es möglich sein wird, den Lagerraum anderweitig auszunutzen. Diese Überlegung gilt vor allem für die Entscheidung, ob Schüttböden oder Silos die neue Kapazität bilden sollen. Mit dem Bau von Silos hat sich der Landhändler spezialisiert und ist in der Verwendung des Lagerraums unelastisch geworden. Die Anregungen der Fachleute gehen heute dahin, $\frac{2}{3}$ der geplanten Kapazität auf Schüttböden und $\frac{1}{3}$ auf Silos zu verteilen. Damit sollen die Vorteile der Silos in der leichteren Bearbeitung und der besseren Platzausnutzung mit der vielseitigen Verwendbarkeit der Schüttböden kombiniert und dadurch langfristig eine optimale Rentabilität des Lagerraums erreicht werden.

Die Tatsache, dass bisher die Dauerlagerung hauptsächlich auf gewerbliche Lagerhalter übertragen wurde, zeigt deutlich, dass selbst in Zukunft eine dauernde Ausnutzung der Lagerkapazität bei den Erfassungshändlern nicht möglich sein wird. Allein zur Bewältigung des Stossgeschäftes ist eine Ausweitung der Lagerkapazität beim Erfassungshandel wirtschaftlich vertretbar. Auch die Düngemittelinlagerung und das Futtermittelgeschäft, die bisher eine Ausnutzung des Lagerraums in der Zeit ohne Getreidelagerung brachten, haben sich durch die Einführung von Sommerpreisen¹⁾ von seiten der Lieferanten in eine Zeit verlagert, in der Getreide noch gelagert werden kann oder muss. Eine Möglichkeit für dauernde Getreidelagerung kann deshalb allein über eine echte Kapazitätsausweitung geschaffen werden, die risikoreicher und deshalb nur dann sinnvoll ist, wenn ihre Rentabilität über Jahre hinaus gesichert erscheint.

cb) Die Träger der Lagerhaltung

In unserer arbeitsteiligen Wirtschaft kann die Lagerhaltung aus dem Handel ausgeklammert und anderen Wirtschaftsgliedern übertragen werden. Abgesehen vom Aussenhandel sind es nur einige Sparten des Grosshandels, welche die Lagerhaltung gewerblichen Lagerhaltern übertragen, wenn sie nicht im Streckengeschäft handeln. Der Getreidehandel nimmt auch hier eine Sonderstellung ein. Die Ursachen dafür sind die grossen Mengen, ihr geballter Anfall und die kontinuierliche Verwendung des Getreides.

1) Sommerpreise sind die von den Herstellern in den absatzschwachen Sommermonaten gewährten Sonderpreise. Sie sollen das Anlegen von Vorräten für die Hauptabsatzmonate im Winter anregen.

Eine Untersuchung der Träger der Lagerhaltung verlangt eine Unterscheidung nach dem Träger der Kosten der Lagerhaltung und dem Ausführenden der Lagerung. In allen Fällen, mit Ausnahme der Lagerhaltung im Rahmen der Intervention und der Vorratshaltung durch den Staat, bleibt der Handel der Träger der Zeitüberbrückungsfunktion. Vielfach jedoch überträgt er die Ausführung der Lagerung für diese Aufgaben spezialisierten Unternehmungen.

oba) Das Eigenlager

Von der gesamten westdeutschen Getreideernte, die im Durchschnitt der letzten Jahre ca. 13,5 Mill. t betrug, sind von der Landwirtschaft durchschnittlich 4,5 Mill. t verkauft worden. Den Hauptteil davon (ca. 3,5 Mill. t) bildet das Brotgetreide, was in diesem Zusammenhang besonders interessiert; denn die übrigen Getreidearten werden vom Erfassungshandel nur in kleinen Mengen auf Lager gehalten. Gerste wird meist sofort an Brauereien und Mälzereien, das anfallende Futter- und Industriegetreide an die Kraftfutterwerke bzw. die Nahrungsmittelindustrie abgesetzt.

Von den Verkäufen der Landwirtschaft werden durchschnittlich 84%¹⁾ von Handel und Genossenschaften erfasst. Diese Mengen müssen, wenn auch teilweise nur kurzfristig, vom Erfassungshandel über Lager genommen werden. Eine Lagerung über einen längeren Zeitraum wird aber nur für einen Teil der erfassten Mengen durchgeführt. Ein wesentlicher Teil der Aufkäufe wird sofort an Mühlen weiterge-

1) Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 1959, Hamburg-Berlin 1960, Tab.235, S.136.

geben, die zumindest in der Höhe ihres Monatsbedarfes Getreide sofort nach der Ernte aufnehmen.¹⁾ Weitere beachtliche Mengen werden an die EVSt-G abgesetzt (durchschnittliche Höhe der von der EVSt-G im Rahmen der Intervention in den vergangenen Jahren aufgenommenen Menge: 1,3 Mill. t).²⁾

Unter Zugrundelage dieser Angaben darf die vom Erfassungshandel für längere Zeit auf Lager genommene Menge an Brotgetreide auf 2 Mill. t geschätzt werden.³⁾

Ausser in den Erntemonaten wird das Lager selten umgeschlagen, da über die möglichst lange Lagerdauer ein- und derselben Partie - infolge der Monatsreports - die höchste Rendite erzielt werden kann. Deshalb hat die Häufigkeit des Lagerumschlags in diesem Falle einen anderen Aussagewert, wie sonst beim Handel.

Die durchschnittliche Lagerdauer beträgt bei Eigenlagern, berechnet für langfristige Einlagerungen, 6 - 8 Monate; denn im Mai oder Juni des auf die Ernte folgenden Jahres werden sämtliche nicht absetzbaren Getreidemengen an die EVSt-G abgegeben. Der Lagerraum muss für die neue Ernte bereitgestellt werden. Die Interventionstätigkeit der EVSt-G seit der Erhöhung der Eigeneinlagerung des Erfassungshandels gerade in den Monaten Mai und Juni be-

1) Für 1958 wurde ein Jahresbedarf der westdeutschen Mühlen an Inlandweizen mit 2,2 Mill.t bei einer Beimahlungsquote von 61% angegeben. Inzwischen wurde die Beimahlungsquote auf 75% heraufgesetzt. Demnach darf der jetzige Monatsbedarf der westdeutschen Mühlen an Inlandweizen auf 200 - 230 000 t geschätzt werden. Vgl. dazu Ernährungsdienst, 13.Jg., Nr.129 (6.Nov. 1958), S.1.

2) Vgl. dazu Tabelle 24, S.260

3) Errechnet sich durch Abzug der Interventionsmenge und des Monatsbedarfes der Mühlen von der Gesamtmenge des verkauften Brotgetreides von ca. 3,5 Mill.t.

stätigt diese Annahme.

In den Jahren 1957 und 1958 entstand allein auf Grund der Förderungsmassnahmen des "Grünen Planes" neuer Lagerraum für 578 000 t. Schon daraus kann auf eine Zunahme der Eigenlagertätigkeit des Erfassungshandels geschlossen werden. Die Tendenz dazu bestätigt ferner die steigende Inanspruchnahme des Getreidelombards. Schliesslich hat die Reportgestaltung die Eigenlagerung beim Handel sehr günstig beeinflusst. Inwieweit die neuerliche Herabsetzung des Reports von 5.- auf 4,50 DM¹⁾ jetzt die Eigenlagerung wieder schrumpfen lässt, ist noch nicht zu übersehen.

Die Ursache dafür, dass auch heute noch viele Erfassungshändler von einer Lagerhaltung absehen, ist die Kapitalbindung. Da der Erzeuger sofort bezahlt werden muss, lastet die Finanzierung des Lagers allein auf den Schultern des Händlers. Die jahrelang sehr hohen Diskontsätze boten ausserdem keinen Anreiz für eine Fremdfinanzierung. Die enge Verbindung zwischen Höhe des Diskontsatzes und der Eigenlagertätigkeit wird noch ausführlich untersucht.

Neben der Kapitalbindung liess auch das Fehlen von geeigneten Maschinen zur Aufbereitung des Getreides viele Händler auf eine eigene Lagerhaltung verzichten; denn für eine Lagerung über längere Zeiträume sind Trocknung und Reinigung zwingende Voraussetzungen.

Das Ergebnis der Untersuchung der Eigenlagertätigkeit ist die Feststellung einer stärkeren Neigung zur Eigenlagerung, die im Höchstfall die Kapazitätsgrenze erreichen kann. Die grossen Interventionsmengen, die der

1) Für das Getreidewirtschaftsjahr 1960/61 wurde der Report auf 4,50 DM je t und Monat festgesetzt.

Staat schon frühzeitig selbst auf Lager nimmt, und die empfindliche Reaktion der Eigenlagertätigkeit bei sinkendem Report und/oder steigendem Diskontsatz beweisen, dass diese Eigenlagertätigkeit stark spekulative Züge trägt. Weiter zeigt sich, dass die Eigenlagertätigkeit des Handels noch in den Anfängen steckt und erheblich ausgebaut werden kann. Voraussetzung dafür aber ist eine Preisgestaltung, welche die tatsächlichen Lagerkosten berücksichtigt. Letztlich wird aber die Lagerung beim Erfassungshandel stets weitgehend kurzfristig bleiben. Für langfristige Lagerung ist er nicht besonders geeignet. Dafür ist der gewerbliche Lagerhalter spezialisiert und ausgerüstet.

cbb) Der gewerbliche Lagerhalter

Das Besondere an der Stellung des gewerblichen Lagerhalters ist, dass er nicht aus eigener Initiative Erntegut aufnimmt, behandelt, pflügt und umschlägt, sondern immer nur als Beauftragter und für Rechnung eines Gliedes der Handelskette, sei es des Erfassers, Grosshändlers, des Staates oder des Verarbeiters. Die gewerbliche Lagerhaltung ist einer der Puffer zwischen Erzeugung und Verbrauch.

Der gewerbliche Lagerhalter wird vornehmlich mit der Lagerung über grössere Zeiträume beauftragt. Sein Standort ist an bedeutenden Plätzen im Inland, seine Haupttätigkeit konzentriert sich aber auf die Einfuhrhäfen. Dort übernimmt er im Auftrage der Importeure die angelandeten Mengen und gibt sie auf Weisung des Importeurs kontinuierlich ab. Im Inlandgetreidegeschäft finden wir den gewerblichen Lagerhalter im Dienste von Handel und Staat. Der Schwachpunkt der gewerblichen Lagerhaltung liegt in ihrer Abhängigkeit von dem Umfang der Eigenlagertätigkeit

des Erfassungshandels, da sie keinen direkten Einfluss auf die Erntebergung nehmen kann. Der Handel gibt vielfach erst dann Ware an den gewerblichen Lagerhalter ab, wenn er selbst zu einer Weiterlagerung nicht imstande ist. Bei qualitativ guten Ernten wird demnach die gewerbliche Lagerhaltung gerne umgangen, bei qualitativ schlechten Ernten mit risikoreichem Getreide jedoch überlastet. Vor allem in nassen Erntejahren setzt der Handel vorzugsweise nicht lagerfeste Partien noch in der Erntezeit über die gewerblichen Lagerhalter sofort an die EVSt-G ab. Die guten Partien versucht er dagegen ohne Benutzung von Fremdlagern direkt an die Verarbeiter zu verkaufen. In trockenen Erntejahren geben aber der Handel und die Genossenschaften erst gegen Ende des Getreidewirtschaftsjahres nach Ablauf der Reports oder wenn die Getreidepartien ohne Bearbeitung nicht weitergelagert werden können, diese Mengen an die gewerblichen Lagereibetriebe ab, die sie im Auftrage der EVSt-G aufnehmen müssen.

Auf den gewerblichen Lagerhalter strömt demnach hauptsächlich risikoreiche Ware sowie Ware, die an die EVSt-G abgegeben werden soll, zu; denn die Hauptmengen liefert der Erfassungshandel an die gewerblichen Lager—in der Absicht, sie zum frühestmöglichen Zeitpunkt der EVSt-G zu übergeben. Der Handel tritt nur kurzfristig als Auftraggeber des gewerblichen Lagerhalters auf. Der wichtigste Auftraggeber und stabilisierende Faktor in der Betriebsrechnung und Planung der gewerblichen Lagerei bleibt der Staat und seine Vorratshaltung. So ist auch die Ausnutzung des gewerblichen Lagerraums nur in Höhe der Intervention bzw. der Importe gesichert. Eine konstante Auslastung bringt allein die Bundesreserve, die z.Z. zwischen 1,3 und 1,4 Mill. t beträgt.¹⁾

1) Vgl. Tabelle 21, S. 259. Die Bundesreserve verändert sich durch die Höhe der Interventionsmengen.

cbc) Der Bund und die Verarbeiter als Träger der Lagerungsfunktion

Die grössten Lager unterhält in Westdeutschland nicht der Getreidehandel, sondern der Staat, verkörpert in der EVSt-G. In Höhe dieser Lager kann von einer echten Ausgliederung der Lagerhaltung aus dem Funktionsbereich des Handels gesprochen werden, dies um so mehr, als die Verkäufe aus der Bundesreserve an die Verarbeiter wieder über den Grosshandel abgewickelt werden. Der Grosshandel tritt somit sowohl als Verkäufer wie als Käufer bei der EVSt-G auf, ohne jedoch die Zeitüberbrückungsfunktion selbst zu tragen. Die Gründe für diesen sonderbaren Zustand werden in dem folgenden hauptteil der Arbeit ausführlich behandelt.

Nicht geringe Mengen werden auch von den Mühlen und Verarbeitungsbetrieben selbst erfasst oder über Händler angekauft und in betriebseigenen Räumen und Silos gelagert. In Höhe dieser Käufe übernehmen diese Betriebe die Zeitüberbrückungsfunktion selbst. Die Mühlen halten zumindest in der Grösse ihres Monatsbedarfes Getreidevorräte. Besonders gross ist deren Vorratshaltung in Erntejahren mit guten Qualitäten. Dadurch entlasten Mühlen und Verarbeitungsbetriebe die Lagerhaltung des Handels.

Das Ergebnis dieser Überlegungen ist die Feststellung, dass der Getreidehandel nur teilweise die Zeitüberbrückung selbst übernimmt. Der Grund für diese Ausgliederung liegt einerseits in der Getreidemarktordnung, andererseits in rein betriebswirtschaftlichen, vor allem kostenpolitischen Überlegungen. Die Übertragung der Lagerung auf gewerbliche Lagerhalter ist alt, wogegen die Übernahme der Zeitüberbrückungsfunktion durch den Staat erst der neueren Zeit angehört.

cc) Die Lagerungskosten

Unter den Kosten der reinen Lagerhaltung werden die Abschreibungen, Instandhaltungskosten, Mietkosten und Grundsteuern verstanden. Daneben fallen im Zusammenhang mit der Lagerung Kosten aus der Qualitäts- und Quantitätsfunktion an: Personalkosten, Maschinenkosten (d.h. wiederum Abschreibungen auf Maschinen und Instandsetzungskosten), Kosten von Probenahmen, Analysen und Gutachten. Zweifellos gehört die letztgenannte Kostengruppe ebenso zu den Kosten der Lagerhaltung; denn neben der reinen Lagerung ist es notwendig, die Lagerung erfolgreich durchzuführen, und demnach hängen alle Arbeiten, die der Gesunderhaltung des Getreides dienen, ursächlich mit der Lagerhaltung zusammen. Die Anerkennung dieser Kosten findet sich auch in den Spesensätzen der EVSt-G. Desgleichen wird im privaten Handelsbereich die Gesunderhaltung der Ware eigens als fester Bestandteil der Lagerungskosten honoriert. So vergütet z.B. ein Grosshandelsunternehmer für bei den Landhändlern auf seine Rechnung lagernde Getreidemengen diesen neben dem reinen Lagergeld von 1,60 DM/t und Monat noch 0,50 DM je t und Monat für die Gesunderhaltung des Getreides.

Die Lagerkosten lassen sich nur dort erfassen, wo die Lagerhaltungsfunktion auf gewerbliche Lagerhalter übertragen wird. In diesem Fall stehen die Kosten fest, da sie dem Auftraggeber in Rechnung gestellt werden. Über die Analyse dieser Kosten ist es möglich, auf die Lagerhaltungskosten im allgemeinen zu schliessen.

Als Grundlage für die folgende Betrachtung werden die Spesensätze der EVSt-G angewandt, die heute die allgemeine Basis nicht nur in der Abrechnung mit der EVSt-G, sondern auch im Verkehr der freien Wirtschaft bilden.

Bei der Übertragung der Lagerfunktion auf den gewerblichen Lagerhalter entstehen für den auftraggebenden Getreidehändler zunächst die Einlagerungskosten. Ihnen folgt - je nach Dauer der Lagerung - das Lagergeld, berechnet nach Halbmonaten. Muss die Ware während der Lagerung bearbeitet werden, kommen die Bearbeitungskosten dazu. In jedem Falle aber entstehen Kosten der Qualitätsfeststellung, die auch notwendig ist, um eventuell erforderliche Bearbeitungen, welche die Ware vor dem Verderb schützen sollen, zu veranlassen. Schliesslich fallen am Ende der Lagerzeit Auslagerungskosten an. Unter Zugrundelegung der Spesensätze der EVSt-G für das Wirtschaftsgebiet Bayern, gültig ab 1.8.1959, errechnen sich für die Lagerung von 1 t Getreide für die angenommene Lagerdauer von 5 Monaten bei loser Anlieferung und Verladung folgende Kosten:

Einlagerung lose	3,35 DM
Qualitätsfeststellung	0,30 DM
Lagergeld per M/t	
1,60 DM; für 5 Monate	8,00 DM
Auslagerung lose	3,35 DM
Insgesamt	<u>15,00 DM</u>

Die Lagerungskosten können in lagerdauerabhängige und -unabhängige unterschieden werden. Einlagerungs- und Auslagerungskosten fallen schon bei ganz kurzer Lagerung an, ja selbst bei blossem Lagerdurchlauf. Dasselbe gilt für die Kosten der Qualitätsfeststellung. Lagerdauerabhängige Kosten sind nur das Lagergeld, das halbmonatlich abgerechnet wird.

Eine besondere Gruppe von Kosten bilden die qualitätsabhängigen Kosten, die dann anfallen, wenn auf Grund

von schlechter Beschaffenheit des Lagergutes Bearbeitungskosten für Trocknung, Aspiration, Umlauf usw. entstehen.

Bei der Lagerung in eigenen Räumen ergibt sich für den Handel allerdings ein anderes Kostenbild. Einlagerungs-, Auslagerungs-, Bearbeitungskosten und Kosten der Qualitätsfeststellung jedoch werden in derselben Höhe wie oben anfallen;¹⁾ denn es muss angenommen werden, dass die gewerblichen Lagerhalter, die in den meisten Fällen mit den modernsten Maschinen ausgerüstete Speziallagerräume besitzen, trotz der in den Spesensätzen enthaltenen Gewinnspannen kostengünstiger, zumindest aber ebenso kostengünstig wie der Erfassungshandel arbeiten, der den Getreidehandel nur als einen von vielen Betriebszweigen betreibt.

Anders als bei gewerblichen Lagerhaltern sind bei Eigenlagerung die Überlegungen für die Berechnung des Lagergeldes. Die Kosten der reinen Lagerung setzen sich, wie eingangs erwähnt, in erster Linie aus den Abschreibungen und Instandsetzungen für den Lagerraum zusammen. Dabei entstehen ganz individuelle Lagerkosten. Ihre Senkung ist nur durch bestmögliche Ausnutzung des Lagerraumes möglich, d.h. die höchstmögliche Menge soll in der

-
- 1) Bei diesem Kostenvergleich wird der Regelfall angenommen, bei dem der Erfassungshändler, sofern er einen gewerblichen Lagerhalter beanspruchen will, die an sein Lager angelieferte Ware sofort an diesen weiterleitet. In den Fällen, in denen das erst nach einer vorangegangenen Überlagernahme auf dem eigenen Lager geschehen kann, fallen die Ein- und Auslagerungskosten sowie die Kosten der Qualitätsfeststellung zweimal an. In jedem Falle trägt die EVSt-G diese Kosten, wenn sie die an ein gewerbliches Lager - das zugleich eines ihrer Erfassungslager ist - gelieferte Ware in die Bundesreserve übernimmt.

längstmöglichen Zeit gelagert werden. Die Möglichkeit einer Kostendegression durch Beschleunigung des Lagerumschlages erscheint in der heutigen Situation - zumindest bei Inlandgetreide - nicht gegeben. Die Eigenlagerung auf Monate mit Verzicht auf einen Lagerumschlag verursacht unter den gegebenen Verhältnissen keinen Gewinnentgang als Folge des geringen Lagerumschlages, sondern die Möglichkeit, auf Grund der monatlichen Preisstaffelung (Reports) einen Gewinn zu erzielen.

cd) Die Abhängigkeit der Höhe der Eigenlagerung von der Kostendeckung durch den Report

Entgegen überkommenen Vorstellungen hat der Getreidehandel heute infolge der Marktordnung die Möglichkeit, die Lagerung des erfassten Getreides entweder auf eigene Rechnung in eigenen Räumen durchzuführen oder sie über die Interventionspflicht der EVSt-G dem Staat zu überlassen. Inwieweit nun der Getreidehandel die Funktion der Lagerhaltung selbst übernimmt, hängt davon ab, ob sich für ihn eine Lagerhaltung lohnt.

Neben rein spekulativen Überlegungen¹⁾ entscheidet über diesen Entschluss vorwiegend die Kalkulation über die Deckung oder Unterdeckung der anfallenden Lagerkosten durch den Report, d.h. den monatlichen Preisanstieg. Die Dispositionen über die Lagerung können daher sowohl

1) Die spekulativen Überlegungen betreffen die Preiserwartungen. Der Preisspielraum liegt zwischen den gesetzlichen Mindest- und Höchstpreisen. Besonders bei guten Qualitäten kann es vorkommen, dass bei vorübergehender Knappheit innerhalb eines Gebietes ein vom Mindestpreis (der bekanntlich nach Preisgebiet und Monat variiert) nach oben abweichender Preise erzielt werden kann. Da fast ausnahmslos zum Mindestpreis vom Erzeuger angekauft wird, kann hier ein bescheidener Gewinn entstehen.

durch die Veränderung der Kostenseite, hier in erster Linie durch die Veränderung der Zinssätze für die in Anspruch zu nehmenden Kredite, als auch durch Veränderung der Einnahmeseite, der Reports, umgestossen werden. Der Anreiz zur Eigenlagerung wächst und sinkt mit der Kostenüber- bzw. -unterdeckung der Lagerungskosten durch die Reports.

Im Getreidewirtschaftsjahr 1960/61 werden an Stelle der 1959/60 geltenden monatlichen Reports von 5.- DM mit einer Laufzeit von 9 Monaten nunmehr Reports von monatlich 4,50 DM mit einer Laufzeit von 10 Monaten treten. Ausserdem ist seit November 1959 die Übergabe an die EVSt-G nur noch in der 2.Monatshälfte zulässig. Beide Massnahmen sind einschneidend und haben eine völlig neue Kosten-Report-Relation ausgelöst.

An Hand der nachfolgenden Tabellen soll im einzelnen nachgewiesen werden, inwieweit der 1959/60 bestehende Report von 5.- DM/t monatlich und der beschlossene Report von 4,50 DM/t monatlich zur Deckung von Lagergeld und Zinsen ausreichen. Ausser acht gelassen werden bei dieser Betrachtung die Kosten für Lagerschwund (monatlich 1% auf 420.- DM = 0,42 DM), Versicherung (monatlich 0,10 DM/t) und die erfahrungsgemässen Kosten für Bearbeitung und Gesunderhaltung (monatlich 0,30 DM/t). Art und Höhe dieser Kosten dürften unbestritten sein. Sie ergeben eine monatliche Belastung von 0,82 DM/t.¹⁾

Die Kostentabellen 9 und 10 wurden "pro rata temporis" ausgerechnet. Die dort ausgewiesene Deckung bzw. Unterdeckung der Kosten verschlechtert sich durch die Kosten

1) Die zu den Tabellen notwendigen Erläuterungen sind entnommen bei Ludwig: Unzureichende Kostendeckung durch Reports, in: Ernährungsdienst, 14.Jg., Nr.146 (24.Dez.1959), S.8 und 9.

Tabelle 9

Anlieferungs- Datum	Lagerzeit Tage	Lager- geld	Zinskosten 8,5 %	Summe Kosten	Report 5,-	4,50	Kostendeckung a)	b)
16. 1. Monat	4	-,-	-0,04	-0,04	-,-	-,-	J. -0,04	J. -0,04
10. 1. Monat	10	-0,08	-0,10	-0,18	-,-	-,-	J. -0,18	J. -0,18
5. 1. Monat	15	-0,08	-0,15	-0,23	-,-	-,-	J. -0,23	J. -0,23
1. 1. Monat	20	-0,08	-0,20	-0,28	-,-	-,-	J. -0,28	J. -0,28
25. 2. Monat	25	-0,16	-0,25	-0,41	-0,50	-0,45	+ -0,09	+ -0,04
20. 2. Monat	30	-0,16	-0,30	-0,46	-0,50	-0,45	+ -0,04	J. -0,01
15. 2. Monat	35	-0,16	-0,35	-0,51	-0,50	-0,45	J. -0,01	J. -0,06
10. 2. Monat	40	-0,24	-0,40	-0,64	-0,50	-0,45	J. -0,14	J. -0,19
5. 2. Monat	45	-0,24	-0,45	-0,69	-0,50	-0,45	J. -0,19	J. -0,24
1. 2. Monat	50	-0,24	-0,50	-0,74	-0,50	-0,45	J. -0,24	J. -0,29
25. 3. Monat	55	-0,32	-0,55	-0,87	1,-	-0,90	+ -0,13	+ -0,03
20. 3. Monat	60	-0,32	-0,60	-0,92	1,-	-0,90	+ -0,08	J. -0,02
15. 3. Monat	65	-0,32	-0,65	-0,97	1,-	-0,90	+ -0,03	J. -0,07
10. 3. Monat	70	-0,40	-0,70	1,10	1,-	-0,90	J. -0,10	J. -0,20
5. 3. Monat	75	-0,40	-0,75	1,15	1,-	-0,90	J. 0,15	J. -0,25
1. 3. Monat	80	-0,40	-0,80	1,20	1,-	-0,90	J. -0,20	J. -0,30
25. 4. Monat	85	-0,48	-0,85	1,33	1,50	1,35	+ -0,17	+ -0,02
20. 4. Monat	90	-0,48	-0,90	1,38	1,50	1,35	+ -0,12	J. -0,03
15. 4. Monat	95	-0,48	-0,95	1,43	1,50	1,35	+ -0,07	J. -0,08
10. 4. Monat	100	-0,56	1,-	1,56	1,50	1,35	J. -0,06	J. -0,21
5. 4. Monat	105	-0,56	1,05	1,61	1,50	1,35	J. -0,11	J. -0,26
1. 4. Monat	110	-0,56	1,10	1,66	1,50	1,35	J. -0,16	J. -0,31
25. 5. Monat	115	-0,64	1,15	1,79	2,-	1,80	+ -0,21	+ -0,01
20. 5. Monat	120	-0,64	1,20	1,84	2,-	1,80	+ -0,16	J. -0,04
15. 5. Monat	125	-0,64	1,25	1,89	2,-	1,80	+ -0,11	J. -0,09
10. 5. Monat	130	-0,72	1,30	2,02	2,-	1,80	J. -0,02	J. -0,22
5. 5. Monat	135	-0,72	1,35	2,07	2,-	1,80	J. -0,07	J. -0,27
1. 5. Monat	140	-0,72	1,40	2,12	2,-	1,80	J. -0,12	J. -0,32
25. 6. Monat	145	-0,80	1,45	2,25	2,50	2,25	+ -0,25	-,-
20. 6. Monat	150	-0,80	1,50	2,30	2,50	2,25	+ -0,20	J. -0,05
15. 6. Monat	155	-0,80	1,55	2,35	2,50	2,25	+ -0,15	J. -0,10
10. 6. Monat	160	-0,88	1,60	2,48	2,50	2,25	+ -0,02	J. -0,23
5. 6. Monat	165	-0,88	1,65	2,53	2,50	2,25	+ -0,03	J. -0,28
1. 6. Monat	170	-0,88	1,70	2,58	2,50	2,25	J. -0,08	J. -0,33
25. 7. Monat	175	-0,96	1,75	2,71	3,-	2,70	+ -0,29	J. -0,01
20. 7. Monat	180	-0,96	1,80	2,76	3,-	2,70	+ -0,24	J. -0,06
15. 7. Monat	185	-0,96	1,85	2,81	3,-	2,70	+ -0,19	J. -0,11
10. 7. Monat	190	1,04	1,90	2,94	3,-	2,70	+ -0,06	J. -0,24
5. 7. Monat	195	1,04	1,95	2,99	3,-	2,70	+ -0,01	J. -0,29
1. 7. Monat	200	1,04	2,-	3,04	3,-	2,70	J. -0,04	J. -0,34
25. 8. Monat	205	1,12	2,05	3,17	3,50	3,15	+ -0,33	J. -0,02
20. 8. Monat	210	1,12	2,10	3,22	3,50	3,15	+ -0,28	J. -0,07
15. 8. Monat	215	1,12	2,15	3,27	3,50	3,15	+ -0,23	J. -0,12
10. 8. Monat	220	1,20	2,20	3,40	3,50	3,15	+ -0,10	J. -0,25
5. 8. Monat	225	1,20	2,25	3,45	3,50	3,15	+ -0,15	J. -0,30
1. 8. Monat	230	1,20	2,30	3,50	3,50	3,15	-,-	J. -0,35
25. 9. Monat	235	1,28	2,35	3,63	4,-	3,60	+ -0,37	J. -0,03
20. 9. Monat	240	1,28	2,40	3,68	4,-	3,60	+ -0,32	J. -0,08
15. 9. Monat	245	1,28	2,45	3,73	4,-	3,60	+ -0,27	J. -0,13
10. 9. Monat	250	1,36	2,50	3,86	4,-	3,60	+ -0,14	J. -0,26
5. 9. Monat	255	1,36	2,55	3,91	4,-	3,60	+ -0,09	J. -0,31
1. 9. Monat	260	1,36	2,60	3,96	4,-	3,60	+ -0,04	J. -0,36
25. 10. Monat	265	1,44	2,65	4,09	4,50	4,05	+ -0,41	J. -0,04
20. 10. Monat	270	1,44	2,70	4,14	4,50	4,05	+ -0,36	J. -0,09
15. 10. Monat	275	1,44	2,75	4,19	4,50	4,05	+ -0,31	J. -0,14
10. 10. Monat	280	1,52	2,80	4,32	4,50	4,05	+ -0,18	J. -0,27
5. 10. Monat	285	1,52	2,85	4,37	4,50	4,05	+ -0,13	J. -0,32
1. 10. Monat	290	1,52	2,90	4,42	4,50	4,05	+ -0,08	J. -0,37
25. 11. Monat	295	1,60	2,95	4,55	-,-	4,50	J. 4,55	J. -0,05
20. 11. Monat	300	1,60	3,-	4,60	-,-	4,50	J. 4,60	J. -0,10

a) = Kostendeckung bei einem Report von 5,- DM
b) = Kostendeckung bei einem Report von 4,50 DM

Quelle: Ludewig, Unzureichende Kostendeckung durch Reports in: Ernährungsdienst, 14.Jg., Nr.146, (24.Dez.1959), S.9.
Tabelle 10 ist ebenfalls der oben genannten Quelle entnommen.

Anlieferungs- Datum	Lagerzeit Tage	Lagergeld	Zins- kosten 6,5%	Summe Kosten	Report		Kostendeckung	
					5,-	4,50	a)	b)
16.1. Monat	4	-,-	-,03	-,03	-,-	-,-	-,03	-,03
10.1. "	10	-,08	-,08	-,16	-,-	-,-	-,16	-,16
5.1. "	15	-,08	-,11	-,19	-,-	-,-	-,19	-,19
1.1. "	20	-,08	-,15	-,23	-,-	-,-	-,23	-,23
25.2. Monat	25	-,16	-,19	-,35	-,50	-,45	+,15	+,10
20.2. "	30	-,16	-,22	-,38	-,50	-,45	+,12	+,07
15.2. "	35	-,16	-,26	-,42	-,50	-,45	+,08	+,03
10.2. "	40	-,24	-,30	-,54	-,50	-,45	-,04	-,09
5.2. "	45	-,24	-,34	-,58	-,50	-,45	-,08	-,13
1.2. "	50	-,24	-,38	-,62	-,50	-,45	-,12	-,17
25.3. Monat	55	-,32	-,41	-,73	1,-	-,90	+,27	+,17
20.3. "	60	-,32	-,45	-,77	1,-	-,90	+,23	+,13
15.3. "	65	-,32	-,49	-,81	1,-	-,90	+,19	+,09
10.3. "	70	-,40	-,53	-,93	1,-	-,90	+,07	-,03
5.3. "	75	-,40	-,56	-,96	1,-	-,90	+,04	-,06
1.3. "	80	-,40	-,60	1,-	1,-	-,90	-,-	-,10
25.4. Monat	85	-,48	-,64	1,12	1,50	1,35	+,38	+,23
20.4. "	90	-,48	-,68	1,16	1,50	1,35	+,34	+,19
15.4. "	95	-,48	-,72	1,20	1,50	1,35	+,30	+,15
10.4. "	100	-,56	-,76	1,32	1,50	1,35	+,18	+,03
5.4. "	105	-,56	-,80	1,36	1,50	1,35	+,14	-,01
1.4. "	110	-,56	-,83	1,39	1,50	1,35	+,11	-,04
25.5. Monat	115	-,64	-,87	1,51	2,-	1,80	+,49	+,29
20.5. "	120	-,64	-,91	1,55	2,-	1,80	+,45	+,25
15.5. "	125	-,64	-,95	1,59	2,-	1,80	+,41	+,21
10.5. "	130	-,72	-,99	1,71	2,-	1,80	+,29	+,09
5.5. "	135	-,72	1,02	1,74	2,-	1,80	+,26	+,06
1.5. "	140	-,72	1,06	1,78	2,-	1,80	+,22	+,02
25.6. Monat	145	-,80	1,10	1,90	2,50	2,25	+,60	+,35
20.6. "	150	-,80	1,14	1,94	2,50	2,25	+,56	+,31
15.6. "	155	-,80	1,18	1,98	2,50	2,25	+,52	+,27
10.6. "	160	-,88	1,21	2,09	2,50	2,25	+,41	+,16
5.6. "	165	-,88	1,25	2,13	2,50	2,25	+,37	+,12
1.6. "	170	-,88	1,29	2,17	2,50	2,25	+,33	+,08
25.7. Monat	175	-,96	1,33	2,29	3,-	2,70	+,71	+,41
20.7. "	180	-,96	1,36	2,32	3,-	2,70	+,68	+,38
15.7. "	185	-,96	1,40	2,36	3,-	2,70	+,64	+,34
10.7. "	190	1,04	1,44	2,48	3,-	2,70	+,52	+,22
5.7. "	195	1,04	1,48	2,52	3,-	2,70	+,48	+,18
1.7. "	200	1,04	1,52	2,56	3,-	2,70	+,44	+,14
25.8. Monat	205	1,12	1,55	2,67	3,50	3,15	+,83	+,48
20.8. "	210	1,12	1,59	2,71	3,50	3,15	+,79	+,44
15.8. "	215	1,12	1,63	2,75	3,50	3,15	+,75	+,40
10.8. "	220	1,20	1,67	2,87	3,50	3,15	+,63	+,28
5.8. "	225	1,20	1,71	2,91	3,50	3,15	+,59	+,24
1.8. "	230	1,20	1,74	2,94	3,50	3,15	+,56	+,21
25.9. Monat	235	1,28	1,78	3,06	4,-	3,60	+,94	+,54
20.9. "	240	1,28	1,82	3,10	4,-	3,60	+,90	+,50
15.9. "	245	1,28	1,86	3,14	4,-	3,60	+,86	+,46
10.9. "	250	1,36	1,90	3,26	4,-	3,60	+,74	+,34
5.9. "	255	1,36	1,93	3,29	4,-	3,60	+,71	+,31
1.9. "	260	1,36	1,97	3,33	4,-	3,60	+,67	+,27
25.10. Monat	265	1,44	2,01	3,45	4,50	4,05	1,05	+,60
20.10. "	270	1,44	2,05	3,49	4,50	4,05	1,01	+,56
15.10. "	275	1,44	2,08	3,52	4,50	4,05	+,98	+,53
10.10. "	280	1,52	2,12	3,64	4,50	4,05	+,86	+,41
5.10. "	285	1,52	2,16	3,68	4,50	4,05	+,82	+,37
1.10. "	290	1,52	2,20	3,72	4,50	4,05	+,78	+,33
25.11. Monat	295	1,60	2,24	3,84	-,-	4,50	3,84	+,66
20.11. "	300	1,60	2,27	3,87	-,-	4,50	3,87	+,63

Lagerschwundes, der Versicherung und der Bearbeitung im monatlichen Durchschnitt um weitere 0,08 DM/100 kg. In der Kostenuntersuchung wurden zwei Zinssätze gegenübergestellt, und zwar der Zinssatz für Buchkredite von 8,5% (Tabelle 9) und der Lombardzinssatz in Höhe von 6,5% (Tabelle 10). Als Übergabedatum der gelagerten Ware an die EVSt-G wurde in den Tabellen der 20. des Monats als mittlerer Übergabetermin gewählt.

Entgegen der von dem Verfasser der Tabellen vertretenen Auffassung spielt der Lombardsatz für die praktische Abwicklung durchaus keine untergeordnete Rolle. Aus eigener Erfahrung kann gesagt werden, dass der Lombard vielfach eine Eigenlagerung überhaupt erst ermöglicht. In der Untersuchung wurde auch zusehr davon ausgegangen, dass die lagernden Mengen nach einer gewissen Zeit an die EVSt-G abgegeben werden. Nur für diesen Fall treffen die Kostenüberlegungen voll und ganz zu. Anders liegen die Dinge beim Absatz an die Privatwirtschaft. Wird z.B. an den ersten Tagen eines Monats eingelagertes Getreide verkauft, so gilt bereits der Preis des Verkaufsmonats. Dem monatlichen Preisanstieg stehen aber noch keine so hohen Lagerkosten gegenüber wie im Falle eines Verkaufs am 20. des Monats oder zu einem späteren Zeitpunkt. Günstigere Übergabetermine verändern demnach sofort das Kostenbild, vor allem dort, wo die Kostenunterdeckung 0,08 DM/100 kg nicht überschreitet.

Bei der Frage nach den Kosten einer bestimmten Lagerzeit ist in der Tabelle das jeweilige Anlieferungsdatum von Wichtigkeit. Zwar besteht bei den Zinssätzen eine unmittelbare Abhängigkeit zur Lagerzeit pro rata temporis, so dass 20 Tage Lagerzeit immer die gleiche Zinsbelastung haben, ganz gleichgültig, wie diese Tage kalendermässig liegen. Diese gleiche enge Korrelation

ist aber infolge des halbmonatlichen Abrechnungsrhythmus von Lagergeld nicht gegeben. Hier ist es durchaus entscheidend, ob die 20 Tage Lagerzeit am 2. oder 28. eines Monats beginnen: Beginnt nämlich die 20-tägige Lagerzeit z.B. am 2.9. und endet am 22.9. mit einer Übergabe, so entstehen 0,08 DM/100 kg Lagergeld; beginnt die gleiche Frist am 28.9. und endet am 18.10. mit einer Übergabe, so beläuft sich hier das Lagergeld auf 0,16 DM/100 kg.¹⁾ Die variable Grösse ist demnach der Einlagerungszeitpunkt.

In der Spalte "Kostendeckung" werden die Positionen Lagergeld und Zinsen dem 1959/60 geltenden Report von 5.- DM/t monatlich (Spalte a) und dem für 1960/61 beschlossenen Report von 4,50 DM/t monatlich gegenübergestellt. Aus den Tabellen lässt sich ohne Schwierigkeit ablesen, wann und inwieweit eine Einlagerung rentabel ist oder nicht. Angenommen wird bei den Tabellen, dass eine in verhältnismässig kurzem Zeitraum angelieferte Getreidemenge solange als möglich gelagert wird. Diese Annahme entspricht auch der Wirklichkeit. In der Regel wird von den Landhändlern im Erntestoss sofort die eigene Lagerkapazität mit guter haltbarer Qualität, soweit vorhanden, belegt und der Überhang an Verarbeitungsbetriebe oder die EVSt-G "abgeschoben".

Grundsätzlich soll in diesem Abschnitt allein die Lagerung eigener Ware in eigenen Räumen des Erfassungshändlers auf eigene Rechnung und Gefahr behandelt werden. Damit scheiden die Fälle aus, in denen Getreide bei gewerblichen Lagerhaltern eingelagert wird. Die Lagerung

- 1) Die EVSt-G vergütet für übernommenes Getreide vom Beginn der Monatshälfte, in der die Übernahme erfolgte, das Lagergeld.

wird zumeist nur in solchen gewerblichen Lagern vorgenommen, die zugleich Erfassungslager der EVSt-G sind. Sie geschieht dort meist kurz vor einem bekannten Übernahmezeitpunkt und in der festen Absicht, das eingelagerte Getreide an die EVSt-G zu übergeben.

Die Tabellen geben aber Anlass zur Kritik. Der hier eingesetzte Lagergeldsatz (1,60 DM/t monatlich) entspricht dem Vergütungssatz, den die EVSt-G an die gewerblichen Lagerhalter für auf ihre Rechnung lagernden Getreidemengen entrichtet. Im Gegensatz zu den Getreidehändlern bildet aber das Lagergeld für die gewerblichen Lagerhalter die entscheidende Einnahme, d.h. in dem Vergütungssatz muss auch der Gewinn liegen. Die tatsächlichen Kosten der Lagerung müssen daher unter den offiziellen Vergütungssätzen liegen. Auch beim Erfassungshandel dürften - zumindest bei Altbauten - die tatsächlichen Lagerkosten unter dem Vergütungssatz liegen. Der Vergütungssatz von 1,60 DM je t und Monat ist deshalb nur bedingt als Vergleichsmassstab anwendbar, wie das in Tabelle 9 und 10 geschieht.

Da die Baukosten laufend gestiegen sind, erhöhten sich auch die Aufwendungen für 1 t Lagerraum. Ende 1959 betrugen die Baukosten für ein 400 t-Lagerhaus einschl. Geländeaufschluss und Maschinenausstattung 150 - 200 000 DM. Das entspricht einem Kostenaufwand von 400 - 500 DM/t Lagerraum. Unter Berücksichtigung der verschiedenen Abschreibungssätze (Gebäude 2%, Maschinen 10%, Einbauten 5%) darf ein durchschnittlicher Abschreibungssatz von 4% angesetzt werden. Bei einem Aufwand von 500 DM/t Lagerraum errechnet sich eine Abschreibungsquote von 20.- DM p.a. oder 1,66 DM/monatlich.

Bei den oben unterstellten Baukosten wird die angesetzte Lagergeldvergütung allein durch die Abschreibung

aufgezehrt. Damit beeinflussen auch die Baukosten wesentlich die Kostendeckung.

Bei einer verfeinerten Kalkulation ist es allerdings notwendig, die Abschreibung auf die Maschinenausstattung den Lagerungskosten nur insoweit zuschlagen, als die Maschinenausstattung speziell für die Lagerung eingesetzt wurde. Dadurch kann sich das Abschreibungsergebnis wesentlich verändern. Bei älteren Anlagen und Grossanlagen liegen die Abschreibungsquoten erheblich unter den im Beispiel angeführten. Die effektiven Lagerkosten, die neben der Abschreibung noch die Versicherungskosten und die Kosten der Überwachung der Getreidequalität umfassen, können demnach je nach Kostenstruktur unter dem Vergütungssatz liegen.

Wesentlich ist nach diesen Überlegungen die Erkenntnis, dass die effektiven Lagerungskosten von dem in der Tabelle angesetzten Lagergeld beachtlich abweichen können. Eine Lagerung kann deshalb unter gewissen Umständen bereits einen oder noch keinen Gewinn abwerfen, wenn gleich die Tabelle, die mit starrem Lagergeldsatz arbeitet, etwas anderes aussagt. Letztlich erscheint eine Lagerung in eigenen Räumen solange sinnvoll, als auch nur ein Teil der Abschreibungen für die Lagerräume im Preis vergütet wird, wenn die Lagerräume keine lohnendere Ausnutzung finden können und damit der volle Abschreibungsbetrag ungedeckt bliebe.

Eine Ursache für eine Ungenauigkeit in der Kostenabgrenzung liegt in dem halbmonatlichen Abrechnungsrhythmus des Lagergeldes. Die Abrechnung nach Halbmonaten, wie sie in der Praxis üblich und den Tabellen zugrunde gelegt ist, darf nur als vereinfachender Abrechnungsmodus betrachtet werden. Die effektiven Kosten können allein über eine genaue Abrechnung nach Tagen richtig erfasst werden, vor allem dann, wenn eine wirkliche Auszahlung

der Lagerkosten, wie sie bei Einlagerungen in eigenen Räumen nicht erfolgt, entfällt. Viel zu stark wirkt nämlich die Monatswende auf die Kostenrechnung ein. Wird am Ende eines Monats eingelagert, wie es für den Erntemonat häufig zutrifft, und wird das Getreide am Anfang des nächsten Monats abgegeben, steht dem Lagergeld für wenige Tage ein Report von 5.- bzw. jetzt 4,50 DM gegenüber. Hier lässt sich ein beachtlicher Gewinn realisieren.

Auf eine weitere Analyse der Tabellen kann verzichtet werden. Es ist ohne weiteres erkennbar, unter welchen Umständen den Voraussetzungen entsprechend, die Lagerungskosten durch die Reports gedeckt werden.

Eindeutig ersichtlich ist auch die Rolle, welche die Höhe des Zinssatzes in der Kostenrechnung spielt. Von der Höhe des jeweiligen Zinssatzes hängt es entscheidend ab, ob sich der Händler zu einer Eigenlagerung entschliesst oder nicht. Als die wichtigsten Einflussgrößen auf die Entscheidung über die Eigenlagerung - genügend Lagerraum vorausgesetzt - sind demnach anzusetzen:

1. die Höhe der Reports,
2. die Höhe des jeweiligen Zinssatzes,
3. die individuellen reinen Lagerkosten (Raummiete, Versicherung),
4. die Getreidequalität (sie entscheidet über die Höhe der voraussichtlich anfallenden Bearbeitungskosten).

Die Einflussgrößen 1 - 3 wurden bereits ausführlich diskutiert. Unter der Einflussgrösse "Getreidequalität" ist gemeint, dass notwendige Bearbeitungen zur Gesunderhaltung und lagerfesten Aufbereitung des Getreides die Rentabilitätsrechnung wesentlich verändern können. Werden

besondere Manipulationen, wie Aspiration, Trocknung, Begasung u.a. notwendig, erscheint die Rentabilität in den meisten Fällen äusserst zweifelhaft. Genaues lässt sich aber nur im konkreten Fall sagen.

Die neue Bestimmung, nach der die EVSt-G Getreide nur in der zweiten Monatshälfte übernimmt, verschlechtert die Kostensituation. Infolge des Reports werden auch von den Erzeugern die Hauptmengen zu Monatsanfang angeliefert, womit bis zur Monatsmitte die Lagerungskosten voll zu Lasten der Erfassungshändler gehen. Diese Kosten werden von der EVSt-G nicht vergütet.¹⁾ In Richtung auf eine Kostenunterdeckung wirkt auch der neue Report von 4,50 DM/t monatlich. Die private Lagerhaltung, die bislang durch die Förderungsprogramme allorts unterstützt und angeregt wurde, wird dadurch kostenmässig derart belastet, dass sie für den Handel uninteressant geworden ist.

"Das erhebliche Ausmass der privaten Silo-Objekte, die in den letzten Jahren entstanden sind, hatte zwei Orientierungspunkte: erstens den Anreiz durch die öffentlichen Förderungsmassnahmen und zweitens die derzeitige Reporthöhe. Durch die beschlossene Reportsenkung ist aber die Rentabilitätsgrundlage teilweise in Wegfall gekommen, und die privaten Investoren, d.h. die Landhändler, müssen die Auswirkungen einer punktuellen Agrarpolitik tragen, die sie zunächst zum Bau der neuen Lagerhäuser anregte und sie nun für die Durchführung gleichsam bestraft."²⁾

Die Folgen einer nicht ausreichenden Deckung der Kosten durch den Report liegen auf der Hand. Die am mei-

1) Vgl. Interventionsrichtlinien der EVSt-G 1959, Abs.II, Ziffer 14, in: Bundesanzeiger Nr.135, v.18.Juli 1959.

2) Ludewig: Unzureichende Kostendeckung durch Report, in: Ernährungsdienst, 14.Jg., Nr.146 (24.12.1959), S.8.

sten betroffenen Erfassungshändler schränken die Eigenlagerung auf die günstigsten Fälle ein. Dem privaten Handel wird die Chance und Möglichkeit genommen, eine eigene Bevorratung zu treiben. Die Verantwortung für die Gesunderhaltung des eingelagerten Getreides durch die notwendigen Bearbeitungen kann vom Handel nicht mehr getragen werden, wenn schon die Grundpositionen Lagergeld und Zinsen durch keinen ausreichenden Report mehr gedeckt sind. Der Handel wird jede nur irgendwie gefährdete Partie und Partien von mangelnder Qualität an die EVSt-G abzusetzen versuchen, während es bisher in vielen Fällen noch möglich war, nicht allzu kostspielige Bearbeitungen aus der Differenz von Kosten und Reports zu decken. Die Folge ist ein verstärkter Druck auf die EVSt-G.

Die Reportgestaltung und mit ihr der Umfang der Eigenlagerung beinhalten noch ein weiteres Problem. Durch die Reportgestaltung soll ein Anreiz zu privatwirtschaftlicher Vorratshaltung erhalten bleiben und damit die EVSt-G entlastet werden. Die Eigenlagerung soll zumindest die Höhe erreichen, die zur kontinuierlichen Versorgung der Mühlen mit Inlandgetreide notwendig ist. In jedem Fall soll vermieden werden, dass zur Aufrechterhaltung der Versorgung Frachtzuschüsse gewährt werden müssen für Lieferungen in ein Gebiet, in dem es am Ende des Getreidewirtschaftsjahres - infolge Auflösung der Eigenlager beim Handel - notwendig wird, noch erhebliche Mengen in die Bundesreserve zu übernehmen. Die Reportgestaltung soll die Eigenlagerung weder unmöglich machen noch zu einer Hortung der Ware auf den Eigenlagern bis zum Ablauf des Getreidewirtschaftsjahres führen, zu einer Hortung, die nur in der Absicht geschieht, alle Reports auszunutzen.

Die starke Ballung der Anlieferungen an die EVSt-G im Erntemonat - zu Beginn des Wirtschaftsjahres - infolge

der Unfähigkeit der Privathand, die angebotenen Mengen aufzunehmen, und zu Ende des Wirtschaftsjahres als Folge des Abbaus der Eigenlagerbestände lassen die Diskussionen um die Reportgestaltung nicht abreißen.

Dieses Problem kann aber nicht allein über eine neue Reportgestaltung gelöst werden; denn seine Ursache liegt vielmehr in der Handhabung der Durchführungsverordnungen zum Getreidepreisgesetz. Solange die dort festgelegten Qualitätszuschläge von der EVSt-G vergütet werden müssen, während die Mühlen hierzu weder gezwungen werden können noch auf Grund der Marktsituation verpflichtet zu sein glauben - solange diese Divergenz besteht, die nur durch die Abänderung der Kannvorschrift der Qualitätszu- und -abschläge in eine Mussvorschrift beseitigt werden kann -, wird das erwünschte Marktgleichgewicht nicht erreicht werden können.

Weiter kann der Schluss gezogen werden, dass, nachdem die technischen Voraussetzungen für die Lagerhaltung durch die Förderung der Errichtung neuen Lagerraums gegeben sind, mit Hilfe einer Reportgestaltung, die Zinsbewegungen und die Kostendeckung berücksichtigt, die Höhe der privaten Lagerhaltung gesteuert werden kann. Es liegt demnach in der Hand der zuständigen Instanzen, durch Änderungen eine Verbesserung herbeizuführen.

Die durch die Reportgestaltung entstandene Lage lässt die Lagerfunktion unter einem ganz anderem Gesichtspunkt erscheinen als sonst im Handel. Dort sind die tatsächlich errechneten Lagerungskosten ein Posten der Kalkulation; beim Getreidehandel werden dagegen die Lagerungskosten unter dem Gesichtspunkt der Kostendeckung in den Reports betrachtet. Das Ziel der Kalkulation der Lagerkosten ist hier nicht die Preisfindung, sondern die Ermittlung einer Kostenunter- oder -überdeckung bei einem gegebenen Preis.

ce) Das spezielle Risiko bei der Getreidelagerung

Das spezielle Risiko bei der Getreidelagerung hängt, abgesehen von der Gefahr eines Schädlingbefalls, wiederum mit der Eigenart des organischen Aufbaus des Getreidekorns zusammen. Während die hygroskopische Eigenschaft von z.B. Salz und Zucker nur zu einer Klumpenbildung führt, kann sie bei Getreide den totalen Verderb der Ware auslösen.

Kommt nämlich lagerfestes Getreide während seiner Lagerung mit feuchter Luft in Berührung, nimmt es Feuchtigkeit auf. Die Feuchtigkeitsaufnahme kann sich in bescheidenem Rahmen bewegen; ebenso kann darauffolgende trockene Luft eine Gegenwirkung erzielen. Bei langer Feuchtlufteinwirkung dringt jedoch die Feuchtigkeit in die Masse des Lagergutes ein; damit entsteht eine Gefahr für dessen Haltbarkeit.

Zunehmende Feuchtigkeit löst eine erhöhte Atmung des Getreides aus. Dieser Atmungsvorgang wird durch die vereinfachte Atmungsgleichung - Kohlehydrate + Sauerstoff = Kohlendioxyd + Wasser + Wärme - ausgedrückt. Dieser auch Dissimilation genannte Vorgang ist die Umkehr des Assimilation und steigert sich progressiv mit erhöhtem Wassergehalt, wobei er sich selbst ausserordentlich beschleunigt. So nimmt z.B. bei einer Temperatur von 18°C die Atmungsintensität von Getreide mit normalem Wassergehalt von 15% bei einem Anstieg auf 17% um rund das 80-fache, bei einem Anstieg auf 20,5% um rund das 250-fache zu.¹⁾

Dabei erwärmt sich das Getreide rasch, und neben der Bildung von Oxydgasen kommt es zu starker Schimmelbildung und Bakterienbefall. Zu dem eigentlichen Atmungsverlust,

1) Eckardt, O.: Getreidekunde, Detmold 1955, S.40.

der bei sehr feuchtem Getreide je t und Tag 1 kg betragen kann, wird durch Schimmel- und Bakterienbefall das Getreide oft total verdorben oder in seinem Wert beträchtlich gemindert.

Allein der Schutz des Lagergutes vor feuchter Luft bedeutet die Abwendung grosser Verluste. Die Möglichkeit des Feuchtigkeitsanstieges während der Lagerung bildet daher das entscheidende Lagerrisiko.

3. Die Mengenausgleichsfunktionen

Von einer Mengenausgleichsfunktion spricht man dann, wenn es gilt, kleine Mengen zu grossen verkaufsfähigen Partien zusammenzustellen oder grosse Mengen aufzuteilen und in marktgängigen Kleinmengen an den Verbraucher abzugeben. Diese Funktion ist daher eine der Grundlagen für eine marktgünstige Versorgung der Verbraucher, ohne die man sich eine arbeitsteilige Wirtschaft nicht vorstellen kann. Sie kann von einem Handelsunternehmen sowohl auf der aufkaufenden wie der verteilenden Seite wahrgenommen werden. Beim Getreidehandel finden wir den Schwerpunkt der Sammelfunktion beim Erfassungshandel und die Verteilerfunktion im wesentlichen beim Getreide-grosshandel sowie beim Importhandel.

a) Die Sammelfunktion des Erfassungshandels

Wie bei allen Erntegütern gilt es auch bei Getreide, die an den Markt kommenden Mengen in den Erzeugergebieten zu sammeln und in geeigneten Mengen an die Mühlen und son-

stigen Verwender zur Verarbeitung oder zum Verbrauch abzugeben. Diese Aufgabe führen in Deutschland die Landhandelsbetriebe und die landwirtschaftlichen Ortsgenossenschaften aus, die in breiter Streuung in allen Erzeugergebieten zu finden sind. Diese Betriebe sind dafür am besten geeignet, denn ihr Standort in den Erzeugergebieten sowie der persönliche und geschäftliche Kontakt der Betriebsinhaber mit den Erzeugern prädestiniert sie für diese Tätigkeit.

Der Schwerpunkt der Sammeltätigkeit fällt in die Erntezeit. Sporadisch zieht sich dann der Einkauf bis zum Anschluss an die neue Ernte hin.

aa) Die Grösse der Teilmengen

Entsprechend der überwiegend kleinbäuerlichen Struktur der westdeutschen Landwirtschaft, sind auch die von den Erzeugern angelieferten Mengen kleine Partien. Die Hauptmasse des Getreides wird in Partien von 20 - 25 dz angeboten. Diese Kleinmengen entsprechen nicht nur der landwirtschaftlichen Betriebsgrößenstruktur Westdeutschlands, sondern lassen sich zugleich auch mit der herrschenden landwirtschaftlichen Arbeitsmethode begründen. Der weitgehende Rückgang der eigenen Lagerhaltung der Bauern führt dazu, dass die vornehmlich mit modernen Methoden geernteten Getreidemengen unverzüglich zum Handel gebracht werden. Deshalb werden selbst die Ernten grosser Flächen, dem arbeitstäglichen Rhythmus entsprechend, in Teilmengen angeliefert. Solche Teilmengen einer geschlossenen Anbaufläche kommen oft - infolge Witterungsstörungen - in grösseren Zeitabständen und mit erheblichen Qualitätsunterschieden zur Anlieferung. In gleicher Richtung wirkt der Umstand, dass es in Westdeutschland kaum grössere Flächen einer bestimmten Getreidesorte gibt und

Monokulturen gänzlich fehlen. Eine sortengerechte Sammeltätigkeit wird damit zum grossen Teil verhindert. Erzeuger, die in der Lage sind, grosse sortenreine Mengen zu liefern, sind bestrebt, diese soweit als möglich im Direktgeschäft an die Mühlen abzusetzen. Die Sammeltätigkeit der Erfassungshändler erstreckt sich folglich in der Hauptsache auf die mittleren und kleinen Landwirte.

Zu den bereits erwähnten Ursachen für die Aufspaltung der Anlieferungen in Kleinmengen kommen noch die Qualitätsbestimmungen in den DVO¹⁾ zum GetrG. Unterschiedliche Feuchtigkeiten und Anteile an Bruchkorn, Auswuchs, Kornbesatz und Schwarzbesatz werden nach diesen Vorschriften mit verschiedenen hohen Preisabschlägen belastet. Diese fein differenzierten Qualitätseinstufungen verhindern die Zusammenfassung der Anlieferungen zu grossen Partien, da die Qualität des Getreides je nach Lage der Felder, von denen die Ernten stammen, voneinander abweichen kann. Um eine bestmöglich Bewertung zu erhalten, versuchen Handel und Landwirtschaft, stark unterschiedliche Qualitäten zu trennen und somit eine allgemeine Verschlechterung der Gesamtpartie durch überdurchschnittlich schlechte Teilpartien auszuschalten. Das führt zu einer weiteren Aufspaltung der Mengen. Wie notwendig eine derartige Aufspaltung nach Qualitäten zur Verhinderung finanzieller Nachteile ist, soll nachfolgendes Beispiel zeigen.

Ein Landwirt hat von zwei kleineren Feldern Weizen

- 1) Unter DVO sind im folgenden immer die Durchführungsverordnungen über die Qualitätsklassen, sowie Zu- und Abschläge zu den jeweiligen Getreidepreisgesetzen gemeint. Spezielle Zahlenangaben beziehen sich, wenn nicht anders vermerkt, stets auf die 2. Durchführungsverordnung über Qualitätsklassen, Zu- und Abschläge zum Getreidepreisgesetz 1959/60, veröffentlicht in: Bundesanzeiger Nr.123 vom 2. Juli 1959.

geerntet und schon ohne technische Hilfsmittel festgestellt, dass der Weizen des einen Feldes bedeutend feuchter als der des anderen ist. Deshalb entschliesst er sich die Ernten jedes Feldes getrennt anzuliefern. Seine Feststellungen werden durch die Feuchtigkeitsmessungen beim Erfassungshändler bestätigt, der für die Menge von 2 000 kg des feuchteren Feldes 17,8% und für die 2 000 kg des trockneren Feldes 16,3% Feuchtigkeitsgehalt ermittelt. Gemäss der DVO entsteht bei 16,3% noch kein Qualitätsabschlag, dagegen bei 17,8% Feuchtigkeit ein solcher von 2.- DM/100 kg. Für die gesamte angelieferte Menge wird der Landwirt nur mit Abzügen in Höhe von 40.- DM für den feuchteren Teil der Anlieferung belastet. Würde jedoch der Landwirt in einer geschlossenen Partie von 4 000 kg anliefern, so würde ein Durchschnittsmuster aus der Gesamtpartie - das letztlich auch infolge individueller Entscheidungen des Musternehmers ein Zufallsmuster sein wird, denn auch Kleinmengen sind unter sich verschieden - einen Feuchtigkeitsgehalt von 17,0% bestätigen (errechnet aus $16,3 + 17,8 = 34,1 : 2$). Diesem Feuchtigkeitsgehalt entspricht ein Abschlag von 1,30 DM/100 kg. Für die Gesamtmenge von 4 000 kg errechnet sich daraus eine Belastung von 52.- DM. Allein auf Grund der getrennten Anlieferung qualitativ stark abweichender Partien vermeidet der Landwirt hier einen Verlust von 12.- DM.

Noch auffälliger wird das Ergebnis, wenn die grossen Qualitätsunterschiede nicht in der Höhe der Feuchtigkeit, sondern im Anteil von Auswuchs begründet sind. Es soll unterstellt werden, dass 2 000 kg 2% Auswuchs und 2 000 kg 10% Auswuchs aufweisen, eine Annahme, die durchaus realistisch ist. Bei getrennter Anlieferung wird die Teilmenge mit 2% Auswuchs mit keinem Abzug belastet, während die mit 10% nur mehr als Futterweizen mit einem Preisabschlag

von 4.- DM/100 kg angenommen wird. Für die Gesamtanlieferung bedeutet das eine Belastung von $20 \times 4.- = 80.-$ DM für 2 000 kg. Werden die Teilmengen in einer einheitlichen Partie angeliefert, stellt ein Durchschnittsmuster einen Auswuchs von 6% fest. Damit gilt die Gesamt-Partie als Futterweizen. Nun beträgt die Belastung für die 4 000 kg 160.- DM. Eine getrennte Anlieferung verhindert in diesem Fall einen Verlust von 80.- DM.¹⁾

Diese Beispiele können beliebig fortgesetzt werden. Sie zeigen, wie neben den anfangs dargelegten Gründen allein mit der Einführung der Qualitätsbestimmungen in der DVO die Aufsplitterung in Teilmengen verstärkt, und damit die Sammeltätigkeit erheblich erschwert wurde.

ab) Der Lieferantenkreis und das Einzugsgebiet in seiner Bedeutung für die Sammelfunktion

Entsprechend der Art des Produktes ist der Lieferantenkreis klar umrissen. Lieferanten des Erfassungshandels können nur Landwirte sein, die Getreidebau betreiben. Dadurch scheiden alle diejenigen Landwirte aus, die sich ausschliesslich mit Viehzucht befassen. Als Lieferanten entfallen ferner Landwirte, deren Getreideerzeugung den Eigenbedarf nicht übersteigt. In Westdeutschland wird in allen Betriebsgrössen Getreide erzeugt, soweit die Bodenverhältnisse es zulassen.

Der Standort des Erfassungshandels befindet sich meist zentral im Einzugsgebiet. Bei der überwiegenden Zahl der Betriebe liegt die Hauptmasse der Kunden im Umkreis von 10 km. Die Zahl der Kunden nimmt mit zunehmen-

1) Die Höhe der Abzüge ist der 2.DVO zum Getreidepreisgesetz 1959/60 entnommen, veröffentlicht in: Bundesanzeiger Nr.123 vom 2. Juli 1959.

der Entfernung ab. Umgekehrt vergrössert sich mit wachsender Betriebsgrösse das Einzugsgebiet, das bei Grossbetrieben einen Umkreis bis 50 km umfassen kann.

Bei den Ortsgenossenschaften deckt sich das Einzugsgebiet genau mit ihrem Zuständigkeitsbereich, wogegen bei den Landhändlern die Einzugsgebiete stark ineinanderfliessen.

Die Stärke des Erfassungshandels wurde immer in dem persönlichen Kontakt des Betriebsinhabers oder Betriebsleiters mit den Kunden gesehen. Diese Kontaktnahme ist jedoch nur bis zu einer gewissen Betriebsgrösse möglich. Die wachsende Betriebsgrösse mit dem zunehmenden Kundenkreis in der weiteren Umgebung bedingt den Einsatz von Reisenden und Vertretern und erhöht damit die Kosten der Kundenpflege. An die Stelle des persönlichen Kontakts muss nun ein preislicher Vorzug als werbende und bindende Kraft treten. Das wachsende Einzugsgebiet verteuert die Betreuung der Kunden und fordert einen grösseren Werbeaufwand, der ursprünglich allein im persönlichen Gespräch des Betriebsinhabers mit dem Kunden bestand. Die zunehmende Entfernung der Kunden vom Geschäftssitz macht weiterhin den Einsatz von Kraftfahrzeugen notwendig, die bei einem örtlich beschränkten Kundenkreis entbehrt werden können.

Der wachsende Einsatz von nicht eigenerzeugten Betriebs- und Futtermitteln in der Landwirtschaft und die damit verbundene Spezialisierung auf viele Marken und Systeme führt dazu, dass der einzelne Landwirt bei mehreren Händlern Kunde ist und durch seine Kreditverflechtung für diesen auch Getreidelieferant. Ursache dafür ist die Einrichtung von Platzvertretungen durch die Hersteller der Markenprodukte. Der Landwirt kann daher gewisse von ihm gewünschte Produkte nicht bei jedem Händler kaufen, sondern nur bei dem jeweiligen Platzvertreter. Da-

durch wird das Einzugsgebiet eines Händlers mit Platzvertretung erheblich erweitert, was sich auch auf den Kreis der Getreidelieferanten auswirkt. So zählen sogar Mitglieder einer landwirtschaftlichen Ortsgenossenschaft zu den Kunden und Lieferanten eines Landhändlers und umgekehrt.

Die Erkenntnis aus dieser Betrachtung ist, dass mit der neuesten Entwicklung sich die Einzugsgebiete der Händler zwar zum Teil beachtlich erweitern, diese gebietliche Ausdehnung aber mit einer proportionalen Umsatzsteigerung nicht identisch ist. Vielmehr zeigt sich eine unterproportionale Umsatzentwicklung, in vielen Fällen als Folge der starken Überlagerung der Einzugsgebiete sogar eine Umsatzstagnation trotz vergrössertem Kundenkreis und Einzugsgebiet; denn der Gewinn eines Kunden im erweiterten Einzugsgebiet wird vielfach durch den teilweisen Abfall eines Kunden im engsten Einzugsgebiet kompensiert.

ac) Die Sammelorgane

Zur Ausführung der Sammelfunktion bedient sich der Erfassungshandel verschiedener Sammelorgane. Ihr Umfang und ihre Vielzahl hängt von der Grösse des Unternehmens und des Einzugsgebietes ab. In kleinen Betrieben und damit in der ursprünglichsten Form war und ist es der Betriebsinhaber selbst, der den Ankauf von Getreide vornimmt. Ihm zur Seite standen und stehen freie Vermittler, noch heute als "Schmuser" bezeichnet, die am Wirtshaus-tisch oder sonst irgendwo Geschäftsverbindungen anknüpfen und Händler und Lieferant zusammenführen.

Der Vermittler spielt heute nur mehr eine untergeordnete Rolle und ist grösstenteils durch Reisende oder Vertreter der Handelsbetriebe ersetzt worden. Während in

kleineren Betrieben die Söhne oder Anverwandte die Tätigkeit eines Vertreters ausüben, bedienen sich die grösseren der festangestellten Reisenden als Akquisiteure. Diese betreiben den Aufkauf lediglich als Teilaufgabe; denn zugleich sind sie beauftragt, Geschäftsabschlüsse über die vom Landhandel angebotenen Betriebs- und Futtermittel zu tätigen. Nur die Doppelseitigkeit der Tätigkeit dieser Vertreter und Reisenden erlaubt den Einsatz eines so teuren Sammelapparates.

Verbreitet ist heute noch die Selbstandienung der Ware durch den Erzeuger. Dies kann durch eine vorzeitige schriftliche oder mündliche Andienung geschehen oder dadurch, dass der Erzeuger mit seinem Getreide am Lagerhaus des Händlers erscheint und die Ware zum Kauf andient. Vor allem wenn schon langjährige Geschäftsverbindungen bestehen, ist diese Art des Sammelns die häufigste.

ad) Die Qualitätsfeststellung und ihre Problematik im Zusammenhang mit der Sammeltätigkeit

Der Wert einer Ware, der sich im Preis ausdrücken soll, muss, bevor ein Preis geboten oder verlangt werden kann, festgestellt sein. Um einen allgemeingültigen und gerechten Wert zu finden, war man schon frühzeitig bestrebt, feste Qualitätsmerkmale für Getreide herauszufinden, die Aufschluss über den Wert geben konnten.

Ursprünglich wurde ausschliesslich mit dem Tast- und Geruchssinn sowie den Augen bewertet. Testverfahren war in den vergangenen Jahrzehnten die sog. "Handbonitierung". Die Beurteilungsmerkmale waren dabei Farbe, Geruch und Griffigkeit. Später führte man die Qualitätsfeststellung mittels Hektoliterwaage ein. Bei diesem Verfahren wird ein Hektoliter Getreide gewogen und das Gewicht fest-

gestellt. Grosses Gewicht bedeutet ein günstiges Verhältnis von Schale zu Stärkekern und damit infolge der höheren Mehlausbeute einen höheren Wert. Aus Gründen der Vereinfachung verwendet man heute dazu nur noch 20-Liter- oder 1-Literwaagen. Diese Arten der Qualitätsfeststellungen haben in früheren Zeiten zu zweifellos recht brauchbaren Ergebnissen geführt; sie galten lange als der sichere Massstab für die Qualitätsbeurteilung.

Der steigende Anspruch der Konsumenten an die Mehlgüte, die verfeinerte Mahltechnik und die modernen Erntemethoden liessen die überkommenden Qualitätskriterien nicht mehr genügen und machten ihre Neufestlegung notwendig. Obwohl nach wie vor noch vielfach, besonders im Importhandel, nach Hektolitergewicht gehandelt wird, so wurde doch in den mit dem Getreidepreisgesetz verbundenen Durchführungsverordnungen weitere qualitätsbestimmende Merkmale herausgearbeitet. Für den Verkehr mit der EVSt-G sind diese Bestimmungen verpflichtend, nehmen aber auch im übrigen Getreideverkehr immer mehr allgemeine Gültigkeit an.

Nach der DVO zum Getreidepreisgesetz soll die zum Verkauf bestimmte Ware nicht nur nach dem Hektolitergewicht, sondern auch nach dem Feuchtigkeitsanteil und den Anteilen an Kornbesatz, Bruchkorn, Auswuchs und Schwarzbesatz beurteilt und bezahlt werden. Die DVO legt im einzelnen fest, was unter Kornbesatz, Bruchkorn, Auswuchs und Schwarzbesatz verstanden werden soll.¹⁾

Die Notwendigkeit, im Hinblick auf den möglichen späteren Absatz an die EVSt-G oder einen nach denselben Gesichtspunkten beurteilenden Verarbeitungsbetrieb alle an-----

1) Vgl. 2.DVO zum Getreidepreisgesetz 1959/60, in: Bundesanzeiger Nr.123 vom 2.Juli 1959.

gelieferten Partien einer Analyse zur Feststellung der erforderlichen Werte zu unterziehen, bedeutet eine Erschwerung der Sammelfunktion, eine Belastung in zeitlicher, technischer und finanzieller Hinsicht.

Welche Anforderungen von der EVSt-G schon allein für die Durchführung der Probenahme gestellt werden, ist in einer Anlage zu der DVO genau festgelegt.¹⁾ Die geforderte Sorgfalt bei der Probenahme und ihrer Auswertung ist gerechtfertigt; denn das gewonnene Muster soll und muss verbindlich sein. Die Probenahme und ihre Auswertung bringen aber eine wesentliche Verzögerung des Ankaufs mit sich und erhöhen die Erfassungskosten. Darüber hinaus setzen sie eine kostspielige technische Ausrüstung und Fachkenntnisse besonders bei den Analytikern voraus, die nur bei gut bezahlten Angestellten erwartet werden dürfen.

Welche Problematik mit der Analyse selbst verbunden ist, wird in einem späteren Kapitel ausführlich untersucht. In diesem Zusammenhang soll allein auf die Belastung der Sammelfunktion durch diese Aufgaben hingewiesen werden.

Dabei wird dem Erzeuger eine solche Qualitätsfeststellung immer als ungeeignet und benachteiligend erscheinen. Viele Erfassungshändler sehen sich deshalb gezwungen, in besonderen Fällen auf eine Abrechnung nach den Vorschriften der DVO mit den Erzeugern vollkommen zu verzichten, weil der Kostenaufwand der Analyse und die Verluste infolge eines zu hoch bezahlten Preises bei Einstufung in die Standardqualität in keinem Verhältnis zu dem Schaden stehen, der dadurch entstehen kann, dass der Erzeuger sich übervorteilt fühlt und als Kunde verlorengeht. Diese Risiken und Gefahren, die durch die Qualitätsbestimmungen der

1) Vgl. 2.DVO zum Getreidepreisgesetz 1959/60, Anlage 2, a.a.O.

DVO ausgelöst werden, stellen eine nicht zu unterschätzende weitere Erschwerung der Sammeltätigkeit gegenüber früher dar.

ae) Die Erfassungskosten und die wirtschaftlichen Grenzen der Sammeltätigkeit

Erfassungskosten sind alle die Kosten, die aufgewendet werden müssen, bis die Ware am Lager des Händlers zur Verfügung steht. Darunter fallen in erster Linie die Kosten der Sammelorgane, d.h. die Kosten der Vermittler, Vertreter und Reisenden, soweit sie in der Sammelfunktion tätig werden, weiterhin die Kosten des Transportes vom Erzeuger zum Lager des Händlers, soweit die Ware nicht durch den Erzeuger selbst angeliefert wird, schliesslich die Kosten der Qualitätsfeststellung.

Mit erhöhter Nachfrage nach einem Produkt wird die Sammeltätigkeit bzw. der Einkauf verstärkt, bei sinkender Nachfrage gebremst. Das ist die Regel. Sie gilt nicht für den heutigen Getreidehandel.

Die Ursache für diese Abnormität ist in der Interventionspolitik des Staates begründet. Darin verpflichtet sich der Staat zur Übernahme jeder Menge Inlandgetreides zum Mindestpreis, wenn dieser auf dem freien Markt nicht mehr erzielt werden kann. Das kommt einer Absatzgarantie durch den Staat gleich.

Damit ist aber für den Händler die Absatzfrage gelöst, und das nicht nur mengenmässig, sondern auch bezüglich des Preises, sofern der Einkauf zum Mindestpreis vorgenommen wurde. Die derzeitige Überschusssituation verhindert jedoch ein Abweichen vom Mindestpreis und damit zugleich herausfordernde Preiszugeständnisse der Konkurrenz. So kann kaufmännisch gesehen von jedem Händler je Menge zu jeder Zeit ohne Gefahr für den Absatz ange-

kauft werden.

Diese Sicherheit bringt einerseits eine Vereinfachung des Aufkaufs, verschärft aber andererseits den Kampf um den einzelnen Kunden, da mit dessen Lieferung der Umsatz in jedem Fall gesteigert werden kann. Eine Umsatzsteigerung bei den fixen Spannen, die der Staat bei Käufen im Rahmen seiner Intervention gewährt, erhöht aber stets den Gewinn. Die sicherste Gewinnerzielung im Getreidegeschäft ist demnach über eine Umsatzsteigerung möglich.

Die Grenze der Sammeltätigkeit kann folglich nicht in den Absatzmöglichkeiten liegen, sondern ist im technischen und finanziellen Bereich zu suchen. Die Sammeltätigkeit kann nur soweit ausgedehnt werden, als die technische Abwicklung der Erfassung, worunter Transport, Lagereinrichtungen, Lagerhaltung usw. gemeint sind, noch möglich ist. Die andere Grenze bildet die Finanzdecke des Unternehmens. Getreidelieferungen werden vielfach mit Warenkrediten bevorschusst, müssen aber spätestens mit der Lieferung bezahlt werden, d.h. noch bevor die Ware weiterverkauft ist. Da zwar eine Absatzgarantie des Staates besteht, jedoch nicht der Absatzzeitpunkt an ihn feststeht, muss das Getreide zumindest vorfinanziert werden. Eine Vorfinanzierung der Lagerbestände verursacht aber erhebliche Kosten, die besonders dann hoch sind, wenn dazu Fremdmittel eingesetzt werden müssen.

Die technische Ausstattung der Betriebe und die Finanzdecke des Unternehmens sind somit die entscheidenden Grenzen im Drang nach Getreideaufkäufen in jeder Höhe.

b) Die Verteilungsfunktion

Als notwendiges Gegenstück zur Sammelfunktion führt der Getreidehandel auch die Verteilungsfunktion durch. Welche der beiden Funktionen den Vorrang innerhalb der Unternehmungen hat, ist verschieden. Während beim Erfassungshandel die Sammelfunktion überwiegt, liegt beim Importhandel das Schwergewicht auf der Verteilungsfunktion.

ba) Die Absatzform im Getreidehandel

Entsprechend der Bedarfsstruktur sind die Absatzmethoden im Getreidehandel einfach; denn Getreide ist ein Gut mit relativ unelastischer Nachfrage. Eine verhältnismässig gleichgrosse Zahl von Verbrauchern fragt alljährlich eine nur wenig schwankende Menge dieses Gutes nach. Eine Verlagerung oder Erweiterung der Nachfrage hält sich in sehr engen Grenzen.

Diese Umstände bedingen die einfachen Absatzmethoden im Getreidehandel, der deshalb auch keine intensive Produktwerbung kennt. Im Gegensatz zu den Erzeugern, die je nach ihrer Entscheidung über Anbaufläche und Anbausorte als Anbieter auftreten, ist der Kreis der Nachfrager klein und leicht überschaubar. Die Abnahmegarantie des Staates lässt auch keine besondere Intensität in der Suche nach neuen Abnehmern aufkommen. Wird die Ware auf dem altgewohnten Weg nicht untergebracht, so kann noch immer an die Aufnahmelager der EVSt-G geliefert werden. Nur insoweit der Versuch unterlassen wurde, auf dem freien Markt einen höheren Preis zu erzielen, als dies bei Verkauf an die EVSt-G zum gesetzlichen Mindestpreis geschieht, entsteht für den Händler ein gewisser Nachteil.

Ebenso wie bei Inlandgetreide sind auch bei Import-

getreide die Absatzmethoden einfach; denn über die staatliche Einfuhrlenkung werden nur Importe in der Höhe bewilligt, in der Bedarf vorhanden ist. Streng genommen trifft das heute lediglich auf Qualitätsweizen zu, der von allen inländischen Mühlen zur Aufbesserung der Mehlgüte verarbeitet wird. Diese bilden, abgesehen von einigen Nahrungsmittelfabriken, einen geschlossenen und fest umrissenen Abnehmerkreis. Absatzschwierigkeiten in Qualitätsweizen sind daher meist vorübergehender Art, etwa dann, wenn die Importbewilligungen in einem bestimmten Zeitraum den momentanen Bedarf übersteigen.

Auf dem Import-Futtergetreidemarkt sind die Verhältnisse ähnlich. Auch dort ist der Abnehmerkreis des Importhandels mit dem Landhandel, den Genossenschaften und den Grossmästereien klar abgegrenzt. Absatzschwierigkeiten werden hier schon allein dadurch vermieden, dass die Importmengen unter der nachgefragten Menge gehalten wird.

Die Mengen je Absatzakt sind dem Verwenderkreis entsprechend stark vereinheitlicht. So werden im Brotgetreidegeschäft ausschliesslich komplette Ladungen (Lastkraftwagen oder Waggon) gesackt oder lose verkauft. Nur beim Futtermittelgeschäft in der "Einzelhandelsstufe", das sich zwischen den Landhändlern, Genossenschaften oder den Futterfachhändlern und den Verbrauchern (Geflügelzüchter, Landwirte, Kleintierhalter usw.) abwickelt, kommt es zum Absatz von Klein- und Kleinstmengen.

Somit darf behauptet werden, dass - bedingt durch den Abnehmerkreis und die Produktart - der Absatz im Getreidehandel verhältnismässig einfach ist. Der Einsatz von Vermittlern, Maklern und Vertretern ist noch beim Importhandel zu finden. Deren Hauptaufgabe - die Suche nach neuen Märkten und das Aushandeln günstiger Preise - ist

durch die staatliche Marktordnung weitgehend verhindert oder vollkommen ausgeschaltet worden. Heute treten diese Personen im Grunde nur mehr als routinierte "Geschäftsabwickler" auf. Infolge des starren Preisgefüges besteht innerhalb der Importeure kaum eine Preiskonkurrenz. Da ein Wechsel der Bezugsfirma dem Verarbeiter in den meisten Fällen keine besonderen Vorteile erbringt, wird weitgehend an den alten Geschäftspartnern festgehalten. Die Absatzwege sind klar und bekannt; grosser akquisitorischer Aufwand ist nicht notwendig.

bb) Der Absatzweg

Was für die Absatzform gilt, trifft in ähnlichem Sinn auf den Absatzweg zu. Auch er ist äusserst konservativ und beständig. In diesem Zusammenhang interessiert nicht der Transportweg, sondern vielmehr der Absatzweg im funktionellen Sinne.

Die Untersuchung der Handelsketten zeigte schon, dass verschiedene Glieder der Absatzkette ausgeschaltet werden können. Den einfachsten Absatzweg bildet der Direktverkauf des Landhändlers an die Verarbeiter ohne Einschaltung des Getreidegrosshandels. Während dieser Absatzweg bei inländischer Braugerste überwiegt, dürfte der Direktabsatz von inländischem Brotgetreide an Mühlen höchstens ein Drittel des Gesamtumsatzes an inländischem Brotgetreide erreichen.

Der "Getreidegrosshandel" (Zentralgrossierer) wird vornehmlich beim Absatz von Inlandgetreide an die EVSt-G und beim Weiterverkauf von Getreide aus der Bundesreserve tätig. Die EVSt-G wickelt ihre Geschäfte bis auf wenige Ausnahmen nur über den "Getreidegrosshandel" ab. Der Grund dafür liegt in der sich dadurch vereinfachenden Abwick-

lung. Möchten Verarbeitungsbetriebe Getreide aus der Bundesreserve beziehen, so kann das lediglich auf dem Weg einer Option¹⁾ über den Grosshandel geschehen. Der Grosshandel meldet den auf Grund der Optionen ermittelten Bedarf an die EVSt-G und bittet um Freigabe dieser Mengen aus der Bundesreserve. Die Einschaltung der Handelsglieder bei der Geschäftsabwicklung mit der EVSt-G ist im Getreidegesetz vorgeschrieben.²⁾

In weitaus geringerem Umfang tritt der Grosshandel als Geschäftspartner bei Verkauf von aufgekauftem Inlandgetreide an die Mühlen auf. Allerdings zeigt sich hier zunehmend die Tendenz der Grossmühlen, lieber mit wenigen Grosshändlern zu arbeiten als mit unzähligen Erfassungshändlern. Nach wie vor liegt aber das Hauptbetätigungsfeld des Grosshandels bei der Verteilung des Importgetreides und dem Verkehr mit der EVSt-G.

Die Getreideimporteure verkaufen das von ihnen importierte Getreide direkt oder über einen weiteren Grosshändler an die Verarbeiter. Das Importgetreide läuft ausnahmslos über die EVSt-G, wenn auch auf eine körperliche

1) Bei der Option beauftragt der Verarbeiter den Getreidegrosshändler mit der Beschaffung einer bestimmten Menge Getreides bestimmter Beschaffenheit. Merkmal der Option ist eine weitgehende Freizügigkeit der Mengenfestsetzung. Es wird ein Wahlrecht auf Lieferung einer bestimmten Menge oder auf Erfüllungsverzicht gewährt. Dieses Verfahren ist bei Käufen aus der Bundesreserve deshalb notwendig, weil über die Qualität und Höhe der Mengen, welche die EVSt-G aus der Bundesreserve freigibt, im voraus keine genaue Kenntnis besteht. Die Mühlen wählen vielfach diesen Weg deshalb, weil die EVSt-G sofortige Bezahlung verlangt, wozu viele Mühlen oft nicht in der Lage sind. Sie übertragen dem Grosshandel die Vorfinanzierung der Einkäufe.

2) Vgl. Getreidegesetz vom 24.11.1950, § 8 Abs.9, in: Bundesgesetzblatt I, 1951, Nr.54 (8.Nov.1951), S.903.

Übernahme in der Mehrzahl der Fälle verzichtet wird.

Im Gegensatz zu Brotgetreide geschieht der endgültige Absatz von Futtergetreide an die Landwirtschaft über die unterste Handelsstufe, über Landhandel und Ortsgenossenschaften.

Der "Getreidegrosshandel" ist zweifellos das schwächste Glied in der Handelskette. Er kann vom Landhandel und von der EVSt-G umgangen werden. Dass er sich jedoch bis heute behauptet hat, ist ein Beweis dafür, dass er durch seine Erfahrungen und Geschäftsbeziehungen unersetzliche Dienste leisten kann.

Die grosse Besonderheit am Absatzweg ist die durch die Getreidemarktordnung bedingte Einschaltung eines staatlichen Organs. Dieses ist heute das einflussreichste. Der Staat hat selbst die Initiative für die Getreideversorgung übernommen. Die Folge ist sowohl eine Verlängerung als auch eine grössere Schwerfälligkeit des Absatzweges, da die Entscheidungen des Handels nicht mehr allein von der eigenen Initiative abhängen, sondern weitgehend von den staatlichen Eingriffen bestimmt werden. Damit wird aber das rasche Anpassen an eine neue oder veränderte Situation wesentlich erschwert.

bc) Der Abnehmerkreis und die Absatzkosten

Der Abnehmerkreis von Brotgetreide ist auf Grund der seltenen Direktverwendung für die menschliche Ernährung leicht abgrenzbar. Mit ganz wenigen Ausnahmen findet man nur Mühlen als Abnehmer. Die sich anbahnende Mühlenkonzentration führt zu einer weiteren Verkleinerung des Abnehmerkreises. Weiterhin gehören noch Spezialbetriebe der Nahrungsmittelindustrie zu den Abnehmern von Brotgetreide.

Bei Industriegetreide ist die Situation ähnlich; Grossabnehmer sind hier die Brauereien. Dazu kommen Spezialunternehmen (z.B. Brennereien) Nahrungsmittelfabriken (Kaffeeersatzfabriken) und Spezialmühlen (z.B. Quetschmühlen für Hafer, Schälmaschinen für Grütze und Rollgerste).

Bei Futtergetreide ist der Abnehmerkreis etwas fließender; denn hier werden sogar Kleinstmengen an Haushalte abgesetzt. Die wichtigsten Abnehmer sind die Landwirte und Kraftfuttermittelwerke, daneben Grossmästereien und Geflügelfarmen. Dann folgen die unzähligen Haushalte mit Tierhaltung (Hühner, Tauben, Gänse, Enten), Tiergärten, Tierzüchter und Tierfreunde.

Als ein Abnehmer ganz besonderer Art muss in diesem Zusammenhang wieder die EVSt-G erwähnt werden; denn auch sie nimmt beträchtliche Mengen von Brot- und Futtergetreide ab. Allerdings ist sie lediglich im Falle des staatlich gelenkten Exportes ein endgültiger Abnehmer für den Inlandmarkt. Im allgemeinen nimmt sie nur vorübergehend das auf den Markt drängende Überangebot auf, um es in Zeiten der Knappheit den letzten Abnehmern zuzuführen. Dem Handel gegenüber tritt die EVSt-G allerdings als endgültiger Abnehmer auf, wenngleich sie nur als "Marktregulator" tätig ist.

Werden die Transportkosten und ebenso die zu den Lagerkosten zählenden Auslagerungskosten ausgeklammert - da sie anderen Funktionen zuzuordnen sind -, so verbleiben als "Absatzkosten" nur die Kosten der Absatzsuche. Werbekosten kennt der Getreidehandel genauso wenig wie eine Absatzwerbung. Somit rechnen zu den Absatzkosten vor allem die Provisionen für Makler, Vertreter und Reisende. Dazu kommen bei Absatz oder Bezug von der EVSt-G Verwaltungskosten, die bei der Abwicklung mit den zuständigen Behörden anfallen. Schliesslich gehören noch die Kosten der

Verkaufsabteilung hierher. Besondere Finanzierungskosten gegenüber den Abnehmern treten in der Regel beim Getreidehandel nicht auf, da nach den Einheitsbedingungen des Deutschen Getreidehandels stets sofortige Bezahlung¹⁾ nach Erhalt der Ware verlangt wird.²⁾ Bei verspäteter Bezahlung werden Zinsen berechnet.

II. Die Manipulationsfunktionen

1. Die Qualitätseinstufung

a) Der technische Vorgang der Qualitätsfeststellung

Die neueste Entwicklung des Getreidehandels brachte auch in der Qualitätsfeststellung neue Probleme und Belastungen. Die formelle Ursache dafür ist im Getreidegesetz, dem Getreidepreisgesetz und den Durchführungsverordnungen (DVO) zum Getreidepreisgesetz zu suchen, die im Jahre 1951 erstmals Wirksamkeit erlangten. Durch die neuen Bestimmungen ist die "Handbonitierung" ohne besondere Richtlinien abgelöst worden. Die modernen Erntemethoden machten diese Neuerungen notwendig. Dem Handel, der verarbeitenden Industrie und dem aufnehmenden Lager-

-
- 1) In neuerer Zeit zahlen besonders die finanziell schwächeren Mühlen mit Wechselakzept. Auch gutgestellte Mühlen wählen diesen Weg der 'billigen' Finanzierung des Warenlagers.
 - 2) Vgl. § 11 der Einheitsbedingungen im deutschen Getreidehandel (Fassung vom 1. Juli 1951), in: Buss, Handbuch der Deutschen Produktenbörsen, 2. Aufl., Mannheim o.J., Anhang S.9.

halter sind damit neue Arbeiten aufgebürdet worden.

Die unabdingbare Voraussetzung für die Qualitätsfeststellung ist das Vorhandensein einer brauchbaren Probe. Sie ist es nur dann, wenn sie geeignet ist, die Durchschnittsqualität der zu prüfenden Ware zu repräsentieren. Im wesentlichen kennt man heute 3 Methoden der Probenahme:

1. Die Handprobenahme - sie ist die primitivste der drei. Bei ihr wird mit der Hand an verschiedenen Stellen der Ladung eine Probe entnommen; die Proben werden gemischt und daraus eine Durchschnittsprobe abgefüllt.
2. Die Stecherprobenahme¹⁾ - hier wird die Hand durch einen Stecher ersetzt. Der Vorteil gegenüber der Handprobenahme liegt darin, dass aus dem Prüfgut in verschiedenen Tiefen ein Muster entnommen und somit eine besserer Durchschnitt erzielt wird.
3. Die automatische Probenahme²⁾ - sie soll eine objektive Probe herstellen und damit die Nachteile der beiden ersteren Methoden ausschalten.

-
- 1) Der Stecher besteht aus einem in mehrere Kammern abgeteiltes Rohr, wobei die Kammern verschliessbar sind. Mit geöffneten Kammern fährt man in das Prüfgut, schliesst diese dort und fördert die Proben aus dem Prüfgut.
 - 2) Der automatische Probenehmer besteht im Grundprinzip aus einer Schnecke mit einem in unterschiedlicher Drehzahl zu der Schnecke rotierendem Schneckenmantel mit Einlauföffnung, der die Wirkung eines sich drehenden Schiebers hat. Er ist mit einem Flansch versehen und kann in jedes Laufrohr eingebaut werden. Das Gerät kann durch Fernsteuerung bedient werden. Die Steuerung erfolgt durch eine elektrisch-automatische Programmsteuerung, die eine genaue Regulierung der Entnahmehäufigkeit pro Zeiteinheit erlaubt und damit die Probenahme regelt.

Bei der Handprobe wird zu leicht nur die obere Schicht des Prüfgutes berücksichtigt. Die Praxis zeigt aber, dass sich schwere und leichte sowie in ihrer Oberflächenbeschaffenheit unterschiedliche Teile des Getreides beim Füllen und Auslaufen von Silos, Schüttböden und Säcken sowie im Sack selbst entmischen. Gerade bei Mähdruschgetreide "schwimmen" häufig Grobteile und Spreu obenauf. Eine Handprobe kann hier kein wirklichkeitsnahes, auf die Gesamtmenge reproduzierbares Ergebnis für die Besatzanalyse und die Feuchtigkeitsbestimmung abgeben.

Auch die Stecherprobe beseitigt nicht ganz die Nachteile der Handprobenahme. Da das schwere Gut eher in die Kammern eindringt, wird das Ergebnis der Probe verfälscht. Zudem beeinflussen bei der Hand- und Stecherprobenahme trotz der eingehaltenen Probenahmenvorschriften individuelle Entschlüsse stark das Probeergebnis.

Alle diese Nachteile sollen durch den automatischen Probenehmer beseitigt werden. Er bringt nicht nur ein relativ repräsentatives Muster, sondern auch eine echte Verringerung des Arbeitskraft- und Kostenaufwandes. Eine automatische Probenahme auf allen Handelsstufen bietet zudem eine gewisse Objektivität und Sicherheit, dass überall ein ordnungsgemässes Muster gezogen wird und dadurch eine gerechte Bewertung ermöglicht wird.

Bei der wissenschaftlichen Überprüfung der einzelnen Probenahme-Systeme, bei der von bekannten Getreidemischungen ausgegangen wurde, ergab sich folgendes Ergebnis:

Bei der Hand- und Stecherprobenahme wurde durchschnittlich 1,6% Besatz pro Besatzkomponente zu wenig erfasst. Bei der automatischen Probenahme dagegen war die Übereinstimmung mit den Sollwerten der Mischungen

beinahe vollkommen.¹⁾

Genauigkeit der verschiedenen Probenahme-
systeme ²⁾

Art der Probenahme	Haferanteil	Rapsanteil
	5%	5%
Handprobenahme	3,4 (- 1,6)	4,4 (- 0,6)
Stecherprobenahme	3,4 (- 1,6)	2,2 (- 2,8)
Automatische Probenahme	5,2 (+ 0,2)	4,9 (- 0,1)

Nach der Probenahme erfolgt die Analyse. Sie umfasst die Feststellung von Feuchtigkeit, Geruch, Käferbefall und Besatz. Die Feuchtigkeitsbestimmung ist von besonderer Wichtigkeit, da sich bekanntlich der Preis unter anderem nach dem Feuchtigkeitsgehalt des Getreides richtet. Sie soll schnell, einfach und genau sein. In diesen Forderungen liegen die Schwierigkeiten.

Die ursprüngliche Methode, die Feuchtigkeit in einem Trockenschrank³⁾ festzustellen, wird den Anforderungen der Praxis nach Schnelligkeit nicht mehr gerecht. Je nach Verfahren dauern diese Feuchtigkeitsbestimmungen 90 - 180 Min. Der immer stärkere Mähdreschereinsatz bewirkt

1) 2) Tschiersch, G.: Die automatische Probenahme, in: Ernährungsdienst, 14.Jg., Nr.62 (6.Juni 1959), S.5.

3) Bei der Trockenschrankmethode wird eine genau abgewogene Getreidemenge in einem Vakuumschrank bei einer bestimmten konstanten Temperatur getrocknet. Die Gewichts Differenz nach der Trocknung zum Anfangsgewicht ergibt durch Umrechnung den prozentualen Feuchtigkeitsanteil. Das Standard-Trocknungsverfahren ist eine 3-stündige Trocknung bei 100°C im Vakuumschrank mit 20 Torr Druck.

schnell aufeinanderfolgende Anlieferungen von meist feuchtem Getreide an die Erfassungsstellen. Die Feuchtigkeitsbestimmung nach dem Trocknungsverfahren kann wegen der zu langen Trocknungszeit nicht mehr in Betracht kommen. Aus diesem Grunde wurden elektrische sog. Schnellfeuchtigkeitsbestimmer¹⁾ entwickelt, die eine rasche Untersuchung ermöglichen. Sie arbeiten nach verschiedenen Methoden. Man kann entweder den elektrischen Widerstand des Getreides bzw. dessen elektrische Leitfähigkeit messen oder die Dielektrizitätskonstante.²⁾

Vor allem im Erfassungshandel haben sich die Schnellfeuchtigkeitsbestimmer rasch eingeführt; denn hier gilt es, schnell ein Ergebnis in Händen zu haben. Der Anlieferer kann die Feststellung selbst überwachen.

Die Ermittlung des Feuchtigkeitsgehaltes obliegt nach wie vor der freien Vereinbarung zwischen Erzeuger und Erstabnehmer. Sie ist nur zwingend bei Verkauf an die EVSt-G. Doch verlangen sie auch Grosshändler und Verarbeitungsbetriebe, so dass der Erstaufnehmer zur Vermeidung grösserer finanzieller Einbussen zur Feuchtigkeitsfeststellung gezwungen ist, um seinerseits den Erzeuger mit den zulässigen Abschlägen belasten zu können.

Die Geruchsprüfung, ein weiterer Teil der Analyse, soll etwaigen Dumpf- oder Milbengeruch der angelieferten

-
- 1) Die elektrischen Schnellfeuchtigkeitsbestimmer werden einer Eichung unterzogen, deren Messwerte sich auf das Standardtrocknungsverfahren beziehen (ab 1. Mai 1959 gesetzlich).
 - 2) Unter Dielektrizitätskonstante versteht man das Verhältnis der beiden Kapazitäten eines Kondensators - hier der Messzelle -, wenn dieser einmal mit der Messsubstanz (dem Dielektrikum) und das andere Mal nur mit Luft (streng genommen Vakuum) gefüllt ist. Nach: Schnellfeuchtigkeitsbestimmer und Mähdruschgetreide, in: Ernährungsdienst, 14. Jg., Nr. 79 (18. Juli 1959), S. 5.

Mengen feststellen. Bei Dampfergeruch besteht die Gefahr der Schimmelbildung, die nur durch eine sofortige Bearbeitung verhindert werden kann. Bei Milbengeruch ist zu prüfen, ob der Milbenbefall noch vorhanden oder bereits beseitigt worden ist. Getreide mit Dampfergeruch ist für die menschliche Ernährung unbrauchbar. Hauptzweck der Geruchsprüfung ist es, die Lagerung befallener und verdorbener Ware mit gesunden Partien und damit den Verderb noch grösserer Mengen zu vermeiden.

Besteht Verdacht auf Käferbefall, wird die Probe mit einem Haarsieb¹⁾ gesiebt. Je nach Anzahl der in der Probe gefundenen Kornkäfer wird die Partie eingestuft. Mit Kornkäfern befallene Mengen müssen separat gelagert werden, um eine weitere Verbreitung des Schädlings zu verhindern. Die genaue Untersuchung nach Käferbefall ist deshalb so wichtig, weil einmal übersehene eingeschleppte Kornkäfer infolge ihrer überaus raschen Vermehrung ein ganzes Lagerhaus verseuchen können. Kornkäfer werden durch Begasung der befallenen Getreidepartien vernichtet.

Den letzten und langwierigsten Teil der Getreideanalyse bildet die Besatzanalyse. Diese ist nur für die Geschäftsabwicklung mit der EVSt-G zwingend vorgeschrieben; sie birgt die meisten technischen und Bewertungsprobleme.

Eine genaue Besatzanalyse, welche die Anteile an Bruchkorn, Kornbesatz, Auswuchs und Schwarzbesatz ermitteln soll,²⁾ beansprucht in der Regel 30 - 40 Minuten

-
- 1) Die Sieböffnungen sind so beschaffen, dass die Kornkäfer, die kleiner sind als das Getreidekorn, durchfallen. Auf einer unter dem Sieb befindlichen hellen Fläche kann die Zahl der Käfer leicht erkannt werden.
 - 2) Was unter Bruchkorn, Kornbesatz, Auswuchs und Schwarzbesatz zu verstehen und wie hoch der zulässige Anteil ist, wird in den zu den jährlichen GetrPrG ergehenden DVO (Anlage 1) geregelt.

und verlangt Analytiker mit grossen Fachkenntnissen. Es sind so viele Einzelkriterien zu beachten, dass allein von der Kenntnis dieser Kriterien die Objektivität der Probenbeurteilung wesentlich beeinflusst wird. Unterschiedliche Kenntnis und Erfahrungen der Analytiker führen zu krass voneinander abweichenden Ergebnissen für die gleiche Probe. Dieser Umstand und die lange Zeitdauer haben den Wunsch nach einer mechanischen Besatzanalyse deutlich werden lassen. Die Industrie hat bereits einen mechanischen Besatzbestimmer auf den Markt gebracht, der sich allerdings noch im Teststadium befindet.

Unverkennbar zeigt sich bei der Beschreibung der Getreideanalyse, dass zwei Forderungen immer dringender werden: Objektivität und Schnelligkeit. Das soll nun durch die Mechanisierung der Besatzanalyse erreicht werden. Durch die schnellere Analyse sollen zudem die hohen Kosten der Analyse bei teurem Fachpersonal gesenkt und der Wunsch der Anlieferer nach sofortiger Bekanntgabe der Analyseergebnisse erfüllt werden. Der Anlieferer kann die Analyse selbst überprüfen, wodurch die Möglichkeit von Reklamationen weitgehend ausgeschaltet wird.

Die Dauer einer Analyse wird in einer Untersuchung mit folgenden Zeiten angegeben:¹⁾

Standardmethode:

- 90 Min. für die Feuchtigkeitsbestimmung
nach der Trockenschrankmethode
(Brabender),
- 10 Min. für die Vorbereitungsarbeiten,
- 10 Min. für Hektolitergewicht, Abwiegung,
Siebung usw.,

1) Kurth, H.: Besatzbewertung im Lagerhaus, in: Ernährungsdienst, 13.Jg., Nr.149 (30.Dez.1958), Sonderdruck.

40 Min. für die Besatzanalyse mittels
Hand bei 100 g-Probe 1)

150 Min.
=====

Verkürzte Methode:

10 Min. für elektr. Schnellfeuchtigkeits-
bestimmung bei 3 - 5 g-Probe,

5 Min. für Wiegung und Siebung,

15 Min. für die Besatzanalyse mittels Hand
bei 50 g-Probe

30 Min.
=====

Diese Gegenüberstellung von Standard- und verkürzter Methode zeigt die Einsparung an Zeit, die allein die Einführung der elektrischen Schnellfeuchtigkeitsbestimmer brachte. Die mechanische Besatzanalyse wird eine weitere Zeitverkürzung bei gleichzeitig grösserer Probe bewirken. Die grössere Probe ermöglicht ein objektiveres Urteil und erhöht damit den Wert der Besatzanalyse.

b) Die Qualitätskriterien und ihre Problematik

Das zentrale Problem bei der Beurteilung der Getreidequalität ist die Erzielung einer grösstmöglichen Objektivität. Man glaubt heute, nur mit der Ausschaltung des vielfach nach freiem Ermessen handelnden und urteilenden Menschen und durch seinen Ersatz durch technische

-
- 1) Aus einer 100 g-Probe werden mit Hilfe von Lupe und Pinzette die einzelnen Besatzkomponenten in verschiedene Schälchen aussortiert und gewogen. Aus dem Gewichtsverhältnis der Besatzkomponenten zum Proben-
gewicht errechnet sich der Prozentsatz der Besatzkomponenten.

Tester die Lösung zu erreichen. Wie aber steht es mit der Zuverlässigkeit der technischen Tester?

Die Trockenschrankmethoden zur Ermittlung der Feuchtigkeit zeigen eine absolute Zuverlässigkeit; dagegen lehrte die Erfahrung mit den Schnellfeuchtigkeitsbestimmern verschiedener Fabrikate Unterschiede von 0,1 bis über 1,0% in der Feuchtigkeitsfeststellung der gleichen Probe erkennen. Durch die Eichvorschriften für diese Geräte wurden die Unterschiede allerdings stark nivelliert. Doch sind dadurch die menschlichen Fehlerquellen, die bei der Bedienung der komplizierten Anlagen auftreten, keineswegs beseitigt. Vielfach fehlt dem Betriebspersonal das Verständnis für den physikalisch-technischen Messvorgang. Allein das Hinauszögern einer sofortigen Feuchtigkeitsfeststellung kann das Ergebnis stark beeinträchtigen und verfälschen.

Wird z.B. ein stark abgekühltes Muster in einen zu warmen Raum gebracht, so bildet sich auf den Körnern ein Feuchtigkeitsbeschlag, der zu einer Verfälschung des tatsächlichen Feuchtigkeitsgehaltes führt. Ebenso können Proben, die lange auf eine Bearbeitung warten müssen an die trockene Umgebung Feuchtigkeit abgeben. Die Gesamtpartie, aus der die Probe stammt und die rasch in eine Zelle eingelagert wird, unterliegt diesen Veränderungen nicht. Daher treten schon allein durch die Unterschiede von Temperatur und Feuchtigkeit der Probe zu der Temperatur und der Luftfeuchtigkeit im Laboratorium Verfälschungen der Feuchtigkeitsbestimmung auf, die unberechtigte Vor- und Nachteile für einen der Geschäftspartner auslösen. Die geregelte Raumtemperatur und Luftfeuchtigkeit ist somit eine wichtige Voraussetzung für ein absolut brauchbares Ergebnis. Mangelnde Laboratoriumseinrichtung

und ungeübte Analytiker können die Ursachen für die durch Ungenauigkeit dem Landhändler entstehenden Verluste sein.

Noch weitaus problematischer als die Feuchtigkeitsfeststellung ist die Besatzanalyse. Die Diskussionen und Reklamationen wegen der Besatzbewertung nehmen mitunter harte Formen an. Es ist zunächst nicht möglich, dem an den früheren unterversorgten Markt gewohnten und an Mengen- statt Qualitätserzeugung orientierten Erzeuger die Berechtigung der Abzüge für die Besatzkomponenten klarzumachen.

Die Durchführung der Besatzanalyse bringt nicht nur Ärger und Streitigkeiten mit den Anlieferern und Abnehmern, sondern erfordert den Einsatz von Fachpersonal und teuren Geräten. Hinzu kommt das finanzielle Risiko bei unterschiedlicher Bewertung; denn während dem Erzeuger gegenüber die Ware abzunehmen und verbindlich zu bewerten ist, besteht Unsicherheit über das Ergebnis der Bewertung durch den zukünftigen Abnehmer. Eine spätere Nachbelastung des Erzeugers ist nicht möglich, und eine zusätzliche Vergütung wird daher zum Verlustausgleich verwendet.

Wie unterschiedlich die Beurteilung ein und derselben Partie sein kann, soll folgendes Zitat beweisen: "Wir haben uns in den Jahren 1955 und 1956 die Arbeit gemacht, die Beurteilung der angelieferten Getreidepartien von 13 Verarbeitungs- und Erfassungsbetrieben gegenüberzustellen. Die angelieferte Menge und der Zeitraum der Erfassung war bei allen Betrieben gleich. Als Menge wurde zunächst für jeden Betrieb 100 t zugrunde gelegt. Der Spitzenbetrieb in den Abzügen lag wertmässig bei einer Anlieferung von 100 t für Feuchtigkeit, Kornbesatz usw. bei 1.757,96 DM. Die geringsten Abzüge für 100 t angeliefertes Getreide lag bei wertmässig 44,25 DM. Acht der be-

nannten Betriebe lagen wertmässig im Abzug bei einer Warenmenge von 100 t über 1 000.- DM, fünf Betriebe lagen bei der gleichen Menge unter 500.- DM. Diese Zahlen zeigen deutlich, wie unterschiedlich die Bewertung durchgeführt wird. Noch im vergangenen Jahr (1957) haben wir an unserem Lagerhaus zehn Waggon á 20 t Weizen bei Abgang boniert und bei der Abrechnung einen Unterschied von 865.- DM zu unseren Lasten feststellen müssen." ¹⁾ Dieses Beispiel bestätigt, dass die Besatzbewertung gleichzeitig ein technisches und wirtschaftliches Problem ist. Die Qualitätsbewertung wurde aus dem kaufmännischen Ermessen herausgenommen und durch eine technologisch-chemische Analyse ersetzt.

Die Erfahrung jedoch beweist, dass trotz der Bestimmungsvorschriften ein und dasselbe Muster bei der Analyse durch drei verschiedene Personen drei verschiedene Bewertungen erfährt. Je geschulter die Analytiker, um so eher werden die Ergebnisse übereinstimmen. In der Praxis liegt aber in dieser individuellen Bewertung der Keim vieler Auseinandersetzungen und Differenzen zwischen den Geschäftspartnern. Bei den bestehenden Verfahren spielt die menschliche Unzulänglichkeit eine grosse Rolle, d.h. das Individuelle jeder Auszählung und Bewertung: das menschliche Ermessen.

Daneben verstärkt ein weiteres Argument den Ruf nach der mechanischen Besatzbestimmung: Das Verfahren mit den Handanalysen kostet sehr viel Zeit. Da die Dauer der Analyse unabhängig von der Grösse der Anlieferung ist, sind jene Betriebe ungleich höher belastet, die entsprechend der Agrarstruktur ihres Bezirkes täglich eine Vielzahl

1) Kurth, H.: Besatzbewertung im Lagerhaus, in: Ernährungsdienst, 13.Jg., Nr.149 (30.Dez.1958), Sonderdruck.

kleiner und kleinster Lieferungen bewerten müssen.

Die Mechanisierung der Besatzanalyse mit einem Gerät, das den bisherigen Mangel der subjektiven Beurteilung beseitigt, gleichzeitig Arbeitsaufwand und Personal einspart sowie einen repräsentativen Qualitätsdurchschnitt gewährleistet, ist unbestritten ein sehr erstrebenswertes Ziel auf dem Weg zum gerechten Getreidepreis. Es muss aber berücksichtigt werden, dass ein solcher Apparat, der mit Sieben und Trieuren arbeitet, diejenigen Besatzanteile nicht erfassen kann, die nur auf ein optisches Merkmal hin ausgeschieden werden können. Dazu gehören beginnender Auswuchs, hitzegeschädigte und verpilzte Körner, Keimverfärbungen, Brand- und Gallmückenbefall, also gerade die Besatzanteile, die nicht ihrem Gewichtanteil nach den Minderwert bedingen, wie dies bei Schmachtkorn, Schwarzbesatz, Spelzen usw. der Fall ist, sondern vor allem die Backfähigkeit, also die Qualität des aus einer solchen Getreidepartie ermahlenden Mehles schädigen. Diejenigen Besatzanteile, die hauptsächlich die Gewichtsmenge mindern, lassen sich durch normale Getreidereinigung entfernen. Diejenigen jedoch, welche die Mehlsqualität verschlechtern - und das sind gerade die lediglich optisch erfassbaren - , können im Reinigungsvorgang aus der Probe überhaupt nicht oder nur sehr unvollkommen entfernt werden.

Deshalb muss eine mit der Hand ausgeführte Besatzanalyse zwangsläufig die mechanische ergänzen, wenn die oben erwähnten qualitätsmindernden Besatzanteile in einer Probe festgestellt werden sollen.

In Erntejahren mit normalen Witterungs- und Wachstumsbedingungen wird die Zahl der noch zusätzlich mittels Handanalyse zu bewertenden Proben relativ klein sein. Wenn jedoch die Qualität durch anomale Ernteverhältnisse gelit-

ten hat, muss die überwiegende Zahl der Proben einer zusätzlichen Handanalyse unterzogen werden.

Die heutigen Regeln der Qualitätsbestimmung basieren auf der Testierung der physiologischen Beschaffenheit des Kornes. Sie lassen sich auf mechanischem Weg allein nicht feststellen, sondern bedürfen der Ergänzung durch das menschliche Auge. Dadurch ist weder das Verlangen nach der Objektivierung der Untersuchung noch der Versuch zur Kosteneinsparung wertvoller Facharbeit bei den Analysen wirklich erfüllt.

Somit drängt sich die Frage auf, ob es nicht vernünftiger wäre, nach einem anderen Massstab als dem der äusseren Beschaffenheit des Kornes zu suchen. In Schweden z.B. spielt die Protein-Bestimmung eine wesentliche Rolle. Der Eiweissgehalt des Kornes ist hier das entscheidende Kriterium. Nicht mehr die äussere Beschaffenheit, sondern die innere Substanz des Kornes wird untersucht und bewertet. Hier erfolgt die Qualitätsbewertung des Getreides im Hinblick auf seine Verwertung in der Vermahlung und vor allem beim Backprozess. Allerdings gelangt man damit bereits in den Bereich der chemischen Untersuchung. Die Objektivität ist dort absolut gewährleistet, aber diese Verfahren erfordern einen kostspieligen Laboratoriumsaufwand und setzen vorgebildetes Personal voraus. Das wiederum dürfte die finanziellen Möglichkeiten der meisten Landhändler übersteigen.

Die mechanische Besatzanalyse sichert also nur eine teilweise Objektivität und erspart Kosten. Dennoch wird in einer Mechanisierung des gesamten Bewertungsprozesses ein wesentlicher Fortschritt gesehen. Die Kosten der benötigten Geräte liegen gegenwärtig (1960) bei ca. 8 000.- DM.

Daneben fallen noch Kosten für das Fachpersonal an; denn die mechanische Besatzanalyse muss - aus den erwähnten Gründen - durch eine Handanalyse ergänzt werden.

So ergibt sich allein durch die Funktion der Qualitätseinstufung eine erhebliche finanzielle Belastung des Handels. In dieser Höhe ist sie erst neuerdings als Folge der Bestimmungen des Getreidegesetzes und der modernen Erntemethoden entstanden. Diese Funktion ist aber nicht zu umgehen, obgleich sie neben den Verfahrenskosten infolge der uneinheitlichen Bewertung noch ein beachtliches finanzielles Risiko birgt. Die Qualitätseinstufung ist heute zu einem zentralen Problem im Getreidehandel geworden.

2. Die Reinigung

Nicht jedes Gut ist mit Abschluss der Produktion ohne weiteres verkaufsfähig. Vielfach muss es erst verkaufsfähig gemacht werden; es muss noch gewissen Manipulationen unterzogen werden. Bei Getreide dürfen wir die Reinigung als eine solche Aufgabe bezeichnen. Die Verunreinigungen des Getreides schmälern seine Qualität und können es für die Verarbeitung zu Mehl unbrauchbar machen. Durch die Reinigung tritt somit eine echte Wertsteigerung ein.

a) Die Bedeutung der Reinigung für Qualität und Lagerfestigkeit des Getreides

Aller Besatz bedeutet für den Müller Verlust, besonders wenn er aus Unkräutern, Sand, Staub, Stroh usw. besteht; denn mit erhöhtem Besatz sinkt die Mehlausbeute.

Darüber hinaus fordert die Entfernung des Besatzes erhöhte Aufmerksamkeit und den Einsatz spezieller Reinigungsmaschinen. Die nach der 2. Durchführungsverordnung zum Getreidepreisgesetz (DVO) zulässigen Qualitätsabschläge sollen deshalb die Reinigungskosten und die Wertminderung des Getreides durch anomal hohen Besatz berücksichtigen. Zur Erzielung eines guten Preises ist es demnach notwendig, den Besatzanteil durch Manipulationen auf ein Minimum herabzudrücken.

Der Besatz führt aber wegen seiner geringeren Verwertbarkeit für die Mühle nicht nur zu einem schlechteren Preis, sondern vermindert auch die Lagerfähigkeit. Ursache dafür ist der überdurchschnittlich hohe Feuchtigkeitsgehalt der Unkrautfrüchte und Blatteile. Gerade beim Mähdrusch gelangen noch vielfach grüne Pflanzenteile in das Getreide, die dann im lagernden Gut zur Bildung feuchter "Nester" führen. Infolge seiner hygroskopischen Eigenschaft nimmt das Getreide von diesen Verunreinigungen Feuchtigkeit an und erhöht dadurch den eigenen Feuchtigkeitsgehalt. Die so entstehenden umfangreichen Feuchtigkeitsherde sind Brutstätten für mikrobielle Schädlinge und Zentren der Schimmelbildung. Ähnliches gilt für Ansammlungen von Spelzen und Staub. Sie bilden Nitzenester, die ebenfalls das Wachstum mikrobieller und tierischer Schädlinge ausserordentlich fördern.

Neben dem Nachteil, den die Verunreinigung für Qualität und Lagerfähigkeit darstellen, beeinträchtigen sie auch die effektive Lagerkapazität. Bei einem durchschnittlich erfasstem Besatz von 5% macht das in einem 500 t-Lagerhaus mit fünfmaligem Umschlag während der Erntezeit nicht weniger als 125 t aus. Getreidemengen in dieser Höhe können, da der dazu erforderliche Lagerraum durch die Verunreinigungen beansprucht wird, nicht gelagert werden.

Die Reinigung erhöht deshalb effektiv die Lagerkapazität. Vielfach ist sie Voraussetzung für eine Lagerung, in jedem Falle aber verbessert sie diese.

- b) Die wachsende Zunahme der Reinigung als Folge des Mähdrusches

Mit dem Einsatz von Mähdreschern hat sich der Besatzanteil im Getreide wesentlich erhöht. Das Korn unterliegt beim Gang durch den Mähdrescher erheblichen Beanspruchungen. Den stärksten Einfluss auf das Korn übt dabei die Dreschtrommel bei der Entkörnung aus. Besonders grosse Kornverletzungen treten auf, wenn bei Unterschreiten der Druschfähigkeit des Kornes, d.h. bei feuchtem Getreide, mit Mähdreschern gearbeitet wird. Die dabei auftretenden Bruchbeschädigungen, die 10% und mehr betragen können, erhöhen den Besatzanteil. Der Unkrautwuchs selbst wird auf den durch Mähdrusch geernteten Feldern durch das Abblasen der Spreu beim Dreschvorgang laufend gefördert. Weiterhin gelangen beim Mähdrusch, vor allem bei niedrigem Stoppelschnitt, erhebliche Mengen von grünen Blatteilen und Stengeln in das Getreide. Der Wunsch nach maximaler Ausnutzung der guten Erntetage und nach einer hohen Ernteleistung führt infolge der Überlastung der Maschinen zu einem hohen Anteil an Spelzen, Strohteilen, Erdklumpen und sonstigen Verunreinigungen.¹⁾

Besonders in schlechten Erntejahren schlägt sich der durch den Mähdrusch bedingte Besatz zu dem üblichen Besatz, wie Schmachtkorn, Auswuchs usw. Die Folge ist ein sehr hoher Besatzanteil. Die hier notwendigen Qualitäts-

- 1) Die relativ kurzen Siebe in den Mähdreschern bringen bei grossen Druschleistungen keine befriedigende Reinigungsleistung mehr.

abschläge erreichen bei gerechter Analyse eine derartige Höhe, dass die **Misstimmung** der Erzeuger verständlich ist. Die Händler wiederum sehen sich zu Preiskonkzessionen gezwungen, die das Getreidegeschäft unrentabel machen. Der Umstand, dass viele Erzeuger die Abschläge nicht akzeptieren wollen, der Erfassungshändler aber bei einer Weiterlieferung an die EVSt-G oder Verarbeiter mit diesen Abschlägen rechnen muss, erfordert eine Lösung.

Einen Ausweg aus diesem Dilemma schafft nur eine Reinigung. Heute spricht man von dem Grundsatz: "Aspiration vor der Waage". Das angelieferte Getreide wird sofort im Auftrag und für Rechnung des Anlieferers gereinigt und die nach der Reinigung festgestellte Menge und Qualität vergütet. Die verwertbaren Reinigungsrückstände erhält der Erzeuger zur Verwertung auf dem eigenen Hof zurück.

Warum die Abrechnung der Getreidelieferungen über dieses Verfahren auch auf Schwierigkeiten bei den Erzeugern stösst, ist vollkommen unverständlich. Die Erzeuger sollten sich die Einsicht zu eigen machen, dass die Verwertung der zur Vermahlung wertlosen Getreideteile im eigenen Betrieb sinnvoller und ökonomisch richtiger ist als der Zukauf von teuren Handelsfuttermitteln. Die Getreidehändler müssen mit der Übernahme dieser Reinigungsfunktion den Weg dafür bahnen.

c) Die Reinigung und ihre Kosten für Händler und Erzeuger

Bei der Untersuchung der Reinigungskosten soll nicht eine Analyse der einzelnen Kostenbestandteile, sondern eine Wirtschaftlichkeitsrechnung vorgenommen werden. Es soll gezeigt werden, dass die Notwendigkeit dieser Funk-

tion auch wirtschaftlich vertreten werden kann, und zwar sowohl vom Standpunkt des Händlers als auch dem des Erzeugers.

Die Kosten der Reinigung je t Getreide, die sich aus Lohnkosten, Betriebskosten (Strom, Öl), Abschreibung, Raumkosten und Instandhaltungskosten zusammensetzen, sind nur im Einzelfall genau zu erfahren. Hier soll, wie schon an anderer Stelle, der Vergütungssatz der EVSt-G für solche Arbeiten als Richtschnur dienen. 1959 vergütete die EVSt-G im süddeutschen Raum für die Aspiration über ortsfeste Anlagen unter voller Ausnutzung ihrer Leistungsfähigkeit in Verbindung mit Ein- oder Ausladen 2.- DM je t. Dieser Satz muss, da er auch für gewerbliche Lagerhalter gilt, eine gewisse Gewinnspanne enthalten; das bedeutet, dass die effektiven Kosten der Reinigung darunter liegen müssen.

Nun ist es gerechtfertigt, den Erzeuger mit diesen Kosten zu belasten, was einer Belastung von 0,20 DM/100 kg entspricht. Diese Belastung wird der Anlieferer in der Mehrheit hinnehmen, wenn ihm Sinn und Notwendigkeit klar gemacht wird. Der Händler sollte bei der Reinigung schärfstens kalkulieren und nur die tatsächlichen Kosten berechnen; denn allein der Umstand, dass das Getreide gereinigt wird, erspart viel Ärger und schafft eine grössere Lagerkapazität. Die Reinigung muss als Aufgabe im Rahmen des Kundendienstes und der Kundenberatung gesehen werden. In manchen Fällen erscheint es sogar ratsam, dass der Händler einen Teil der Kosten selbst übernimmt; denn der bessere Preis für das gereinigte Getreide und der Wert des gewonnenen Lagerraumes können den Verlust weitgehend decken.

Wie aber belasten die Reinigungskosten den Erzeuger? Dies soll ein Beispiel erläutern: Ausgangspunkt soll ein

Mährdruschgetreide mit einem Besatzanteil von 20% sein, wie es in schlechten Erntejahren vielfach vorkommt. Wird vereinfachend angenommen, dass der zugelassene Gesamtbesatz von 9% (= 1% Schwarzbesatz + 2% Auswuchs + 2% Kornbesatz + 4% Bruchkorn) um 11% überschritten ist, ergibt das unter Anwendung der 2. Durchführungsverordnung zum Getreidepreisgesetz (DVO) (geltend für 1959) einen Abschlag von 1,65 DM je 100 kg.¹⁾ Dieser Abschlag entfällt bei einer Reinigung auf 9% Besatz. Zudem erfährt das Getreide durch den Reinigungsvorgang eine Verminderung der Getreidefeuchtigkeit, die in unserem Beispiel unberücksichtigt bleibt.

Den ersparten Abschlägen stehen folgende Aufwendungen gegenüber:

1. die Reinigungskosten = 2.- DM/t
2. der Gewichtsverlust von 11% = 110 kg je t.

Der Wert des Gewichtsverlustes errechnet sich aus dem Preis des Getreides vor der Reinigung (= Mindestpreis minus Abschläge) multipliziert mit dem Gewicht. Dies ergibt bei einem Durchschnittspreis von 44.- DM/100 kg, abzüglich der Abschläge für Besatz von 1,65 DM/100 kg, für 110 kg 46,60 DM.

Daraus entsteht folgende Rechnung für 1000 kg:

Reinigungskosten	2.- DM
Gewichtsverlust - Wert	<u>46,60 DM</u>
Abzüglich der durch die Reinigung entfallenden Qualitätsabschläge	48,60 DM
	<u>16,50 DM</u>
ergibt sich ein Minderer- lös (Einnahmeausfall) von	<u>32,10 DM</u>

1) Vgl. 2. Durchführungsverordnung zum Getreidepreisgesetz 1959/60, in: Bundesanzeiger Nr. 123 v. 2. Juli 1959.

110 kg Abfälle 'kosten' demnach 32,10 DM. Da sie aber zu 90% als vollwertiges Viehfutter anzusehen sind, bleibt für den Erzeuger der Wert dieser Abfälle erhalten. Es lässt sich sogar ein kleiner Gewinn errechnen.

Eindeutig einen Gewinn erzielt der Erzeuger, wenn er wegen zu hohem Auswuchsanteil zu Futtergetreide degradiertes Getreide reinigen lässt, da hier ein Abzug von 40.- DM entstehen würde, der durch eine Reinigung vermieden werden kann.

- d) Ursachen und Folgen der weitgehenden Ausgliederung der Reinigung aus dem Funktionsbereich der Erzeuger und ihre Übertragung auf den Handel

Schon bei der Lagerhaltung wurde auf die wachsende Tendenz, Funktionen aus dem Bereich des Erzeugers auszuklammern und diese dem Handel zu übertragen, hingewiesen. Die Reinigung ist ein weiteres Beispiel für diese Entwicklung. Ausgelöst wurde sie durch die Einführung der gesetzlichen Erzeugermindestpreise und die gesetzlich zulässigen Abschläge, verstärkt mit dem Einsatz der Mäh-drescher.

Die gesetzlichen Erzeugermindestpreise garantieren dem Erzeuger diesen Preis in jedem Fall. Das bedeutet, dass Getreide mit den zulässigen Besatzanteilen stets zu diesem Preis abgesetzt werden kann.

Der Landwirt ist also nicht bemüht, ein möglichst besatzfreies Getreide anzuliefern, sondern nur bestrebt, die zulässigen Besatzanteile nicht zu überschreiten - ein Verhalten das bei freiem Getreidemarkt undenkbar wäre, da dort auch kleine, durch Besatz bedingte Qualitätsunterschiede, die heute unter den zulässigen Grenzen liegen, im Preis Ausdruck fänden.

Nun sind auch nach den Durchführungsverordnungen zu den jeweiligen Getreidepreisgesetzen Qualitätsabschläge für die die zulässigen Grenzen übersteigenden Besatzanteile vorgeschrieben. Diese Qualitätsabschläge sind aber nur im Verkehr mit der EVSt-G verbindlich, d.h. im freien Verkehr muss auch dann der Mindestpreis an den Erzeuger gezahlt werden, wenn sich die Geschäftspartner über die Abschläge nicht einigen können.

Doch auch in den Fällen, in denen Abschläge belastet werden, kommt es zu keiner "erzieherischen" Wirkung auf die Qualität, was eine wesentliche Aufgabe der Preisabschläge sein sollte. Einen "erzieherischen" und auf die Getreidequalität positiven Einfluss würde erst eine bessere Anpassung der Preisabschläge an die tatsächliche Wertminderung auslösen. Solange der Abschlag für 1% Besatz (bei 100 kg = 1 kg) unter dem Preis von 1 kg Getreide bleibt, ist die Erlöseinbusse noch zu gering, um eine Reinigung zu erzwingen. Heute wird z.B. für 1 kg = 1% Kornbesatz 0,15 DM belastet, bei einem Preis von 0,42 - 0,47 DM für 1 kg Weizen. Diese unverständliche Divergenz trägt auch die Schuld daran, dass oft Getreide schlechter Qualität als Brotgetreide angeliefert wird. Der tatsächlichen Wertminderung angepasste Abschläge würden manches Qualitätsproblem von selbst lösen, weil dann der Erzeuger bestrebt sein würde, nur Qualitätsware anzubieten.

Wären die Preisabschläge für den Erzeuger stärker spürbar, so würde er selbst für eine bessere Vorreinigung des Getreides sorgen. Unstimmigkeiten, Streitigkeiten und Diskussionen über die Abschläge würden dann die natürlichste Lösung finden, die heisst: ein guter Preis für eine gute Qualität. Unter den jetzigen Verhältnissen jedoch sieht der Erzeuger keine Veranlassung, die Reinigung selbst vorzunehmen. Er überträgt sie dem Händler.

Während so das Getreidepreisgesetz mit den gesetzlichen Erzeugermindestpreisen und den DVO zu einer gleichgültigen Haltung gegenüber dem Reinigungsvorgang führt, verhindert der Mähdrusch die ausreichende technische Lösung der Reinigung. Beim Scheunen- und auch beim Hofdrusch wurden die durch die Lagerung sich leicht aus der Ähre lösenden Getreidekörner einer guten und gründlichen Vorreinigung unterzogen. Die gute technische Ausstattung der stationären Dreschmaschinen erlaubte dies. Mit dem Mähdrescher ist das nicht möglich. Hier müssen zuviele Arbeitsgänge zugleich erledigt und die dafür notwendigen Arbeitsaggregate in e i n e m Fahrzeug untergebracht werden. Ein gut arbeitendes Reinigungsaggregat benötigt jedoch viel Raum, den es im Mähdrescher nicht gibt. Beim Mähdrescher wird die Reinigung weiterhin dadurch erschwert, dass bei dem sofort auf den Schnitt folgenden Druschvorgang die Verunreinigungen bedeutend höher sind. Die Gründe dafür wurden bereits angeführt.

Mähdruschgetreide müsste folglich auf dem Bauernhof nachgereinigt werden. Dafür fehlen aber sowohl die Maschinen wie das Verständnis. Man möchte das Getreide ohne Umweg vom Feld zum Händler bringen und noch am gleichen Tag "bares Geld sehen". Solange aber auch für stark verunreinigtes Getreide die Abschläge in keinem Verhältnis zur Wertminderung stehen, d.h. dass Spelzen, Strohteile, Erdklumpen und Unkrautsamen noch "honoriert" werden oder infolge der Kannvorschriften der DVO noch ein Mindestpreis erzielt werden kann, bleibt es bei der heutigen unverständlichen Situation. Die bewusst versäumte oder vernachlässigte Reinigung muss daher der Handel nachholen.

Die zunehmende Bedeutung der Reinigung im Getreidehandel ist somit die Folge der wachsenden Ausgliederung

dieser Funktion aus der Landwirtschaft. Der Handel ist mehr oder minder zu einer Übernahme dieser Funktion gezwungen worden.

3. Die Trocknung

Eine kontinuierliche Versorgung des Marktes mit Getreide erfordert die Lagerung von Getreide nach der Ernte für einen späteren Absatzzeitpunkt. Getreide lässt sich aber nur trocken längere Zeit ohne die Gefahr eines Verderbs lagern.¹⁾ Fehlt die 'natürliche' Trockenheit, muss sie durch eine 'künstliche' Trocknung geschaffen werden.

Die Trocknung des Getreides im Halm in den Hocken auf dem Felde oder in der Scheune waren die Trocknungsarten, deren sich der Landwirt bediente. Daneben sah sich auch der Handel schon frühzeitig gehalten, bei Einlagerungen auf lange Dauer das Getreide einem Trocknungsprozess zu unterziehen. Für den Handel konnte nur die künstliche Trocknung eine rasche und befriedigende Lösung bringen.

a) Die Zunahme der Trocknung als Folge der modernen Erntemethoden

Ernsthafte Sorgen bereitete in den letzten Jahren der grosse Anteil an Getreide mit zu hohem Feuchtigkeitsgehalt unter den in kurzer Zeit unterzubringenden Körnermengen aus Ernte- und Mähdrusch. Bei der alten Erntemethode hatte der Bauer noch die Möglichkeit, das in Garben auf dem Acker aufgestellte Getreide durch den normalen Luftzug weitgehend zu trocknen. Mit dem Mähdrescher

1) Vgl. Lagerfähigkeit, S. 7

jedoch entfällt die Trocknung im Hocken auf dem Feld und die in der Scheune. Durch den Fortfall des Feuchtigkeitsausgleiches während der lufttrockenen Wintermonate in der Scheune ist das Erntegut trotz der beschleunigten Bergung, was den Feuchtigkeitsgehalt anbetrifft, witterungs- abhängiger geworden.

Um auch bei Mähdreschereinsatz verhältnismässig trockenes Getreide zu erzielen, ist es notwendig, die "Totreife"¹⁾ des Korns abzuwarten. Aber auch in diesem Erntezustand beträgt der Feuchtigkeitsgehalt des Kornes je nach Tageszeit 12% - 20%. Nur bei "Totreife" und einer niedrigen Luftfeuchtigkeit kann daher eine Getreidequalität erzielt werden, die keiner künstlichen Nachtrocknung mehr bedarf. In der Praxis allerdings macht man die Feststellung, dass der weitaus grösste Teil des im Mähdrusch geernteten Getreides einer Nachbehandlung bedarf. Das gilt vor allem in Jahren mit feuchten Erntemonaten.

Der Wunsch nach maximaler Ausnutzung der Mähdrescher, insbesondere bei Lohnunternehmen, führt weiterhin dazu, dass die Maschinen oft ohne Rücksicht auf die Luftfeuchtigkeit eingesetzt werden. Die Berücksichtigung der relativen Luftfeuchtigkeit ist jedoch entscheidend für den Feuchtigkeitsgehalt des geernteten Getreides.²⁾

Die vegetative Feuchtigkeit des unausgereiften Kornes trocknet, weil sie über das gesamte Korninnere verteilt

-
- 1) Mit Totreife bezeichnet man den Zustand des Getreidekorns, in dem der Reifeprozess vollkommen abgeschlossen ist und das Korn aus der Ähre auszufallen beginnt.
 - 2) Am frühen Vormittag ist z.B. das Erntegut durchschnittlich 4 - 5% feuchter als die am Nachmittag geerntete Frucht. Das Abtrocknen des Morgentaus, das gebietsweise verschieden ist, muss jedenfalls abgewartet werden. Ähnlich ist am Abend zu verfahren; die Arbeit kann nur solange ausgedehnt werden, als die Luft hinreichend trocken ist.

ist, langsamer ab und ist für die Lagerung gefährlicher als die durch Regen hervorgerufene Nässe. Auch die bei niedrigem Stoppelschnitt in das Getreide gelangenden noch grünen Pflanzenteile erhöhen infolge des Feuchtigkeitsausgleiches den Wassergehalt des Getreides. Desgleichen hält nach Regengüssen und bei hoher Bodenfeuchte auch der reife Halm im unteren Stengelteil noch längere Zeit Wasser und führt so bei kurzem Stoppelschnitt dem Druschgut erhebliche Wassermengen zu.

Die Betrachtung der besonderen Bedingungen für die Erzielung guter Qualitäten bei Erntedrusch lässt den Schluss zu, dass in unseren Breiten der Einsatz von Mähdreschern im Durchschnitt Getreide liefert, das künstlich nachgetrocknet werden muss. So ist mit dem Einsatz des Mähdreschers die Aufgabe, geerntetes Getreide künstlich nachzutrocknen, erheblich gewachsen.

- b) Die weitgehende Ausklammerung der Trocknung aus dem Funktionsbereich der Landwirtschaft und ihre Übertragung auf den Handel

Die Einführung der Mähdrescher löste aber nicht nur die Zunahme der künstlichen Trocknung aus, sondern brachte eine Verlagerung dieser Aufgabe auf den Handel. Die künstliche Trocknung, die nun die natürliche Trocknung auf dem Felde bzw. in der Scheune ersetzen muss, ist nicht mehr Sache des Erzeugers, sondern eine zusätzliche Aufgabe des Getreidehandels geworden und stellt ein weiteres Beispiel einer Funktionsausklammerung aus dem alten Funktionsbereich und der Übertragung auf den Handel dar.

Die Ursachen für diese Funktionsverlagerung sind die Kosten der Trocknungsanlagen, die sehr kurze Aus-

nutzungsmöglichkeit solcher Anlagen und der Mangel an Fachkenntnis bei den Landwirten. Das Getreide muss mit möglichst grosser Kapazität in kurzer Zeit ohne Schaden für die Kornsubstanz getrocknet werden. Dieses Postulat kann mit vertretbaren Kosten nur ein Grosserzeuger erfüllen. Für den kleinen Landwirt, der die Masse der deutschen Bauern darstellt, ist das unmöglich. Die Folge ist die Übernahme dieser Aufgabe durch den Handel. Allein er ist in der Lage, bei entsprechender Getreideerfassung eine mit annehmbaren Kosten arbeitende Trocknungsanlage zu betreiben. Allerdings kann auch beim Handel das Kapazitäts- und Ausnutzungsproblem zu einer Belastung führen, die den Gewinn aus dem Getreidegeschäft beträchtlich schmälert.

Die Übernahme der Trocknungsfunktion entspringt keineswegs dem Wunsche des Getreidehandels, sondern einer Zwangslage. Ist nämlich der Getreidehandel nicht in der Lage, grosse Mengen an überfeuchtem Getreide anzunehmen, so wird dieses Getreide andere Absatzwege suchen müssen. Mit dem Getreidegeschäft würde aber zumindest der Landhandel auch das Absatzgeschäft in landwirtschaftlichen Betriebsmitteln verlieren. Diese Geschäftsverzahnung ist eine Ursache für die Bereitschaft, die Trocknungsfunktion zu übernehmen. Die Beauftragung gewerblicher Lagerhalter mit der Trocknung bringt den Handel in zu grosse Abhängigkeit.

Die technische Entwicklung machte somit für den Getreidehandel die Übernahme einer neuen das Getreidegeschäft belastende Funktion notwendig, die ursprünglich zu dem reinen Aufgabengebiet des Erzeugers gehörte.

c) Die Trocknungskapazitäten in Westdeutschland und ihre zunehmende Dezentralisierung

Die Untersuchung der Trocknungskapazitäten im Westdeutschland führt zu zwei interessanten Feststellungen:

1. die Gesamtkapazität ist erheblich gestiegen, und
2. die Tendenz zur verstärkten Dezentralisierung der Trocknungsanlagen zeigt sich.

Die Gesamtkapazität und regionale Verteilung der vorhandenen Trocknungsanlagen für Getreide werden in einer Arbeit des Instituts für Landtechnik der Universität Bonn für die Jahre 1950 - 1956 dargestellt. Im Jahre 1950 gab es danach in den Lagerhäusern und Mühlen des Bundesgebietes 466 Trocknungsanlagen. Die gesamte Kapazität lag bei 1937 t/h, die Durchschnittsleistung je Trocknungsanlage betrug 4,15 t/h.¹⁾

Bis zum Jahre 1956 wurden neue Trockner nur in Grosslagerhäusern und Grossmühlen aufgestellt. Hauptstandorte waren die Umschlagplätze der See- und Binnenhäfen. Die starke Zunahme des Mähdrusches machte in den folgenden Jahren sowohl eine Erweiterung der Trocknungskapazität, als auch deren Dezentralisierung notwendig. Bis 1956 erhöhte sich die Zahl der Trocknungsanlagen auf 801, also um 72% gegenüber 1950. Die gesamte Stundenleistung wuchs auf 2650 t, die durchschnittliche Stundenleistung der 335 neu erstellten Anlagen betrug nur 2 t.²⁾ Die positive Aus-

1) 2) Getreidetrocknung 1950 - 1956, in: Ernährungsdienst, 14.Jg., Nr.77 (14.Juli 1959), S.1. - Neuere Zahlen liegen nur für Bayern vor. Danach betrug dort am 1.4.1960 die Gesamttrocknungskapazität von 729 Anlagen 1062 t/h.

wirkung dieser Kapazitätsausweitung und der immer noch wachsende Mähdreschereinsatz haben den Bund bewogen, seit 1957 im "Grünen Plan" den Bau von Trocknungsanlagen zu fördern. Tabelle 11 bringt eine regionale Aufstellung der auf Grund dieser Förderungsmassnahmen in den Jahren 1957 und 1958 neu errichteten Trocknungskapazitäten.

Tabelle 11

Neue Trocknungskapazitäten auf Grund der Förderungsmassnahmen des Grünen Planes
1957 und 1958

Land	Anzahl	Kapazität
Schleswig-Holstein	152	325 t/h
Hamburg	1	1 t/h
Niedersachsen	208	362 t/h
Bremen	1	0 t/h
Nordrhein-Westfalen	207	315 t/h
Hessen	69	123 t/h
Rheinland-Pfalz	72	130 t/h
Baden-Württemberg	110	150 t/h
Bayern	268	385 t/h
insgesamt	1 088	1 791 t/h
Durchschnittliche Trocknungskapazität der einzelnen Anlage:		1,6 t/h

Quelle: Neue Getreidelager- und Trocknungskapazitäten, in: Ernährungsdienst, 14.Jg., Nr.76 (11.Juli 1959), S.8.

Meist wurden Trockner mit einer Leistung von 1 t/h und 2 t/h errichtet. Sie wurden vornehmlich in den Lagerhäusern der Genossenschaften und des Landhandels aufgestellt und entsprechen der Forderung nach Dezentralisierung der Trocknungskapazitäten. Damit ist auch von dieser Seite der Beweis für die wachsende Übernahme der Trocknungsfunktion durch den Handel erbracht.

d) Die Trocknungskosten

Die Erfassung der Trocknungskosten ist nur in den einzelnen Kostenkomponenten möglich. Ihre starke Abhängigkeit von der Dauer der Benutzung im Jahr und der Lebensdauer der Anlage lassen lediglich die Aufstellung eines Kostenschemas zu. Die tatsächlichen Trocknungskosten werden im konkreten Fall erheblich abweichen. Eckardt gibt für die Trocknungskosten bei Verwendung angewärmter Luft 14.- DM/t an.¹⁾ Die EVSt-G wiederum gewährt für die Trocknung von naturfeuchtem Getreide einschliesslich Staubabsaugen durch die Anlage, Verwiegung zu und von der Anlage bei einem Feuchtigkeitsentzug bis 4% eine Vergütung von 8,21 DM/t (1959 Donau/Maingebiet). Schon aus diesen Angaben wird ersichtlich, wie verschieden die Auffassungen über die Trocknungskosten sind. Im folgenden soll darauf näher eingegangen werden. Die Kosten werden dabei in Betriebskosten (variable Kosten) und fixe Kosten aufgeteilt. (Siehe auch Tabelle 12)

Die B e t r i e b s k o s t e n setzen sich bei den Trocknungsanlagen mit Warmluft hauptsächlich aus den Löhnen und den Kosten für Betriebsstoffe, elektrische Energie und sonstige Betriebsmittel (Schmieröle, Reini-

1) Eckardt, O.: Getreidekunde, Detmold 1955, S.81.

gungsmaterial usw.) zusammen. Einflussgrößen auf die Höhe der Brennstoffkosten je t Trocknungsgut sind die jeweiligen Kosten des Brennstoffes, die Höhe der Aussentemperatur, der Feuchtigkeitsgehalt des zu trocknenden Getreides, die tägliche Betriebsdauer und die Grösse der Anlage.

Für die Trocknung von 1000 kg Getreide um 4% sind rund 70000 kcal oder entsprechend 10 kg Koks erforderlich.¹⁾ Diese Bedingung gilt allerdings unter der Voraussetzung eines ununterbrochener Tag- und Nachtbetriebes. Stilllegen und Anheizen der Anlage verursachen stets einen erhöhten Kalorienverbrauch. Die Anlagen des Erfassungshandels werden nur selten im Tag- und Nachtbetrieb eingesetzt, so dass dort die Brennstoffkosten und der Brennstoffverbrauch höher sind. Grössere Anlagen mit hohen Stundenleistungen verbrauchen, bezogen auf eine bestimmte Durchsatzmenge, infolge des prozentual geringeren Wärmeverlustes, weniger Brennstoff als kleine Anlagen. Je kühler die Aussenluft, desto mehr Wärme ist erforderlich, um Luft und Getreide auf die notwendige Arbeitstemperatur zu bringen. 10°C Temperaturunterschied bedeuten einen Mehr- oder Minderverbrauch von etwa 18 000 kcal für die Trocknung von 1000 kg Getreide um 4%.²⁾ Die Verwendung von Heizöl, Koks oder Strom beeinflusst - ebenso wie Preisschwankungen der einzelnen Energiespender - die Brennstoffkosten.

Der S t r o m v e r b r a u c h ergibt sich im wesentlichen aus dem Verbrauch für den Antrieb der Trockner-

-
- 1) Vgl. Bungartz, H.: Berechnung der Trocknungskosten, in: Ernährungsdienst, 13.Jg., Nr.100 (30.August 1958), S.7.
 - 2) Vgl. Bungartz, H.: Berechnung der Trocknungskosten, in: Ernährungsdienst, 13.Jg., Nr.100 (30. August 1958), S.7.

und Kaltluftgebläse, der Austragvorrichtung und der Transportmittel für die Getreidebewegung vom und zum Trockner. Die Kostenunterschiede bei den verschiedenen Trocknergrößen sind bei den Stromkosten bedeutend geringer als bei den Brennstoffkosten. Auch hier bestehen Tarifunterschiede je nach Abnahmeleistung und Abnahmezeit. So ist bekanntlich der Nachttarif günstiger als der Tagestarif. Allerdings ist die Ausnutzung des Nachttarifs nur bei kontinuierlichem Trocknungsbetrieb möglich; denn die kühlere Nachttemperatur und die Zuschläge für Nachtarbeit übersteigen die Ersparnisse aus dem Nachttarif. (Siehe auch Tabelle 12)

Die L o h n k o s t e n bestehen in der Regel lediglich aus den Kosten für eine Arbeitskraft. Aus eigener Erfahrung konnte der Verfasser die Feststellung machen, dass bei guter technischer Ausrüstung eine Person Anlagen bis zu 20 t-Stundenleistung bedienen kann. Bei kleinen Anlagen in Erfassungsbetrieben versieht diese Kraft vielleicht noch Lagerarbeiten.

(Tabelle 12 siehe Seite 151)

Bei dieser Gesamtbetriebskostenrechnung sind allerdings die Kosten für Beleuchtung, Schmiermittel, technische und kaufmännische Betriebsaufsicht, Feuchtigkeitskontrollen und -bestimmungen, Reinigung der Anlage und der Trocknungsabrechnung vernachlässigt. Effektiv liegen demnach die Gesamtbetriebskosten über den obengenannten.

Als weitere Kostengruppe gehören zu den Trocknungskosten die f i x e n K o s t e n . Diese resultieren aus der Abschreibung und Verzinsung der Anlagen, aus der Instandhaltung und der Raummiete.

Tabelle 12

Gesamte Betriebskosten bei der Trocknung und
prozentualer Anteil der einzelnen Ko-
stenfaktoren

Trockner- leistung	stündl. Betriebs- kosten	Betriebs- kosten je t Getreie- dedurch- satz	davon Anteil für		
			Brenn- stoff %	Strom %	Lohn %
t/h	DM/h	DM/t			
1	4,40	4,40	40,5	14,0	45,5
2	6,04	3,02	49,6	17,2	33,2
3	7,59	2,53	55,3	18,2	26,5
4	9,16	2,16	59,3	18,8	21,9
5	10,80	2,29	62,0	19,5	18,5

+) Unterstellt wurde ein Kokspreis von 100.- DM/t,
ein Strompreis von 0,12 DM/kWh und ein Stundenlohn
von 2.- DM inkl. Sozialabgaben.

Quelle: Bungartz, H.: Berechnung der Trocknungskosten
in: Ernährungsdienst, 13.Jg., Nr.100 (30.Aug.
1958), S.7.

Die Anlagekosten werden aus dem Preis des Trockners,
der Beschickungsanlagen, der Fracht, der Montage und der
elektrischen Installation gebildet. Werden durch den Ein-
bau der Anlage bauliche Veränderungen notwendig, so er-
höhen diese die Anlagekosten. Die Abschreibungshöhe wird
bedingt durch die Anlagekosten und die angenommene Lebens-
dauer der Anlage. In der Praxis berechnet man die Lebens-
dauer der Trocknungsanlage mit insgesamt 6000 Betriebs-
stunden und unterstellt eine jährliche Betriebsleistung
von 600 Stunden, was zu einem Abschreibungssatz von 10%

führt. Im allgemeinen übertrifft die Lebensdauer jedoch weit die Grenze von 10 Jahren. Erfahrungsgemäss zeigen dabei grössere Anlagen eine längere Lebensdauer als kleinere.

Die Benutzung des Trockners soll die Verzinsung des investierten Kapitals erwirtschaften. Nun wird aber durch die Abschreibung das zu verzinsende Kapital von Jahr zu Jahr kleiner. Diese Abnahme wird in der Kalkulation berücksichtigt, indem der kalkulatorischen Verzinsung nicht das ganze Anlagekapital zugrunde gelegt wird, sondern nur zwei Drittel. Die Höhe des kalkulatorischen Zinssatzes liegt im Ermessen des Betriebsinhabers; eine Richtschnur kann der Diskontsatz und der Bankzins sein.

Für die Instandsetzung setzt die Praxis einen Satz von 1,5% des Anlagewertes an. Dabei gleichen sich höhere Kosten des einen Jahres mit niedrigeren der folgenden aus. An sich gehört zu den fixen Kosten noch ein Wagnisszuschlag für übermässig trockene Jahre, in denen die Anlage nicht genutzt werden kann.

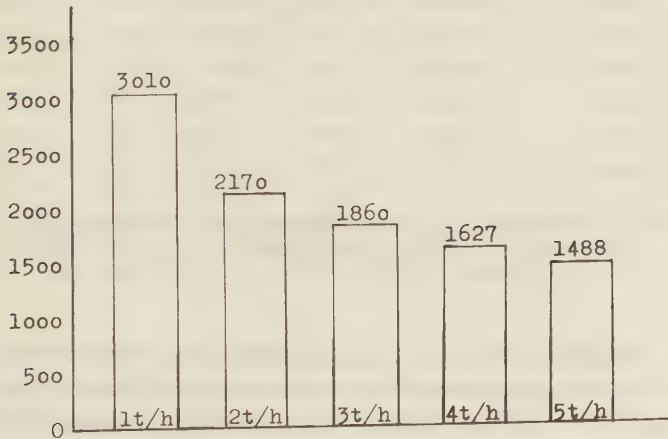
Das Schaubild auf der folgenden Seite verdeutlicht, wie stark die fixen Kosten mit zunehmender Trocknergrösse je t Trocknerleistung fallen. Kostenmässig gesehen, würde eine grössere Anlage allein unter dem Gesichtspunkt der Fixkosten stets günstiger sein. Entscheidend für die Wahl der Grösse der Anlage muss die angenommene und mögliche Beanspruchung der Anlage sein. Dabei darf nicht übersehen werden, dass zur Trocknung eine kurze Zeitspanne von wenigen Wochen zur Verfügung steht, da feuchtes Getreide zur begrenzt lagerfähig ist. Tabelle 14 gibt Aufschluss über die fixen Trocknungskosten je t Getreide in Abhängigkeit von der Zahl der jährlichen Betriebsstunden.

Tabelle 13

Jährliche fixe Kosten je t/Trocknerleistung
bei den Trocknergrößen von 1 bis 5 t/h

Orinate = jährlich feste Kosten je t Trocknerleistung in DM

Abzisse = Trocknergröße



Quelle: Bungartz, H.: Berechnung der Trocknungskosten, in: Ernährungsdienst, 13.Jg., Nr.100 (30.August 1958), S.8.

Tabelle 14

Feste Kosten der Trocknung je t Getreide
in Abhängigkeit von der Zahl der jähr-
lichen Betriebsstunden

Zahl der jähr- lichen Be- triebsstunden	Stundenleistung der Anlage				
	1 t DM/t	2 t DM/t	3 t DM/t	4 t DM/t	5 t DM/t
200	15,05	10,70	9,50	8,15	7,42
400	7,53	5,43	4,65	4,08	3,73
600	4,02	3,62	3,10	2,72	2,46
1000	3,00	2,17	1,86	1,63	1,46
1500	2,00	1,45	1,24	1,09	1,00
2000	1,50	1,07	0,93	0,82	0,75

Quelle: Bungartz, H.: Berechnung der Trocknungskosten, in: Ernährungsdienst, 13. Jg., Nr. 100 (30. August 1958), S. 8.

Die in Tabelle 14 ersichtliche Degression der Fixkosten mit zunehmender Anlagegrösse und Zahl der jährlichen Betriebsstunden spiegelt sich auch in den Gesamtkosten wider. (Siehe Tabelle 15). Da die Trocknergrösse ebenfalls eine degressive Wirkung bei den Betriebskosten hervorruft, verstärkt sich die Gesamtkostendegression mit zunehmender Trocknergrösse.

Tabelle 15

Gesamtkosten der Trocknung je t Getreide
in Abhängigkeit von der Zahl der jähr-
lichen Betriebsstunden

Zahl der jähr- lichen Be- triebsstunden	Stundenleistung der Anlage				
	1 t DM/t	2 t DM/t	3 t DM/t	4 t DM/t	5 t DM/t
200	19,45	13,72	11,83	10,44	9,61
400	11,93	8,45	7,18	6,37	5,89
600	9,42	6,64	5,63	5,01	4,65
800	8,16	5,73	4,85	4,33	4,02
1000	7,40	5,19	4,39	3,92	3,65
1500	6,40	4,47	3,77	3,38	3,16
2000	5,90	4,08	3,46	3,11	2,91

Quelle: Bungartz, H.: Berechnung der Trocknungsko-
sten, in: Ernährungsdienst, 13.Jg., Nr.100
(30.August 1958), S.8.

Aus diesen Kostenüberlegungen könnte man den kurz-
sichtigen Schluss ziehen, dass eine möglichst grosse An-
lage installiert werden muss. Wie aber aus den Tabellen
14 und 15 ebenfalls hervorgeht, ist es notwendig, die
Zahl der möglichen Betriebstunden zu berücksichtigen.
Kann ein 5 t-Trockner im Jahr nur 200 Betriebstunden für
die Trocknung von 1000 t beschäftigt werden, ist es ko-
stengünstiger, diese 1000 t in einem 1 t-Trockner zu be-
arbeiten. Der Kostenunterschied für die Gesamtkosten je
t beträgt 9,61 DM/t beim 5 t-Trockner gegenüber 7,40 DM/t
beim 1 t-Trockner = 2,21 DM/t.

Die Wahl der Trocknergrösse als entscheidende Kosteneinflussgrösse hängt somit ab von der im Durchschnitt jährlich anfallenden Getreidemenge und der Zeit, in der die Trocknung vollzogen sein muss; denn nur bei kontinuierlicher Anlieferung kann mit kleinen Kapazitäten gearbeitet werden. Kennt man die erwarteten Getreidemengen, die getrocknet werden müssen, kann an Hand des Kostenvergleichs die Trocknergrösse gefunden werden, die bei der unterstellten Leistung und dem voraussichtlichen Trocknungszeitraum die günstigste Kostenstruktur ergibt. Eine solche Kalkulation darf jedoch nicht übersehen, dass die Abhängigkeit vom Anfall feuchten Getreides eine gewisse Kapazitätsreserve verlangt, um auch in überfeuchten Jahren die anfallenden Mengen bewältigen zu können.

e) Das Problem der Kostendeckung der Trocknung durch die Feuchtigkeitsabschläge

Allein die Feststellung der jeweiligen Trocknungskosten genügt noch nicht, um die Wirtschaftlichkeit des Trocknungsverfahrens für den Erfassungshandel zu begründen. Es gilt vielmehr zu erforschen, inwieweit die Trocknungskosten auch im Preis der getrockneten Ware vergütet werden. Decken die Abschläge bei der Feuchtware die Trocknungskosten und den Trocknungsverlust? Als Grundlage für die Kostendeckungsrechnung wird hier der Vergütungssatz der EVSt-G von 8,21 DM/t bei bis zu 4% Feuchtigkeitsentzug (gültig 1959 Main/Donaugebiet) verwendet.

Der Gewichtsverlust des Getreides durch die Trocknung wird nach folgender Formel berechnet:

$$V \% = \frac{100 (F_1' - F_2)}{100 - F_2} \quad (\text{Formel nach Duval})$$

F_1 = Feuchtigkeitsgehalt des Getreides vor der Trocknung
 F_2 = Feuchtigkeitsgehalt des Getreides nach der Trocknung
 $V \%$ = Gewichtsverlust des Getreides in Prozent.¹⁾

Diese Formel zeigt, dass der Gewichtsverlust in Prozent höher liegt als der prozentuale Feuchtigkeitsentzug. Einem Feuchtigkeitsentzug von 1% entspricht ein Gewichtsverlust von rund 1,2%. Bei grösserer Getreidefeuchtigkeit erhöht sich der Prozentsatz des Gewichtsverlustes entsprechend einem Prozent Feuchtigkeitsverlust. Die Ursache für diese Diskrepanz liegt im physiologischen Aufbau des Getreidekorns.

Neben diesem Gewichtsverlust durch den Feuchtigkeitsentzug entsteht ein weiterer Verlust durch Entstaubung und Reinigung, die mit der Trocknung meist gekoppelt sind. Ein Beispiel soll diese Ausführungen erhellen:

Getreide mit 20% Feuchtigkeitsgehalt wird bei Verkäufen an die EVSt-G nach der DVO zum Getreidepreisgesetz 1959/60 mit einem Abschlag von 3,15 DM/100 kg belastet. Wird dieses Getreide nun von einem Händler auf 16% Feuchtigkeitsgehalt getrocknet, so entstehen Trocknungskosten, die aus Gründen der Vereinfachung hier dem Vergütungssatz der EVSt-G von 8,21 DM/t gleichgesetzt werden.

Der Trocknungsverlust beträgt:

$$V \% = \frac{100 (20 - 16)}{100 - 16} = \frac{400}{84} = 4,8\%$$

4,8% Gewichtsverlust entsprechen bei einer Tonne 48 kg. Unter Zugrundelegung eines Durchschnittspreises von 42.- DM/100 kg beträgt der Gewichtsverlust wertmässig je Tonne 20,16 DM. Die Aufwendungen betragen demnach:

1) Eckardt, O.: Getreidekunde, Detmold 1955, S.87.

Gewichtsverlust	=	20,16 DM/t
+ Trocknungskosten	=	8,21 DM/t
zusammen		<u>28,37 DM/t</u>
		=====

Eine Gegenüberstellung des Feuchtigkeitsabschlages von 31,50 DM/t, der bei einem Verkauf bei 20% Feuchtigkeitsgehalt belastet würde, mit den Kosten, die eine Trocknung des Getreides auf den abschlagsfreien Feuchtigkeitsgehalt von 16% verursacht, lässt eine Überdeckung der Trocknungskosten durch einen höheren Preis beim Absatz in getrocknetem Zustand von 3,13 DM/t erkennen. Die Rechnung muss allerdings noch um den Staub- und Abfallverlust, soweit er unverwertbar ist, berichtigt werden. Dieser Verlust kann seine Kostendeckung in den zulässigen Abschlägen für Besatz finden, wenn der Erzeuger mit diesen belastet werden kann.

Sind die tatsächlichen Kosten der Trocknung kleiner oder gleich den oben angesetzten - entsprechend dem Vergütungssatz der EVSt-G - , kann von einer Kostendeckung durch die Feuchtigkeitsabschläge gesprochen werden. Wie weit die tatsächlichen Kosten unter dem Vergütungssatz liegen können, lässt sich aus der Tabelle über die Gesamtkosten der Trocknung (Tabelle 15) ersehen. Voraussetzung ist eine möglichst hohe Beschäftigung der Anlage, wenn die Trocknung in den Abschlägen eine Kostendeckung finden soll. Voraussetzung ist weiterhin das Ausbleiben extremer Feuchtigkeiten, die einen ungleich höheren Trocknungsaufwand erfordern. Bedingung ist schliesslich, dass der Erzeuger des feuchten Getreides mit den erlaubten Abschlägen belastet werden kann. Nur wenn diese Voraussetzungen erfüllt werden, findet die Trocknung als Manipulationsfunktion eine gerechte kostenmässige Würdigung.

Von einer Deckung der Trocknungskosten durch die Feuchtigkeitsabschläge kann allerdings dann nicht gesprochen werden, wenn auf die lagerfeste Feuchtigkeit von 14% getrocknet werden muss. Allein die Trocknung auf diese Grenze ist aber letztlich sinnvoll; denn in allen anderen Fällen erzielt man nur eine vorübergehende Haltbarkeit. Sie mag bisweilen genügen; doch sollten die Feuchtigkeitsabschläge auch eine Trocknung auf den lagerfesten Feuchtigkeitsgrad ermöglichen. Dies ist jedoch bei den geltenden Abschlägen nicht der Fall.

Wird Getreide mit 20% Feuchtigkeit auf 14% getrocknet, so entsteht ein Gewichtsverlust von 70 kg = 29,40 DM/t. Mit steigendem Feuchtigkeitsgehalt erhöhen sich zudem die Trocknungskosten. Wird der Vergütungssatz der EVSt-G zugrunde gelegt, der für 6% Feuchtigkeitsentzug 11,61 DM/t (Main/Donaugebiet) beträgt, so ergeben sich Aufwendungen in Höhe von 41,01 DM/t. Diesen Aufwendungen stehen unverändert hohe Feuchtigkeitsabschläge von 31,50 DM/t gegenüber. Die Unterdeckung der Trocknungskosten würde sich auf 9,71 DM/t belaufen.

Mit solchen Verlusten muss der Händler rechnen, wenn er selbst Getreide für eine längere Lagerung in eigenen Räumen trocknen will. Solange die Feuchtigkeitsabschläge nicht eine Trocknung auf den lagerfesten Feuchtigkeitsgehalt erlauben, wird dem Handel die Eigenlagerung auch feucht übernommener Getreidemengen unmöglich gemacht. Daher wird er versuchen, die Ware entweder ungetrocknet oder lediglich bis zur abzugsfreien Grenze getrocknet der EVSt-G zu übergeben.

Das Ergebnis der Untersuchung ist, dass die bestehenden Qualitätsvorschriften nur bedingt eine kostendeckende Trocknung erlauben. Inwieweit dies für den einzelnen Betrieb zutrifft, hängt von der kaufmännischen und

technischen Fähigkeit des Betriebsinhabers und seiner Angestellten ab. Häufig wird aber übersehen, dass eine kostendeckende Abrechnung schon an einer schlechten und ungenauen Qualitätsermittlung bei der Anlieferung scheitern kann. Wird eine zu niedrige Eingangsfeuchtigkeit festgestellt und abgerechnet, kann die Trocknung nicht mehr kostendeckend sein. Dasselbe gilt für technische Mängel der Anlage und die Nichtbeachtung der klimatischen Bedingungen. Wird z.B. zu feuchte Luft zur Kühlung verwendet, erhöht sich die Ausgangsfeuchtigkeit des Getreides. Entstehende Feuchtigkeitsdifferenzen sind ein eindeutiger Verlust. Diese Beispiele sollen zeigen, dass die technische Beherrschung des Trocknungsprozesses ebenfalls entscheidenden Anteil daran hat, ob es zu einer Kostendeckung durch die Feuchtigkeitsabschläge kommt oder nicht.

f) Das Trocknungsrisiko

Unter Trocknungsrisiko sollen hier nicht die Risiken, die in der Anlage selbst beruhen, verstanden werden, wie etwa die Brandgefahr, sondern diejenigen, die infolge der unsachgemässen Behandlung des Trocknungsgutes auftreten. So führt eine Trocknung mit zu hohen Temperaturen zu Hitzeschäden an den Körnern, welche die teilweise Unbrauchbarkeit oder eine starke Wertminderung des Getreides verursachen. Die Anwendung zu hoher Temperaturen bewirkt ein Sinken der Klebermenge und der Maltosezahl. Das bedeutet eine weitgehende Zerstörung der Back- wie Keimfähigkeit, wodurch das Getreide für Qualitätsmehle völlig unbrauchbar wird. Braugerste und Saatgetreide können durch überhöhte Temperaturen "totgetrocknet" werden. Die Keimfähigkeit, die auf diese Weise verlorenght, ist so entscheidend, dass das Getreide seinen Wert für die Brauerei bzw.

die Aussaat vollkommen verliert. Es muss verfüttert werden. Neben den sichtbaren Verbrennungsschäden entstehen bei Überhitzung unersetzliche Verluste infolge der Vernichtung der für den menschlichen Organismus wertvollen Vitamine und Aufbaustoffe.

Grosse finanzielle Einbussen werden auch durch zu starkes Trocknen auf z.B. 10 - 12% Feuchtigkeitsgehalt ausgelöst, da die hier entstehenden Gewichtverluste und die erhöhten Trocknungskosten unter keinen Umständen mehr eine Kostendeckung in einem höheren Preis finden. (Im Auftrage der EVSt-G wird meist auf 13,5 - 14% getrocknet.) Wird die Trocknung nicht sorgfältig überwacht und kommt das Trocknungsgut zu feucht aus dem Trockner, sind die Trocknungskosten verloren. Es wird eine nochmalige Trocknung notwendig, wenn der Händler die Abzüge, die z.B. bei 16,5% Feuchtigkeitsgehalt 0,80 DM/100 kg betragen, vermeiden will. Zu einem Verlust führt es in beiden Fällen. Ein weiteres Risiko liegt in einer zu geringen Abkühlung des Getreides nach dem Trocknungsvorgang. Nicht sorgfältig gekühltes Getreide erhitzt sich leicht im Silo und löst grosse Atmungsverluste, Feuchtigkeitszunahme und Bakterienwachstum aus.

Allein die unsachgemässe Bedienung der Trocknungsanlage kann infolge der angeführten Risiken zu Verlusten führen, welche die Wirtschaftlichkeit der Anlage in Frage stellen.

4. Die Auswirkungen des Stossgeschäftes auf die Maschinenkapazität und -aus- nutzung

Die grossen Schwierigkeiten in der Wahl der Maschinenkapazität für Annahme, Reinigung und Trocknung - besonders beim Erfassungshandel - liegen nicht im Fehlen entsprechender Kalkulationen, sondern in der fortschreitenden Ballung der Ernteanlieferungen. Das trifft vor allem auf Mähruschgetreide zu. Was nicht sofort von einem Händler in seinem Gebiet aufgenommen werden kann, wandert zu anderen Abnehmern ab. Somit wird es für den Erfassungshändler zu einer Existenzfrage, das Stossgeschäft bewältigen zu können; denn was er hier versäumt, ist "verlorengangener Umsatz". Während im Juli/August 1958 nur 980 700 t Getreide von der Landwirtschaft verkauft wurden, waren es im gleichen Zeitraum des Jahres 1959 bereits 2 259 000 t.¹⁾ Diese Steigerung der Verkäufe kann nicht allein mit einem günstigen Erntewetter begründet werden, sondern ist mehr die Folge der fortschreitenden Mechanisierung. Diese Entwicklung schafft ein neues Kapazitätsproblem.

Nat beispielsweise ein Getreidehändler in 4 Wochen 50% seiner gesamten Getreideeinkäufe zu bewältigen, die 2 000 t betragen mögen, so ist eine Tagesannahmeleistung von ca. 50 t nötig. Bei z.B. 10-stündiger Arbeitszeit muss demnach die Annahmeleistung der Anlagen 5 t/h erreichen. Um dem Wunsche nach sofortiger Reinigung entsprechen zu können, sollte die Reinigungsanlage die gleiche Kapazität besitzen. Dasselbe trifft für die Trocknungs-

1) Getreideverkäufe der Landwirtschaft, in: Ernährungsdienst, 14.Jg., Nr.112 (3.Okt.1959), S.2.

anlage zu. Auch sie sollte die unverzügliche Bearbeitung der feuchten Ware ermöglichen. Unterstellt man den Anteil der Feuchtware mit 60%, so ergibt sich ein täglicher Anfall von 30 t Feuchtware. Nur ein 2 t-Trockner kann hier eine befriedigende Lösung bringen. Die jährliche Arbeitszeit der Trocknungsanlage wird indessen nicht mehr als 600 Stunden betragen, was 25 Tagen bei Tag- und Nachtbetrieb entspricht.

Es stehen sich also zwei konkurrierende Ziele gegenüber: der Wunsch, den Stossbetrieb aufzunehmen und der Wunsch nach bestmöglicher Ausnutzung der Maschinenkapazität. Beide Ziele lassen sich aber im Getreidehandel nie ganz vereinigen. Geschieht die Kapazitätsbemessung nach den Spitzenbelastungen in den Haupterntewochen, so bleibt eine übergrosse Kapazität das übrige Jahr hindurch ungenutzt. Wird versucht, die Maschinenausnutzung durch den Einbau kleiner Kapazitäten zumindest über einige Monate auszudehnen, so kann der Stossbetrieb nicht bewältigt werden.

Eine weitere Verschärfung des Problems liegt in der starken Spezialisierung der Maschinen, die eine anderweitige Verwendung nicht zulassen. Daher arbeiten Annahme-, Reinigungs- und Trocknungsanlagen meist nur 4 - 6 Wochen mit voller Leistung und sind die übrige Zeit nur teilweise ausgelastet oder liegen still. Je stärker sich der Ablieferungsdruck konzentriert, um so kürzer wird die mögliche Ausnutzungsdauer der Anlagen. Die zwingende Bemessung der Kapazitäten auf die Spitzenbeanspruchung verstärkt die negative Wirkung, da nun noch grössere Kapazitäten angeschafft werden müssen, deren Ausnutzungsdauer sich noch mehr verkürzt.

Einen Ausweg aus dieser Zwangslage bietet nur die Heranziehung gewerblicher Lagerhalter in der Zeit der

Saisonspitze. Dieser Weg wird auch von vielen Erfassungshändlern beschritten. Sie geben in der Hauptsaison die Tagesspitzen sofort an die gewerblichen Lagerhalter mit eigenen Fahrzeugen oder durch die Weiterleitung der Anlieferer ab und lassen dort die Ware in ihrem Auftrag bearbeiten, sofern sie nicht sofort an die LVSt-G übergeben werden kann.

5. Die Auswirkungen der Zunahme der Manipulationsfunktionen auf den Kapitalbedarf der Getreidehandelsbetriebe

Die technischen Einrichtungen der Lagerhäuser des Erfassungshandels deckten sich bis vor kurzem mit überalterten Vorstellungen von einem Lagerraum mit kaum beachtenswerten maschinellen Anlagen. Erst seit einem Jahrzehnt zeigt sich eine grundlegende Änderung. Wie schon erwähnt, waren das Getreidepreisgesetz mit seinen Verordnungen und die Modernisierung der Erntemethoden die Ursachen für diese Entwicklung.

Genügte früher für die Erfassung und Lagerung des Getreides persönliche Fachkenntnis und ein Lagerraum mit den notwendigen Annahmegeräten, so sind jetzt die Lagerhäuser mit teuren und komplizierten technischen Anlagen ausgerüstet. Beginnend mit der Qualitätskontrolle, über die Reinigung und Trocknung benötigt der heutige Getreidehändler vollkommene technische Einrichtungen für die Bearbeitung des Getreides. Die fortschreitende Entwicklung und der harte Konkurrenzkampf zwingen zum Erwerb dieser Anlagen, ja der Bestand des Getreidehandelsbetriebes ist zu einem guten Teil damit verbunden. Gegenüber

einer gleichbleibenden staatlich festgelegten Handelsspanne entsteht ein erhöhter Aufwand für die Erfüllung der Handelsfunktionen. Der Handel sieht sich einem gestiegenen Kapitalbedarf, hervorgerufen durch die Technisierung der Getreidemanipulationen, gegenüber.

Die aus der Handelsspanne zu deckenden Kosten sind derart gestiegen, dass eine Kapitalbildung über die Handelsspanne kaum oder nur ganz beschränkt möglich ist. Das Fehlen der Eigenfinanzierung verweist den Getreidehandel vielfach auf den Kapitalmarkt. Die hohen Kreditkosten für langfristige Kredite belasten den Getreidehandel erheblich. Dies erkannte auch der Staat und gewährte auf Grund eines Förderungsprogrammes im Rahmen des "Grünen Planes" zum Bau von Lagerhäusern und Trocknungsanlagen eine Strukturhilfe in Form verlorener Zuschüsse bis zu 10% der Bausumme. Darüber hinaus konnten Kredite durch ein Zinsverbilligungsprogramm für die Landwirtschaft auch vom Landhandel zu günstigen Bedingungen aufgenommen werden.

Trotz dieser Hilfsmassnahmen erschweren die notwendigen technischen Neuerungen den Erfassungshandel. Nicht nur die Anschaffung, sondern auch die laufenden Kosten stellen eine neue grosse Belastung dar.

Wie schon dargelegt, bringen diese Anlagen infolge ihrer Ausrichtung auf das Stossgeschäft und der damit verbundenen schlechten Maschinenausnutzung während der übrigen Jahreszeit keine Kostendeckung, geschweige denn eine Rendite. Der noch weitverbreitete Mangel an Verständnis der Bauern für die Berechtigung der Qualitätsabschläge führt zu einem teilweisen Verzicht des Handels auf diese Abschläge, was eine weitere Unterdeckung der Kosten zur Folge hat.

So sieht sich der Getreidehandel durch die Zunahme der Manipulationsfunktionen, die teilweise die Folge der Ausgliederung dieser Funktionen aus der Landwirtschaft ist, vor einem wachsenden Kapitalbedarf und erhöhten Aufwendungen, die aus einer konstant gebliebenen Handels-spanne gedeckt werden sollen.

III. Die Dienstleistungsfunktionen

1. Die Kreditfunktion

Wie schon in den vergangenen Abschnitten, beziehen sich ebenso in diesem Kapitel die Betrachtungen vornehmlich auf den Erfassungshandel. Die Vorrangstellung des Kreditproblems schwächt sich beim reinen Getreidegrosshandel ab und fehlt beim Getreideimporthandel; denn beim Importhandel herrscht die Gepflogenheit, Kassa gegen Dokumente oder Ware zu zahlen, so dass eine Kreditierung durch den Lieferer oder an den Abnehmer entfällt. Dass sich auch der Importhandel die Mittel zur sofortigen Bezahlung der Einkäufe in Form kurzfristiger Bankkredite beschafft, soll nicht übergangen werden. Aber die eigentliche Kreditfunktion, die Vergabe von Krediten an die Kunden, kennt der Importhandel nicht.

a) Die Schlüsselstellung der Kreditfunktion und ihre Ursachen

Die Kredite, welche die Landwirtschaft beim Handel nachfragt, sind im wesentlichen Überbrückungskredite. Der

Handel soll bereit sein, dem Landwirt die Produktionsmittel, die er während der Produktionsperiode benötigt, bis zum Zeitpunkt des Absatzes der erzeugten Güter zu kreditieren. Will der Handel Güter, die zur Produktion nötig sind, während der Produktionsperiode verkaufen, muss er in der Lage sein, auf Kredit zu liefern. Die Möglichkeit, den Umsatz zu steigern, hängt deshalb von der Fähigkeit ab, Kredite zu vergeben. Diese Überbrückungskredite für die Landwirtschaft sind, vom Standpunkt des Handels aus gesehen, Erweiterungskredite, da sie im Hinblick auf eine Erweiterung des Absatzes gegeben werden.

Der Anteil der Lieferungen auf Kredit ist ausserordentlich hoch. Von repräsentativen Unternehmen wurde er mit 60% des Absatzgeschäftes an die Landwirte abgegeben. Allerdings sind die Kredite von unterschiedlicher Fristigkeit. Die durchschnittlichen Aussenstände bei den landwirtschaftlichen Betrieben betrugen bei den befragten Unternehmen zwischen 10% und 20% des Umsatzes.

Erleichtert wird die Kreditgewährung dadurch, dass sich Höhe- und Tiefpunkte des Kapitalbedarfs von Landwirtschaft und Handel ausgleichen. Wenn sich der Handel in seiner höchsten Anspannung befindet, steht die Landwirtschaft am Tiefpunkt des Kapitalbedarfes und umgekehrt. Der Bedarf der Landwirtschaft an Betriebsmitteln und Betriebskapital steigt von März bis September, erreicht kurz vor der Ernte den Höhepunkt und geht sofort nach der Ernte auf ein Minimum zurück. Der Handel hat nach der Ernte grosse Vorräte, die laufend abnehmen, bis die neue Ernte sie wieder auffüllt, und gerade in der Zeit, in der der Kapitalbedarf des Handels abnimmt, steigt der der Landwirtschaft. Gewährt der Handel nun in jener Zeit der Landwirtschaft Kredite, so bedeutet dies, dass die Finanzmittel stets genutzt sind.

Die Schlüsselstellung der Kreditfunktion im Getreidehandel - und dort besonders im Erfassungshandel - beruht auf der Verbindung des Getreidehandels mit dem Handel in landwirtschaftlichen Bedarfsgütern und Betriebsmitteln. Der steigende Einsatz von Maschinen und chemischen Erzeugnissen in der Landwirtschaft hat den bäuerlichen Kreditbedarf erheblich verstärkt. Dieser wurde so vordringlich, dass sich auch der Staat zu weitgehenden Hilfsmassnahmen im 'Grünen Plan' gezwungen sah. Zwei Ursachen sind hauptsächlich für den gestiegenen Kreditbedarf verantwortlich:

1. Die zwingend notwendige Mechanisierung der Landwirtschaft. Sie löste eine Nachfrage nach langfristigen Krediten aus, die der Landhandel, soweit er Maschinenhandel betreibt, nur in der Weiterwälzung der Lieferantenkredite geben kann.
2. Der zunehmende Einsatz von Düngemitteln, Pflanzenschutzmitteln und Handelsfutter. Diese Waren werden im Gegensatz zu den Maschinen, die der Modernisierung des Betriebes dienen, Jahr für Jahr im gleichen oder verstärkten Umfang nachgefragt. Da sie kontinuierlich verbraucht werden und ihr Ertragswert erst am Ende einer Wachstumsperiode zur Verfügung steht, verlangen sie eine weitgehende Vorfinanzierung.

Für den Erfassungshandel ist die dauernde Kreditbereitschaft wesentlich. Die Höhe der Kreditbereitschaft ist bestimmend für die Umsatzhöhe und untrennbar mit ihr verbunden. Die Kreditfinanzierung erlangt eine Schlüsselstellung im Landhandel. Sie ist Voraussetzung für eine Umsatzsteigerung sowohl im Absatz- wie im Aufkaufgeschäft.

Will der Landwirt Düngemittel u.a. auf Kredit kaufen, muss er bereit sein, Getreide zu liefern. Möchte der Handel wiederum sein Getreidegeschäft ausbauen, muss er in der Lage sein, grössere Kredite einzuräumen. Das führt in letzter Konsequenz dazu, dass sich nur derjenige Händler am Markt behaupten kann, der die von der Landwirtschaft nachgesuchten Lieferungen auf Kredit gewähren kann. Die Fähigkeit zu kreditieren ist das entscheidende Wettbewerbselement.

Die verstärkte Inanspruchnahme von Krediten durch die Landwirte bringt für diese aber auch eine grössere Unselbständigkeit in ihren finanziellen Dispositionen und eine stärkere Abhängigkeit des Handels von der Leistungsfähigkeit der bäuerlichen Betriebe. Daraus entsteht eine immer engere Schicksalgemeinschaft von Getreidehandel und Landwirtschaft, so dass sich Fehlschläge der einen Branche auf die andere empfindlich auswirken.

b) Getreide als Kreditgrundlage und Kreditsicherung

Durch das Getreide werden die Kredite sowohl gesichert als auch abgedeckt. Diese Bedeutung des Getreides steigt mit der zunehmenden Verschuldung oder dem wachsenden Kreditbedarf der Landwirtschaft und sinkt mit fortschreitender Sanierung.

Die staatliche Abnahmegarantie zu gesetzlichen Mindestpreisen erhöht die Eignung des Getreides als Kreditgrundlage und ist eine sehr wertvolle Sicherung der Kredite.

Eine besondere Rolle spielt Getreide bei der Sicherung von Krediten, die mit der Lieferung von Düngemitteln und Saatgut zusammenhängen.

"Wegen der Ansprüche aus der Lieferung von Dünge-

mitteln und anerkanntem Saatgut oder von zugelassenem Handelssaatgut - mit Ausnahme von Zuckerrübensamen - , die von dem Eigentümer, Eigenbesitzer, Nutzniesser oder Pächter landwirtschaftlicher Grundstücke im Rahmen einer ordnungsmässigen Wirtschaftsweise in der für derartige Geschäfte üblichen Art nach dem 31. Juli zur Steigerung des Ertrages der nächsten Ernte beschafft und verwendet worden sind, hat der Gläubiger ein gesetzliches Pfandrecht an den in dieser Ernte anfallenden Früchten der zum Betrieb gehörigen Grundstücke, auch wenn die Früchte noch nicht vom Grundstück getrennt worden sind. Das Pfandrecht erstreckt sich nicht auf die der Pfändung nicht unterworfenen Früchte." (§ 1 des I. Gesetzes zur Sicherung der Düngemittel und Saatgutverordnung vom 19. Januar 1949 - WiGBI., S. 8.)

Das Früchtepfandrecht ist ein gesetzliches Pfandrecht und geht allen an den Früchten bestehenden dinglichen Rechten im Rang vor.¹⁾ Zur Begründung des Früchtepfandrechtes bedarf es daher keiner besonderen Vereinbarung, soweit die Voraussetzungen des § 1 erfüllt sind.

Die Aufrechterhaltung des 1932 entstandenen Früchtepfandrechtes, das auf die damalige wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft zugeschnitten war, soll auch der heute bestehenden Situation Rechnung tragen. Es dient der Sicherung der stetig gestiegenen Kreditkäufe von Düngemitteln und Saatgut. Die Einräumung einer Hypothek oder Grundschuld erweist sich zu umständlich und kostspielig. Der Eigentumsvorbehalt ist wirkungslos, da Düngemittel mit dem Ausstreuen und Saatgut mit der Aussaat in das Eigentum des Grundstückseigentümers fallen. Die wirtschaftliche

1) Vgl. dazu ausführlich Kreuzer, G.: Das Früchtepfandrecht, Hannover 1955.

Rechtfertigung des Fruchtepfindrechtes ist in der Ertragssteigerung zu sehen, die durch die Verwendung von Düngemitteln und Saatgut erreicht wird und die den Wert der durch das Fruchtepfindrecht gesicherten Aufwendungen wesentlich übertrifft.

Selbst wenn der Landwirt ein Wechselakzept gibt, bleibt das Fruchtepfindrecht auf Grund der dem Wechsel zugrunde liegenden Warenforderung bestehen.

Das Fruchtepfindrecht stellt eine wertvolle Sicherung eines wesentlichen Teiles der Lieferungen auf Kredit - nämlich der Düngemittel- und Saatgutlieferungen - dar und stärkt die Bereitschaft des Landhandels zu Kreditverkäufen.

c) Kreditdauer und Kreditgeber

Dem Wesen des landwirtschaftlichen Erzeugungsprozesses entsprechend, handelt es sich vornehmlich um kurz- und mittelfristige Kredite, die vom Handel an die Landwirtschaft gegeben werden. Unter kurzfristigen Krediten werden solche von einer Dauer bis zu 90 Tagen, unter mittelfristigen solche von einer Dauer bis zu 12 Monaten verstanden.

Dem Wunsch nach langfristigen Krediten kann der Getreidehandel im allgemeinen nicht entsprechen. Hier kann er lediglich vermittelnd wirken, sei es über Lieferanten oder über Banken und Sparkassen. Die Vergabe von Investitionskrediten ist nicht Aufgabe des Handels. Eine so lange Kreditdauer, wie sie Investitionskredite bedingen, würde zur Bindung von Betriebskapital führen, das der Handel bei seinen Bemühungen, den Umsatz zu steigern, empfindlich vermissen würde. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften befinden sich in einer stärkeren Posi-

tion. Ihnen ist es möglich, in grösserem Umfang Investitionskredite an ihre Mitglieder zu vergeben. Allerdings entfällt bei diesen Krediten die enge Verbindung mit dem Getreidegeschäft.

Da sich die vorliegende Untersuchung auf die Kreditfunktion im Zusammenhang mit dem Getreidehandel beschränkt, soll an dieser Stelle nur auf Kreditlieferungen eingegangen werden, die in enger Verbindung mit dem Getreidegeschäft stehen. Dabei handelt es sich in erster Linie um die Düngemittel- und Saatgutlieferungen.

Eine Befragung mehrerer Landhändler ergab, dass die durchschnittliche Kreditdauer bei 8 Monaten liegt. Vielfach werden in den Monaten Mai, Juni und Juli die Düngemittel zu den in diesen Monaten besonders günstigen Preisen (Sommerpreise) eingekauft und erst mit dem Erlös der Ernte des darauffolgenden Jahres bezahlt. In diesen Fällen werden die Kredite über ein Jahr beansprucht. Selten werden die Bezüge noch mit der Ernte desselben Jahres beglichen, so dass in diesen Fällen die Kreditdauer nur 2 - 4 Monate beträgt. Die Hauptmasse der Düngemittel wird im Herbst nach der Aussaat und im Frühjahr bezogen. Dem entspricht die obengenannte durchschnittliche Kreditdauer von 8 Monaten.

In Wirklichkeit entsteht infolge der revolvierenden Beanspruchung der Kreditbeziehung eine ständige Kreditdauer, die sich zwar nicht auf einen bestimmten Betrag bezieht, aber auf die Art der Kredite. Während im Herbst die Düngemittelbezüge der vorangegangenen Produktionsperiode bezahlt werden, müssen noch in der gleichen Zeit Düngemittel für die neue Aussaat bezogen werden. So bleibt die alte Kreditbeziehung zwar nicht rechtlich, aber wirtschaftlich bestehen. Mit Fischer kann von einer 'eing-

frorenen' Kreditbeziehung gesprochen werden.¹⁾

Als Kreditgeber für die Landwirtschaft betätigen sich Landhandel und Genossenschaften. Zwischen beiden Kreditgebern bestehen gravierende Unterschiede. Während der Landhandel auf sein Eigenkapital und die Hereinnahme von Krediten von Geldinstituten angewiesen ist, kann die sowohl im Kredit- als auch im Warengeschäft tätige Genossenschaft mit den Einlagen ihrer Mitglieder arbeiten. Die Genossenschaften - in der Regel die Raiffeisenkassen - sind daher in der Lage, die Kreditnachfrage besser zu befriedigen und ziehen deshalb auch das Warengeschäft an sich. Die Wettbewerbsposition der Raiffeisenkassen verstärkt sich weiter durch die Tatsache, dass die Landwirte in gewissen Gebieten ebenso für vom Warengeschäft unabhängige Kredite (Kredite für Investitionen, Abfindungen, Notfälle u.a.) auf ihre Genossenschaft angewiesen sind und nicht auf andere Kreditinstitute ausweichen können. Eine so entstandene Abhängigkeit versuchen die Genossenschaften auch für das lukrativere Warengeschäft auszunutzen, was sich wiederum auf das Getreidegeschäft auswirkt.

Die grössere Kreditfähigkeit der Raiffeisenkassen hat erheblich zum verschärften Konkurrenzkampf zwischen Landhandel und Genossenschaften beigetragen. Die mangelnde Eigenkapitaldecke des Landhandels zwingt ihn zur verstärkten Kreditaufnahme bei Banken und Sparkassen, was die Rendite aus den Warengeschäften verkleinert. Die Kreditgewährung ist jedoch so entscheidend, dass auf sie nicht verzichtet werden kann.

1) Vgl. Fischer, H.G.: Kreditgarantiegemeinschaften - Ein Beitrag zum Thema Mittelstandskredit, Diss. München 1959, S.29.

Die Leistungsfähigkeit der Kreditgeber hat mittelbare und unmittelbare Auswirkungen auf das Getreidegeschäft. Sie ist die entscheidende Wettbewerbsposition und hat damit einen beachtlichen Einfluss auf die Umsatzhöhe sowie auf die Umsatzentwicklung.

d) Die gebräuchlichsten Kreditarten

Im Bemühen, dem Abnehmer soweit wie möglich Kredite einzuräumen, bedient sich der Getreidehandel verschiedener Kreditarten. Die Wahl der Kreditart wird von dem zugrunde liegenden Geschäft oder Vertrag und dem Sicherungsbedürfnis bestimmt.

Die weitaus vorherrschende Kreditart ist der Lieferantenkredit. Die vom Landwirt benötigten Betriebsmittel werden diesem auf Kredit geliefert, vielfach mit der Auflage, die Kredite durch Lieferungen nach der Ernte abzudecken. Der Bezug auf Kredit ist für die Landwirtschaft ein willkommenes Mittel zur Kapitalbeschaffung, für den Händler ein Mittel, bei der Einkaufskonkurrenz um das Getreide einen Vorsprung zu erlangen. Nur zu einem geringen Teil handelt es sich dabei - infolge der hohen Kreditkosten - um eine Weitergabe von Lieferantenkrediten, die der Handel erhalten hat. Gering ist auch der Einsatz von eigenem freiem Betriebskapital. Das Eigenkapital reicht meist nicht einmal zur Ausführung der notwendigen Investitionen. In der Regel stammen deshalb die Mittel aus Bankkrediten.

Neben den Lieferantenkredit tritt sehr häufig der Wechselkredit. Die mit einer Laufzeit von 3 Monaten ausgestellten Wechsel werden vielfach 2 bis 3mal prolongiert, so oft eben, wie es bis zum Anschluss an die neue Ernte

notwendig wird. Die Grundlage des Wechselkredites ist überwiegend ein Warengeschäft zwischen Händler und Landwirt; Bezogener ist der Landwirt. Der Wechsel kann aber ebenso im Vorgriff auf die neue Ernte zur Erntefinanzierung gegeben werden. In diesem Fall ist eine Gewissheit über die Kreditwürdigkeit der Kreditnehmer unerlässlich, die bei der Unsicherheit der bäuerlichen Produktion und der Unbekanntheit der Betriebe nur von den Handelsbetrieben als den Kennern der Verhältnisse gewährt werden kann.

Der Wechselkredit, bei dem es sich um Waren- wie Finanzwechsel handeln kann, wird unmittelbar vom Händler an den Landwirt gegeben. Die Hauptkreditquelle für den Handel bildet die Hausbank, die dem Händler die Mittel zur Verfügung stellt. Technisch vollzieht sich lediglich eine Weiterwälzung der Bauernwechsel zu den Banken; denn im Gegensatz zu den Wechseln der Erzeuger diskontiert die Bank Wechsel der Handelsbetriebe, da über diese genaue Kenntnisse vorliegen. Diese Möglichkeit der Weiterwälzung der Kreditnachfrage über eigene Wechsel bildet für die Landhandelsbetriebe das entscheidende Gegengewicht gegenüber dem Kreditgeschäft der Raiffeisenkassen. Die niedrigeren Kosten des Wechselkredites gegenüber dem Lieferantenkredit sind ein weiterer Grund für seine Bevorzugung.

Den Raiffeisenkassen ist es möglich, neben dem Lieferanten- und Wechselkredit auch Darlehen an ihre Mitglieder zu geben. Solche Darlehen, die langfristig sein können, sind geeignet, den Kunden auf lange Zeit an die Genossenschaft zu binden. Diese Fähigkeit der Raiffeisenkassen bedingt einen Wettbewerbsvorsprung, den der Handel nur schwerlich durch andere Leistungen auszugleichen vermag.

e) Die Kreditquellen des Handels

In der folgenden Untersuchung der Kreditquellen des Handels werden, der Themenstellung entsprechend, nur die Quellen für solche Kredite behandelt, die der Abwicklung des Warengeschäftes dienen. Auf die Quellen für Investitionskredite kann daher im Rahmen dieser Arbeit nicht eingegangen werden. Hier geht es lediglich um die Darstellung der Kreditquellen, die dem Handel wiederum die Erfüllung seiner Kreditfunktion ermöglichen. Wie wichtig infolge der gestiegenen Anlageintensität Investitionskredite für den Handel sind, soll deshalb nicht übersehen werden.

Aus eigenen Mitteln Kredite zu geben, ist der Getreidehandel, insbesondere der Erfassungshandel, infolge seiner schmalen Eigenkapitalbasis nicht imstande. Er muss sich also Kreditquellen erschliessen, die ihm die notwendigen Mittel zu tragbaren Kosten zur Verfügung stellen. Die Weitergabe von Lieferantenkrediten ist zu teuer. Sie sind nicht geeignet, den grossen Kapitalbedarf, den die Kreditierung der Lieferungen an die Landwirte notwendig macht, zu decken.

Die weitaus wichtigste und grösste Kreditquelle sind die Banken und Sparkassen.¹⁾ Das Bankkapital kann sowohl durch die Hausbank wie durch Vermittlung des Grosshandels dem Landhändler zur Verfügung gestellt werden. Kredite

-
- 1) Der Zins für zugesagte Kredite liegt in der Regel $1\frac{1}{2}\%$ über dem Diskontsatz. Hinzu kommen noch $1/4\%$ Kreditprovision pro Monat und $1/8\%$ Umsatzprovision aus der grösseren Kontoseite (mindestens aber vom 2-fachen des Höchstsollsatzes pro Quartal). Von befragten Landhändlern, die mit den Kreissparkassen zusammenarbeiteten, wurde erklärt, dass sie 1960 für zugesagte Kredite $8\frac{1}{4} - 8\frac{1}{2}\%$ (netto inkl. Provisionen) bezahlen mussten.

der Bank können aus einer Wechseldiskontierung stammen, Darlehen oder Kontokorrentkredite sein. Die Kreditbereitschaft der Kreditinstitute hängt in der Regel davon ab, inwieweit die Zuverlässigkeit des Grundgeschäftes der Bank die Gewähr bietet, dass der Kredit innerhalb der vereinbarten Kreditlaufzeit zurückbezahlt werden kann. Mit anderen Worten: es müssen die banküblichen Sicherheiten vorhanden sein. Gerade aber das Verlangen nach den allgemeinen banküblichen Sicherheiten kann von den Landhändlern nicht in ausreichendem Masse erfüllt werden. Diese Forderung der Banken würde dem Landhändler den Zugang zu den Bankkrediten weitgehend versperren.¹⁾

Nun kann im Zusammenhang mit dem Bedürfnis nach Sicherheit der Kredite auf einige Sonderheiten im Getreidegeschäft hingewiesen werden. Diese Sonderheiten kommen dem Sicherungsbedürfnis der Banken entgegen, sie erleichtern und fördern die Kreditvergabe an den Getreidehandel wesentlich.

Die erste Sonderheit ist in dem bereits ausführlich dargelegten Früchtepfandrecht zu sehen. Es stellt eine durchgreifende Sicherung der Kredite dar. Das gilt mittelbar für die Forderung an kreditnehmende Landhändler, soweit die Kredite zur Vorfinanzierung der Lieferungen von Düngemittel- und Saatgutlieferungen an Landwirte dienen, unmittelbar für Warenwechsel mit dem Akzept des Landwirts, wenn dem Wechsel ein oben angeführtes Geschäft zugrunde liegt. Auch die Bank als Indossatar kann das Früchtepfandrecht in Anspruch nehmen. Wichtig ist dabei, dass mit der Begebung des Wechsels nicht nur die Wechselforderung, sondern auch die Warenforderung auf die Bank

1) Vgl. zu Sicherungsstreben der Banken: Fischer, H.G., a.a.O., S.42 mit 47.

übertragen wurde; denn das Früchtepfandrecht sichert lediglich die Warenforderung.¹⁾ Manche Banken verlangen daher einen ausdrücklichen Vermerk auf der Vorderseite des Wechsels oder auf einer an den Wechsel gehefteten Allonge, dass mit der Übertragung des Wechsels zugleich die Warenforderung abgetreten wird.

Die zweite Sonderheit, die zur Erhöhung der Kreditbereitschaft der Banken beiträgt, ist im Getreidegesetz begründet. Es ist der gesicherte Absatz der Ernte zu den gesetzlichen Mindestpreisen infolge der staatlichen Interventionspflicht.

Die dritte Sonderheit, die in diesem Zusammenhang erwähnt werden muss, ist ebenfalls in der Getreidemarktordnung zu finden. Sie betrifft die Intervention und die Vorratshaltung.

Nach § 8 Ziff.6 GetrG hat die EVSt-G die Aufgabe, je nach Marktlage unter Verwendung der im Haushalt bereitgestellten Mittel eine Vorratshaltung in Auslands- und Inlandgetreide durchzuführen. Im Bundeshaushalt wird auf Grund von Schätzungen über die voraussichtliche Höhe der Intervention ein Plafondbetrag festgelegt, bis zu welchem die EVSt-G Mittel zur Durchführung der Intervention und Vorratshaltung beanspruchen darf. Die Vorfinanzierung dieser Mittel wird einem breitgestreuten Bankenkonsortium übertragen. Dieses erklärt sich bereit, die von der EVSt-G zur Finanzierung ihrer Aufgaben begebenen Sola-Wechsel zu übernehmen. Die Landwirtschaftliche Rentenbank, Frankfurt, übernimmt als Vorsitzende des Konsortiums alle Sola-Wechsel der EVSt-G, versieht sie mit ihrem Indossament und indossiert sie an die Konsortialmitglieder weiter. Die

1) Vgl. Kreuzer, G.: Das Früchtepfandrecht, Hannover 1955, S.25.

vom Konsortium gezeichnete Summe wird nach einem bestimmten Schlüssel von der Landwirtschaftlichen Rentenbank unter die Konsortialmitglieder verteilt.

Das Besondere an diesen Sola-Wechseln ist, dass für sie praktisch die Rediskontzusage der Bundesbank besteht und der Bund die Bürgschaft übernimmt. Die Wechsel sind ankaufsfähig im Sinne des § 19 Abs. I Ziff. 1 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank und der geltenden Kreditrichtlinien. Sie werden in das Verfahren zur Geldmarktregulierung (Offen-Markt-Politik) eingeschaltet.

Infolge der höheren Sicherheit gilt für diese Wechsel ein äusserst günstiger Zinssatz. Er liegt in der Regel $3/4 - 1\%$ über dem Diskontsatz einschliesslich aller Kosten und Provisionen. Für das 4. Quartal 1960 betrug die Kreditzusage des Bankenkonsortiums 1,2 Mrd. DM. Sola-Wechsel in Höhe von 1 Mrd. DM waren davon bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar. Der Rest musste bei den Banken verbleiben.¹⁾

Da über das oben beschriebene Verfahren den Kreditinstituten bekannt ist, in welcher Höhe sich der Bund am Aufkauf der Ernte beteiligt, sind sie in der Lage, Kredite grosszügiger als sonst und unter geringeren Sicherheiten an den Getreide aufkaufenden Handel zu vergeben. Es besteht nämlich die Sicherheit, dass die EVSt-G diesen kreditierten Teil der Ernte - zumindest mengenmässig - in die Bundesreserve übernehmen wird.

Der geschilderte Zusammenhang ist die Ursache dafür, dass die Kreditinstitute verhältnismässig grosszügig und zu günstigen Bedingungen Kredite an den Getreidehandel vergeben. Infolge der oben angeführten Zinssätze für die Sola-Wechsel sind ebenso die auf diesen beruhenden Kredite

1) Nach einer Auskunft der Landeszentralbank München.

an den Handel vielfach billiger als sonstige gleichwertige Kredite.

Die Banken vergeben diese Kredite nicht wahllos an Getreidehändler, aber zumindest wird der Kreis der Kreditkunden weiter, und die Höhe der Kredite wird grosszügiger festgelegt. Besonders gut werden die Grosshandelsunternehmen (bzw. die landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaften) bedient, die im Direktverkehr mit der EVSt-G stehen und die Hauptmenge in die Bundesreserve liefern. Der Erfassungshandel erhält über den Grosshandel vielfach diese Kredite. Folglich lässt sich eine Kreditkette feststellen, die vom Staat ausgehend über Banken, Grosshandel und Erfassungshandel zu den Landwirten führt.

Die aufgezeigten Sonderheiten erklären die 'Grosszügigkeit' der Kreditinstitute bei Krediten, die dem Warengeschäft dienen. Die Schwierigkeit für den Getreidehandel, Investitionskredite zu erhalten, bleibt davon - zumindest unmittelbar - unberührt.

Das Interesse, besonders der mittleren und kleineren Händler, an ausreichenden Bank- und Lieferantenkrediten zur Finanzierung des Umsatzvolumens ist nach wie vor sehr gross. Auch wenn derzeit die Beschaffung von Krediten leichter ist, bleibt diese Möglichkeit nur eine Zwischenlösung. Auf die Dauer gesehen, ist es ein dringendes Erfordernis, mit wachsendem Geschäftsvolumen ebenso eine Verbreiterung der Eigenkapitalbasis anzustreben. Dafür sollte dem Landhandel die Steuerfreiheit für nicht entnommene Gewinne zugebilligt werden, wie dies bei den Genossenschaften geschieht.

Solange das aber nicht erreicht ist, gilt es nach neuen Möglichkeiten für die Verstärkung der Kreditbereitschaft Umschau zu halten. So lässt sich an die Hilfe der

Kreditgarantiegemeinschaften des Handels denken.¹⁾ Allerdings können diese lediglich bei der Beschaffung von Investitionskrediten grössere Hilfe leisten. Die Rückbürgschaft der öffentlichen Hand erstreckt sich nämlich nur auf produktive Investitionskredite, so dass die Kreditgarantiegemeinschaften den grossen Bedarf an Krediten zur Finanzierung des Warengeschäftes nicht befriedigen können. Auch ist das Bürgschaftsvolumen der Kreditgarantiegemeinschaften des Handels mit nur 80 000.- DM für einzelne Kredite zu gering, wenn man weiss, dass eine Erfassung von 500 t schon den Einsatz von über 200 000.- DM erfordert. Vielfach fehlt bei den Landhändlern noch das Wissen über die Existenz von Kreditgarantiegemeinschaften.

Neuerdings zeichnet sich eine Entwicklung dahin ab, dass - ähnlich wie bei der engen Zusammenarbeit von Waren-genossenschaften und Darlehenskassen in den Raiffeisenkassen - die örtlichen Sparkassen zu einer stärkeren Zusammenarbeit mit den Landhändlern bereit sind. Damit würde der Landhandel in seiner Kreditbereitschaft gefördert und eine wesentliche Angleichung an die Genossenschaften erreicht werden.

f) Die Bedeutung des Getreidelombards

Eine wachsende Bedeutung als Kreditquelle hat in allerletzter Zeit der Getreidelombard erhalten. Wegen seiner gestiegenen Bedeutung und seiner Eigenheiten soll näher auf ihn eingegangen werden.

1) Vgl. ausführlich Fischer, H.G.: Kreditgarantiegemeinschaften - Ein Beitrag zum Thema Mittelstandskredit, Diss. München 1959.

Der Wunsch, seine Liquidität zu erhalten, zwingt den Getreidehändler, die aufgekauften Mengen möglichst rasch wieder abzusetzen, um flüssige Mittel für das Warengeschäft zu erhalten. Bei einem sofortigen Verkauf geht dem Händler jedoch die Möglichkeit verloren, die günstigsten Verkaufsmöglichkeiten und -zeiten abzuwarten. So wird beispielsweise infolge der monatlichen Reports bei Verkauf zu einem späteren Termin ein höherer Preis erzielt. Voraussetzung dazu ist die Lagerung des Getreides über mehrere Monate. Dies bindet aber Kapital, legt es brach und verhindert dessen Einsatz im Warengeschäft.

Die gestiegene Liquidität der Geldinstitute liess die schon alte Form der Beleihung von Getreide, den Getreidelombard, wieder aufleben und zu grosser Bedeutung gelangen. Der Getreidelombard verschafft dem Getreidehändler sofort nach seiner Verfügungsmöglichkeit über die zu lombardierende Ware flüssige Mittel, die er im Warengeschäft einsetzen kann. Dadurch entfällt eine längere Kapitalbindung; die Kapitalumschlagshäufigkeit steigert sich, und bei gleichbleibendem Kapitalvolumen kann ein höherer Umsatz erzielt werden. Trotz dieser Vorteile verliert der Getreidehändler nicht die Möglichkeit, den verkaufsgünstigsten Zeitpunkt abzuwarten. Die Ablösung des Lombardkredites erfolgt nach dem Verkauf der Ware.

Der Lombardkredit nimmt eine besondere Stellung innerhalb der Kreditquellen des Getreidehandels ein. Hier geht es nicht nur um die Beschaffung von Finanzmitteln allein, sondern darum, verkaufsfähige Ware zu beleihen, um den verkaufsgünstigsten Zeitpunkt abwarten zu können; denn die Ware könnte ohnehin schon verkauft werden und damit zur Erlangung flüssiger Mittel beitragen. Allerdings würde bei sofortigem Verkauf eine Chance verlorengehen.

Der Lombardkredit erfüllt demnach eine doppelte Funktion: Erstens die Beschaffung von Finanzmitteln vor dem endgültigen Verkaufszeitpunkt und zweitens die Möglichkeit, zu späterem Zeitpunkt bessere Preise und damit höhere Gewinne zu erzielen. Einer Gewinnsteigerung kommt in der heutigen Getreidemarktordnung die Ausnutzung der monatlichen Reports gleich. Der Lombardkredit verschafft keine zusätzlichen Mittel wie etwa das Darlehen.

Die relativ geringen Kosten des Lombardkredites haben dieser Kreditquelle rasch Verbreitung verschafft. Im Getreidewirtschaftsjahr 1958/59 wurden beispielsweise in Bayern allein über die Vermittlung eines Grosshandelsunternehmens von Landhändlern Lombardkredite in Höhe von 3,5 Mill.DM in Anspruch genommen. Bei demselben Unternehmen sind im folgenden Wirtschaftsjahr Lombardkredite für 23 000 t Getreide beantragt worden. Viele Landhändler, vor allem grössere Unternehmen, erhalten Lombardkredite über ihre Hausbanken. Die Genossenschaften wiederum arbeiten mit der Deutschen Genossenschaftsbank und den Darlehenskassen zusammen.

fa) Die Technik der Getreidelombardierung

Verfügt ein Getreidehändler über Getreide, das er lombardieren möchte, ersucht er um einen Lombardkredit bei einem Geldinstitut oder einem Getreidegrosshändler. Der direkte Weg zu den Banken steht nur grösseren Firmen offen, da die Banken gewisse Sicherheiten und Kenntnisse über den zu beleihenden Betrieb verlangen, die lediglich bei grösseren Betrieben vorliegen. In den weitaus meisten Fällen übernimmt der Getreidegrosshandel oder die Händlervereinigung die Lombardierung und beschafft die

Gelder über die Banken.

Die Ware wird in der Regel mit 90% des Verkaufswertes zum Zeitpunkt des Lombardantrages beliehen. Dieser ausgesprochen hohe Beleihungssatz erklärt sich aus der Sicherheit des Getreideabsatzes, die durch die staatliche Übernahmeverpflichtung zum Mindestpreis besteht. Zur Verbilligung der Finanzierung übergibt der Getreidehändler an das den Kredit vermittelnde Institut ein Wechselakzept in Höhe des Lombardkredites, das mit dem zur Zeit bestehenden Wechseldiskontsatz und den Wechselstempelspesen abgerechnet wird. Die Überweisung des Lombardbetrages erfolgt sofort, nachdem ein Lagerschein über die beliebene Menge, der auf den Namen des Kreditgebers ausgestellt ist, und das Akzept vorliegen. Der Lagerschein wird bei Rückzahlung des Lombardkredites an den Händler zurückgegeben. Für den gewährten Kredit ist dem Kreditgeber die beliebene Menge sicherungshalber auf dem Lager des Kreditnehmers zu übereignen. Die sicherungshalber übereigneten Mengen sind durch Schilder als das Eigentum des Kreditgebers zu kennzeichnen. Vielfach sind in den Lombardvertrag noch Klauseln eingebaut, die meist die Verfügungsberechtigung über die lombardierte Ware und die Einlösungsbedingungen betreffen. In der Regel haben die Kredite kurz- und mittelfristigen Charakter. Ihre Dauer beträgt zwischen einem und neun Monaten.

fb) Der Einfluss von Diskontsatz und Report auf die Inanspruchnahme von Lombardkrediten

Der Entschluss, die Ware sofort zu verkaufen oder zu lombardieren, steht und fällt mit den Kosten des Kredits im Verhältnis zum erwarteten Gewinn bei späterem Verkauf. Früher, als die staatliche Abnahmegarantie zum Min-

destpreis fehlte, war der Hauptzweck des Getreidelombards noch ein anderer. Er sollte - ähnlich einer Hypothek - gerade dann der Kreditbeschaffung dienen, wenn der Getreideabsatz besonders schwierig war.

Heute hängt die Inanspruchnahme des Lombardkredites von der Höhe des Diskontsatzes und der Reports ab.¹⁾ Liegen die Kosten der Lombardierung pro Mengeneinheit und Monat unter den monatlichen Preisaufschlägen, den Reports, so **erscheint** eine Lombardierung zweckmässig. Über die Lombardierung kann in diesem Fall ein Gewinn erwirtschaftet werden.

Die Kosten des Getreidelombards setzen sich aus den Kreditkosten und den Kosten der Getreidelagerung zusammen. Dabei ist zu bedenken, dass zwar mit der notwendigen Einlagerung der zu lombardierenden Mengen echte Lagerungskosten anfallen, jedoch infolge Ausnutzung des Eigenlagers eine Möglichkeit der Fixkostendeckung gegeben ist. Der Lombardkredit gewinnt somit nicht nur für die Kreditfunktion eine besondere Bedeutung, sondern auch für die Lagerfunktion. Die hier mögliche Kostendeckung bei gleichzeitiger Gewinnsteigerung ist ein gewisser Anreiz zur Lagerhaltung in eigenen Räumen.

g) Die Kreditkosten

Im Landhandel, der den Getreidehandel auf der Er-fasserstufe repräsentiert, bilden die Kassageschäfte nur

-
- 1) Über die Abhängigkeit der Inanspruchnahme von Lombardkrediten und der damit verbundenen Eigenlagerung von der jeweiligen Höhe der Zinssätze und der Reports wurde im Abschnitt B, Ziffer 2, Buchstabe *cd* auf Seite 89 ausführlich berichtet.

einen geringen Teil des Gesamtumsatzes (unter 10%),¹⁾ während der Verkauf auf Kredit breitesten Raum einnimmt. Hier entstehen Kosten, die vom Landhandel zu wenig beachtet werden. Die Gründe für die Unterschätzung dieser Kosten sind in anderen als wirtschaftlichen Überlegungen zu suchen. Die Konkurrenzlage dürfte der entscheidende Faktor für das Zögern bei der Berechnung von Verzugszinsen sein. Nicht zu unterschätzen ist auch der Umstand, dass der grösste Teil der Bauern heute kaufmännisch noch nicht genug geschult ist und eine Zinsberechnung oft als persönliche Schikane empfindet. Eine klare Festlegung der Zahlungskonditionen könnte bewirken, dass bei den Bauern diesbezüglich falsche Vorstellungen ausgeschaltet werden. "Entscheidend für die Kostenberechnung aus Finanzierungsleistungen sind die Ziffern des durchschnittlichen Buchkreditbestandes, des durchschnittlichen Wechselbestandes bzw. Wechselobligos, der durchschnittlichen Kreditdauer und der Überwälzungsfälle."²⁾

Gelingt es dem Landhändler, die Warenforderungen in Wechselforderungen umzuwandeln, erschliesst er sich über den Diskontmarkt Kreditquellen. "Eine Gegenüberstellung der Kosten dieser 'Quellenererschliessung' und der 'Weitergabeerlöse' wird sofort die Diskrepanz offenbar machen, die dort in eklatanter Masse auf dem Konto 'Verzugszinsen' sichtbar wird."³⁾

Ohne Übertreibung kann von einem Problem der Vergütung der Finanzierungsleistungen im Landhandel gesprochen werden. Die Bauern müssen dazu erzogen werden, auch diese

1) Vgl. Betriebsvergleich im Landhandel 1957, durchgeführt vom Institut für Handelsforschung an der Universität zu Köln, Ausgabe 27.10.1958 (unveröffentlicht).

2) 3) Havestadt, H.: Kosten und Kostenrechnung im Landhandel, in: Ernährungsdienst, 14.Jg., Nr.27 (7.März 1959), S.10.

Leistungen als echte, dem Händler zu vergütende Leistungen anzuerkennen. Bis jetzt wird vom Handel noch weitgehend auf die Kosten der Absatzfinanzierung verzichtet. Hier zeichnet sich ebenfalls eine neue Entwicklung ab. Sie geht dahin, statt des Versuchs die Kreditkosten teilweise in den Preis einzukalkulieren, günstige Preise zu geben und für die beanspruchten Kredite die üblichen Bankzinsen zu fordern.

Oberparleiter teilt die Kreditkosten auf in die Mehrkosten für die Verwaltungstätigkeit (Erkundung und Überwachung) und in den Zinsentgang und Entgang von Unternehmergewinn infolge der Aussperrung des Kreditkapitals vom Umsatz für die Zeit der Kreditdauer.

"In dem vollständigen oder teilweisen Verzicht auf den diesen Kalkulationsposten entsprechenden Preisaufschlag hat der Verkäufer ein Mittel in der Hand, dem Wettbewerb zu begegnen. Ausschlaggebend muss hier stets der Gedanke des Gesamtertrages sein. In dem Masse nämlich, in dem der Kreditverkauf eine Umsatzsteigerung bewirkt und damit fixe Kosten senkt oder deren Progression angesichts einer sonstigen Umsatzverringerung aufhält, ist auch die Möglichkeit, auf die durch den Kredit entstehenden Mehrkosten zu verzichten, gegeben."¹⁾

Ohne Zweifel ist die grosszügige Behandlung der Kreditkosten neben dem Verzicht auf berechnete Qualitätsabschläge ein wichtiger Wettbewerbsfaktor im Getreidehandel, besonders im Wettbewerb zwischen Handel und Genossenschaften. Der Verzicht auf die Kreditkosten entscheidet häufig auch darüber, ob ein Händler nicht überhaupt aus einem Geschäft ausgebootet wird.

1) Oberparleiter, K.: Funktionen und Risiken des Warenhandels, 2.Aufl., Wien 1955, S.53.

h) Das Kreditrisiko

Das Kreditrisiko umfasst alle Gefahren, die mit der Kreditgewährung und Kreditinanspruchnahme verbunden sind. Abgesehen von dem Geldwert- und Valutarisiko, die hier unbeachtet bleiben sollen, spricht man allgemein vom Dubiosenrisiko. Ein Kreditrisiko steckt ferner in einer unzutreffenden Auskunft und den mangelnden Kenntnissen über den Vermögensstand des Kreditnehmers. Das Kreditrisiko erhöht sich, wenn der Getreidehändler als Kreditgeber selbst Kreditnehmer ist. Dann kommt es zu einem aktiven und passiven Kreditrisiko.

Dieser Umstand führt zu einer Wechselwirkung der aktiven und passiven Kredite. Gelingt es dem Händler nicht, seine dem Landwirt gegebenen Kredite einzutreiben, dann ist er selbst nicht in der Lage, seine Kreditverpflichtungen bei der Bank abzudecken. Ein besonderes Risiko liegt dabei in der Unsicherheit der Ernteergebnisse. Wurden die Kredite grosszügig gewährt, so sind sie bei einer Missernte stark gefährdet. Eine ähnliche Wirkung entsteht bei einer Kreditsperre. Die Unfähigkeit der Händler, in diesem Falle weiterhin Kredite zu geben, schaltet ihn bald aus dem Warengeschäft aus. Ein besonderes Risiko liegt auch in der EVSt-G. Setzt diese ihre Intervention vorübergehend aus, bleibt der Landhändler auf den mit Krediten vorfinanzierten Getreidemengen sitzen, die er grosszügig im Vertrauen auf die Abnahme durch den Staat eingekauft hat. Verzögerung der Intervention um Monate kann zu beträchtlichen Schwierigkeiten führen.

2. Die Interessenwahrungs- und Beratungsfunktion

Der Getreidehandel, der als verbindendes Glied zwischen Erzeuger und Verbraucher steht, ist am besten geeignet, die Interessen und berechtigten Wünsche von Erzeugern und Verbrauchern zu vertreten. Die Notwendigkeit dieser Funktionen darf nicht unterschätzt werden, wenngleich sie derzeit nach aussen hin weder durch grosse Gemeinschaftseinrichtungen und Beratungsinstitute noch durch Werbung auftritt. Auch vom Getreidehandel, der selten in grossangelegter Werbung an seine Kunden herantritt, sind hier wichtige Aufgaben zu erfüllen. Das gilt nicht nur dann, wenn er in Fachzeitschriften und Fachverbänden gegenüber der Öffentlichkeit die berechtigten Interessen der Landwirtschaft im Kampf um die Preisfestsetzung und die Höhe der Qualitätszu- und -abschläge für Getreide vertritt, sondern ebenso wenn er den Ruf der Mühlen und Verbraucher nach Qualitätsware unterstützt. Seine Kenntnis der Verhältnisse auf beiden Seiten macht ihn zum gegebenen Berater in allen Fragen, die den Getreidemarkt betreffen.

So wird zur Zeit immer wieder über das Roggenüberschussproblem diskutiert. Hier eröffnet sich ein weites Betätigungsfeld im Rahmen der Beratungsfunktion, obwohl der entscheidende Anstoss zur Lösung des Problems von der staatlichen Agrarpolitik ausgehen muss; denn durch die nicht marktgerechten Roggenpreise kam es zu dem Überschuss. Die Erzeuger sind darüber aufzuklären, dass die Nachfrage nach Roggen stark gefallen ist und lediglich über die Einschränkung des Roggenanbaus und der stärkeren Roggenverfütterung auf dem Erzeugerhof eine Angleichung an die neue

Lage möglich ist. Es muss immer wieder darauf hingewiesen werden, dass allein eine Anpassung der Produktion an den Bedarf auf die Dauer den Betrieb und ein gesundes Einkommen des Bauern sichert. Dem Landwirt ist bei den notwendigen Umstellungen im Anpassungsprozess mit Rat und Tat zu helfen.

Ein weiteres Betätigungsfeld ist die Förderung des Qualitätsweizenanbaus. Mit der Bereitstellung erstklassigen Saatgutes und durch Anbauberatungen muss der Landwirt dazu bewegt werden, der Qualität den Vorrang vor der Quantität zu geben. Gleichzeitig hat der Handel auf eine Änderung der Agrarpolitik zu drängen, damit der Absatz des Qualitätsweizens gesichert ist und für die besseren Qualitäten ein besserer Preis bezahlt wird. Ein Schritt auf diesem Weg ist die Forderung einer Änderung des Getreidepreisgesetzes dahingehend, dass an Stelle der heute für den freien Verkehr noch unverbindlichen Qualitätszu- und -abschläge allgemeinverbindliche Zu- und Abschläge treten. Nur in der konsequenten Durchführung des Qualitätsgedankens kann der Preis ein echter Wertmesser für die Qualität sein.

In der überstürzten Mechanisierung der Landwirtschaft, besonders der Ernteverfahren, kann der Handel dem Landwirt auch hier beraten, damit es bei diesen Ernteverfahren zu gut verwertbarem Getreide kommt. Eine Aufklärung über die günstigsten Druschzeiten zur Vermeidung allzu hoher Getreidefeuchtigkeiten und über Druschgeschwindigkeit, Mähhöhe und Reinigung beim Dreschvorgang zur Vermeidung zu grossen Besatzes kann erheblich dazu beitragen, dass allzu hohe Qualitätsabschläge, die zu beiderseitigen Unstimmigkeiten Anlass geben, ausgeräumt werden. Die Hilfe bei der Wahl geeigneter Pflanzenschutzmittel, vor allem Unkrautbekämpfungsmittel, dient

dem gleichen Ziel.

Zur Interessenwahrungsfunktion gehört der Beitritt zu Berufsverbänden und die Gründung gemeinsamer Einrichtungen, wie z.B. einer gemeinsamen Untersuchungsanstalt für Getreide oder einer gemeinsamen Lehranstalt.

Als wesentliche Aufgaben im Rahmen dieser Funktion dürfen genannt werden:

1. Vertretung der berechtigten Interessen der Landwirtschaft und des Handels.
2. Wahrung des freien Wettbewerbs zwischen Handel und Genossenschaft.
3. Erziehung der Bauern zur Qualitätserzeugung.
4. Übermittlung der Erfahrungen auf Grund des Kontaktes mit Erzeugern und Verarbeitern.

Der kommende supranationale Markt gibt schon jetzt dem Handel den Auftrag, die Erzeuger auf den kommenden Wettbewerb mit den anderen Mitgliedern der EWG hinzuweisen. Allein eine bestmögliche Vorbereitung, darauf ist die Waffe gegen die dann auftretende Konkurrenz. Hier den Landwirt zu beraten, ist eine grosse Aufgabe des Getreidehandels.

IV. Die Marktfunktionen

Seit der Reglementierung des Getreidemarktes durch staatliche und halbstaatliche Organe, die mit der Gründung der "Reichsgetreidestelle" 1915 begann und in wechselnder Form bis heute durchgeführt wird, haben die Marktfunktionen des Getreidehandels viel an Gewicht verloren. Während und nach den beiden Weltkriegen war der Getreidemarkt zentral vom Staat gelenkt, ihm allein oblag die Verteilung der Erzeugung und die Festlegung der Marktpreise. Unsere derzeitige Marktordnung begann mit dem Erlass des Gesetzes über den Verkehr mit Getreide und Futtermitteln vom 4. November 1950 und der Gründung der EVSt-G im gleichen Jahr. Damit hat auch in dem bestehenden Wirtschaftssystem der Staat die Getreidemarktregulierung und die Festsetzung der Getreidepreise übernommen.

1. Die Markterschliessungs- und Markterhaltungsfunktion

Trotz der straffen Marktregulierung verblieb dem Getreidehandel eine Markterschliessungs- und Markterhaltungsfunktion. Für den einzelnen Betrieb ergeben sich daraus vor allem Fragen des Wettbewerbs. Dieser Wettbewerb, bei dem es um die Erhaltung des Marktanteils des einzelnen Betriebes geht, nimmt im Getreidehandel eigenartige Formen an. Eine Werbung wie in anderen Branchen treffen wir beim Getreidehandel nicht an. In jüngster Zeit konnte allerdings eine Werbung für den privaten Getreidehandel als solchen beobachtet werden, die dem Konkurrenzkampf

zwischen Handel und Genossenschaft entspringt. Es wird für die Vorzüge der vertretenen Wirtschaftsprinzipien geworben.

Da der Getreidehandel auf der Erfasserstufe mit dem Absatzgeschäft landwirtschaftlicher Bedarfsgüter gekoppelt ist, lässt sich die Werbung für den Getreidehandel nicht klar abgrenzen. Im allgemeinen wird für die Firma geworben, deren Name die Leistungen verbürgt.

Infolge der staatlich festgelegten Erzeugerhöchst- und -mindestpreise gibt es, nachdem sich der Preis schon langjährig auf den Mindestpreis eingespielt hat, so gut wie keine Preiskonkurrenz. Neben einer Art Kundendienst, der sich z.B. in der Abholung der Ware durch den Händler oder die kostenfreie Sackgestellung äussert, hat sich eine bemerkenswerte Wettbewerbskonkurrenz hinsichtlich der Qualitätsabschläge herausgebildet. Dieses neue und eigenartige Wettbewerbsmittel besteht darin, dass im Kampf um den Kunden die auf Grund der Qualitätsfeststellung ermittelten Abschläge für Feuchtigkeit und Besatz dem Anlieferer teilweise oder vollkommen erlassen werden. Die bestehende Kannvorschrift der DVO erleichtert eine solche Handhabung. Besonders im Konkurrenzkampf zwischen Handel und Genossenschaften findet man diese Wettbewerbspraxis. Dabei ist der Händler mit einem guten Absatzgeschäft in landwirtschaftlichen Bedarfsgütern im Vorteil; denn über den forcierten Verkauf von Bedarfsgütern kann er den beim Getreidegeschäft erlittenen Verlust wettmachen. Das ist ein typisches Beispiel für den kalkulatorischen Ausgleich. Es ist erwiesen, dass ein Abschlag beim Getreideverkauf zu einer wesentlich grösseren Verstimmung des Bauern führt als eine etwaige leichte Preiserhöhung bei Betriebsmitteln.

Eine Markterschliessungsfunktion des Getreidehandels

kann ausser Betracht bleiben, soweit hierunter die Erschliessung ganz neuer regionaler Märkte zu verstehen ist. Der Getreidehandel zeichnet sich hier durch eine besondere Starrheit aus. Mit Inkrafttreten der EWG wird jedoch diese Funktion neue Bedeutung erlangen. Schon heute aber schafft die Überschusssituation an deutschem Roggen und Füllweizen den Anlass, neue Märkte für den Absatz dieser Produkte zu erschliessen. Dabei geht es nicht so sehr um die Erschliessung neuer regionaler Märkte - dazu ist das deutsche Preisniveau viel zu hoch - , sondern mehr um die Auffindung neuer Verwendungsbereiche, so etwa in Form einer verstärkten Verfütterung oder zunehmender Verwendung im Kraftfutter. Erfolgreich kann auch eine Werbung zur verstärkten Verwendung von Getreide im Rahmen der Reformbewegung und der Lebensmittelchemie sein.¹⁾ Grundlegende Änderungen der heutigen Marktlage lassen sich allerdings nicht herbeiführen, da der Getreidemarkt auf Grund der geringen Elastizität der Nachfrage einen der stabilsten Märkte darstellt.

Haben infolge der Stabilität des Getreideverbrauchs und der staatlichen Marktordnung die Markterschliessungs- und Markterhaltungsfunktion im Getreidehandel niemals die gleiche Bedeutung wie in anderen Branchen, so sollte diesen Aufgaben doch mehr Aufmerksamkeit als bisher geschenkt werden, und zwar gerade jetzt, da der Brotkonsum ständig fällt und sich ein langfristiger Trend zu geringerem Brotverzehr zeigt.²⁾

1) Die Abkehr vom Roggenbrotkonsum hängt auch mit dem Gesundheitswillen zusammen. Man denke nur an den grossen Roggenverbrauch während der Zeit von 1933 - 1945. Damals wurde unter der Devise 'gesünder leben' der Roggenverbrauch stark gefördert, wenngleich politische Ziele die Hauptrolle spielten.

2) Vgl. dazu Tabelle 6, Tabellenanhang S.3.

2. Die Preisbildungs- und Preisausgleichsfunktion

Bei der Preisbildungs- und Preisausgleichsfunktion stösst man auf die Funktion, die heute in ihren wichtigsten Teilen vollkommen aus dem Funktionsbereich des Getreidehandels ausgeklammert und staatlichen Organen übertragen worden ist. Das Getreidepreisgesetz mit den Erzeugerhöchst- und -mindestpreisen - für alle Getreidearten gebietlich und monatlich gestaffelt - , die Kannvorschrift über Qualitätszu- und -abschläge, die Festsetzung der Handelsspannen und der Vergütungssätze für Transport und Manipulationen im Geschäftsverkehr mit der EVSt-G stellen den Getreidehandel vor ein festes Kosten- und Preisgefüge, das nur geringfügige Preisvarianten erlaubt. Im Importhandel wird dieselbe Wirkung durch die Mengenschleuse, die Festsetzung der Basisfracht und der Pauschalfrachten zu den Paritätspunkten im Inland sowie die Erhebung der Abschöpfungsbeträge erreicht.

Besteht auch trotz Festsetzung der Erzeugerhöchst- und -mindestpreise für den Handel in der Abrechnung mit den Abnehmern ein gewisser Preisspielraum, so hat sich zumindest in den letzten Jahren erwiesen, dass sich der Preis infolge des dauernden Überangebotes auf die Mindestbasis zuzüglich der von der EVSt-G festgesetzten Handelsspanne eingespielt hat. Nur selten kam es zu Abschlüssen in etwas höher liegenden Preisen. Ebenso greift die Variationsmöglichkeit der Preise, die in der Anwendung der Kannvorschriften für die Qualitätszu- und -abschläge im freien Getreideverkehr besteht, nicht direkt in den Preisbildungsprozess ein; denn die Abrechnung mit den Abnehmern geschieht in den überwiegenden Fällen nach diesen

Vorschriften. Lediglich in der Abrechnung mit den Erzeugern findet sich zuweilen ein Verzicht auf berechnete Abschläge.

Allein bei Sonderqualitäten, Industrie- und Futtergetreide kann eine bescheidene Preisbildungsfunktion erkannt werden, die sich aber letztlich ebenfalls nur innerhalb der gesetzlichen Preisgrenzen bewegen kann.

Mit dem Verlust der Preisbildungs- und Preisausgleichsfunktion hat der Getreidehandel auch das Preisrisiko verloren. Mit der Ausschaltung des Preisrisikos, dem gesicherten Absatz zum Mindestpreis zuzüglich der Handelsspanne sieht sich der Getreidehandel einem total gesicherten Absatz gegenüber. Die Absatzfrage ist durch die staatliche Intervention gelöst, und die Prämisse des Getreidehandels ist, sich vom Ernteaufkommen einen möglichst grossen Marktanteil und damit Umsatz zu sichern, der die garantierte Handelsspanne bringt.

C. Die staatliche Getreidemarktordnung und
ihre Wirkung auf die Funktionen des
Getreidehandels

I. Die agrarpolitischen Grundlagen und Ziel-
setzungen

Die volkswirtschaftliche Eigenart der Agrarwirtschaft bildet die Grundlage für die Agrarpolitik. Nach Weber¹⁾ liegt diese volkswirtschaftliche Eigenart unter anderem in folgendem:

"1. die Landwirtschaft bringt die lebenswichtigsten Güter hervor, die als solche zu einem sehr erheblichen Teil auf eine wenig elastische Nachfrage stossen; die Verknappung muss sich dadurch in einem ausserordentlich starken Preisauftrieb äussern. ...

2. Die Landwirtschaft kann neuentstehenden Kosten-
nachteilen nicht durch Standortwechsel ausweichen. ...

3. Die Grenzproduzenten werden bei stark sinkenden Agrarpreisen im Gegensatz zu den gewerblichen Produzenten in der Regel nicht ausgeschaltet; sie bleiben mit ihrem Angebot am Markt und erschweren die Anpassung der landwirtschaftlichen Preise an den Gleichgewichtspreis.

4. Die marktwirtschaftliche Denkweise liegt namentlich den kleinen landwirtschaftlichen Produzenten bei ihrer stark traditionell gebundenen Wirtschaftshaltung

1) Weber, A.: Kurzgefasste Volkswirtschaftspolitik.
6.Aufl., Berlin 1951, S.96.

meist fern; sie haben weder die Fähigkeit noch die Zeit, sich in die jeweilige Eigenart der marktwirtschaftlichen Gegebenheiten zu vertiefen; das um so weniger, weil die Landwirtschaft in unserer Anbauzone notwendigerweise sehr vielgestaltig ist, was die produktionstechnische Reaktion auf marktändernde Faktoren noch weiter erschwert. Die Betriebselastizität wird dadurch noch geringer, als sie schon durch die Bindung an den gegebenen Boden ist."¹⁾

Das Streben nach Autarkie, nach nationaler Unabhängigkeit in der Ernährung, das lange Zeit die Agrarpolitik beherrschte, beeinflusst sie heute noch. Auf den angeführten Grundlagen bauen auch die derzeitigen agrarpolitischen Zielsetzungen auf.

Dem Ziel, die landwirtschaftlichen Betriebe in der BRD in weitgehendem Masse zu erhalten, werden alle Überlegungen untergeordnet. Die Sicherung stabiler Preise und die Steigerung der Produktivität soll dieses Ziel erreichen helfen.

Seit Ende des vorigen Jahrhunderts ist die Agrarpolitik darauf gerichtet, eine möglichst hohe Ausnutzung der heimischen Böden und hohe Flächenerträge zu erzielen.²⁾ In Anbetracht der besonderen Verhältnisse der landwirtschaftlichen Produktion in Deutschland liessen sich die Ziele der deutschen Agrarpolitik nur dadurch erreichen, dass das inländische Agrarpreisniveau von der Preisentwicklung an den Weltmärkten "abgesetzt" und vor übermässigen Schwankungen bewahrt wurde.

1) Weber, A.: Kurzgefasste Volkswirtschaftspolitik, 6. Aufl., Berlin 1951, S. 96.

2) Das bedeutet einerseits die Heranziehung auch minderwertiger Böden, andererseits die Förderung des Anbaus nur hochwertiger Bodenerzeugnisse auf den guten Böden.

Dieses so entstandene isolierte Preisniveau soll dem Erzeuger einen "guten" Preis garantieren, den Verbraucher vor "überhöhten" Preisen schützen und die Erzeugung anregen. "Die landwirtschaftliche Produktion ist auf eine weitgehende Stabilisierung der Betriebsführung und der sie bedingenden Verhältnisse angewiesen. Ein wildes Auf und Ab der Preise steht im Widerspruch zu der inneren Natur des landwirtschaftlichen Betriebes. Gerade die intensive und vielseitige europäische Landwirtschaft erfordert von dem Landwirt, der auf der Höhe der Technik bleiben und aus dem ihm anvertrauten Boden Höchstleistungen für sich und seine Familie und die Volkswirtschaft herausholen soll, ein so hohes Mass von Fachkenntnis, beruflicher Passion und nie ermüdender Aufmerksamkeit für die Erfordernisse des Betriebes, dass er von der Sorge für den Absatz seiner Produkte und insbesondere von der ständigen Verfolgung eines unübersichtlichen Marktes möglichst entlastet sein soll. Für das Betriebsergebnis ist das allgemeine Niveau der Preise, die der Landwirt erhält, und insbesondere das Verhältnis des Niveaus dieser Erzeugerpreise zum Preisniveau seiner wichtigsten Gebrauchsgegenstände natürlich von entscheidender Bedeutung. Fast ebenso wichtig ist es, dass der Landwirt für seine wichtigsten Verkaufserzeugnisse mit einigermaßen stabilen Preisen rechnen kann."¹⁾

Die Agrarpolitik möchte die Stabilität des Absatzes, der Preise und der Versorgung sichern. Zuerst dachte sie an die Erzielung stabiler Einzelpreise für die Agrarprodukte. Dadurch sollte einerseits der Landwirtschaft ein

1) Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Gutachten des Ausschusses für landwirtschaftliche Marktordnung, Bonn 1950, Gutachten B, Abschnitt I, S. 25.

sicheres Einkommen garantiert werden; andererseits wurde und wird versucht, über den stabilen Preis eine Einkommensparität zwischen Landwirtschaft und Industrie zu erzwingen. Letzteres lässt sich nicht erreichen, weil sie vor allem von der vergleichswisen Rationalität des Einsatzes der Produktionsfaktoren abhängt.

Die von der Agrarpolitik angestrebten Preise sollen aber zugleich soziale Preise sein, d.h. der Kaufkraft der einkommensschwachen Bevölkerungskreise, für welche die Preise der Agrarerzeugnisse - vor allem Getreide - von grösster Bedeutung sind, Rechnung tragen. Schliesslich soll über den angestrebten Preis die heimische Produktion angeregt und damit die Importabhängigkeit vermindert werden. Um diese Ziele zu erreichen, bedient sich die heutige Agrarpolitik nicht des freien Wettbewerbs, sondern umfassender dirigistischer Massnahmen.

Das zweite grosse Ziel neben der Stabilisierung der Einzelpreise ist die Förderung der Produktivität. Den wertvollsten Beitrag dazu sollen die stabilen Erzeugerpreise bilden. Sie sollen die Technisierung und Rationalisierung der Landwirtschaft ermöglichen und dadurch die landwirtschaftlichen Einkommen den Industrieinkommen angleichen. Was über die stabilen Preise zur Steigerung der Produktivität nicht erreicht werden kann, soll durch gezielte Massnahmen geschehen. Im "Grünen Plan" wurde daher die Verbilligung bestimmter Betriebsstoffe eingeführt und die Rationalisierung der Betriebe durch die Förderung von Wegebau, Elektrifizierung, Flurbereinigung, Aussiedlung und vieles andere angeregt.

Das Ziel der Agrarpolitik ist weiterhin die Sicherung der Versorgung. Deshalb erstrebt sie neben der Förderung der heimischen Produktion eine grosszügige Vorratswirtschaft, die gerade bei der schwankenden Erzeugung der

Landwirtschaft besondere Bedeutung erlangen muss. Die Aufgaben der Vorratswirtschaft sind:

1. Verringerung übermässiger Saisonschwankungen der Preise,
2. Ausgleich zwischen Jahren mit hohen und geringen Ernten,
3. Sicherung einer ununterbrochenen Versorgung.

In einem Land mit überwiegendem Industriecharakter hat die Agrarpolitik auch auf die Bedürfnisse der Industrie Rücksicht zu nehmen. Die Bedeutung des Industrieexportes führt zu einer Aussenhandelsverflechtung, die nicht ohne Rückwirkung auf die Agrarpolitik ist. Diesen Gegebenheiten muss die deutsche Agrarpolitik Rechnung tragen. Besonders betroffen davon wird die Importpolitik gegenüber den Agrarexportländern.

Letztlich soll aber die Agrarpolitik über ihre Preispolitik eine Lenkung der Produktion dahingehend erreichen, dass diejenigen Produkte erzeugt werden, die den volkswirtschaftlich grössten Nutzen bringen.

Neben volkswirtschaftlichen Zielen verfolgt die Agrarpolitik ferner gesellschaftliche. Nach wie vor wird der Erhaltung eines selbständigen Bauerntums grosse Aufmerksamkeit geschenkt.

An manchen der dargelegten Ziele der Agrarpolitik könnte eine erhebliche Kritik geübt werden. Sie wird je nach der Auffassung des Kritikers sehr verschieden sein. Das ist auch der Grund, dass von einer allgemeinen deutschen Agrarpolitik nicht gesprochen werden kann. Nur zu deutlich kommt dies in den Gutachten des Ausschusses für landwirtschaftliche Marktordnung zum Ausdruck. In diesen

konnten sich die Wissenschaftler nicht auf eine gemeinsame Agrarpolitik einigen. So kam es zu getrennten Gutachten. Die dort vorgebrachten Forderungen und Argumente geben den besten Aufschluss über den bestehenden agrarpolitischen Gegensatz, der bis heute die Vertreter der Wettbewerbsordnung und die Vertreter der Intervention trennt.¹⁾

II. Aufbau der Getreidemarktordnung

1. Geschichtlicher Überblick

Die ersten staatlichen Eingriffe zur Regelung von Angebot und Nachfrage bei Getreide finden sich während der Kriegsjahre 1914 - 1918. 1915 wurde in Deutschland zur Behebung der durch den Weltkrieg entstandenen Versorgungsschwierigkeiten eine "Reichsgetreidestelle" gegründet. Ihre Aufgabe war die gerechte Verteilung des vorhandenen Getreides an die Verbraucher.

In den folgenden Jahren von 1918 - 1933 zeigt sich eine Tendenz zur Einschränkung der Lenkungsmaßnahmen des Staates. Die "Reichsgetreidestelle" übernahm in den ersten Jahren nach Beendigung des Krieges zunächst die Stützung des Inlandgetreidemarktes durch agrarpolitische Massnahmen, wurde aber dann im Jahre 1926 aufgelöst. An ihrer Stelle griff die Getreidehandelsgesellschaft (GHG) durch

1) Vgl. Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Gutachten des Ausschusses für landwirtschaftliche Marktordnung, Bonn 1950.

Stützungskäufe in den Markt ein. Die bereits seit 1924 bestehende Gesellschaft hatte folgende Gesellschafter: die Bezugsvereinigung deutscher Landwirte, das Stickstoffsyndikat, das Kalisyndikat, die Grosseinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine und den Verband Pommerscher Müller-Innungen.¹⁾ Mit der GHG arbeitete die "Getreide-, Industrie- und Commissions-AG" zusammen.

1929 führte man zur Stützung der Erlöse der inländischen Getreideerzeuger den Verwendungszwang für Inlandweizen bei der Vermahlung von Auslandsweizen ein. Die Schaffung eines staatlichen Maismonopols im Jahre 1930 diente demselben Zweck. Das erste deutsche Getreidemonopol war damit entstanden.

Durch das Gesetz vom 30. Mai 1930 wurden schliesslich das Maismonopol und die GHG in der "Reichsstelle für Getreide, Futtermittel und sonstige landwirtschaftliche Erzeugnisse" vereinigt. Diese Reichsgetreidestelle ist das eigentliche Vorbild der heutigen Einfuhr- und Vorratsstelle für Getreide und Futtermittel, insbesondere in technischer Hinsicht.

Die Jahre zwischen 1933 und 1945 brachten infolge der neuen politischen Auffassungen und des zweiten Weltkrieges eine weitere Ausdehnung der staatlichen Aufsicht und Einflussnahme auf dem Getreidemarkt.

Rechtlich besteht zwischen der Reichsgetreidestelle und der derzeitigen Einfuhr- und Vorratsstelle kein Zusammenhang. Bis 1949 war kein Abbau der bis dahin bestehenden zwangswirtschaftlichen Massnahmen zu erkennen. Die Nachfolge der Reichsgetreidestelle trat 1945 zunächst nur in der britischen Zone eine Vorrats- und Einfuhrstelle an, die ab 1946 ihren Zuständigkeitsbereich auf die ameri-

1) Vgl. Boerckel, W.: Einfuhr- und Vorratsstellen als Mittel der Agrarpolitik, Mainz 1959, S.12.

kanische Zone ausdehnte.

Die Errichtung der heutigen Einfuhr- und Vorratsstelle für Getreide (EVSt-G) geht auf das Gesetz über den Verkehr mit Getreide und Futtermitteln (Getreidegesetz) vom 4. November 1950 in der Fassung vom 24. November 1951 (BGBl I, S. 901 ff.) zurück. Die Errichtung geschah im Einklang mit dem Prinzip der sozialen Marktwirtschaft, aus dem folgt, dass der freie Wettbewerb dort notwendig seine Grenze finden muss, wo er die preisgerechte Bedarfsdeckung des Marktes nicht sicherzustellen vermag.

Die EVSt-G, die in der ersten Zeit nach der Währungsreform entstanden war, hatte etwa bis Ende 1953 hauptsächlich die Aufgabe, die Einfuhren von den höheren Einfuhrpreisen durch Subventionen auf das niedrigere Inlandspreisniveau herabzuschleusen. Mit der Verschiebung des Verhältnisses von Einfuhr und Inlandserzeugung hat sich auch die Aufgabenstellung der EVSt-G verändert. Schutz der inländischen Erzeugung durch Preisgarantie, Einfuhrschleuse und Anhebung der Importpreise auf das Inlandspreisniveau bilden die heutigen Schwerpunkte der Tätigkeit der EVSt-G.

2. Das Getreidegesetz und die für den Getreidehandel entscheidenden Eingriffe

Das Gesetz über den Verkehr mit Getreide und Futtermitteln (Getreidegesetz) in der Fassung vom 24. November 1951 (BGBl I, Nr. 54, S. 901) und die Durchführungsverordnungen zu diesem Gesetz bilden die rechtliche Grundlage für die bestehende Getreidemarktordnung.

Die den Getreidehandel betreffenden Eingriffe die-

ses Gesetzes sind:

1. die Aufstellung eines Versorgungsplanes in Verbindung mit einer Importlenkung,
2. die Einführung des Beimahlungszwanges von Inlandgetreide zur Sicherung des Absatzes,
3. die Errichtung einer Einfuhr- und Vorratsstelle für Getreide und Futtermittel (EVSt-G) mit gesetzlich festgelegten Aufgaben,
4. die Preisregelung für Getreide durch die Schaffung jährlicher Getreidepreisgesetze (GetrPrG),
5. die Einrichtung des Frachtenausgleichs.

In diesen gesetzlichen Bestimmungen kommt klar zum Ausdruck, dass nun der Staat die Sorge um den Ausgleich von Angebot und Nachfrage, die Preisfindung und den übergebietlichen Ausgleich selbst übernimmt. Damit hat er dem Getreidehandel seine wesenseigenen Aufgaben zumindest in dispositiver Hinsicht genommen und ihn in die Rolle eines Ausführungsorganes abgedrängt.

3. Die Einfuhr- und Vorratsstelle für Getreide und Futtermittel (EVSt-G)

Zur Überwachung und Ausführung der im GetrG beschlossenen Aufgaben wurde neben einer Mühlenstelle die EVSt-G gegründet, die das ausführende Organ der staatlichen Marktordnung verkörpert. Ihrer entscheidenden Bedeutung wegen ist es notwendig, auf diese Institution näher einzugehen.

a) Rechtsgrundlage und Rechtsform der Einfuhr- und Vorratsstelle für Getreide und Futtermittel

Das Wirtschaftsverfassungsrecht des Grundgesetzes (GG) liegt im Kraftfeld zweier Grundrechte: der im eigentlichen Grundrechtsteil festgelegten und verbürgten Individualsphäre (aus Art.2 GG folgend) und der Verpflichtung zum sozialen Rechtsstaat (aus Art.20 und 28 GG folgend).

Mit der Errichtung der EVSt-G sollte eine Handhabe geschaffen werden, um die Getreideversorgung jedes einzelnen mengen- und preismässig sicherzustellen. Zweifellos bestand auch zu der Zeit, als die EVSt-G errichtet wurde, infolge der hohen Preise für Importgetreide die Notwendigkeit einer staatlichen Einflussnahme. Es bleibt lediglich die Frage, ob der Staat nur auf diesem Weg die Sicherstellung der Versorgung gewährleisten konnte.

Die spezielle Rechtsgrundlage der EVSt-G ist das Getreidegesetz. Auf Grund dieses Gesetzes wurde die EVSt-G mit dem Sitz in Frankfurt-Main errichtet.

Für die Rechtsform der EVSt-G wählte der Gesetzgeber die Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie kann kraft der ihr verliehenen Rechtsfähigkeit Träger von Rechten und Pflichten zivil- und öffentlich-rechtlicher Art sein.

Die Errichtung der EVSt-G als selbständige Anstalt des öffentlichen Rechts schliesst aus, dass es sich hier um eine Behörde handelt. Behörden sind ein Teil der staatlichen Organisation und können demnach nicht mit einer selbständigen Rechtspersönlichkeit ausgestattet sein, weil die staatliche Organisation - auch wenn die Funktionen des Staates auf verschiedene Behörden ausgegliedert sind - eine Einheit ist. Da zur Durchführung der Aufgaben der

EVSt-G, insbesondere der Vorratshaltung, beachtliche kaufmännische und finanzielle Geschäfte erforderlich sind, wurde die Ausgliederung der EVSt-G aus dem allgemeinen Verwaltungsaufbau für besser gehalten. Sie im Rahmen des Haushaltsplanes bei einer Behörde des Bundesernährungsministeriums unterzubringen, hätte nicht unerhebliche technische Schwierigkeiten zur Folge gehabt. Schon aus diesem Grunde schien die Ausgliederung ratsam. Ein weiterer Grund für die Ausgliederung aus dem allgemeinen Verwaltungsaufbau ist die Zwitterstellung der EVSt-G, die auf der Auflage beruht, die Lenkung des Wirtschaftsablaufes teils auf hoheitlicher, teils auf privatrechtlicher Grundlage durchzuführen. Diese Gründe sprachen für die gegebene Rechtsform und die Ausgliederung aus dem allgemeinen Verwaltungsaufbau.

b) Die Organisation der Einfuhr- und Vorratsstelle für Getreide und Futtermittel

Die EVSt-G hat als Anstalt des öffentlichen Rechts zwei Organe, den Vorstand und den Verwaltungsrat. Der Vorstand, dem zwei ordentliche und zwei stellvertretende Mitglieder angehören, ist das ausführende Organ der EVSt-G. Bestellt wird er auf Vorschlag des Verwaltungsrates vom Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BMin-E). Er ist für die Führung der laufenden Geschäfte nach den Vorschriften der Satzung und den Weisungen des BMin-E und den Beschlüssen des Verwaltungsrates verantwortlich.

Der Verwaltungsrat besteht aus 25 Mitgliedern, die sich aus Vertretern des Bundesernährungsministeriums (BEM), des Bundeswirtschaftsministeriums und des Bundesfinanzministeriums sowie Vertretern der Obersten Landesbehörden

und der beteiligten Wirtschaftskreise (Landwirtschaft, Handel, Verarbeiter und Verbraucher) zusammensetzen. Dem Verwaltungsrat obliegt die Überwachung des Vorstandes und die Beschlussfassung in wesentlichen Fragen.

Allerdings ist das Weisungsrecht des BMin-E den Beschlüssen des Verwaltungsrates vorgelagert, so dass die Möglichkeit der Einflussnahme der im Verwaltungsrat beteiligten Wirtschaftskreise zumindest in der Theorie stark beeinträchtigt ist. Im Verwaltungsrat zeigt sich weiterhin ein zahlenmässiges Übergewicht der Vertreter der Verarbeitungs- und Absatzwirtschaft gegenüber denen der Landwirtschaft. Dieses Übergewicht kommt aber kaum zur Auswirkung, da es letztlich von den Richtlinien der Vertreter der Bundesministerien und der Obersten Landesbehörden abhängt, welche Gesichtspunkte bei den Beschlüssen und Entscheidungen des Verwaltungsrates den Ausschlag geben, insbesondere ob die Belange der Erzeuger oder der Verbraucher den Vorrang haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden, wodurch der Standpunkt des BEM den Ausschlag gibt.

Der Einfluss des BEM auf die Tätigkeit der EVSt-G ist demnach in doppelter Weise gesichert: dadurch, dass seine Stimme bei Stimmengleichheit in Beschlüssen des Verwaltungsrates entscheidet und dass der BMin-E ein Weisungsrecht gegenüber dem Vorstand der EVSt-G besitzt.

In diesem Lichte erscheinen die Befugnisse des Verwaltungsrates zur Beschlussfassung in allen grundsätzlichen Fragen, die zum Aufgabenbereich der EVSt-G gehören, wie die Festsetzung der Übernahmepreise, die Durchführung und der Umfang der Lagerhaltung, die Entscheidung über das Eingehen von Verbindlichkeiten u.ä. als nicht allzu bedeutsam.¹⁾

1) Die Satzung der EVSt-G (BGBl I, 1951, S.82) regelt Aufgaben und Pflichten der Organe der EVSt-G.

Die starke Stellung des BEM gegenüber der EVSt-G gibt diesem die Möglichkeit, in jeder Situation seiner Auffassung Geltung zu verschaffen. Praktisch ist die EVSt-G der "verlängerte Arm" des Bundesernährungsministeriums.¹⁾

c) Die Aufgaben der Einfuhr- und Vorratsstelle für Getreide und Futtermittel

Die Aufgaben der EVSt-G sind eindeutig und klar in § 8 GetrG geregelt.²⁾ In den 9 Absätzen dieses Paragraphen werden die Kompetenzen der EVSt-G genau formuliert. Das Wesentliche darin ist kurzgefasst folgendes:

Ohne Genehmigung ist eine legale Einfuhr ausgeschlossen. Jede eingeführte Ware muss der EVSt-G zum Kauf angeboten werden (Andienungspflicht). Die EVSt-G hat das Recht, aber nicht die Pflicht, die angediente Ware zu übernehmen (Übernahmerecht). Macht sie vom Übernahmerecht Gebrauch, verpflichtet sie den Importeur zum Rückkauf der Ware zum festgesetzten Abgabepreis. In diesem Zusammenhang kann die EVSt-G die Entrichtung einer Importabgabe je Einfuhreinheit (Abschöpfungsbetrag) verlangen oder Subventionen zu den Einfuhren leisten. Daneben ist die EVSt-G befugt, den Importeuren Auflagen zu erteilen, die den Zeitpunkt der Weiterlieferung, die gebietliche Verteilung und den Verwendungszweck betreffen. Weiterhin hat die EVSt-G das Recht und die Aufgabe, Vorräte in Inland- und Auslandsgetreide anzulegen - je nach Marktlage und den bereitgestellten Haushaltsmitteln. Ebenso unterliegt die Ausfuhr von Getreide und Getreideerzeugnissen der Genehmigung

1) Vgl. Schmitz, H.: Öffentlich-rechtliche Stellung und Aufgaben der EVSt-G, Diss. Köln 1956, S.25.

2) Vgl. GetrG § 8, in: BGBl I, 1951, S.903.

durch den BMin-E und der Zustimmung der EVSt-G.

Den weitreichenden Rechten der EVSt-G steht lediglich die eine Verpflichtung gegenüber der privaten Wirtschaft entgegen, die der EVSt-G auferlegt, dass sie sich bei der Durchführung ihrer kaufmännischen und technischen Aufgaben der Einrichtungen der freien Wirtschaft bedienen soll (§ 8 Abs.9 GetrG). Es ist der EVSt-G untersagt, eigene Betriebe zu errichten oder Betriebe zu erwerben. Nur mit Zustimmung des BMin-E sind Ausnahmen zulässig.

Umfang und Zielsetzung der Aufgaben ermöglichen es der EVSt-G, sich jeweils den gegebenen Marktverhältnissen anpassend, die Einhaltung und Erfüllung der gesetzten Marktordnung zu gewährleisten.

III. Die Eingriffe in die Funktionen des Getreidehandels als Folge der Marktordnung

Eine der entscheidenden Ursachen der staatlichen Reglementierung des Getreidemarktes war von jeher der Versuch, Angebot und Nachfrage in ein Verhältnis zu bringen, das Anbieter und Nachfrager nicht unbillig benachteiligt. In Zeiten von Versorgungsschwierigkeiten ging es um die gerechte Verteilung des Getreides an die Bevölkerung, in Zeiten der Überproduktion und des Überangebotes um den Schutz und die Erhaltung der heimischen Produktion und des Bauernstandes. In jedem Falle handelt es sich um ein Ausgleichsproblem. Der Ausgleich von Angebot und Nachfrage ist aber die typische Funktion des Handels. Da die kaufmännischen Prinzipien des Handels, das

billigste Angebot und die teuerste Nachfrage zu suchen, nicht immer mit den wirtschaftspolitischen und sozialen Interessen des Staates in Einklang zu bringen sind, glaubt sich der Staat gezwungen, auf diesem bedeutsamen Markt die Ausgleichsfunktion selbst übernehmen oder weitgehend durch staatliche Lenkungsmassnahmen steuern zu müssen.

1. Die Übernahme der Preisbildungsfunktion

Die zentrale Bedeutung des Getreidepreises für Erzeuger und Verbraucher veranlasste den Staat schon frühzeitig, kraft seiner Autorität auf die Getreidepreise einzuwirken. In Notzeiten galt es, die Verbraucher vor überhöhten Preisen zu schützen und in Zeiten des Angebotdruckes der Landwirtschaft ein notwendiges Einkommen zu sichern. Die Versorgung der Bevölkerung zu angemessenen Preisen und die Erhaltung der landwirtschaftlichen Betriebe durch "gesunde" Erzeugerpreise waren und sind die Beweggründe für die staatliche Preisregulierung. Infolge seiner Wichtigkeit glaubt man, den Getreidemarkt so weit von aussen beeinflussen zu müssen, wie es nötig ist, um wirtschaftliche und soziale Erschütterungen zu vermeiden.

a) Die Bedeutung der Getreidepreise für die Agrarwirtschaft

Die Wichtigkeit und Schlüsselstellung der Getreidepreise unter den Agrarpreisen ist unumstritten, wenn auch die Barerlöse der Landwirtschaft aus den Getreideverkäufen nur 11 - 12% (1958/59 10,5%)¹⁾ der landwirtschaft-

1) Vgl. Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft

lichen Einkommen betragen. Aus der Erkenntnis dieser Schlüsselposition hat heute der Staat die Bildung der Getreidepreise übernommen; denn die Fixierung des Getreidepreisniveaus ist für die wirtschaftliche Stellung der deutschen Landwirtschaft von überragender Wichtigkeit. Damit will der Staat den Folgen begegnen, denen die deutsche Landwirtschaft in der bestehenden Situation bei freien Preisen ausgeliefert wäre. Die viel niedrigeren Weltmarktpreise würden die deutsche Landwirtschaft in eine ernste Krise treiben. Die Sekundärwirkungen einer solchen Entwicklung trafen grosse Teile der Gesamtwirtschaft empfindlich.

Die Höhe des Getreidepreises ist nicht nur wesentlich für die Getreideverkäufe der Landwirtschaft, sondern infolge der Interdependenz der Agrarpreise im besonderen auch für die Preise der übrigen Agrarprodukte; denn Getreide ist gleichzeitig Vorprodukt der Viehzucht als Futtermittel und Substitutionsgut als Brot gegenüber Fleisch. Darüber hinaus ist Getreide in doppelter Hinsicht Substitutionsgut gegenüber den Kartoffeln, und zwar als Nahrungs- und als Futtermittel. Der Getreidepreis beeinflusst demnach sowohl das Niveau der Fleischpreise wie das der Kartoffelpreise und verschiedener Futtermittel.¹⁾ Da Getreide ferner als Futtermittel in der Geflügelwirtschaft verwendet wird, wirkt eine Getreidepreisänderung ebenso auf die Preise für Geflügel und Eier ein.

und Forsten: Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 1959, Hamburg - Berlin 1960, Tab. 214, S. 128.

- 1) Fast die Hälfte der Kartoffelernte der BRD wird als Futter verwendet und steht somit im Wettbewerb mit dem Futtergetreide. Die Höhe der Kartoffelpreise, die im Gegensatz zu den Getreidepreisen frei gebildet werden, wird daher - zumindest langfristig - von der Höhe der Getreidepreise bestimmt.

Niedrige Getreidepreise geben der Schweine- und Geflügelhaltung starken Auftrieb. Schweinefleisch, Geflügel und Eier stehen wiederum im Wettbewerb mit Rindfleisch. Niedrige Preise jener Erzeugnisse würden nach einer gewissen Zeit deshalb zu einem Absinken der Rindfleischpreise führen. Die Verlagerung des Schwergewichts der Rindernutzung auf die Milcherzeugung wäre die zwangsläufige Folge. Hierdurch würde sich aber der Milchpreis verschieben. Das jedoch würde bedeuten, dass auch das Rauh- und Saftfutter, das etwa die Hälfte der gesamten Bodenproduktion ausmacht, geringer verwertet würde. Die Höhe der Getreidepreise bestimmt demnach, wenige Spezialerzeugnisse ausgenommen, die Verwertung der gesamten Bodenproduktion.

Die natürliche Interdependenz der Agrarpreise ist heute vielfach durch Preisvorschriften für gewisse Agrarprodukte, so z.B. neben Getreide auch für Zuckerrüben und Milch, unterbrochen, so dass die Wechselbeziehungen zwischen Getreidepreisen und Preisen von Veredelungsprodukten nicht voll und ganz zutreffen. Nach wie vor nehmen jedoch die Getreidepreise eine Schlüsselstellung innerhalb des Preisgefüges der Agrarprodukte ein. Protektionistische Massnahmen für die Agrarproduktion setzen deshalb immer zuerst beim Getreidepreis ein. Die Getreidepreise sind die Eckpfeiler des gesamten landwirtschaftlichen Preisstützungssystems. Mit der Festlegung der Getreidepreise ist die Basis geschaffen, auf der die Förderung der Agrarwirtschaft aufbaut. Durch die Stabilisierung des Getreidepreinsniveaus und die damit verbundenen Auswirkungen auf die übrigen Agrarpreise soll die Sicherung des landwirtschaftlichen Einkommens erreicht werden.

Die Bedeutung der Getreidepreise und die Notwendigkeit einer Sicherung der landwirtschaftlichen Einkommen wird wohl nicht bestritten. Streiten lässt sich allerdings über den Weg, diese Ziele zu erreichen. Letztes Ziel der Agrarpolitik darf nicht die Sicherung des landwirtschaftlichen Einkommens über starre und unnatürliche Preise sein, sondern muss in der Schaffung einer wettbewerbsfähigen Landwirtschaft bestehen. Die Eingriffe des Staates dürfen lediglich Hilfsmassnahmen zur Verfolgung dieses Zieles sein. Auf die Dauer kann die Sicherung des Einkommens allein in einer wettbewerbsfähigen Landwirtschaft erreicht werden. Die Politik der starren gestützten Preise führt zu einer Konservierung der gegenwärtigen Verhältnisse. Die Anpassung der Produktion an den Bedarf wird verhindert.

Das Ziel der Einkommenssteigerung über starre Agrarpreise kann nur als protektionistische und sozialpolitische Massnahme verstanden werden. Sie birgt jedoch grosse Gefahren; denn einer Änderung der politischen Gegebenheiten steht die Landwirtschaft vollkommen hilflos gegenüber. Eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft braucht jedoch weder wirtschaftliche noch politische Umwälzungen zu befürchten.

Zweifellos benötigt die Landwirtschaft in der heutigen Situation, in der die Kostenstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe infolge der neuzeitlichen Düngewirtschaft und der weitgehenden Technisierung äusserst starr geworden ist, ein gesichertes Einkommen zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen. Veränderte Einkommen würden aber genauso die Industrie zwingen, sich den veränderten Verhältnissen anzupassen. Letztlich muss auch die Industrie an einer wettbewerbsfähigen Landwirtschaft mehr interessiert sein als an einer von allen Seiten gestütz-

ten.

In den entscheidenden Kreisen der Agrarpolitiker glaubt man allerdings, in einer sozialen Marktwirtschaft, wie die heute angestrebte Wirtschaftsordnung bezeichnet wird, auf eine staatliche Regelung der Getreidepreise nicht verzichten zu können.

b) Das Getreidepreisgesetz - Die totale Übernahme der Preisbildungsfunktion für Inlandgetreide

Das Getreidegesetz vom 4. November 1950 spricht dem Staat uneingeschränkt die Funktion der Getreidepreisbildung zu. § 10 Abs. 1 GetrG bestimmt, dass durch Bundesgesetz rechtzeitig im voraus für jedes Getreidewirtschaftsjahr die Preise für inländisches Getreide festgelegt werden müssen. Der BMin-E hat seine Aufsichts- und Weisungsbefugnisse über die durch dieses Gesetz geschaffenen Organe (EVSt-G und Mühlenstelle) so auszuüben, dass die Einhaltung dieser Preise gewährleistet ist.

Die Getreidepreise für Inlandgetreide werden also nicht durch Verordnungen, sondern durch ein eigenes jährlich zu verabschiedendes Gesetz, das Getreidepreisgesetz (GetrPrG), geregelt. Damit wird die Bedeutung, die den Getreidepreisen zugemessen wird, klar herausgearbeitet. Sogar wenn die Preise des abgelaufenen Getreidewirtschaftsjahres für das folgende übernommen werden, geschieht dies kraft eines formellen Gesetzes.

Das GetrPrG enthält Preisbestimmungen für Brotgetreide (Roggen und Weizen), Futtergetreide, Industrie- und Braugerste, Industrie- und Futterhafer und für Saatgetreide. Die Preise differieren nach Getreideart,

nach Jahreszeit, nach Erzeugergebieten und nach Qualität.¹⁾

Das Preisverhältnis der Getreidearten zueinander soll den Bedingungen des deutschen Marktes Rechnung tragen, die durch die Produktions- und Nachfrageverhältnisse gesetzt sind. Seit Jahren aber zeigt sich, dass das Preisverhältnis von Roggen zu Weizen diesen Forderungen längst nicht mehr entspricht, so dass eine unnatürlich hohe Beibehaltung des Roggenanbaus zu grossen strukturellen Überschüssen führte.

Für die einzelnen Getreidearten bestehen Erzeugermindest- und -höchstpreise. Die Mindestpreise sollen einen angemessenen Erzeugerpreis garantieren, die Höchstpreise die Verbraucher vor Überforderungen schützen. Die stärkste Differenzierung der Mindest- und Höchstpreise ist bei Brotgetreide zu finden.

Die regionale Preisstaffelung durch die Einteilung des gesamten Bundesgebietes in vier Preisgebiete bei Roggen und Weizen dient dazu, die frachtenmässige Benachteiligung einzelner Gebiete auszugleichen und den Abfluss der Ware aus den marktfernen Erzeugungsgebieten in die Hauptverbrauchsgebiete anzuregen. Die Preisgebietseinteilung soll ein natürliches Frachtengefälle von den "toten Winkeln" im Norden und Osten bis zu den Verbrauchszentren im Westen schaffen. Der Preisunterschied von Preisgebiet zu Preisgebiet betrug für das Getreidewirtschaftsjahr 1959/60 insgesamt DM 8.-; zwischen WI und WII (bzw. RI und RII) DM 4.- je t, zwischen den übrigen Preisgebieten nur DM 2.- je t. Diese Preisunterschiede reichen

1) Vgl. dazu Getreidepreisgesetz 1959/60 vom 26. Juni 1959, in: Bundesgesetzblatt I, vom 30. Juni 1959, S. 298.

jedoch in den meisten Fällen nicht aus, um die von Preisgebiet zu Preisgebiet anfallenden Transportkosten zu decken.

Neben der regionalen ist in das GetrPrG ebenso eine jahreszeitliche Preisstaffelung eingebaut. Die Beweggründe dafür liegen in der Ansicht, dass die durch die Lagerhaltung nach der Ernte entstehenden Kosten im Preis zum Ausdruck kommen müssen. Die monatlichen Preiszuschläge sollen dem Landwirt die bei längerer Lagerung auf dem Hof entstehenden Kosten durch Zinsen, Schwund, Versicherung und Beanspruchung des Lagerraumes mindestens ersetzen, so dass für ihn keine wirtschaftlichen Nachteile entstehen, wenn er seine Ernte erst im Laufe des Getreidewirtschaftsjahres anbietet. Weiterhin soll die jahreszeitliche Preisstaffelung einen gewissen Anreiz bieten, von einer sofortigen Anlieferung in den Erntemonaten abzusehen und damit vermeiden, dass die Erzeuger allgemein ihre Getreideernte noch in den Erntemonaten oder kurz danach verkaufen und es auf diese Weise zu einem unerwünscht starken Überangebot in diesen Zeiten kommt. Das soll auch die öffentliche Vorratshaltung entlasten, die in der Regel das Überangebot aufnehmen muss.

Die Ziele der jahreszeitlichen Preisstaffelung, der monatlichen Reports, Verteilung der Anlieferungen über das ganze Wirtschaftsjahr und Verlagerung der Lagerhaltung auf den Erzeugerhof wurden nicht erreicht. Nur der finanzkräftige Landwirt kann die Vorteile der Reports wahrnehmen. Die Höhe der Reports hat grossen Einfluss auf den Umfang der Eigenlagerung bei Erzeugern und Händlern.

Eine Preisdifferenzierung je nach Beschaffenheit des Getreides ist im GetrPrG nicht verankert. Die im

GetrPrG festgelegten Preisgrenzen gelten nach § 5 Abs.1 GetrPrG 1959/60 für gesundes, trockenes Getreide von durchschnittlicher Beschaffenheit. Für Getreide besserer oder geringerer Beschaffenheit können nach § 5 Abs.2 GetrPrG 1959/60 zu diesen Preisen entsprechend der Erhöhung oder Minderung des Nutzungswertes des Getreides zwischen den Handelspartnern Zu- und Abschläge vereinbart werden. In Einklang mit diesem Paragraphen wurden aber in den vergangenen Jahren mit dem GetrPrG gleichzeitig auch Verordnungen über Qualitätsklassen, Qualitätszu- und -abschläge verkündet.¹⁾ Das Recht, derartige Verordnungen zu erlassen, ist in § 6 GetrPrG noch eigens festgelegt. "Der Bundesminister (BMin-E) kann im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft und mit Zustimmung des Bundesrates durch Rechtsverordnung Bestimmungen über

1. Merkmale der durchschnittlichen, besseren und geringeren Beschaffenheit des Getreides sowie über Art und Zeitpunkt der Feststellung der Merkmale,
2. Höhe der Zu- und Abschläge für Getreide besserer und geringerer Beschaffenheit treffen." (§ 6 Abs.1 GetrPrG 1959/60.)

In der zum jeweiligen Getreidepreisgesetz erlassenen Durchführungsverordnung (DVO) sind die Qualitätsklassen, Zu- und Abschläge festgelegt. Verbindlich sind diese lediglich bei der Abrechnung mit der EVSt-G. Für die Abrechnung unter den freien Geschäftspartnern stellt der

1) Vgl. 2. Durchführungsverordnung zum GetrPrG 1959/60, in: Bundesanzeiger Nr. 123 vom 2. Juli 1959.

Inhalt der DVO nur eine Kannvorschrift dar.

Die Sicherung der gesetzlichen Getreidepreise liegt in Händen der EVSt-G. Sie hat die Einhaltung der Preisvorschriften zu überwachen. Darüber hinaus muss die zur Sicherung der gesetzlichen Mindestpreise gemäss § 3 Abs.1 GetrPrG ihr vom Erzeuger angebotenes Getreide zum Mindestpreis übernehmen, soweit der Mindestpreis im freien Verkehr nicht erreicht werden kann. Umgekehrt hat die EVSt-G Getreide an Verarbeiter und Verbraucher zu den gesetzlichen Höchstpreisen zuzüglich üblicher Handelsspannen abzugeben, wenn eine Versorgung zu diesen Preisen im freien Verkehr nicht möglich ist. Zur Sicherung der Getreidepreise hat die EVSt-G alle geeigneten Massnahmen zu ergreifen; dazu gehört auch die Abgabe und Vorratshaltung von Auslandsgetreide (§ 3 Abs.4 GetrPrG).

Der Erlass eines GetrPrG mit der weitergehenden DVO lässt eindeutig erkennen, dass der Staat die Preisbildungsfunktion kraft Hoheitsgewalt aus dem Aufgabengebiet des Getreidehandels ausgeklammert und selbst übernommen hat. Daran ändert auch der Umstand nichts, dass gewisse Preisbildungs- und -beeinflussungsmöglichkeiten dem Handel verblieben sind; denn die Preisabsprachen bei Umsätzen an den Produktenbörsen müssen sich streng an die gesetzlichen Preisgrenzen halten. Nur innerhalb dieser Preisgrenzen zwischen Mindest- und Höchstpreis ist eine bescheidene Preisbildungsfunktion des Handels zu erkennen und möglich. Doch gilt heute bei Brotgetreide der Mindestpreis weitgehend als fester Preis. Die Absprachen auf den Produktenbörsen beschränken sich im wesentlichen auf die Konditionen, Lieferzeit und spezielle Sorten- und Qualitätswünsche. Eine etwas grössere Preisfreiheit als bei Brotgetreide lässt sich beim Handel mit Gerste und Hafer feststellen. Dort wird der Spielraum, den die ge-

gesetzlichen "Von-Bis-Preise" offenlassen, besser ausgenutzt.

Abgesehen von der Möglichkeit, innerhalb der gesetzlichen Preisgrenzen auf die Preise einzuwirken, können diese lediglich noch über die Handhabung der Qualitätszu- und -abschläge etwas beeinflusst werden; da es den Geschäftspartnern im freien Verkehr freigestellt ist, Zu- bzw. Abschläge in Ansatz zu bringen. Der Ruf vieler Händler nach Umstellung der Kannvorschriften der DVO für den freien Verkehr in Mussvorschriften erhellt jedoch die Tatsache, dass hier sogar freiwillig auch auf die bescheidene Preisbildungsfunktion über die Handhabung der Zu- und Abschläge verzichtet wird, dies besonders deswegen, weil die Kannvorschrift zu unerfreulichen Wettbewerbssmassnahmen finanzstarker Händler gegenüber den finanzschwachen führte, indem erstere auf die Abschläge verzichteten und so die Kunden an sich zogen.

Das Ergebnis der Erörterungen zeigt, dass sich die dem Handel verbliebene bescheidene Preisbildungsfunktion innerhalb der gesetzlichen Preisgrenzen und durch die freie Handhabung der Qualitätszu- und -abschläge im freien Verkehr kaum auswirkt. Die Überschusssituation auf dem Getreidemarkt macht den Mindestpreis zum Festpreis. Die geforderte Änderung der Kannvorschriften der DVO in Mussvorschriften wird die einzige freie Variationsmöglichkeit der Preise weitgehend beseitigen. Damit wird aber dem Handel die letzte Möglichkeit der Preisbeeinflussung genommen. Noch mehr als bisher ist dann der Staat alleiniger Träger der Preisbildungsfunktion.

c) Die Übernahme der Preisbildungsfunktion für Aus-
landgetreide

Eine Inlandpreisregulierung ohne entsprechende Regulierung der Preise für Importgetreide wäre sinnlos. Daher ist es verständlich, dass auch der Importgetreidemarkt der staatlichen Preisregelung unterworfen ist. Der grosse Anteil des Importgetreides an der Marktversorgung (bei Weizen ca. 45%, bei Getreide insgesamt ca. 30%) ermöglicht eine leichte Lenkung der Inlandpreise über eine Importschleuse. Die EVSt-G bedient sich bei der Lenkung der Inlandpreise der Einfuhrkontingentierung und der Abschöpfung. Merkmal dieser Kombination ist, dass sie alternativ und nicht kumulativ wirkt.¹⁾

Der Abgabepreis für den Absatz von Importgetreide im Inland wird von der EVSt-G autonom bestimmt. Die gesetzliche Grundlage für diesen staatlichen Eingriff ist wiederum das GetrG. Darin wird in § 8 Abs.1 und 3 die EVSt-G ermächtigt und beauftragt, den Kaufpreis für Aus-
landgetreide und den dazugehörigen Abgabepreis im Inland durch Verwaltungsakt für jeden Import festzulegen. Der Angelpunkt der Tätigkeit der EVSt-G ist der angestrebte Inlandpreis. Der Abgabepreis für Auslandsgetreide im Inland wird daher auf einer solchen Höhe festgelegt, wie sie dem Inlandsniveau entspricht. Gewisse Preisunterschiede entstehen lediglich durch vorhandene Qualitätsunterschiede (Vgl. Tabelle 16).

1) Vgl. Boerckel, W.: Einfuhr- und Vorratsstellen als
Mittel der Agrarpolitik, Mainz 1959.

Tabelle 16

Preisentwicklung von Inland- und Ausland-
weizen 1958
DM je t

Monat	Manitoba Nr.3 fob Nordseeh.	Hardwinter Nr.2 fob Nordseeh.	Inl. Weizen WIV +) Erzeuger- Mindestpreis
Januar	460 - 462	449 - 455	444 - 458
Februar	466 - 467,5	454 - 456	449 - 460
März	464 - 465	450 - 452	454 - 463
April	466 - 469,5	445	459 - 468
Mai	471,5- 472	445 - 446	464 - 473
Juni	463,5- 469,5	441 - 444	464 - 473
Juli	444,5- 450	434,5	419 - 439
August	452	431,5- 432,5	419 - 439
September	453 - 456	432 - 434	424 - 442
Oktober	459,5- 460,5	439,5- 443	429 - 448
November	463 - 467	442 - 447	434 - 451
Dezember	466	447 - 448	439 - 454

+) Die Inlandpreise spielten sich in den überwiegenden Fällen auf den Mindestpreis + 13,50 DM/t Handels-
spanne ab Lager des Grosshandels ein. Im Beispiel
wurden die Preise des Preisgebietes IV, das die höch-
sten gesetzlichen Getreidepreise aufweist, einge-
setzt.

Quelle: Preisentwicklung für Getreide und Futtermittel
im Jahre 1958, in: Ernährungsdienst, 14.Jg.,
Nr.2 (8.Jan.1959), S.3.

In Wirklichkeit liegen die Getreidepreise auf dem Weltmarkt erheblich unter den deutschen Inlandgetreidepreisen. Der bestehende grosse Preisunterschied wird durch Abschöpfung des Differenzbetrages bei Importgetreide beseitigt. Sollte der Weltmarktpreis über den Inlandspreisen liegen, werden die Importe subventioniert, wie es von 1945 - 1950 geschehen ist.

Der Abschöpfungsbetrag entspricht im Prinzip dem Unterschied zwischen dem jeweiligen Weltmarktpreis frei deutscher Grenze und dem angestrebten, durch Verordnung festgelegten Inlandabgabepreis. Das Abschöpfungsverfahren wirkt wie ein Gleitzoll; dieser fängt alle Schwankungen der Weltmarktpreise an der Grenze ab. (Siehe Tabelle 17)

Tabelle 17

Vereinnahmte Abschöpfungsbeträge bei der Einfuhr von Getreide

(1950 - 1958)

in Mill. DM

1950	5,4	1955	370,0
1951	132,8	1956	335,0
1952	111,6	1957	353,9
1953	203,9	1958	405,8
1954	371,1		

Quelle: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 1959, Hamburg - Berlin 1960, Tab.394, S.248.

Eine Vorstellung von den Preisunterschieden zwischen Importgetreide zu Weltmarktpreisen und den Inlandgetreidepreisen soll nachfolgender Preisvergleich vermitteln:

(Tabelle 18 siehe nächste Seite)

Durch die Festsetzung der Übernahme- und Abgabepreise sowie des Abschöpfungsbetrages durch die EVSt-G hat der Staat ebenso die Preisbildungsfunktion für Importgetreide übernommen. Jedoch lässt sich auch beim Importgetreidehandel noch ein bescheidener Rest einer Preisbildungsfunktion erkennen.

Übernahmepreis, Abgabepreis und Abschöpfungsbetrag sind für den Getreideimporteur feste Daten. Eine Preisvariante ist also nur unter Einhaltung dieser Daten denkbar, so etwa, wenn der Importeur auf einen Teil seiner Spanne verzichtet oder durch besonders günstigen Einkauf unter dem genehmigten Übernahmepreis eine Differentialrente erzielt und dadurch eine kleine Preisvariante möglich wird. Diese Möglichkeiten führen zu einem bescheidenen Preiswettbewerb.

Aber im Grunde, und das gilt es hier festzuhalten, kann von einer Preisbildungsfunktion des Getreideimporthandels nicht gesprochen werden. Die Übernahme der Preisbildungsfunktion durch den Staat geht hier noch weiter als beim Inlandgetreidehandel, wo innerhalb der durch die gesetzlichen Mindest- und Höchstpreise gesteckten Preisgrenzen eine gewisse Preisbildungsfunktion möglich ist.

Tabelle 18

Preisvergleich von Inland- und Ausland-
getreide

(Auf Grund von Cif-Notierungen vom 30.
September 1959)

Ausländische Preise cif deutsche Nordseehäfen je t unverzollt, ausgeladenes Gewicht und Qualität.

Inlandgetreidepreise sind die Erzeugermindest- und -höchstpreise für Oktober 1959 gemäss GetrPrG 1959/60.

Auslandweizen		Inlandweizen	
Nr.2 US-Hardwinter 12% Okt.-Nov. Golf	286,65	WI 421 - 440	
Nr.2 US-Redwinter Okt.-Nov.	253,05	WII 425 - 444	
		WIII 427 - 446	
		WIV 429 - 448	
Nr.2 Manitoba Okt.-Nov. St.Lorenz	312,90		
Nr.3 Manitoba Okt.-Nov. St.Lorenz	296,10		
Nr.4 Manitoba Okt.-Nov. St.Lorenz	286,65		
Nr.5 Kanada Okt.-Nov. St.Lorenz	283,50		
franz. Mahlweizen 77-78 kg/hl, Okt.	253,05		
Russenweizen 79-80 kg/hl, Okt.	285,60		
Auslandsroggen		Inlandroggen	
US-Roggen Nr.2 Okt.	228,90	RI 381 - 400	
		RII 385 - 404	
		RIII 387 - 406	
		RIV 389 - 408	

Quelle: Preisvergleich, in: Ernährungsdienst, 14.Jg.,
Nr.112 (3.Oktober 1959), S.13.

- d) Der Einfluss der von der EVSt-G festgesetzten Handelsspannen und Spensensätze auf die Preisbildung

da) Die Handelsspannen

Nieschlag bezeichnet die Handelsspanne als das Zentralproblem aller Handelstätigkeit.¹⁾ Als Handelsspanne wird die Differenz zwischen dem Einstandspreis und dem Verkaufspreis verstanden, ausgedrückt in vH des Verkaufspreises. Sie soll ein Äquivalent für die vom Handel übernommenen Leistungen sein, so dass die Zunahme der Handelsaufgaben zu einer Erhöhung der Spannen führen müsste.

Hier gilt es nun, zu untersuchen, wie es sich im Getreidehandel mit den Handelsspannen verhält. Bereits im Teil B dieser Arbeit wurde herausgearbeitet, dass mit der Zunahme der modernen Ernteverfahren die Manipulationsaufgaben des Erfassungshandels erheblich gewachsen sind. Folglich würde man auch eine Änderung der Erfasserspanne erwarten. Die Spanne blieb aber unverändert. Sicher mag entgegnet werden, dass der Getreidehandel heute vielfach seiner Risiken - insbesondere des Absatzrisikos - durch die Übernahme durch den Staat entledigt wurde und damit ein entscheidender Grund für die Beanspruchung einer höheren Spanne entfällt. Keineswegs gleicht aber die Befreiung von diesen Risiken die Kosten der vermehrten Manipulationsaufgaben aus. Normalerweise würde man in dieser Situation eine Erhöhung der Spanne erwarten. Die Ursache dafür, dass dies nicht geschieht, ist nicht der starke Wettbewerb, sondern die Tatsache, dass der Getreidehandel mit Zwangsspannen arbeiten muss.

1) Vgl. Nieschlag, R.: Binnenhandel und Binnenhandelspolitik, Berlin-München 1959, S.52.

Die Preisbildungsfunktion des Staates beschränkt sich also nicht auf die Festlegung der Mindest- und Höchstpreise bzw. der Übernahme- und Abgabepreise; vielmehr bestimmt der Staat auch die Handelsspannen. § 10 Abs.3a GetrG erklärt: "Der Bundesminister (BMin-E) kann im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft die zur Sicherung des Preisstandes erforderlichen Rechtsverordnungen, insbesondere über Kostensätze, Verarbeitungs- und Handelsspannen, Zahlungs- und Lieferungsbedingungen erlassen."

In Anlehnung an diesen Paragraphen und in Ergänzung zu § 3 GetrPrG werden in den jährlich ergehenden Interventionsrichtlinien für die von der EVSt-G mit dem Handel und den Genossenschaften zu schliessenden Kaufverträge die Handelsspannen festgelegt. So galten in den Interventionsrichtlinien für die Ernte 1959 folgende Spannen: "Neben dem Erzeugermindestpreis, den entstandenen Fracht- und Einlagerungskosten wird eine Gesamthandelsspanne (Erfassungs- und Grosshandelsspanne) von 13,50 DM je t vergütet. Wenn nur die Erfasserstufe tätig war, wird die Grosshandelsspanne nicht vergütet (Art.II, Ziff. 11 der Interventionsrichtlinien 1959)."¹⁾

Die Erfasserspanne beträgt folglich 10.- DM je t, die Grosshandelsspanne 3,50 DM je t. Streng verbindlich sind diese Spannen lediglich in der Abrechnung mit der EVSt-G; sie wurden aber richtungsweisend für den gesamten Getreideverkehr. Liegt auch die Höhe der Handelsspannen im freien Verkehr von Inland- und Auslandgetreide im freien Ermessen des Händlers oder ist sie das Ergebnis der Verhandlungen zwischen den Geschäftspartnern, so ist

1) Vgl. Interventionsrichtlinien der EVSt-G für die Ernte 1959, in: Bundesanzeiger Nr.135 vom 18.Juli 1959.

diese Freiheit nur sehr relativ. Für die Käufer werden die Spannen der EVSt-G stets eine Richtschnur darstellen. Die Verpflichtung der EVSt-G, bei Überschreiten des Höchstpreises Ware aus der Bundesreserve zum gesetzlichen Höchstpreis anzubieten, verhindert den Ansatz höherer Spannen, die zur Überschreitung des Höchstpreises führen. Den direkten Einfluss, den die EVSt-G bei der Festsetzung bestimmter Spannen für die Ankäufe in die Bundesreserve ausübt, ergänzt ein indirekter Einfluss auf die Spannen im freien Verkehr durch die Mengenschleuse. Die Angebotsmenge wird so manipuliert, dass das reichliche Angebot allein den Ansatz der von der EVSt-G als angemessen betrachteten Spannen zulässt. Das gilt sowohl für Inlandgetreide über die Handhabung der Bundesreserve als auch für Auslandgetreide über die Einfuhrkontingentierung. Vorratspolitik wie Einfuhrlenkung sind darauf abgestimmt, die angestrebten Preise und damit die angestrebten Handelsspannen durchzusetzen.

Die direkt oder indirekt gebundenen Handelsspannen sind nicht mehr Ausdruck der Leistungsfähigkeit der Betriebe. Der Betrieb, der mit staatlich gebundenen oder gelenkten Handelsspannen und Preisen ein- und verkaufen muss, ist allein von der Höhe und Qualität der Umsatzen (Einfuhrkontingent, Zuweisungen auf Grund der Optionen) abhängig. Betriebliche Rationalisierungsmassnahmen und richtige Betriebspolitik finden dort keinen Niederschlag in der Handelsspanne.

Durch die Festsetzung von Handelsspannen im Direktgeschäft mit der EVSt-G, durch die Angebotsregulierung über die Vorratspolitik und die Einfuhrlenkung hat der Staat die freie Festsetzung der Handelsspanne verhindert oder stark eingeschränkt und damit auch über diesen preisbildenden Bestandteil auf die Preisgestaltung Einfluss

genommen. Eine gewisse Bewegungsfreiheit im freien Verkehr ist verblieben. Innerhalb dieser kann und muss sich der Leistungswettbewerb des Handels abwickeln, dies um so mehr, als ein Einfluss auf die Einstandspreise so gut wie vollkommen wegfällt. Die starke Einengung in der Preisgestaltung hat nämlich zur Folge, dass der Händler weniger an der Qualität als an der Menge interessiert ist, da ihm jede Qualität die absolut gleichen Spannen und somit Gewinnmöglichkeiten bietet und keine prozentualen Spannen, die bei guten Qualitäten eine Progression aufzuweisen hätten, gegeben sind.

Bei gebundenen Handelsspannen, wie sie im Verkehr mit der EVSt-G auftreten, können betriebliche Leistungsunterschiede nicht berücksichtigt werden. Ebenso wird eine Anpassung der betrieblichen Produktionsfaktoren an die wechselnden wirtschaftlichen Gegebenheiten über die individuelle Gewinngestaltung der Betriebe weitgehend unmöglich. Gebundene Preise und Spannen lassen die Folgen falscher Betriebspolitik wegen der Unvergleichbarkeit wirtschaftlicher Werte durch die Betriebsrentabilität nicht erkennen, weil die Preise nicht Ausdruck der Marktsituation und die Handelsspannen nicht Ausdruck der Leistungsfähigkeit der Betriebe sind.¹⁾

Zu untersuchen wäre noch, inwieweit die gebundene Handelsspanne die Kosten, welche die Erfüllung der Handelsfunktionen verursachen, deckt. Die Grosshandelsspanne im Verkehr mit der EVSt-G beträgt 3,50 DM je t und im freien Verkehr kann ebenso nur selten eine höhere Spanne angesetzt werden; vielfach liegt sie sogar darunter. Bei einer Spanne von 3,50 DM je t errechnet sich unter der

1) Vgl. Gäfgen, D.: Der deutsche Getreideimport seine Technik und Problematik, Diss., Köln 1952, S.161.

Annahme eines durchschnittlichen Preises von 450.- DM je t Weizen eine prozentuale Handelsspanne von 0,77%.

Dieter Gäfgen bringt in seiner Arbeit eine Untersuchung des Kölner Instituts für Handelsforschung über die Angemessenheit der Handelsspannen (gültig für Nordrhein-Westfalen 1949). In dieser Untersuchung wird ebenfalls eine Spanne von 0,77% für den Getreidegrosshandel ermittelt und als handelsübliche Mindestspanne eine Spanne von 0,90% angegeben. Die Untersuchung schliesst mit dem Ergebnis, dass demnach im Getreidegrosshandel von keiner angemessenen Spanne gesprochen werden kann.¹⁾

Ähnliche Verhältnisse liegen beim Erfassungshandel vor. Wird hier der durchschnittliche Ankaufswert beim Erzeuger für Weizen mit 440.- DM je t angesetzt und diesem die Erfasserspanne von DM 10.- je t gegenübergestellt, so errechnet sich eine prozentuale Spanne von 2,27%. Mit dieser Spanne kann dem Erfassungshandel nicht zugemutet werden, die Bearbeitungskosten zu tragen. Daher erlangen für die Kosten- und Gewinnüberlegungen im Erfassungshandel die monatlichen Reports eine immer grössere Bedeutung. Nur unter Einkalkulierung dieser Preismarge kann der Handel seine Manipulationsfunktionen erfüllen und eine Kostendeckung finden.

Die Lage beim Getreidegross- und -erfassungshandel ist zweifellos angespannt. Durch eine Konzentration in Zentralgenossenschaften bzw. Händlervereinigungen und Interessengemeinschaften wird versucht, über eine Steigerung der Umsatzmengen den Nachteil auszugleichen, den die niedrigen Spannen bringen. Eine klare Aussage über die Kostendeckung durch die Spanne lässt sich wegen der Verbindung des Getreidehandels mit anderen Geschäftszwei-

1) Vgl. Gäfgen, D.: a.a.O., S.156.

gen generell nicht machen.

Aus dem oben Gesagten folgt, dass durch den direkten und indirekten Einfluss der EVSt-G auf die Spanne dem Handel auch eine Preisbeeinflussung über diesen Weg verwehrt wird. Gesetzlich geregelt ist die Spanne nur für Verkäufe an die EVSt-G. Da jedoch die Verkäufe an die EVSt-G bis zu 40% der gesamten von der Landwirtschaft verkauften Menge betragen, wurden die von der EVSt-G gezahlten Spannen zur Richtschnur im freien Verkehr. Deshalb ist im Endeffekt der Einfluss der EVSt-G auf die Spanne vollkommen.

db) Die Getreidespesensätze der Einfuhr- und Vorratsstelle für Getreide und Futtermittel

Neben Erzeugerpreis und Handelsspanne bestimmen die Kosten der Bearbeitung und des Transportes den endgültigen Preis. Die Höhe der Transportkosten ist tariflich festgelegt und deshalb unbeeinflussbar; sie dürfen in diesem Zusammenhang übergangen werden. Anders steht es um die Kosten, die durch Einlagerung, Verwiegung, Lagerung, Auslagerung, Reinigung, Aspiration, Trocknung, Begasung, Qualitätsfeststellung u.a.m. anfallen. Diese Kosten erhöhen, soweit es der Markt zulässt, den Verkaufspreis. Die Höhe, in der sie zum Ansatz gebracht werden, kann sehr verschieden sein. Je nach Grösse der Maschinenkapazität und Beschäftigung sowie der technischen Ausstattung der Anlagen differieren die Kosten für die Bearbeitungsvorgänge in den einzelnen Betrieben. Die unterschiedliche Höhe der anfallenden Kosten drückt sich aber in der Regel in unterschiedlichen Preisen der bearbeiteten Ware aus. Diese Folge steht der Erfüllung der Programmsätze des Getreidegesetzes, die ein allgemein gleiches

Preisniveau anstreben, entgegen. So folgt, dass auch die Kosten der Bearbeitung nur bis zu einer bestimmten Höhe im Preis einkalkuliert werden können. Feste Vergütungssätze für die verschiedenen Bearbeitungsvorgänge dienen daher dem Ziel, ein bestimmtes Preisniveau zu schaffen. Die vorgeschriebenen Sätze werden zu starren Preisbestandteilen.

Aus dieser Überlegung heraus hat die EVSt-G, ähnlich wie bei den Handelsspannen, für die in ihrem Auftrag bearbeiteten Getreidemengen feste Spesensätze eingeführt. Da diese Spesensätze nur für den Verkehr mit der EVSt-G verbindlich sind, lässt sich ebensowenig wie bei der Handelsspanne von einer generellen Beeinflussung der Preisbildung durch die EVSt-G sprechen. Aber selbst in diesem Falle werden von der freien Wirtschaft die Vergütungssätze der EVSt-G als Richtpreise oder eine Art Preisempfehlung angesehen. Der Einfluss der Vergütungssätze ist daher sehr weitgehend. Somit beeinflusst die EVSt-G auch über diese preisbestimmenden Kosten die Bildung der Preise.

2. Der Einfluss der Importlenkung auf die Handelsfunktionen des Getreideimport-handels

a) Die materiellen Grundlagen der Importlenkung

aa) Der Versorgungsplan

Das GetrG bestimmt in § 2, dass der BMin-E im Be nehmen mit den Obersten Landesbehörden für Ernährung und Landwirtschaft für jedes Wirtschaftsjahr (1.Juli - 30.Juni) im Rahmen eines Versorgungsplanes feststellt, welche Men-

gen Getreide aus der Inlandsernte zur Verfügung stehen und aus der Einfuhr für die Ernährung der Bevölkerung notwendig sind. Dem Staat wird damit die Aufgabe übertragen, den gesamten Bedarf an Getreide sowie die Bedarfsdeckungsmöglichkeiten zu ermitteln und planmässig festzulegen.

Der Versorgungsplan geht von den Ernteschätzungen für das Planjahr aus. Dazu ist eine möglichst genaue Kenntnis der Erntemengen in den einzelnen Getreidearten notwendig, um eine wirklichkeitsnahe Aussage über die anfallenden Mengen an Brot- und Futtergetreide machen zu können. Ferner muss mit Hilfe der pro-Kopf-Quoten und der Viehbestandsmeldungen der voraussichtliche Bedarf an Brot- und Futtergetreide errechnet werden. Berücksichtigt wird bei dieser Bedarfsrechnung die Vermahlungsquote¹⁾ für Inland- und Auslandgetreide, die Aufschluss über die benötigten Mengen an Importgetreide für die Vermahlung geben soll.

Der äusserst konstante Brotverzehr und die Kenntnis der Einwohnerzahl machen es möglich, aus statistischen Unterlagen relativ leicht den Marktbedarf an Brotgetreide zu ermitteln. Etwas schwieriger ist die Ermittlung des Marktbedarfes an Futtergetreide, da die Viehbestände, besonders von Schweinen und Geflügel, Schwankungen unterworfen sind und zudem die Höhe der Kartoffelernte auf die Verfütterung von Getreide starken Einfluss nimmt.

Bei der Ermittlung des Einfuhrbedarfs wird vom Marktbedarf die voraussichtliche Höhe der Verkäufe der Land-

1) Für das Wirtschaftsjahr 1959/60 bis 1. Januar 1960 betrug die Vermahlungsquote: mindest 66% Inlandweizen, höchstens 28% Qualitätsweizen, höchstens 6% ausländischen Füllweizen. Ab 1. Januar 1960 wurde der Anteil des Inlandweizen auf 75% erhöht.

wirtschaft aus der geschätzten Ernte abgesetzt. Die statistischen Erhebungen zeigen bei den Verkäufen der Landwirtschaft eine grosse Konstanz. Seit 1951 schwanken die Verkäufe der Landwirtschaft zwischen 34,5 und 37,5% der Gesamternte, also mit einer Schwankungsbreite von nur 3%. Gute Ernten erlauben es, einen höheren Prozentsatz der Verkäufe anzunehmen, da sich der Umfang der Verfütterung auf dem Hof nur wenig ändert. Berücksichtigung im Versorgungsplan finden weiterhin die Bestandänderungen der Bundesreserve. (siehe Tabelle 19)

Immer stärker erkennbar wird bei der Analyse des Einfuhr- und Versorgungsplanes, dass er durch handelspolitische Gesichtspunkte bestimmt wird. Der eigentliche Versorgungsaspekt tritt immer mehr zurück. Deshalb kann man die heutigen Ernährungseinfuhren als eine Art indirekter Exportsubventionen ansprechen. Die Einfuhrquoten werden nach Ansicht des BEM nicht so sehr aus Gründen der Versorgung festgelegt; sie sind vielmehr von handelspolitischen Verpflichtungen diktiert.

"Die Bundesrepublik braucht viele handelspolitische Freunde im Interesse der Aufrechterhaltung ihres Exportes, zu Stützung ihrer Position im Rahmen der Partner des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) und in der Freihandelszone, welche Gestalt letztere auch annehme. Dieses Werben um Freunde nimmt groteske Züge an, wenn man an die Einfuhrverpflichtungen denkt, die für Müll- und Futterweizen mit einer Reihe wichtiger Handelspartner eingegangen wurden. Jedes Jahr hofft Bonn, dass nicht alle Partner in der Lage sein werden, die vereinbarten Mengen zu liefern. Je mehr sich diese Hoffnung jeweils erfüllt, um so geringer ist die Mühe, die überschüssigen Getreidemengen mit entsprechenden Anreizen in Form von Mehl wieder ins Ausland zu schaffen. Je mehr Mehl aber ins

Ausland exportiert werden muss, um so grösser ist die Gefahr, andere Handelspartner damit zu verärgern."¹⁾

Aus Versorgungsgründen wären die vorgesehenen erheblichen Weizeneinfuhren, besonders aus Schweden und Frankreich, nicht notwendig gewesen. Aber gerade dort sind die handelspolitischen Verpflichtungen entscheidend, da Frankreich und Schweden - beide wertvolle Partner im deutschen Exportgeschäft - die Bezüge an westdeutschen industriellen Fertigwaren zu einem erheblichen Teil mit Weizen bezahlen möchten.

Mit Wirkung vom 1. August 1958 wurde mit Schweden ein Getreideabkommen auf 3 Jahre geschlossen, das schwedische Lieferungen mit einem Volumen von 300 000 t vorsieht.²⁾

Das am 25. Februar 1959 mit Frankreich mit einer Laufzeit von 4 Jahren abgeschlossene Handelsabkommen sieht französische Weizenlieferungen in Höhe von 700 000 t vor.³⁾

Auch Italien bemüht sich um ein deutsch-italienisches Weizenabkommen. Dem Vernehmen nach möchte Italien jährlich 100 000 t Weizen in die BRD liefern. Auf deutscher Seite wird eine Importquote von 25 000 t angestrebt. Die Laufzeit des Abkommens soll erst bei Wirksamwerden einer gemeinsamen Agrarpolitik in der EWG enden.⁴⁾

-
- 1) Vgl. Agrareinfuhren mit politischen Auflagen, in: Süddeutsche Zeitung, 15. Jg., Nr. 198 (19. August 1959), S. 11.
 - 2) Vgl. Deutsch-schwedisches Abkommen, in: Ernährungsdienst, 13. Jg., Nr. 106 (13. September 1958), S. 1.
 - 3) Vgl. Rusche, G.: Der Handelsverkehr mit Getreide, in: Ernährungsdienst, 14. Jg., Sondernummer (12. Mai 1959), S. 10.
 - 4) Vgl. Deutsch-italienisches Weizenabkommen, in: Ernährungsdienst, 15. Jg., Nr. 29 (10. März 1960), S. 1.

Abgesehen von dem rein politischen Einfluss auf die Gestaltung des Weizenimportes, ist also die Exportindustrie der BRD der wirkliche Nutzniesser jener Kosten, die dem Bund aus überhöhten Importen entstehen.

Für den Importüberschuss muss ein Ventil über die Mehlausfuhr gesucht werden.¹⁾ Die Mehlausfuhr ist z.Z. der einzig gangbare Weg, den notwendigen handelspolitischen Verpflichtungen bei der Getreideeinfuhr nachzukommen. Allerdings werden auch hier die Marktschwierigkeiten immer grösser, da sich andere Länder, so z.B. Australien, auf ihren alten Marktdomänen gestört fühlen und dadurch beträchtliche politische Unstimmigkeiten entstehen können.

(Tabelle 19 siehe folgende 3 Seiten)

ab) Das Internationale Weizenabkommen (IWA)

Die bedeutenden handelspolitischen Verpflichtungen der BRD sind in bilateralen Handelsverträgen und im Internationalen Weizenabkommen (IWA) vertraglich festgelegt.

Das IWA stellt den Versuch dar, durch ein internationales Abkommen den Ausgleich am Weltweizenmarkt zu sichern. 1949 schlossen sich 5 Ausfuhrländer (USA, Kanada, Australien, Uruguay und Frankreich) und 37 Einfuhrländer im IWA zusammen. Zweck des Abkommens, das zunächst für 4 Jahre (1949/50 - 1952/53) abgeschlossen wurde, war es, den Ausfuhrländern einen bestimmten Absatz und den Einfuhrländern eine bestimmte Bezugsmöglichkeit zu "gerechten und stabilen" Preisen zu sichern.²⁾

1) 1958 betrug die Mehlausfuhr 400 000 - 450 000 t,
1957 500 000 - 600 000 t.

2) Plate-Fischer-Gleissner: Landwirtschaftliche Marktkunde, München 1956, S.61.

Tabelle 19

Versorgungsplan 1959/60

Einfuhrbedarf (in 1000 t)	1959/60	vorl. Ergebnis 1958/59

a) Roggen		
kein Einfuhrbedarf		
Marktbedarf	1 433	1 455
Verkäufe der Landwirtschaft	1 650	1 770
Ausfuhrüberschuss		280
Bestandserhöhung	217	35
b) Weizen		
vorgesehene Einfuhren (2035)		
Marktbedarf (Inland)	4 265	4 200
Einfuhr für Mehlausfuhr (Mind.meng)	170	550
Gesamtbedarf	4 435	4 750
Verkäufe der Landwirtschaft	2 400	2 170
Zuschussbedarf	2 035	2 580
Bestandserhöhung (+)		
Bestandsverminderung (-)	+ 0	- 100
vorgesehene Einfuhren	2 035	2 480
Die vorgesehenen Einfuhren setzen sich zusammen aus:		
(in 1000 t)		
Amber Durum 310, Qualitätsweizen 1020, Füllweizen (Inlandsbedarf) 200, Futterweizen (Inlandsbedarf) 335, Füllweizen für Mehlexportzwecke mindestens 170.		
c) Futter- und Industriegetreide		
Einfuhrbedarf 3220		
Marktbedarf an Futtergetreide	2 743	2 210
Marktbedarf an Industriegetreide	1 757	1 720
Marktbedarf insgesamt	4 500	3 920
Verkäufe der Landwirtschaft	1 280	1 240
Zuschussbedarf	3 220	2 690
davon Braugerste einschl. Malz	475	480
sonst. Industriegetreide	480	480
Futtergetreide	2 265	1 730
Bestandsveränderung	+ 0	+ 115
Einfuhr (netto)	3 220	2 805

Fortsetzung von Tabelle 19

Ländermässige Aufteilung der Getreideimporte

1. Weizen einschl. Weizen für Mehlausfuhr (in 1000 t)

Land	Hartgriess- weizen	Qualitäts- weizen	anderen Weizen	Weizen insges.
Vorgesehene Einfuhren	310	1 020	705	2 035
Argentinien	-	280	-	280
Australien	-	-	100	100
Frankreich	-	-	325	325
Italien	-	-	30	30
Kanada	-	290	-	290
Sowjetzone	-	-	50	50
Schweden	-	-	100	100
Türkei	-	-	100	100
UdSSR	-	150	-	150
USA	-	300	-	300
verschiedene Länder	310	-	-	310
Dispos.-Res.BEM	-	-	-	-

Fortsetzung von Tabelle 19

2. Futter- und Industriegetreide (in 1000 t)

Land	Braugerste einschl. Braumalz	Industrie- getreide	Futter- getreide	Futter u. Industrie- getr.ins.
Vorgesehene Einfuhren	475	480	2 265	3 220
Argentinien	-	-	350/450	350/450
Australien	20	130	100	250
Bulgarien	-	-	10	10
CSR	10	-	-	10
Dänemark	100	-	-	100
Frankreich	20	-	330	350
Irak	-	-	-	-
Iran	-	-	100	100
Syrien	-	-	-	-
Jugoslavien	-	-	100	100
Marokko	-	-	110	110
Polen	30	-	20	50
Rumänien	-	-	35	35
Sowjetzone	-	-	25	25
Schweden	10	-	190	200
Südafrika	-	250	40	290
Türkei	-	-	50	50
Tunesien	-	-	20	20
UdSSR	-	-	150	150
Braumalz in Getreidewert	100	-	-	100
verschiedene Länder	185	100	235/335	520/620
Dispos.-Res.BEM	-	-	400	400

(Zu der beabsichtigten Braugerste- Einfuhr aus Däne-
mark wird vermerkt, dass dem Abkommen zufolge eine
Erhöhungsmöglichkeit besteht).

Quelle: Einfuhr- und Versorgungsplan 1959/60, in: Er-
nährungsdienst, 14.Jg., Nr.93 (20.August 1959),
S.1 und 2.

Das Abkommen bestimmt, dass ein Höchst- und Mindestpreis für Weizen festgelegt wird. Die Exportländer verpflichten sich, die vereinbarte Quote zum Höchstpreis zu liefern, falls sie von einem Importland dazu aufgefordert werden; umgekehrt verpflichten sich die Importländer, bestimmte Mengen zum Mindestpreis abzunehmen, falls die Exportländer dies verlangen.

Die BRD, die seit März 1950 dem IWA angehört, hatte sich zunächst verpflichtet, jährlich 1,8 Mill. t zum Mindestpreis abzunehmen; seit 1953 beträgt die Abnahmeverpflichtung nur mehr 1,5 Mill. t.

Bis Mitte 1953, solange das Weizenangebot knapp und der freie Weltmarktpreis über dem IWA-Höchstpreis lag, hatte das Abkommen grosse praktische Bedeutung; denn in dieser Zeit lieferten die Hauptexportländer - USA, Kanada und Australien - die vereinbarten Quoten zum IWA-Höchstpreis, der zum Teil erheblich unter dem freien Weltmarktpreis lag.

Mit zunehmenden Rückgang der Weltmarktpreise hat sich allerdings das Interesse der Importländer am IWA stark abgeschwächt. So hat z.B. Grossbritannien, der grösste Getreideimporteur, dem IWA von 1953 - 1956 nicht angehört.

Die BRD ist nach wie vor Mitglied des IWA. In den Jahren 1949/1950 bis 1958/59 erfüllte die BRD ihre Importverpflichtungen aus dem IWA aus nachfolgenden Staaten. (Siehe Tabelle 20)

Am 1. August 1959 trat mit dreijähriger Laufzeit ein neues IWA in Kraft. Ihm gehören jetzt 9 Export- und 30 Importländer, einschliesslich Grossbritannien, an. Das neue Abkommen wird - zumindest theoretisch - 75% des Weltweizenhandels binden, während bisher lediglich 25% unter

Tabelle 20

Einfuhr im Rahmen des Internationalen Weizen-
abkommens

in 1000 t
(nach IWA-Wirtschaftsjahren: August - Juli)

Wirtschafts- jahr	USA	Kana- da	Anstra- lien	Frank- reich	Schwe- den	ins- gesamt
1949/50	865	-	-	-	-	865
1950/51	1566	-	38	12	-	1616
1951/52	1312	299	79	97	-	1787
1952/53	1294	342	87	82	-	1805
1953/54	450	462	108	-	-	1020
1954/55	767	583	140	-	-	1490
1955/56	578	480	215	-	-	1273
1956/57	697	471	181	-	151	1500
1957/58	553	693	-	186	69	1501
1958/59	412	792	48	209	42	1503

Quelle: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft
und Forsten: Statistisches Jahrbuch über Ernäh-
rung, Landwirtschaft und Forsten 1959, Hamburg
Berlin 1960, Tab. 382, S.242.

Kontrolle waren. Die Preise im neuen Abkommen sind an
ihrer unteren Grenze bei 1,50 Dollar je Bushel unverän-
dert gelassen und nur an der oberen Preisgrenze von 2,00
auf 1,90 Dollar je Bushel gesenkt worden.¹⁾

Über die Wirksamkeit und den Wert des IWA herrschen

1) Vgl. IWA bindet 75% des Welthandels, in: Ernährungs-
dienst 14.Jg., Nr.31 (17.März 1959), S.2.

viele kontroverse Meinungen. Auch die Erfüllung der Quoten wird von vielen Ländern sehr lässig behandelt. 1957/58 wie 1958/59 hatten nur 10 Länder, darunter die Bundesrepublik, ihre Importquote voll abgenommen. Die Meinungsverschiedenheiten über den Wert des IWA gehen quer durch die Export- und Importländer. Insbesondere die Exportländer sind aufgesplittet. Daran trägt in erster Linie die Exportpolitik der Credit Commodity Corporation (CCC) die Schuld. Die übergrossen Vorräte der USA haben sie zu einer Verkaufspolitik gezwungen, die keine Rücksicht auf die Welthandelspartner nimmt. Davon werden vor allem Kanada und Argentinien, aber ebenso Australien betroffen.

Bedenklich ist es ferner, dass es nicht gelungen ist, den störenden Verkäufen des Ostblocks einen Riegel vorzuschieben. Billige Exportangebote der UdSSR machen Käufe aus diesem Land für viele Importeure interessant.

Die Lage am Weltweizenmarkt bleibt nach wie vor trotz des neuen IWA äusserst kritisch. Die Überschüsse der Hauptexportländer schwellen immer mehr an, und die Nachfrage der traditionellen Importländer wird auf Grund qualitativ und quantitativ stetig steigender Eigenernten sinken.

Für die westeuropäischen Länder und damit auch für die BRD hat das neue IWA ein politisches und wirtschaftliches Gesicht. Politisch gesehen, ist es die Sicherheit der Bezüge, die das Abkommen gewährleistet (man denke nur an die Korea-Krise); wirtschaftlich gesehen, ist es dringend notwendig, die Beziehungen mit dem Weltmarkt aufrechtzuerhalten, da die EWG-Länder sowieso in den Ruf kommen, Autarkiebestrebungen zu fördern. Eine Ablehnung des IWA durch diese Länder würde solche Meinungen verstärken.

b) Totale und partielle Ausgliederung von Handelsfunktionen durch das heutige Importverfahren

Wenn auch nach wie vor die Getreideeinfuhren (jährlich 4 - 6 Mill. t)¹⁾ von den deutschen Getreideimportfirmen abgewickelt werden, sind doch gegenüber der Zeit der freien Importe wesentliche Funktionen an den Staat verlorengegangen.

Gäfigen²⁾ vertritt die Ansicht, dass wir heute von einer völligen Ausgliederung der Vordispositionsfunktion, der Preisausgleichs- und der Quantitätsfunktion beim Getreideimporthandel sprechen können. Eine freie Betätigung finden wir heute lediglich noch bei der Kredit- und Qualitätsfunktion sowie bei der Funktion der Interessenwahrung und Beratung. Mehr oder minder starke Einschränkungen finden sich bei den übrigen Funktionen.

Formell fusst die Einfuhrregelung der EVSt-G auf dem im GetrG vorgeschriebenen Anbietungszwang für Einfuhren von Getreide. Hier heisst es, dass Getreide vor dem Verbringen ins Inland stets der EVSt-G zur "Übernahme anzubieten" ist. Dabei ist es der EVSt-G freigestellt, von dem Übernahmerecht Gebrauch zu machen oder nicht. Ohne eine Übernahmeerklärung oder eine sonstige Einfuhrgenehmigung der EVSt-G ist eine Einfuhr unzulässig. Die Verweigerung der Übernahme bedeutet praktisch Einfuhr- und Verwertungsverbot für die angebotenen Importe im Inland. Anbietungspflicht und Übernahmerecht ermöglichen der EVSt-G ein uneingeschränktes Verfügungsrecht über die Einfuhren.

- 1) Näheres über die Höhe der Importe im Tabellenanhang Tab. 10 und 11.
- 2) Gäfigen, D.: Der westdeutsche Getreideimport, seine Technik und Problematik, Diss. Köln 1952, S.85.

Durch Aushang der Ausschreibung im Gebäude der EVSt-G in Frankfurt und Veröffentlichung im Bundesanzeiger erklärt die EVSt-G ihre Übernahmebereitschaft für gewisse Mengen aus bestimmten Ländern und gibt zugleich den Übernahmepreis bekannt. Darüber hinaus kündigt sie an, ob die Importe in die Bundesreserve gelangen oder zum freien Absatz im Inland freigegeben werden. Im letzteren Fall verpflichtet sich der Importeur mit der Anbietung an die EVSt-G gleichzeitig zum Rückkauf des Importes von der EVSt-G in Höhe des festgesetzten Abgabepreises. Die Differenz zwischen Übernahme- und Abgabepreis wird von der EVSt-G abgeschöpft.

Die Übernahme kann körperlich oder nichtkörperlich vollzogen werden. Mit der körperlichen Übernahme - in der Regel bei Importen für die Bundesreserve - erlangt die EVSt-G Besitz und Eigentum an der eingeführten Ware. Übernahme und Abgabe sind hier zwei rechtlich und zeitlich auseinanderfallende Rechtsgeschäfte mit zwei Zahlungsvorgängen; Zahlung des Übernahmepreises an den Importeur nach Übernahme in die Bundesreserve und Zahlung des Abgabepreises durch den Grosshändler bei Bezug aus der Bundesreserve.

Bei der nichtkörperlichen Übernahme fallen beide Rechtsgeschäfte zusammen. Das eingeführte Getreide bleibt im Besitz und Eigentum des Importeurs. Es kommt nur zu einem Zahlungsvorgang, der je nach der Differenz von Übernahme- und Abgabepreis eine Abschöpfung oder eine Subvention darstellt.

Trotz der weitgehenden Befugnisse der EVSt-G ist im GetrG § 8 Abs.9 festgelegt, dass die Einfuhren als solche ausschliesslich von den privaten Einrichtungen der in Frage kommenden Wirtschaftskreise abgewickelt wer-

den sollen. Wie aber sieht es nun mit der Betätigungsfreiheit dieser Wirtschaftskreise, den Getreideimporthändlern, aus?

Wichtige Grundlagen der staatlichen Einfuhrlenkung sind bereits bei der Behandlung des Versorgungsplanes und der EVSt-G als Einfuhrschleuse dargelegt worden. Dies brachte aber lediglich Teilerkenntnisse. Ganz erfassen und erkennen lässt sich der staatliche Dirigismus auf dem Importsektor am besten durch eine detaillierte Darstellung der behördlichen Eingriffe und Vorschriften bei der praktischen Importabwicklung.

Die Abwicklung der Importe wird heute, abgesehen von den grundsätzlichen Bestimmungen des Getreidegesetzes, durch die Bekanntmachung Nr.215 über die Einführung eines erleichterten Einfuhrverfahrens für Getreide vom 1.Juli 1954 (BGBl I Nr.13, S.165) und den Auflagen, zu denen die EVSt-G gemäss § 8 Abs.5 GetrG ermächtigt ist bestimmt.¹⁾

Die oben erwähnte Ausschreibung eröffnet eine Einfuhrmöglichkeit aus einem bestimmten Land in bestimmter Höhe (Mengen- oder Wertgrenze), unter Festlegung der Getreideart, Lieferzeit, Qualität und des Abschöpfungsbetrages. Auf Grund dieser kann sich ein Importeur um eine Einfuhr bemühen. Es besteht allerdings für den Importeur ein gewisser Beteiligungszwang an den Einfuhren, da er sonst seine Quote verliert. Die Einfuhrquote, die jedem Importeur zugeteilt ist, ist aus dem Importanteil des Importeurs an den Gesamtgetreideimporten im Jahre 1938 errechnet. Neue Importeure werden nicht mehr zuge-

1) Vgl. dazu Bekanntmachung Nr.215 über die Einführung eines erleichterten Einfuhrverfahrens für Getreide, in: Bundesanzeiger Nr.126 vom 6.Juli 1954.

lassen. Die Wahrnehmung dieser Quotenanteile geschieht meist durch Verbände. So teilt z.B. die Bayerische Getreide-Commissions GmbH in Frankfurt bei jeder Ausschreibung den ihr angeschlossenen bayerischen Grosshändlern und Importeuren sofort die auf sie entfallende Quote mit.

Hat sich der Importeur nach Erkundung einer Einkaufsmöglichkeit in den Exportländern zur Ausnutzung seiner Importquote entschieden, so hat er einen Übernahmeantrag bei der EVSt-G zu stellen, aus dem Menge, Warenart, Ursprungsland, Abladetermin, Qualität, Parität, (Basisfracht, cif), Zahlungsbedingungen, die Erfüllung der Auflagen lt. § 8 Abs.5 GetrG,¹⁾ Übernahmepreis und vorläufiger Abgabepreis sowie der Abschöpfungsbetrag hervorgeht.

Nach Bewilligung dieses Antrags hat der Importeur sofort 20% des Abschöpfungsbetrages an die EVSt-G zu überweisen oder durch Stellung einer Bankbürgschaft Sicherheit zu leisten. Zugleich kann der Kaufabschluss mit dem ausländischen Geschäftspartner mittels fremder oder eigener Agenten erfolgen. Daneben läuft der Antrag auf Einfuhrbewilligung an die Aussenhandelsstelle (AHSt).

Liegt die Bewilligung der AHSt vor, folgt die Beschaffung des Frachtraumes. In der Regel geschieht dies durch Agenten der Frachten-Treuhand GmbH, Hamburg, unter Benennung des Dampfers, der Lademenge, des Löschhafens und der Liegezeit im Löschhafen. Der EVSt-G muss daraufhin der Frachtraum angedient werden, und sie muss ihre Einverständniserklärung zum benannten Frachtraum und

1) Der Inhalt der möglichen Auflagen wird auf Seite 251 - 253 ausführlich behandelt. Meist betreffen sie Weiterlieferung und Verwendung im Inland.

Löschhafen geben. Ebenso ist der EVSt-G die ländermässige und mengenmässige Verteilung des importierten Getreides mitzuteilen.

Nach erfolgter Verladebestätigung durch den Verkaufsagenten und Übermittlung des Konossements, der Rechnung, der Versicherungspolice und des Gewichts- und Inspektionszertifikats an den Importeur dient dieser den Import gemäss dem Konossement der EVSt-G an. Ist die gelöschte Menge genau bekannt, wird der ihr entsprechende Abschöpfungsbetrag an die EVSt-G überwiesen. Die Zollstelle im Löschhafen erhebt nach Beendigung der Löschung die Umsatzausgleichsteuer (UAST) in einer vorläufigen Rechnung. Die UAST beträgt 1,5% des Zollwertes, der sich aus Einkaufswert + Fracht zusammensetzt. Neben der UAST fallen bei der Löschung noch die Gebühren für die Pflanzenschau gemäss der Pflanzenbeschauverordnung (bis 1 t DM 2.-; über 1 - 1000 t je angefang. t 0,05 DM) und die Gebühren lt. § 15 Abs.2 GetrG (0,25 DM je t) an, die zur Deckung der Verwaltungskosten der EVSt-G erhoben werden. Die Verwaltungsgebühr ist an das Zollamt im Entladehafen zu entrichten.

Die endgültige Zollwertabrechnung erfolgt unter Zugrundelegung des Zollwertpreises nach dem endgültigen Cif-Preis. Der endgültige Cif-Preis setzt sich aus Einkaufspreis, Versicherung, Löschprämie und Fracht zusammen. Der Differenzbetrag zwischen vorläufiger und endgültiger Zollwertrechnung wird nachgefordert oder zurückvergütet. Der Importeur stellt nun gemäss der Bekanntmachung Nr.215 Abs.f an die EVSt-G einen Antrag auf Vergütung der UAST und des Differenzbetrages zwischen Effektiv- und Basisfracht. Zugleich werden der EVSt-G die endgültigen Empfangsgebiete mitgeteilt. Mit erfolgter Gutschrift der UAST und der Frachtdifferenz ist der Einfuhrvorgang

abgeschlossen.

Der vorangegangene Versuch, einen Einfuhrvorgang mit den einzelnen Phasen der behördlichen Eingriffe unter Verzicht auf die Erwähnung der rein kaufmännischen und technischen Abwicklung darzustellen, soll die Möglichkeit geben, die Eingriffe in die Entscheidungen des Importeurs genauer zu erläutern.

Die ersten Eingriffe in die freie Entscheidung des Importeurs werden schon bei der grundsätzlichen Zulassung zu den Importen erkennbar. Wie bereits erwähnt, sind den Importeuren genaue Quoten zugeteilt. Die Bemessungsgrundlage für diese Quoten ist die Referenzperiode des Jahres 1938. Die Festsetzung der Bemessungsgrundlage, die von den Bezügen der Importeure in der Referenzperiode ausgeht, entspricht nicht den rechtsstaatlichen Geboten des Art. 20 GG. Die Festsetzung dieser Bemessungsgrundlage hätte unbedingt durch eine Rechtsverordnung erfolgen müssen; das ist weder geschehen noch möglich, da das GetrG und das GetrPrG keine entsprechenden gesetzlichen Ermächtigungen zum Erlass einschlägiger Rechtsverordnungen enthalten.

"Diese Festsetzung der Bemessungsgrundlage ist aber auch materiell-verfassungsrechtlich überaus bedenklich. Sie kommt in ihrer Auswirkung der Aufstellung 'objektiver' Zulassungsvoraussetzungen gleich; nach höchstrichterlicher Rechtsprechung sind aber objektive Beschränkungen des freien Zugangs zu einem Beruf - hier des Importeurs - nur dann zulässig, wenn sie zur Abwehr von ernsthaften Gefährdungen überragender Gemeinschaftsgüter zwingend geboten sind. Davon kann hier nicht die Rede sein, so dass die Beschränkung der Importgenehmigungen auf solche Importeure, die bereits in der Referenzperiode eingeführt haben, gegen das Grundrecht der Freiheit der Berufswahl

(Art.12 Abs.1 GG) verstösst. Diese Praxis der EVSt-G verletzt aber auch den Gleichheitssatz des Art.3 Abs.1 GG."¹⁾

Wird eine Ausschreibung überzeichnet, kommt es zur Repartierung, d.h. die beantragten Mengen der einzelnen Importeure werden entsprechend ihrer Quote soweit gekürzt, wie es notwendig ist, um die Gesamtheit der beantragten Mengen auf die Höhe der Ausschreibung abzustimmen. Im Getreidegesetz ist eine Repartierung nicht ausdrücklich erwähnt. In § 8 Abs.3 GetrG ist aber eine sinn-gemässe gesetzliche Ermächtigung insofern zu sehen, als die EVSt-G ermächtigt ist, einen Einfuhrantrag abzulehnen. Wenn das im ganzen möglich ist, muss dies als weniger einschneidende Massnahme auch für einen Teil eines Antrages möglich sein. Gegen die Repartierung können deshalb keine rechtlichen Bedenken erhoben werden.

Durch die Ausschreibungen der EVSt-G wird die Vor-dispositionsfunktion des Handels vollkommen ausgeschaltet; denn die freie Wahl des Bezugslandes, der Einfuhrmenge, des Kauftermins sowie der Qualität sind dem Import-handel genommen.

Aber die partielle und totale Übernahme^{typischer} Funktionen des Importhandels geht noch viel weiter: Durch die Festsetzung von Übernahme- und Abgabepreisen sowie des Abschöpfungsbetrages übernimmt die EVSt-G ferner die Preisausgleichsfunktion. Mit der Festlegung der jeweiligen Importmenge in den Ausschreibungen hat die EVSt-G auch die Quantitätsfunktion auf sich übertragen. Die Handhabung der Mengenschleuse ist in § 8 Abs.3 GetrG rechtlich verankert. Zur Handhabung der Mengenschleuse ist die EVSt-G von sich aus verpflichtet; einer entsprechenden Weisung des BEM bedarf sie hierzu nicht.

Neben der totalen Ausklammerung der obengenannten Funktionen greift die EVSt-G mit der ihr im § 8 Abs.5

1) Hamann: Marktordnung und Preisgestaltung, in: Ernährungs-

GetrG zugestandenene Ermächtigung, Auflagen zu erteilen, erheblich in die dem Getreideimporthandel verbliebenen Funktionen ein. Ausdrücklich wird im § 8 Abs.5 GetrG nur von Auflagen gesprochen, die den Zeitpunkt der Weiterlieferung, der gebietlichen Verteilung und den Verwendungszweck betreffen; die Ermächtigung zur Erteilung weiterer Auflagen ist aber dort nicht verneint. Der EVSt-G steht allerdings dieses Auflagenerteilungsrecht lediglich bei Einfuhraufgaben zu.

Auflagen, die den Zeitpunkt der Weiterlieferung betreffen, sind eine andere Form der mengenmässigen Beschränkung und hängen mit der Tätigkeit der EVSt-G als Einfuhrschleuse zusammen. Soweit Auflagen hinsichtlich der gebietlichen Verteilung der Einfuhren gemacht werden, stehen sie mit dem auf Grund des GetrG zulässigen Frachtausgleich in Verbindung. Über den Frachtausgleich sollen einheitliche Verbraucherpreise unabhängig vom Standort des Käufers durchgesetzt werden. Zur Einhaltung einheitlicher Preise im Bundesgebiet lässt die EVSt-G bestimmte Einfuhrmengen nur in bestimmten Gebieten anbieten. Deshalb ist der Importeur verpflichtet, in der Beantragung des Übernahmevertrages die beabsichtigte gebietliche Verteilung der einzuführenden Menge anzugeben. Mit dieser Auflage ist jedoch dem Importeur weitgehend die freie Entscheidung über den gebietlichen Absatz genommen. Das kommt einer Beschränkung der Mengenausgleichsfunktion auf der Absatzseite gleich.

Auflagen, welche die Verwendung der importierten Mengen beschränken, haben ihre Ursache in der Beimahlungsquote. Diese wird jährlich festgelegt und bestimmt, bis zu welchem Prozentsatz ausländischer Qualitäts- und Füll-

dienst, 14.Jg., Nr.81 (23.Juli 1959), S.1 und 2.

weizen zur Vermahlung verwendet werden darf. Die Verwertung ausländischen Qualitätsweizen kann auf die Herstellung von Nahrungsmitteln beschränkt werden. Ebenso bedeuten die Auflagen bezüglich der Verwertung eine Beschränkung der Mengenausgleichsfunktion.

Zu diesen oben aufgeführten und im GetrG aufgezählten Auflagen verhängt die EVSt-G über die Importeure noch Auflagen, welche die Wahl des Transportweges und des Transportmittels betreffen. In diesen Auflagen, die im Zusammenhang mit dem Frachtenausgleich stehen, werden die Importeure verpflichtet, sich eines gewissen Transportweges und einer gewissen Transporteinrichtung zu bedienen. Auch ohne eigene Verpflichtung sieht sich der Importeur zur Einhaltung dieser Vorschriften gezwungen, da die Vergütung der Frachtpauschalen für den Transport von Qualitätsweizen vom Seehafen zur Mühle nur bei Einhaltung des für die Mühle billigsten Transportweges erfolgt. Das kommt einer Beschränkung der Raumüberbrückungsfunktion gleich.

Eine Auflage besonderer Art entspringt der von der EVSt-G betriebenen Seehafenpolitik. Sich auf ihr Auflagenrecht stützend, bestimmt die EVSt-G für eine genehmigte Einfuhr den deutschen Löschhafen. Einer Auflage entspricht ferner die Tatsache, dass die EVSt-G nur dann eine die Basisfracht übersteigende Mehrtrate erstattet, wenn die Frachtverträge durch die Frachten-Treuhand GmbH, Hamburg, als Agent für den Befrachter gezeichnet werden. Der Importeur kann somit weder den Löschhafen noch den Frachtraum frei wählen, will er nicht erhebliche finanzielle Nachteile und Schwierigkeiten in Kauf nehmen. Dies bringt praktisch eine Teilweise Ausklammerung der Transportfunktion aus dem Aufgabenbereich des Importeurs mit sich.

Wie ein Urteil des Landgerichtes Frankfurt/Main vom

9. Juli 1959 (Aktenzeichen 2/4 o 100/58) ausdrücklich bestätigt, ist die Ausschreibungsbedingung, dass die Frachtverträge über die Frachten-Treuhand GmbH, Hamburg, zu schliessen sind, eine handelspolitische Massnahme zur Förderung der deutschen Flagge und mit dem Sinn und Zweck des GetrG vereinbar. Mit einer solchen Auflage überschreitet die EVSt-G ihren Zuständigkeitsbereich nicht. In der Auslegung des § 8 Abs. 5 GetrG ist der EVSt-G ein weiterer Ermessensspielraum eingeräumt, dessen Umfang nach Sinn und Zweck des GetrG zu bestimmen ist.¹⁾

Eine weitere Auflage erwähnt Boerckel,²⁾ wenn er von Koppelungsgeschäften bei der Auslagerung von Vorräten aus der Bundesreserve spricht, bei denen der Kauf einer bestimmten Getreideart mit der Abnahmeverpflichtung für eine andere Getreideart gekoppelt wird (z.B. Gerste mit Roggen).

Als Ergebnis der Untersuchung der Verhältnisse im Getreideimporthandel kann festgehalten werden, dass gerade dieser Zweig des Getreidehandels in der freien Ausübung seiner Handelsfunktionen stark beschnitten ist. Eine uneingeschränkt freie Betätigung lässt sich lediglich bei der Kreditfunktion und Funktion der Interessenwahrung feststellen. Alle anderen Funktionen sind völlig oder teilweise ausgegliedert. Die ungünstigen Auswirkungen der Ausschaltung bzw. Einschränkung wesentlicher Handelsfunktionen auf den Getreidehandel sind darin zu sehen, dass die speziellen Fähigkeiten des Getreidehandels, wie Kenntnis des Weltmarktes und der Welthandel-

1) Vgl. Schutz und Förderung der deutschen Flagge, in: Steuer und Recht, S. 58, Beilage zum Ernährungsdienst, 14. Jg., Nr. 15 (26. Sept. 1959).

2) Boerckel, W.: Einfuhr- und Vorratsstellen als Mittel der Agrarpolitik, Mainz 1959, S. 51.

susancen, Fachwissen, grosse Beweglichkeit und Reaktionsfähigkeit, eines vermeintlichen Staatinteresses wegen ungenutzt bleiben. Der die Leistung anregende und auslesende Wettbewerb wird unter zunehmender Lähmung kaufmännischen Denkens und Handelns verhindert. Der staatliche Dirigismus hat den Getreideimporthandel der wesentlichsten Funktionen und damit der entscheidenden Chancen und Risiken beraubt und ihn letztlich zu einem ausführenden Organ des Staates gemacht.

3. Die Marktordnung und der Getreideexport

Der Getreideexport ist - ebenso wie der Import - der staatlichen Reglementierung unterworfen. § 8 Abs.7 GetrG enthält die Bestimmung, dass die Ausfuhr von Getreide aller Art und unmittelbarer Erzeugnisse daraus nur mit Zustimmung der EVSt-G nach Genehmigung durch den Bundesminister erfolgen dürfe.

Die Exporterlaubnis wird durch eine Zustimmungserklärung erteilt. Die EVSt-G ist bei der Erteilung dieser Zustimmung noch weit enger an die Direktiven des BMin-E gebunden, als dies bei den Importlizenzen der Fall ist. Sie setzt nämlich die Genehmigung des BMin-E voraus. Normalerweise wird der BMin-E die Genehmigung generell für eine bestimmte Art von Getreide oder Getreideerzeugnissen im vorhinein erteilen, da jeder Einzelfall von der EVSt-G eigens geprüft wird.

Der Exporteur hat einen Antrag an die EVSt-G auf Erteilung einer Zustimmungserklärung zu richten. Der Antrag erfolgt meist auf Grund einer Exportausschreibung.

Der Getreideexport hat in einem Getreideimportland

wie Westdeutschland naturgemäss keine grosse Bedeutung.¹⁾ Ebenso ist der deutsche Transithandel vollkommen zum Erliegen gekommen. In jüngster Zeit hat jedoch der wachsende Überhang an inländischem Roggen Exporte in beachtlicher Höhe ausgelöst. So wurden 1957/58 100 000 t und 1958/59 140 000 t Roggen exportiert.²⁾ Die EVSt-G sah sich zur Ausschreibung von Exportmöglichkeiten für Roggen gezwungen, nachdem der starke Rückgang des Roggenmehlverbrauchs im Inland und die anhaltend hohen Inlandsernten die Roggenbestände der Bundesreserve über Gebühr anwachsen liessen. Da es sich nicht um vorübergehende, sondern um dauernde und echte Überschüsse handelt, sah man eine Abbaumöglichkeit der kostenverursachenden Überhänge nur im Export.

Die hohen Inlandspreise, die nicht unterboten werden dürfen, machen einen freien Export ohne staatliche Lenkung unmöglich. Dem Exporthandel ist schon deswegen eine freie Betätigung versagt. Während auf dem Weltmarkt US-Roggen cif deutsche Nordseehäfen zu einem Preis zwischen 220 - 230 DM je t angeboten wird, liegt der Erzeugermindestpreis für Inlandsroggen je nach Preisgebiet und Verkaufsmonat zwischen 371.- und 424.- DM je t (Preise von 1959/60). Der effektive Preis für Inlandsroggen liegt infolge der Handelsspannen, Transport- und Bearbeitungskosten, die hinzukommen, noch darüber. Ein Roggenexport ist daher lediglich mit staatlichen Subventionen möglich. In der Tat werden auch alle Getreideexporte subventioniert.

Im Rahmen des Bundeshaushaltes 1958 wurden planmässige Mittel in Höhe von 40 Mill.DM zur Verbilligung von

1) Vgl. dazu Tabellenanhang Tab. 12, S.6.

2) Vgl. Teurer Roggen-Export, in: Süddeutsche Zeitung, 16.Jg., Nr.156 (30.Juni 1960), S.11.

40 Mill.DM zur Verbilligung von 200 000 t Roggen für die Ausfuhr und 39 Mill.DM für die Abgabe von 300000 t Importweizen zum Weltmarktpreis für Zwecke des Mehlexportes eingesetzt. Darüber hinaus wurden 1958 vom Haushaltsausschuss des Bundestages noch ausserplanmässig 30 Mill.DM zur Verbilligung von 150 000 t Roggen für Ausfuhrzwecke bewilligt.¹⁾ Allein 1958 hat also der Bund 70 Mill.DM zur Verbilligung von Exportroggen zur Verfügung gestellt, was einer Subvention von 200.- DM je t entspricht.

Um den Exporthandel zur Erschliessung von Exportmöglichkeiten für Roggen anzuregen, versucht die EVSt-G, die Roggenexporte aus der Bundesreserve mit der Berechtigung zur Einfuhr von Gerste, Hafer, Mais und Milokorn zu Futterzwecken im Mengenverhältnis 1 : 1 zu koppeln. Der Anreiz liegt darin, dass das eingeführte Futtergetreide dem Einführer zum freien Absatz im Inland überlassen wird.

Neben dem Körnerexport, der nur bei Roggen beachtenswerte Mengen erzielt, spielt der Mehlexport eine grosse Rolle. Er dient sowohl dem Abbau grosser Überschüsse, die sich nun ebenfalls durch die Erfüllung der handelspolitischen Verpflichtungen bei Weizen bilden, als auch der Auslastung der vorhandenen Mühlenkapazitäten.

Im wesentlichen können bezüglich der Funktionsfreiheit Export- und Importhandel gleichgestellt werden; denn beide unterliegen einer straffen staatlichen Regulierung und sind ausführende Organe der staatlichen Planung. Eine grössere Freiheit des Exporteurs ist allein in einer weitgehend freien Wahl des Handelspartners zu sehen, die beim Importeur durch die herkunftsmässige Len-

1) Vgl. Verbilligungsmittel für den Roggenexport, in: Ernährungsdienst, 13.Jg., Nr.130 (8.November 1958), S.2.

kung der Importe stark beschränkt ist; denn der Staat ist selbst an neuen Exportmöglichkeiten für Roggen brennend interessiert.

4. Die Intervention und ihr Einfluss auf die Funktionen des Inlandgetreidehandels

a) Aufgabe und rechtliche Grundlage der Intervention

Versucht der Staat durch die Importlenkung ein bestimmtes Preisniveau aufrechtzuerhalten, so dient auf dem Inlandgetreidemarkt die Intervention und Vorratshaltung demselben Ziel. Um die Getreidepreise auf dem gewünschten Niveau zu halten, nimmt der Staat über die EVSt-G ein "Überangebot" aus dem Markt und gibt bei Marktverknappung Getreide aus der Bundesreserve ab. Eine staatliche Vorratshaltung zum Ausgleich von Angebotsschwankungen und Verhütung von Preisschwankungen wird infolge der relativ starren Nachfrage nach Getreide erleichtert.

Die Abhängigkeit der Erntemenge von der Witterung und der Anbaupolitik führt leicht zu Unregelmässigkeiten und Schwankungen im Angebot, die bei der geringen Elastizität der Getreidenachfrage empfindliche Preisschwankungen auslösen können. Durch die staatliche Vorratshaltung sollen diese ausgeglichen und dadurch der Marktpreis nahe dem gedachten langfristigen Gleichgewichtspreis gehalten werden.

Die rechtliche Grundlage für die Intervention und Vorratshaltung ist § 8 Abs.6 GetrG. Danach hat die EVSt-G, um ihrem Auftrag als Hüter des Binnenmarktes gerecht wer-

den zu können, die Aufgabe, je nach Marktlage unter Verwendung der im Haushalt bereitgestellten Mittel Vorräte in Inland- und Auslandsgetreide zu halten. Auf diese Weise sollen bei Versorgungsschwierigkeiten der Mengen- und Preisausgleich sichergestellt werden. Bei der Lagerhaltung muss sich die EVSt-G der Einrichtungen der freien Wirtschaft bedienen (§ 8 Abs.9). Der Inhalt der Abmachungen mit den Lagerhaltern ist nicht hoheitlicher, sondern rein privatrechtlicher Art.¹⁾ Dasselbe gilt für Verträge, auf Grund deren das Getreide für die Vorratsstelle erworben wird.

Die EVSt-G hat neben der Aufgabe, Vorräte anzulegen, noch die Interventionspflicht, die in dem jährlichen GetrPrG festgesetzt wird. "Zur Sicherung der Mindestpreise hat die Einfuhr- und Vorratsstelle für Getreide und Futtermittel ihr vom Erzeuger angebotenes Getreide, ausser Saatgetreide, zum Mindestpreis zu übernehmen, soweit dieser Preis im freien Verkehr nicht erzielt werden kann." (§ 3 GetrPrG 1959/60) Die rechtliche Grundlage für Intervention und Vorratshaltung ist demnach sowohl im GetrG als auch im GetrPrG verankert. Umfang der Intervention regelt das GetrPrG, womit eine jährliche Anpassung an die Marktverhältnisse ermöglicht wird. Die detaillierten Vorschriften für die Intervention sind in den im Anschluss an das GetrPrG verkündeten Interventionsrichtlinien²⁾ enthalten.

1) Schmitz, H.: Öffentlich-rechtliche Stellung und Aufgaben der EVSt-G, Diss. Köln 1956, S.44.

2) Näheres siehe: Interventionsrichtlinien über den Kauf von Brotgetreide der Ernte 1959 in die Bundesreserve, in: Bundesanzeiger Nr.135 v. 18.Juli 1959.

b) Umfang und Kosten der Intervention und Vorratshaltung

Unter den heute gegebenen Verhältnissen wird die Notwendigkeit der Intervention nicht bestritten. Uneinigkeit herrscht aber über den Zeitpunkt und die Höhe; denn es geht vor allem darum, nur echte Überschüsse aus dem Markt zu nehmen und nicht einen momentanen Angebotsüberhang. Um diesem Ziel näherzukommen, wird von mancher Seite vorgeschlagen, die Intervention erst in der 2. Monatshälfte oder gar erst am Ende des Wirtschaftsjahres vorzunehmen. Erst dann sei der echte Marktüberschuss festzustellen. Getreide, das trotz aller Bemühungen bis zum Ende eines Wirtschaftsjahres nicht abgesetzt worden ist, sei von der EVSt-G zu übernehmen.

Gegen diese Meinung stellt sich vor allem der Erfassungshandel. Er behauptet, in der Praxis könne von Anfang des Wirtschaftsjahres an auf eine Intervention nicht verzichtet werden; denn durch Witterungsverhältnisse könne die Getreideerfassung leicht zu einem Stossgeschäft werden. Sehr frühzeitige und zusammengedrückte Ernteanlieferungen gerade zu Beginn des Wirtschaftsjahres führen zu einem Überangebot, das auf dem Markt keinen Absatz findet. Die Gefährdung der Qualität gebe unter diesen Verhältnissen den Anlass zu einer frühen Intervention.

(Tabelle 21 siehe folgende Seite)

In der Tat setzt die Interventionstätigkeit der EVSt-G schon in den Erntemonaten ein. 1959 z.B. hatte sie bis zum 28. August bereits 12 515 t Mahlroggen und 210 t Futterweizen aus der neuen Inlandsernte übernom-

Tabelle 21

Höhe der Interventionsmengen aus den inländischen
Ernten 1950 - 1959
in 1000 t

Ernte	Mahl- roggen	Futter- roggen	Mahl- weizen	Futter- weizen	Roggen/ Weizen Gemenge	Getreide insgesamt
1950 ⁻⁾		192				192
1951 ⁻⁾		239		14	13	266
1952 ⁻⁾		240		198	0,9	438,9
1953 ⁻⁾		106		12	7	125
1954	752	194	368	77	-	1 391
1955 ^{x)}		330		275	-	505
Garantie- verträge		(175)		(180)	-	(355)
1956	575	66	666	28	-	1 335
1957	657	38	683	81	-	1 459
1958	724,2	15,6	629,4	4,7	-	1 373,9
1959	557,3	6,4	854,9	45,6	-	1 464,2

-) In diesen Jahren wurde nicht nach Mahl- und Futterweizen und -roggen getrennt.

x) Stand per 29.2.1956.

Quelle: Einfuhr- und Vorratsstelle für Getreide und Futtermittel, Frankfurt/Main (pers.Schreiben).

men.¹⁾ Eine früh einsetzende Intervention verursachte jedoch besonders hohe Lagerkosten und überträgt dem Staat

1) Vgl. Interventionen der EVSt-G, in: Ernährungsdienst, 14.Jg., Nr.98 (1.Sept.1959), S.1.

eine erhebliche und kostspielige Vorratshaltung.

Einen Aufschluss über die zeitlichen und gebietsweisen Schwerpunkte der Interventionstätigkeit gibt Tabelle 22.

Eine noch bessere Vorstellung von der Höhe der Intervention vermittelt der Anteil der Interventionsmenge an den gesamten Verkäufen der Landwirtschaft. 1958 erstreckte sich die Interventionstätigkeit bei Weizen auf 43% (1957 43%), bei Roggen auf 47% (1957 45%) aller Verkäufe der Landwirtschaft.¹⁾

Der verständliche Wunsch des Staates, diese Belastung abzubauen, hat auch das bereits mehrmals erwähnte Förderungsprogramm zum Lagerhausbau ausgelöst. Dadurch soll der Handel veranlasst werden, die Getreidelagerung zumindest bis zum Ende des Wirtschaftsjahres selbst zu übernehmen. Die dann noch vorhandenen Mengen stellen echte Überschüsse dar, die dem Ziel der Intervention entsprechend, aus dem Markt genommen werden können.

Jedoch erfordert die durch die Mechanisierung der Ernte ausgelöste Ballung der Getreideanlieferungen und die Weigerung der Bauern, die Lagerung selbst durchzuführen, bis heute eine frühzeitige Interventionstätigkeit. Dadurch werden vielfach in den Erntemonaten Mengen aus dem Markt genommen, die zu Ende des Wirtschaftsjahres wieder an den Markt zurückgegeben werden müssen. Diese so widersinnige Entwicklung ist die Frucht einer überspitzten Marktordnung.

Schon in den Getreidewirtschaftsjahren 1958/59 und 1959/60 hat sich gezeigt, dass durch die Erweiterung des

1) Vgl. Gocht, H.: Der Markt für Getreide und Kartoffeln, in: Ernährungsdienst, 14.Jg., Nr.63 (9.Juni 1959), S.6.

Tabelle 22

Interventionen aus der Getreideernte 1959 gegliedert nach Monaten und Bundesländern
(in 1000 t)

1959	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württg.	Bayern	Gesamt
August-September bis 2. Okt.	40,2	9,6	-	11,7	42,0	2,4	111,0	216,9
Oktober	26,7	7,5	-	5,2	2,0	3,1	95,5	140,0
November bis 4. Dez.	-	-	-	1,7	3,0	2,1	28,1	34,9
Dezember bis 8. Jan.	29,2	-	-	0,3	5,3	3,6	8,1	46,5
Januar	-	19,1	-	9,2	2,5	0,2	114,9	145,9
Februar	27,9	30,0	-	33,0	0,5	0,5	5,9	97,8
März	-	53,0	-	10,5	6,1	2,6	74,3	146,5
April	53,3	65,3	17,1	28,2	13,4	3,8	1,1	182,2
Mai	51,7	151,3	53,9	49,9	15,3	21,0	77,4	420,5
Juni	2,6	11,0	0,2	3,3	2,2	2,4	11,3	33,0
insgesamt	231,6	346,8	71,2	153,0	92,3	41,7	527,6	1464,2

Quelle: Einfuhr- und Vorratsstelle für Getreide und Futtermittel, Frankfurt/Main (pers.Schreiben)

Lagerarraumes beim Erfassungshandel - besonders auf Grund des Förderungsprogramms - und durch die Reportgestaltung eine Verschiebung der Lagerhaltung von der öffentlichen in die private Hand und damit eine Verlagerung des Schwerpunktes der Interventionstätigkeit auf das Ende des Wirtschaftsjahres ausgelöst wurde. (Siehe Tabelle 22.)

Dem Ziel, die körperliche Intervention soweit als möglich zu vermeiden, dient ferner die Festlegung der jeweiligen Beimahlungsquote für Inlandweizen. Ausgelöst durch die steigenden Interventionszahlen und wachsenden Vorräte wurde die Beimahlungsquote von Inlandweizen 1958/59 auf 61%, 1959/60 auf 66% und ab 1. Januar 1960 auf 75% festgelegt. Mit dieser laufenden Erhöhung soll das Inlandgetreide stärker der Verarbeitung zugeführt werden.

Die Vorratshaltung, die der Staat zum Zwecke der Sicherung der Versorgung der Bevölkerung und eines ausgeglichenen landwirtschaftlichen Marktes betreibt, verursacht hohe Kosten. Sie schwanken je nach Höhe der notwendigen Interventionen und der Höhe der Sicherheitsreserve. Nach einem Beschluss des Deutschen Bundestages soll die Bundesreserve den normalen Monatsbedarf für 3 bis 4 Monate decken, d.h. 1,8 Mill. t Brotgetreide und 0,4 bis 0,6 Mill. t Futtergetreide umfassen.¹⁾

Die besonderen Kosten der Vorratshaltung finden im Preis keine Deckung; es ist ebenso nicht möglich, einen Preisausgleich zu Lasten der Erzeuger- und Verbraucherpreise herbeizuführen. Im Bundeshaushalt 1959 sind beispielsweise für die Vorratshaltung von Brotgetreide,

1) Vgl. Plate-Fischer-Gleissner, Landwirtschaftliche Marktkunde, Bonn-München-Wien 1956, S.79.

Futtergetreide, sonstige Futtermittel und Nahrungsmittel 189.366.400 DM eingesetzt worden.¹⁾ Die Berechnung der Vorratshaltungskosten geht aus von den voraussichtlich zur Einlagerung kommenden Jahresdurchschnittsmengen und den Kostenfaktoren auf Grund von Erfahrungssätzen unter Berücksichtigung der absehbaren Entwicklung. Die bei Getreide eingesetzten Jahresdurchschnittsmengen berücksichtigen die bis zum Schluss des Rechnungsjahres 1958 und im Laufe des Rechnungsjahres 1959 zu erwartenden Bestandsbewegungen. Zu den reinen Kosten der Vorratshaltung kommen im Haushalt 1959 noch 21 Mill. DM für Abbaumassnahmen der EVSt-G. Die durchschnittlichen Kosten der Vorratshaltung werden mit 70.- DM je t jährlich angegeben (1958 z.B. zahlte die EVSt-G 28 Mill. DM an Lagergeld).²⁾

Sowohl für die Kosten der Vorratshaltung als auch für die Finanzierung der eingelagerten Getreidemengen muss die EVSt-G hohe Kredite aufnehmen. Aus dem Geschäftsbericht 1958 der Landwirtschaftlichen Rentenbank, Frankfurt, geht hervor, dass am 31.12.1958 die EVSt-G-Kredite 751 Mill. DM betrugen (am 31.12.1957 sogar 1,012 Mrd. DM). Kurzfristige Kredite hatte die EVSt-G bis zum 27. Mai 1959 in Höhe von 987 Mill. DM in Anspruch genommen.³⁾

Grosse Verluste bei der Vorratshaltung entstehen der EVSt-G dadurch, dass sie von den Erzeugern Roggen und Weizen als Brotgetreide übernehmen muss, das infolge witterungsbedingter Qualitätsminderungen bei der Auslagerung nur noch als Futtergetreide verwertet werden kann. Der EVSt-G soll z.B. 1954/55 dadurch, dass sie von

- 1) 2) Vgl. Kosten der Vorratshaltung, in: Ernährungsdienst, 13. Jg., Nr. 137 (27. November 1959), S. 1.
3) Vgl. Hohe Kredite für staatliche Vorratshaltung, in: Ernährungsdienst, 14. Jg., Nr. 67 (20. Juni 1959), S. 1 und 2.

1.340.000 t Brotgetreide 270.000 t lediglich noch als Futtergetreide verwerten konnte, ein zusätzlicher Aufwand an Trocknungs- und Bearbeitungskosten und an Substanzverlusten in Höhe von 14 - 15 Mill. DM entstanden sein.¹⁾

Die angeführten Zahlen sollen zeigen, welche Kosten der Staat im Rahmen der Intervention und Vorratshaltung zur Aufrechterhaltung seiner Marktordnung aufwendet.

c) Vorratshaltung und Intervention in ihrer Wirkung auf die Mengenausgleichs- und die Zeitüberbrückungsfunktion

Durch Intervention und Vorratshaltung übernimmt die EVSt-G in erheblichem Umfang die Mengenausgleichsfunktion des Handels. Bei den zur Zeit bestehenden Verhältnissen muss sie für 40 - 50% der von der Landwirtschaft verkauften Ernte den gebietlichen und zeitlichen Ausgleich herbeiführen. Die starke Interventionstätigkeit gerade in den Erzeugerüberschussgebieten und den "toten Winkeln" sowie die Verlagerung grosser Teilmengen aus diesen Gebieten in die Bedarfszentren ist eine echte Erfüllung der Mengenausgleichsfunktion. Die Ausgleichstätigkeit beschränkt sich dabei nicht nur auf den räumlichen Ausgleich innerhalb und zwischen den Bundesländern, sondern befasst sich auch, wie der Roggenexport zeigt, mit dem Abbau struktureller Überschüsse.

In dem Umfang ihrer Vorratshaltung übernimmt die EVSt-G ferner die Zeitüberbrückungsfunktion. Trotz der Zunahme der privaten Lagerhaltung bringt diese noch keine

1) Vgl. Boerckel, W.: Einfuhr- und Vorratsstellen als Mittel der Agrarpolitik, Mainz 1959, S.47.

letztliche Übernahme der Zeitüberbrückung durch den Handel, da dort das Getreide bis höchstens zum Ende des Wirtschaftsjahres gelagert wird. Die Lagerung wird in der Regel dann wieder auf die EVSt-G übertragen. Was allerdings zu diesem Zeitpunkt auf die EVSt-G zukommt, ist echter Angebotsüberhang des Erfassungsgebietes, der allein im räumlichen Ausgleich abgebaut werden kann. Da der Getreidehandel infolge der starren Preisgestaltung dazu nicht in der Lage ist, ist er gezwungen, die Lagerhaltung dem Staat zu überlassen.

Solange die EVSt-G über den Getreidehandel zur Erntezeit Getreide aufnimmt und am Ende des Wirtschaftsjahres wieder über das Optionsverfahren aus der Bundesreserve an den Getreidehandel zum Weiterverkauf abgibt, übernimmt die EVSt-G für diese Mengen voll und ganz die Lagerfunktion. Soweit sie allerdings eine Vorratshaltung aus sozialen und ernährungspolitischen Gründen durchführt, vollzieht sie eine Aufgabe des Sozialstaates.

Die weitgehende Übernahme der Mengenausgleichs- und Zeitüberbrückungsfunktion durch den Staat folgt zwingend aus seiner Übernahme der Preisbildungsfunktion auf Grund der Marktordnung. Mit der starren Festlegung der Preise kann dem Handel die totale Übernahme dieser Funktionen nicht mehr zugemutet werden. Er wird sie lediglich dort wahrnehmen, wo die gesetzlichen Preise eine Kostendeckung ermöglichen. So ist es dem Handel nicht möglich, einen weitreichenden übergebietlichen Mengenausgleich herbeizuführen, da die Frachtkosten für weite Strecken im Preis keine Deckung mehr finden. Der Abbau struktureller Überschüsse, wie sie bei Roggen entstanden sind und noch immer entstehen, ist dem Handel ebenfalls unmöglich, da bei den gesetzlichen Erzeugermindestpreisen kein Export zustande kommt. Mit erheblichen Subventionen exportieren

kann allein der Staat. Dasselbe gilt für die Weichweizenüberschüsse, die der Staat über die laufende Erhöhung der Beimahlungsquote, also auf dem Zwangswege, abzubauen versucht. Nur Preise, die das gebietliche Transportgefälle berücksichtigen, ermöglichen es dem Handel, die Mengenausgleichsfunktion selbst auszuüben.

Die Ursache dafür, dass die Lagerhaltung in erheblichem Umfang auf den Staat übergang, ist ebenfalls die staatliche Preisbildung. In dem Masse, in dem die monatliche Preisstaffelung die monatlichen Lagerkosten deckt, wird auch die Lagerhaltung vom Handel übernommen - nicht aber, wenn eine längere Lagerhaltung zu Verlusten und Preiseinbussen führt. Ebenso würden die Landwirte wenigstens für eine gewisse Zeit die Lagerung selbst durchführen, wenn die Preisgestaltung bei späterem Verkauf einen eindeutigen Vorteil erwarten liess.

Schliesslich genügt es nicht, wenn die Preise gerade noch die Lagerkosten decken; denn allein über eine wenn auch nur bescheidene Eigenkapitalbildungsmöglichkeit kann der neue und so notwendige Lagerraum geschaffen werden. Dann wären auch - so wertvoll sie sind - keine umfangreichen Förderungsprogramme für den Lagerhausbau notwendig.

d) Der Einfluss der Intervention auf die Manipulations- und Kreditfunktion

Von einer Übernahme von Manipulationsfunktionen durch die EVSt-G kann insofern gesprochen werden, als sie bei den Interventionsmengen die Kosten der Bearbeitung trägt und die Bearbeitungen veranlasst. Das um so mehr, als gerade in witterungsungünstigen Jahren die Interventionstätigkeit zur Erntezeit sehr stark beansprucht wird. Ebenso braucht nicht verheimlicht zu wer-

den, dass insbesondere Getreide mit hoher Feuchtigkeit von den Eigenlagern des Handels ferngehalten und den EVSt-Lagern übergeben wird. Dadurch sieht sich die EVSt-G stets zu einer intensiven Bearbeitung der von ihr übernommenen Partien gezwungen. Diese kostspieligen Bearbeitungen, wie Reinigung, Trocknung, Aspiration usw. finden vielfach keine Kostendeckung im Preis, da als Brotgetreide aufgenommenes Getreide zum Zeitpunkt der Auslagerung vielfach nur mehr als Futtergetreide abgesetzt werden kann. Die durch Bearbeitung und Wertverlust entstandenen Kosten trägt der Staat. Dem Handel sind damit neben den Manipulationen auch erhebliche Risiken erspart geblieben.

Doch drängt sich die Frage auf, inwieweit der Handel in der Lage wäre, diese Manipulationen selbst durchzuführen. Der laufende Ausbau der Trocknungs- und Reinigungskapazitäten beim Erfassungshandel zeigt den Willen, stärker als bisher Trocknung und Reinigung wahrzunehmen. Die Sicherung einer Kostendeckung in den Preisvorschriften, vor allem durch Einführung von Pflichtabschlägen bei Minderqualität und verbindliche Zuschläge bei Trockengut, ist die entscheidende Voraussetzung dafür, dass diese Funktion in vollem Umfang wieder dem Handel als dem berufenen Träger dieser Funktionen zurückgegeben werden kann.

Grosse Aufgaben stellt auch die Finanzierung der hohen Interventionsmengen. Bei einem durchschnittlichen Ankaufspreis von 420.- DM je t sind für den Ankauf von 1,3 Mill. t, was der durchschnittlichen jährlichen Interventionsmenge entspricht, 546 Mill. DM erforderlich. In der Höhe, in der die EVSt-G im Rahmen der Intervention vom Handel Getreide durch Kauf erwirbt, stärkt sie die Liquidität der Handelsbetriebe. Besonders bei frühzeiti-

ger Intervention ist dieser Umstand nicht zu unterschätzen. Die prompte Zahlungsweise der EVSt-G nach vollzogener Übernahme stellt dem Handel die Finanzmittel rasch zur Verfügung und ermöglicht die Verwendung dieser Mittel für seine Kreditgewährung in Verbindung mit den herbstlichen Düngermittellieferungen. Welche Bedeutung in diesem Zusammenhang die Sola-Wechsel der EVSt-G einnehmen, ist auf Seite 178f ausführlich herausgearbeitet worden.

Wenn heute 40% der von der Landwirtschaft verkauften Ernte an die EVSt-G geliefert werden und ein beträchtlicher Teil davon bereits in den Erntemonaten, so wird der Handel von der Notwendigkeit der teuren Finanzierung lagernder Bestände in Eigen- oder Fremdlagern befreit und darüber hinaus rasch mit liquiden Mitteln ausgestattet. Kann daher auch von keiner direkten Übernahme der Kreditfunktion durch die EVSt-G in diesem Fall gesprochen werden, so ist doch die Intervention die Quelle für die Ausübung der Kreditfunktion, die letztlich so umfangreich ist, dass es kaum übertrieben erscheint, der EVSt-G die teilweise indirekte Übernahme der Kreditfunktion des Inlandgetreidehandels zuzubilligen.

Allerdings lässt sich hier ebenfalls die staatliche Preisfestsetzung als Ursache für diese Entwicklung erkennen. Freie Preise würden mehr der tatsächlichen Qualität entsprechen und damit stets die Deckung der Kosten der Bearbeitung ermöglichen. Damit würde der Handel die Manipulationsfunktion wieder selbst übernehmen. Mit dem Wegfall der Intervention würde aber gleichzeitig die Kreditfunktion des Staates verschwinden.

5. Die Auswirkungen des Beimahlungszwanges für Inlandweizen auf den Men- genausgleich

Um der Verwertung der inländischen Weizenernte den Vorrang vor der Vermahlung von Auslandsweizen zu sichern, sind die Mühlen verpflichtet, bei der Verarbeitung von Weizen einen bestimmten Anteil von inländischem Weizen zu verwerten. Die Höhe des Anteils wird vom BMin-E festgesetzt. Höhe und Zeitpunkt der Beimahlungsquote hängen von der Lage auf dem Inlandgetreidemarkt ab.

Die gesetzliche Grundlage für die Beimahlungspflicht ist § 3 Abs.3 GetrG. Danach kann der BMin-E zur Sicherstellung einer der Versorgungslage entsprechenden Verwertung des Getreides bestimmen, "in welchem Umfang die Mühlen inländisches und ausländisches Brotgetreide zu vermahlen haben". Die Überwachung der Einhaltung der festgesetzten Beimahlungsquoten obliegt der durch das GetrG geschaffenen Mühlenstelle.

Die Beimahlungsquoten sind ein echtes Marktordnungsinstrument, bei dem die Höhe der Beimahlung den Aktionsparameter bildet. Im Wirtschaftsjahr 1956/57 war die Beimahlungsquote für Inlandweizen folgendermassen gestaffelt:¹⁾

Juli - September	mindestens	30%
Oktober - Dezember	mindestens	50%
Januar - März	mindestens	45%
April - Juni	mindestens	20%

Aus dieser Staffelung der Quoten spricht der Wunsch,

1) Plate-Fischer-Gleissner: Landwirtschaftliche Marktkunde, Bonn-München-Wien 1956, S.79.

in den Hauptablieferungsmonaten kurz nach der Ernte und den Hauptdruschmonaten am Jahresanfang einen möglichst grossen Teil des Inlandsangebotes sofort zu vermahlen. Der verstärkte Mähdreschereinsatz hat die Situation geändert, so dass auf eine Staffelung verzichtet und die Beimahlungsquote einheitlich für das ganze Wirtschaftsjahr festgelegt wurde.¹⁾

Juli - Dezember	1957	50%
Januar - Juni	1958	45%
	1958/59	61%
Juli - Dezember	1959	66%
ab Januar	1960	75%

Die für die Aufgabenstellung dieser Arbeit entscheidende Erkenntnis ist, dass mit Einführung der Beimahlungsquote der Staat selbst für den Mengenausgleich und damit für die Verwertung der Ernte Sorge tragen will. Bewusst greift er dadurch in das Aufgabengebiet des Handels ein. Zu diesem Eingriff ist er genötigt, nachdem bei der Getreideversorgung die ökonomischen hinter den wirtschafts- und sozialpolitischen Gesichtspunkten zurückgetreten sind. Mit der Beherrschung des Getreidemarktes durch wirtschafts- und sozialpolitische Massnahmen ist dem Handel, der ohne Zwang nur nach rein ökonomischen Gesichtspunkten handeln kann und muss, die Erfüllung dieser Aufgaben nicht mehr möglich.

Durch die Beimahlungsquote sind dem Handel die Absatzwege gewissermassen vorgezeichnet. Für den Absatz von Inlandmahlweisen stehen zwei Wege offen: der Verkauf an Mühlen bis zur Höhe ihres Bedarfs auf Grund der Bei-

1) Nach Auskunft des Verlags Deutsche-Müller-Zeitung GmbH, München.

mahlungsquote und der Absatz an die EVSt-G. Stockt der Absatz an Mühlen, bleibt der Absatz an die EVSt-G immer noch offen. Sie bildet den grossen Sicherheitsfaktor in der Absatzplanung des Handels

In beiden Fällen ist aber der Absatz vom Staat gesteuert. Tritt das beim Verkauf an die EVSt-G ganz klar hervor, so sind auch durch die Höhe der Beimahlungsquote der Absatzweg und die Absatzmenge für die einzelne Mühle bereits mehr oder weniger vorgezeichnet.

6. Der Einfluss der Frachtenpolitik der EVSt-G auf den Mengenausgleich und die Raum- überbrückung

Um den direkten Abfluss von Überschussmengen aus den Überschussgebieten zu fördern und die kostspielige körperliche Übernahme dieser Mengen auf Erfassungslagern zu vermeiden, gewährt die EVSt-G Frachtzuschüsse. Die gesetzliche Grundlage für die Gewährung von Frachtzuschüssen sind § 11 GetrG und die Richtlinien des BEM.¹⁾ Durch die Gewährung von Frachtzuschüssen wird versucht, den möglichst schnellen Abfluss der Ernte aus den marktfernen Erzeugungsgebieten in die Bedarfsgebiete zu fördern. Der Staat soll damit weitgehend von der körperlichen Übernahme befreit werden.

Im Getreidewirtschaftsjahr 1958/59 wurden für 400 000 t Frachtzuschüsse genehmigt (1957/58 für 370 000 t).²⁾

-
- 1) Vgl. Frachtzuschussrichtlinien des BEM für inländisches Brotgetreide der Ernte 1959, in: Bundesanzeiger Nr.142 vom 29.Juli 1959.
- 2) Vgl. Gocht, H.: Der Markt für Getreide und Kartoffel, in: Ernährungsdienst, 14.Jg., Nr.63 (9.Juni 1959), S.6.

Daraus ist zu erkennen, dass der Staat durch diese Massnahme einen bedeutenden Einfluss auf den Mengenausgleich und die Raumüberbrückung ausübt. Durch Genehmigung oder Ablehnung von Frachtzuschussanträgen ist er in der Lage, den Abfluss und Zufluss von Getreide über diesen Weg für erhebliche Mengen zu steuern.

Frachtzuschüsse sind erforderlich, da die Preisspanne zwischen den Erzeugergebieten (die in Preisgebiete eingeteilt sind) nicht in allen Fällen die Transportkosten deckt. Das gilt besonders für die sog. "toten Winkel", in denen das Getreide keinen ausreichenden Absatz zum festgesetzten Mindestpreis findet. Die Finanzierung des Absatzes in entfernte Bedarfsgebiete vermag der Handel nicht, da Erzeugerpreis, Abgabepreis und Handelsspanne gesetzlich oder wirtschaftlich eine Preisvariation nicht zulassen. Daher ist der Staat gezwungen, die Raumüberbrückung und den Mengenausgleich durch Frachtzuschüsse selbst herbeizuführen.

7. Die Auswirkungen der staatlichen Eingriffe auf die Risiken

Die Darstellung der totalen oder teilweisen Übernahme von typischen Funktionen des Getreidehandels durch den Staat mag den Eindruck erwecken, als sei hier der Handel auf ganzer Ebene benachteiligt worden.

Auf die Nach- und Vorteile der bestehenden Marktordnung allgemein wird an dieser Stelle nicht eingegangen. Hier sollen lediglich die Auswirkungen der Übernahme von Funktionen durch den Staat auf die Risiken untersucht werden.

Mit der Übernahme entscheidender Funktionen übernahm der Staat auch die Risiken und entlastete damit den Getreidehandel von vielen Gefahren. Der Getreidehandel kennt - wie wiederholt ausgeführt - derzeit im Prinzip kein Preis- und Absatzrisiko mehr. Vernünftiger Einkauf beim Erzeuger vorausgesetzt, ist der Absatz zum Erzeugermindestpreis zuzüglich der gesetzlichen Handelsspanne an die EVSt-G immer gesichert. Die Übergabe nicht absetzbarer Mengen an die EVSt-G befreit den Getreidehandel darüber hinaus weitgehend vom Lager-, Qualitäts- und Kreditrisiko. In ähnlicher Weise wirkt die Einfuhrkontingentierung, die so gehandhabt wird, dass kein übermässiges Überangebot auf dem Inlandsmarkt entsteht. Eventuelle Überhänge wandern in die Bundesreserve. Damit wird ebenso im Importhandel ein Absatz- und Preisrisiko weitgehend ausgeschaltet.

Dass die Befreiung des Getreidehandels von schwerwiegenden Risiken aber auch negative, die Lebens- und Schaffenskraft hemmende und lähmende Einflüsse hat, steht ausser Zweifel. Die Heimat eines freien Handels kann nur ein freier Wettbewerb sein.

D. Die möglichen Auswirkungen eines freien
Wettbewerbs auf die Landwirt-
schaft und den Handel

Nachdem im Vorangegangenen die Eingriffe der Marktordnung in die Funktionen des Getreidehandels und damit in dessen freien Wettbewerb dargelegt wurden, drängt sich nun die Frage auf, ob nicht ein anderer und besserer Weg gefunden werden kann, die wirtschaftspolitischen Ziele der Getreidemarktordnung zu erreichen. Dieser "neue" Weg soll es einerseits dem Getreidehandel ermöglichen, seine Aufgaben frei von staatlicher Bevormundung auszuüben, andererseits der Landwirtschaft den berechtigten Schutz gewähren.

Gleich zu Beginn der Untersuchung ist es aber notwendig, auf die enge Schicksalsgemeinschaft von Landwirtschaft und Getreidehandel hinzuweisen. Aus ihr folgt, dass eine isolierte Betrachtung des Getreidehandels nicht möglich ist. Vielmehr kann für den Handel nur dann ein freier Wettbewerb gefordert werden, wenn dasselbe auch bedenkenlos für die Landwirtschaft getan werden kann. Hier liegt die Problematik dieser Forderung.

Ist ein freier Wettbewerb in der Landwirtschaft möglich? Besser gesagt: Könnte ein freier Wettbewerb die Nachteile der Marktordnung beseitigen, ohne andererseits grössere Nachteile oder gar Schäden zu verursachen?

Nur wenn diese Frage bejaht werden kann, darf die

Forderung nach freiem Wettbewerb für Handel und Landwirtschaft erhoben werden. Aufgabe der bestehenden landwirtschaftlichen Marktordnung ist es, den internationalen Wettbewerb mit seinen Folgen von der Landwirtschaft fernzuhalten. Dadurch soll es möglich gemacht werden, die agrarpolitischen Ziele zu erreichen. Kann auf die agrarpolitischen Ziele der Marktordnung verzichtet werden, steht dem freien Wettbewerb in Handel und Landwirtschaft nichts im Wege. Der freie Wettbewerb muss in jedem Fall die bessere Lösung sein.

Was sind die Vorteile des freien Wettbewerbs? Allein in der Marktwirtschaft entwickelt sich ein echter Leistungswettbewerb, der durch keine Eingriffe verzerrt ist. Gleichwohl darf Marktwirtschaft nicht mit einem rigorosen Konkurrenzkampf zwischen Oligopolisten und Monopolisten verwechselt und mit dem Prinzip des "Laissez faire" gleichgestellt werden. Auch in der Marktwirtschaft ist eine Ordnung notwendig, die unlauteren Wettbewerb verhütet, damit sich ein "echter" Konkurrenzpreis bilden kann. Nur dann verläuft der Wirtschaftsprozess im Gleichgewicht. Eingriffe, die Ordnungsmassnahmen auf den Märkten darstellen, sind marktkonforme Eingriffe und widersprechen nicht dem Wettbewerbsprinzip.

Die Wettbewerbsordnung "verspricht den ergiebigsten Ablauf des Wirtschaftslebens, eine harmonische Entfaltung der Produktionskräfte wie der Lebenshaltung; denn in ihr liegt die Entscheidung bei den Konsumenten".¹⁾

Der Wettbewerb in der Marktwirtschaft verspricht

1) Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Gutachten des Ausschusses für landwirtschaftliche Marktordnung, Bonn 1950, S.8.

ferner über die freie Preisbildung bei freier Konkurrenz die günstigsten Auswirkungen auf die Entwicklung und Rationalisierung der landwirtschaftlichen Betriebe. Die Landwirtschaft wird angehalten, ihre Betriebe bei wohlüberlegter Rationalisierung auf diejenigen Produktionszweige auszurichten, die auf die Dauer die günstigsten Aussichten bieten.

Das Streben nach Wettbewerbsfähigkeit ist schliesslich der beste Weg, um einen lebenskräftigen Bauernstand zu erhalten, und schafft einen grösseren Schutz der Landwirtschaft als protektionistische Massnahmen des Staates, welche die Eigenverantwortung lähmen und dem Staat die Sorge um den Fortbestand übertragen. Die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit ist weiterhin der beste Weg zur geforderten Sicherung der landwirtschaftlichen Einkommen.

In der Marktwirtschaft soll die Landwirtschaft nicht einer gnadenlosen Konkurrenz der Exportländer ausgeliefert werden. Durchaus vertretbar wäre daher ein Schutzzoll. Sofern er nicht prohibitiv gehandhabt wird, wirkt er nicht anders als beispielsweise eine Steigerung der Transportkosten. Schutzzölle sollen die volle Auswirkung der internationalen Konkurrenz abschwächen, zugleich aber die Steigerung der Produktivität der heimischen Wirtschaft, die Rationalisierung und den Anpassungsprozess ermöglichen. Letztes Ziel aller Massnahmen muss immer die bestmögliche Anpassung der Erzeugung an die Bedingungen des Marktes sein.

Die Nachteile der Marktwirtschaft für die Landwirtschaft entspringen ausnahmslos der freien Preisbildung. Gerade die Gefahr des Preisverfalls bei scharfer Konkurrenz will die bestehende Marktordnung verhindern. Das Interesse der Landwirtschaft an stabilen

Preisen ist verständlich und berechtigt. Die Befürchtung, dass bewegliche Einzelpreise die landwirtschaftlichen Betriebe gefährden, ist jedoch unbegründet. Ihre Bedeutung aber für die Anpassung der Betriebe an die Produktion mit dem grössten wirtschaftlichen Nutzeffekt wurde bereits dargelegt. Ebenso wie in der bestehenden Marktordnung würde freien Preisen eine regionale Abstufung keineswegs fremd sein. Sie würden den bestehenden Frachtausgleich, der eine Verzerrung der tatsächlichen Wettbewerbsverhältnisse bedeutet, beseitigen und die Frachtdifferenzen in den Preisen besser ausdrücken. Auch saisonale Preisschwankungen kennt die Marktwirtschaft. Besser als die derzeitigen, gesetzlich festgelegten saisonalen Preisunterschiede passen freie Preise das Angebot der jahreszeitlichen Nachfrage an und regen durch eine kostengerechte Vergütung der Lagerhaltung die Eigenlagerung stärker an als alle anderen Massnahmen.

Mit der Wiedereinführung der freien Preisbildung würden gleichzeitig die widersinnigerweise vom Staat übernommenen Handelsfunktionen wieder auf den Getreidehandel als den berufenen Träger zurückgehen. Es war die Übernahme der Preisbildung, welche den Staat auch zur weitgehenden Übernahme des Mengenausgleichs, der Raum- und Zeitüberbrückung und der Kredit- und Manipulationsfunktion zwang. Bei freier Preisbildung entfallen ferner die den Leistungswettbewerb hemmenden Zwangsspannen. Durch die harte Konkurrenz werden die Handels- und Bearbeitungsspannen "unter Druck gehalten" und die Betriebe zu scharfer Kalkulation gezwungen. Jeder Handelsbetrieb wird dann darauf bedacht sein, durch weitgehende Rationalisierung einer Erhöhung der Kosten entgegenzuwirken und damit einen Wettbewerbsvorsprung

zu erzielen.

Die Vorteile des freien Wettbewerbs gegenüber der heute bestehenden landwirtschaftlichen Marktordnung dürften unbestritten sein. Die Frage ist nur, ob in der gegenwärtigen Lage diese Vorteile nicht durch Nachteile, welche die freie Konkurrenz der Landwirtschaft mit ihren hohen Produktionskosten bringen könnten, kompensiert werden würden. Die Lösung des Problems darf also nicht in einem "Ersatz" der Marktordnung durch uneingeschränkte Marktwirtschaft gesehen werden, sondern in einem Kompromiss, der stärkere Züge des freien Wettbewerbs trägt, als sie heute anzutreffen sind.

Dieser Kompromiss soll die weitgehenden Stützungsmaßnahmen auf ein vernünftiges Mass zurückschrauben und die Landwirtschaft stärker als bisher zu rationaler Produktion und zweckmässiger Anpassung an den Bedarf zwingen. Eine konstruktive Hilfe sollte der Landwirtschaft nicht versagt werden, soweit diese dazu dient, den Anpassungsprozess und die Rationalisierung zu erleichtern. Abgelehnt wird aber die starre Konser-vierung der bestehenden Verhältnisse über einen gesetzlich garantierten Preis.

Trotzdem wird nicht übersehen, dass gesetzlich garantierte Erzeugerpreise eine nicht zu unterschätzende Sicherheit für die Erzeuger bilden. Es ist aber nicht richtig, mit gesetzlich bestimmten Preisen die Kostendeckung aller, auch der schlecht wirtschaftenden Betriebe anzustreben. Die Kosten werden immer von Betrieb zu Betrieb verschieden sein. Schliesslich sollen nicht die Preise den Kosten, sondern die Kosten den erzielbaren Preisen angepasst werden. Von Depressionen abgesehen, ist die Kostendeckung rationell wirtschaftender

Betriebe in der Marktwirtschaft gesichert. Eine risikofreie Wirtschaft zu schaffen ist unmöglich.

Das Bestreben der bestehenden landwirtschaftlichen Marktordnung, über die gesetzlichen Erzeugerpreise eine Einkommensparität zwischen Landwirtschaft und Industrie anzustreben, ist verfehlt. Eine Einkommensparität kann nur dann erreicht werden, wenn industrielle Bedingungen für die Landwirtschaft zutreffen. Die Rationalität hängt vom Einsatz und der Ergiebigkeit der Produktionsfaktoren ab. Steigerung der Produktivität der in der Landwirtschaft Tätigen ist nur durch verstärkte Mechanisierung möglich, wobei der Einsatz von Arbeitskräften je Erzeugungseinheit zurückgehen muss. Auch können Industrielöhne mit Einkommen in der Landwirtschaft nicht ohne weiteres verglichen werden. Die Naturaleinkommen und Nutzungen werden bei Vergleichen zwischen Landwirtschaft und Industrie häufig vernachlässigt oder unterschätzt, abgesehen von der zu geringen Berücksichtigung der gesellschaftlichen Stellung und materiellen Sicherung des Grund und Boden besitzenden Landwirtes gegenüber dem in der Industrie Beschäftigten. Dieser Vorteil - in Einkommen nicht ausdrückbar - sollte mehr beachtet und gewürdigt werden.

Fehl am Platze ist es auch, Sozialpolitik über den Markt zu betreiben. "Soziale Preise, die der Kaufkraft einkommensschwacher Bevölkerungskreise Rechnung tragen, werden durch die Wettbewerbsordnung insoweit gewährleistet, als durch die Bekämpfung von Monopolen und die Sicherstellung einer möglichst vollständigen Konkurrenz eine Ausbeutung der Verbraucher verhindert und möglichst rationelle Produktions- und Verteilungs-

methoden gefördert werden."¹⁾

Eine staatliche Vorratshaltung ist grundsätzlich mit der Marktwirtschaft vereinbar und erwünscht, wenn sie sich auf folgende Aufgaben beschränkt:

- a) Verringerung übermässiger Saisonschwankungen der Preise,
- b) Ausgleich zwischen Jahren mit hohen und geringen Ernten,
- c) Sicherung einer ununterbrochenen Versorgung.

Es erscheint eine Lösung am Platze, in der das Ordnungsprinzip freier Preisbildung für den Ausgleich von Angebot und Nachfrage sorgt, die gleichzeitig aber die Erfüllung der berechtigten agrarpolitischen Ziele ermöglicht. Ferner soll die Ordnung der Agrarwirtschaft sowohl den nationalen wie den internationalen Handel aus der staatlichen Bevormundung entlassen und dessen freie Betätigung ermöglichen.

Dass eine Lösung, die die Preisbildung wieder dem Markt überträgt, Härten mit sich bringen würde, soll nicht verschwiegen werden. Der Landwirtschaft soll jede mögliche Hilfe gewährt werden, die der Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit dient. Das Hauptaugenmerk muss aber auf eine strukturelle Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft gerichtet sein, ein Ziel, das über gesetzlich garantierte Preise keineswegs erreicht werden kann. Starre Preise dienen der Konservierung eines gegebenen Zustandes. Für die Landwirtschaft gilt es aber, einen Anpassungsprozess aus-

1) Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Gutachten des Ausschusses für landwirtschaftliche Marktordnung, Bonn 1950, S.15.

zulösen und zu vollziehen.

Deshalb müssen gezielte Subventionen die gesetzlich garantierten Preise ersetzen. Mit diesen fällt aber auch weitgehend die Marktordnung. Die gezielten Subventionen sind zugleich offene Subventionen und bestimmen eindeutig ihre Verwendung, was bei den stillen Subventionen, die heute über die garantierten Preise gezahlt werden, nicht der Fall ist. Gezielte Subventionen sollen die durchaus positiven Massnahmen des "Grünen Planes" ergänzen, die auf die Verbesserung der Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe abzielen, wie Aussiedlung, Aufstockung, Flurbereinigung, Wegebau usw.

Freilich müsste man sich dann endgültig damit abfinden, dass sich die vorhandene dörfliche und bäuerliche Struktur zutiefst wandelt und der konservativ denkende Bauer dem nach Neuerungen strebenden und scharf kalkulierenden Landwirt weichen muss. Der Bauernhof muss die falsche "Romantik" verlieren und Zeugnis von "echtem" Wirtschaften ablegen. Damit soll allen denjenigen widersprochen werden, die immer nur die sozialen, soziologischen und ethischen Nachteile einer Befürwortung der freien Marktwirtschaft entgegenstellen. Wettbewerbsfähige Betriebe werden auf die Dauer grössere soziale Sicherheit geben als künstlich am Leben erhaltene.

Die Chance, welche die EWG für die Ausrichtung der Betriebe an dem nationalen und internationalen Wettbewerb gebracht hat, wurde in der Landwirtschaft bis heute kaum genutzt. Sollte nicht alles versucht werden, diese Möglichkeit auszuschöpfen? Mit der beabsichtigten Ausweitung der Marktordnung auf fast alle landwirt-

schaftlichen Erzeugnisse wird der Landwirtschaft ein schlechter Dienst erwiesen. Nur gezielte Massnahmen, welche die Struktur der Betriebe und damit die Wettbewerbsfähigkeit verbessern, werden auf die Dauer einer gesunden Landwirtschaft dienen. Entfällt aber die Notwendigkeit, die Landwirtschaft über gesetzlich garantierte Preise am Leben zu erhalten, steht einem freien Wettbewerb des Handels und damit seiner freien Betätigung in allen Funktionen nichts mehr entgegen. Somit hängt die Zukunft des Getreidehandels ganz entscheidend von dem künftigen Weg ab, der für die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit in der Landwirtschaft gewählt wird.

A u s b l i c k

Das Ziel der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, einen gemeinsamen Agrarmarkt zu schaffen, muss uneingeschränkt unterstützt werden. Zweifellos hat die nationale Entwicklung zu sehr unterschiedlichen Verhältnissen hinsichtlich der Organisation der Agrarmärkte, insbesondere der allgemeinen Markt- und Preissituation, geführt. Die Verschmelzung dieser unterschiedlichen Märkte wird erhebliche Übergangsschwierigkeiten mit sich bringen, die im Interesse einer reibungslosen Entwicklung des Gemeinsamen Marktes überbrückt werden müssen. Die Ausweitung des nationalen Marktes bringt auch für den Getreidehandel neue und besondere Aufgaben.

Diese neuen Aufgaben sind einerseits in einer Beratungsfunktion für die wirtschaftspolitisch entscheidenden Institutionen, andererseits auf dem kommerziell-technischen Gebiet zu suchen. Eine besondere Aufgabe ist es, den Landwirten bei der Anpassung an den neuen Markt zu helfen.

Vom Erkennen und von der Erfüllung der neuen Aufgaben, welche die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft dem Getreidehandel stellt, hängt es ab, welche Stellung er in dem grösseren Markt einnimmt. In jedem Falle sieht sich der freie Handel einem stärkeren Wettbewerb der Genossenschaften gegenüber, den er nur gewinnen kann, wenn er eine grössere Leistungsfähigkeit im übernationalen Handel beweist. Der Getreidehandel wird erhebliche Anstrengungen zur Untersuchung der nationalen Absatzmärkte machen müssen, um seine Aufgabe als Vermittler des natio-

nen Angebotes und die Nachfrage zu erfüllen. Eine Modernisierung des Handelsapparates und der Handelswege scheint dabei angebracht. Nur wenn sich der Getreidehandel für die neuen Aufgaben fähig erweist, hat er die Chance, auch im Gemeinsamen Markt ein wertvolles und notwendiges Glied im Wirtschaftsgefüge zu sein.

T a b e l l e n

Tabellenanhang¹⁾

Tabelle 1:

Durchschnittliche Hektarerträge von Winterroggen und
Winterweizen im Bundesgebiet von 1935 - 1959

Jahresdurchschnitte	Winterroggen dz/ha	Winterweizen dz/ha
1935-1938	20,1	24,6
1946-1948	16,0	17,8
1949-1951	23,2	27,3
1952-1954	24,6	27,1
1955-1957	25,1	30,5
1958	25,1	28,5
1959	27,5	34,1

Tabelle 2 :

Anbauflächen von Getreide und dessen Anteil an der Gesamt-
ackerfläche

(1935/38, 1948, 1951 bis 1959)

Jahre	Anbaufläche in 1000 ha	in % der Gesamtackerfläche
1935/38	5 152	59,8
1948	4 204	52,2
1951	4 368	54,8
1952	4 660	-
1953	4 738	-
1954	4 770	58,5
1955	4 802	-
1956	4 870	-
1957	4 874	60,4
1958	4 915	61,2
1959	4 934	61,7

¹⁾ Die in den Tabellen angeführten Zahlen sind ausnahmslos folgender Quelle entnommen: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 1959, Hamburg-Berlin 1960

Tabelle 3 :

Anbauverhältnis der Getreidesorten auf dem Ackerland.

(1935/38, 1953/58, 1959)

Fruchtarten (Anbau in v.H. des Ackerlandes)

	1935/38	1953/58	1959
Weizen ¹⁾	13,1	14,7	16,6
Roggen	19,2	18,2	17,7
Gerste	9,4	10,1	11,8
Hafer	15,9	11,6	10,0
Getreide zus. ²⁾	59,9	59,7	61,7

¹⁾ Einschl. Dinkel, Spelz, Emmer. - ²⁾ Einschl. Menggetreide und Körnermais

Tabelle 4 :

Verwendung der Getreidernte durch die Landwirtschaft.

1935/38, 1950/51, 1955/56 bis 1958/59

Unterteilung 1935/38 1950/51 1955/56 1956/57 1957/58 1958/59

1. In 1000 t.

Ernte	10 487	10 206	12 481	13 133	13 484	13 083
Bestandsänderg.	-	-85	-200	+125	-95	-55
Verbrauch	10 487	10 201	12 681	13 008	13 579	13 138

davon:

Schwund	313	306	372	394	404	393
Saatgut	844	705	804	773	779	782
Futter i.d. Landw.	4 560	5 530	6 268	6 254	6 468	6 208
Lohnmüllerei	1 050	1 000	715	665	575	585
Verkäufe	3 720	2 950	4 522	4 922	5 353	5 170

2. In v.H. des Verbrauchs

Schwund	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0
Saatgut	8,0	6,8	6,3	6,0	5,7	6,0
Futter i.d. Landw.	43,5	51,8	49,4	48,1	47,7	47,3
Lohnmüllerei	10,0	9,7	5,6	5,1	4,2	4,4
Verkäufe	35,5	28,7	35,7	37,8	39,4	39,3

Tabelle 5 :

Anteil des Verbrauchs aus Inlandserzeugung am Gesamtverbrauch.
 1935/38, 1950/51, 1955/56 bis 1958/59
 in v. H.

Erzeugnisse	1935/38	1950/51	1955/56	1956/57	1957/58	1958/59
Weizen	65	51	54	53	58	61
Roggen	89	84	98	99	98	99
Brotgetr.zus.	77	65	71	70	73	75
Futter- und In- dustriegetreide	80	78,	72	66	67	66
Getreide insg.	78	70	72	68	70	71

Tabelle 6 :

Entwicklung des Verbrauchs von Getreideerzeugnissen.
 1935/38, 1950/51, 1954/55 bis 1958/59

Nahrungsmittel	1935/38	1950/51	1954/55	1955/56	1956/57	1957/58	1958/59
	<u>1. in 1000 t</u>						
Weizenmehl	2 350	3 056	3 284	3 240	3 198	3 190	3 118
Roggenmehl	1 808	1 735	1 514	1 459	1 432	1 376	1 311
Brotgetreide- mehl zusan.	4 158	4 791	4 798	4 699	4 630	4 566	4 429
Futtergetreide- erzeugn. zus.	96	148	151	156	171	179	180
Getreideerzeug. zus. (Mehlwert)	4 254	4 939	4 949	4 855	4 801	4 745	4 609
	<u>2. je Kopf kg/Jahr</u>						
Weizenmehl	61,0	61,8	64,2	62,7	61,1	60,1	58,1
Roggenmehl	47,0	35,1	29,6	28,2	27,4	26,0	24,4
Brotg.-mehl-zus.	108,0	96,9	93,8	90,9	88,5	86,1	82,5
Futtergetr.-er- zeugn. zus.	2,5	3,0	3,0	3,0	3,2	3,4	3,4
Getreideerzeugn. zus. (Mehlwert)	110,5	99,9	96,8	93,9	91,7	89,5	85,9

Tabelle 7 :

Getreideverkäufe der Landwirtschaft nach Wirtschaftsjahren.

1935/38, 1950/51, 1955/56 bis 1958/59

Getreidearten 1935/38 1950/51 1955/56 1956/57 1957/58 1958/59

	<u>1. In 1000 t</u>					
Roggen	1 350	1 100	1 573	1 670	1 800	1 765
Weizen	1 420	1 200	1 816	1 977	2 280	2 168
Brotgetreide	2 770	2 300	3 389	3 647	4 080	3 933
Gerste	700	500	889	1 028	1 075	1 032
Hafer	250	150	244	247	198	205
Futter-u.Ind.- getreide	950	650	1 133	1 275	1 273	1 237
Getreide insg.	3 720	2 950	4 522	4 922	5 353	5 170

	<u>2. In v.H. der Ernte</u>					
Roggen	42,5	34,6	43,0	42,8	45,1	45,0
Weizen	56,5	45,9	53,8	56,7	59,3	58,7
Brotgetreide	48,7	39,7	47,1	49,4	52,1	51,7
Gerste	40,6	34,0	42,8	44,5	42,9	42,7
Hafer	8,2	5,1	7,3	7,2	6,3	6,7
Futter-u.Ind.- Getreide	20,0	14,8	20,9	22,2	22,5	22,6
Getreide insg.	35,6	29,0	36,2	37,5	39,5	39,5

Tabelle 8 :

Versorgung mit Weizen. (1935/38, 1950/51, 1955/56- 1958/59)

1000 t

Bilanzposten	1935/38	1950/51	1955/56	1956/57	1957/58	1958/59
Eigenerzeug.	2 515	2 614	3 378	3 486	3 843	3 693
Bestandsänderung						
in 1.Hand	-	-25	-10	+20	-15	+ 0
in 2.Hand	-	+40	-67	+809	+9	-150
Einführen	1 330	2 430	2 554	3 290	2 623	2 471
Ausführen	-	65	337	308	596	603
Gesamt-Verbr.	3 845	4 964	5 672	5 639	5 876	5 711

Tabelle 5 :

Anteil des Verbrauchs aus Inlandserzeugung am Gesamtverbrauch.
1935/38, 1950/51, 1955/56 bis 1958/59
in v. H.

Erzeugnisse	1935/38	1950/51	1955/56	1956/57	1957/58	1958/59
Weizen	65	51	54	53	58	61
Roggen	89	84	98	99	98	99
Brotgetr. zus.	77	65	71	70	73	75
Futter- und In- dustriegetreide	80	78	72	66	67	66
Getreide insg.	78	70	72	68	70	71

Tabelle 6 :

Entwicklung des Verbrauchs von Getreideerzeugnissen.
1935/38, 1950/51, 1954/55 bis 1958/59

Nahrungsmittel	1935/38	1950/51	1954/55	1955/56	1956/57	1957/58	1958/59
	<u>1. in 1000 t</u>						
Weizenmehl	2 350	3 056	3 284	3 240	3 198	3 190	3 118
Roggenmehl	1 808	1 735	1 514	1 459	1 432	1 376	1 311
Brotgetreide- mehl zusan.	4 158	4 791	4 798	4 699	4 630	4 566	4 429
Futtergetreide- erzeugn. zus.	96	148	151	156	171	179	180
Getreideerzeug. zus. (Mehlwert)	4 254	4 939	4 949	4 855	4 801	4 745	4 609
	<u>2. je Kopf kg/Jahr</u>						
Weizenmehl	61,0	61,8	64,2	62,7	61,1	60,1	58,1
Roggenmehl	47,0	35,1	29,6	28,2	27,4	26,0	24,4
Brotg.-mehl zus.	108,0	96,9	93,8	90,9	88,5	86,1	82,5
Futtergetr.-er- zeugn. zus.	2,5	3,0	3,0	3,0	3,2	3,4	3,4
Getreideerzeugn. zus. (Mehlwert)	110,5	99,9	96,8	93,9	91,7	89,5	85,9

Tabelle 7 :

Getreideverkäufe der Landwirtschaft nach Wirtschaftsjahren.

1935/38, 1950/51, 1955/56 bis 1958/59

Getreidearten 1935/38 1950/51 1955/56 1956/57 1957/58 1958/59

	<u>1. In 1000 t</u>					
Roggen	1 350	1 100	1 573	1 670	1 800	1 765
Weizen	1 420	1 200	1 816	1 977	2 280	2 168
Brotgetreide	2 770	2 300	3 389	3 647	4 080	3 933
Gerste	700	500	889	1 028	1 075	1 032
Hafer	250	150	244	247	198	205
Futter-u.Ind.- getreide	950	650	1 133	1 275	1 273	1 237
Getreide insg.	3 720	2 950	4 522	4 922	5 353	5 170
	<u>2. In v.H. der Ernte</u>					
Roggen	42,5	34,6	43,0	42,8	45,1	45,0
Weizen	56,5	45,9	53,8	56,7	59,3	58,7
Brotgetreide	48,7	39,7	47,1	49,4	52,1	51,7
Gerste	40,6	34,0	42,8	44,5	42,9	42,7
Hafer	8,2	5,1	7,3	7,2	6,3	6,7
Futter-u.Ind.- Getreide	20,0	14,8	20,9	22,2	22,5	22,6
Getreide insg.	35,6	29,0	36,2	37,5	39,5	39,5

Tabelle 8 :

Versorgung mit Weizen. (1935/38, 1950/51, 1955/56- 1958/59)

1000 t

Bilanzposten 1935/38 1950/51 1955/56 1956/57 1957/58 1958/59

Eigenerzeug.	2 515	2 614	3 378	3 486	3 843	3 693
Bestandsänderung						
in 1.Hand	-	-25	-10	+20	-15	+ 0
in 2.Hand	-	+40	-67	+809	+9	-150
Einfuhren	1 330	2 430	2 554	3 290	2 623	2 471
Ausfuhren	-	65	337	308	596	603
Gesamt-Verbr.	3 845	4 964	5 672	5 639	5 876	5 711

Tabelle 9 :

Versorgung mit Getreide insgesamt.

1935/38, 1950/51, 1955/56 bis 1958/59

1 000 t

Bilanzposten 1935/38 1950/51 1955/56 1956/57 1957/58 1958/59

1. Versorgungsbilanz

Eigenerzeug.	10 487	10 206	12 481	13 133	13 484	13 083
Bestandsänd.						
in 1.Hand	-	-85	-200	+125	-95	-55
in 2.Hand	-	-327	-263	+1 123	-49	+12
Einfuhren	2 900	3 816	4 795	6 327	5 156	5 353
Ausfuhren	-	83	873	619	931	1 037
Gesamt-Verbr.	13 387	14 351	16 866	17 593	17 853	17 442

2. Aufteilung des Gesamtverbrauchs

Futter i.d.						
Landwirtschaft	4 560	5 330	6 268	6 254	6 468	6 208
Futter u. Markt	1 240	961	1 900	2 572	2 608	2 600
Saatgut	844	705	804	773	779	782
Industr.-Verbr.	810	682	1 177	1 302	1 418	1 447
Ernteschwund ¹⁾	313	306	372	394	404	393
Marktverluste ²⁾	130	161	92	94	94	96
Nahrungsverbr.	5 490	6 216	6 253	6 204	6 082	5 916

¹⁾ 3 v.H. der Ernte.- ²⁾ Bis 1953/54 = 2,5 v.H., ab 1954/55 Roggen und Futtergetreide = 2 v.H., Weizen = 1 v.H.

Tabelle 10 :

Einfuhr von Getreide und Getreideerzeugnissen. in 1 000 t
ohne Lohnveredelungsverkehr einschl. Liefer. aus d. sowj. Besatz.-Zone.

Erzeugnisse 1935/38	1950/51	1955/56	1956/57	1957/58	1958/59
Weizen .	2 293,3	2 553,3	3 288,8	2 621,9	2 458,7
Weizenerzeugn. .	109,7	0,6	0,8	0,8	9,5
Weizen zus. ¹⁾ 1 330	2 430,4	2 554,1	3 289,8	2 623,1	2 470,7
Roggen einschl. ¹⁾					
Roggenmehl 370	185,1	27,6	140,8	116,6	22,1
Brotgetr. zus. ¹⁾ 1 700	2 615,5	2 581,7	3 430,6	2 739,7	2 492,8
Futtergetr. zusammen ¹⁾ 1 200	1 200,6	2 213,2	2 896,6	2 416,5	2 860,5
Getreide u. d. Erzeugn. ins. ¹⁾ 2 900	3 816,1	4 794,9	6 327,2	5 156,2	5 353,3

¹⁾ in Getreidewert

Tabelle 11 :

Einfuhr von Weizen und Weizenerzeugnissen nach Herstellungsländern
(einschl. Lieferungen aus der sowj. Besatzungszone)
1950/51, 1955/56 bis 1958/59 in 1000 t

Herstellungsländer	1950/51	1955/56	1956/57	1957/58	1958/59
USA	1 691	565	1 091	485	529
Kanada	0	677	1 090	983	926
Argentinien	169	352	228	387	315
Australien	33	69	362	3	49
Frankreich	296	616	85	556	263
Italien	-	0	51	24	37
Schweden	39	83	162	83	88
Türkei	2	33	6	0	132
Übrige westeurop. Länder	1	7	2	7	36
UdSSR	-	13	15	6	39
Übrige Ostblock- länder	117	50	16	15	15
Syrien	4	0	35	42	1
Übrige Länder	78	89	69	29	0
Sowj. Bes. Zone	-	-	78	3	41
Insgesamt	2 430	2 554	3 290	2 623	2 471

Tabelle 12 :

Ausfuhr von Getreide und Getreideerzeugnissen (ohne Lohnveredelu
verkehr einschl. Lieferungen in die sowj. Besatzungszone)
1950/51, 1955/56 bis 1958/59
in 1 000 t

Erzeugnisse	1950/51	1955/56	1956/57	1957/58	1958/59
Weizen	0,5	12,3	10,7	13,5	38,7
Weizenerzeugnisse	51,0	258,9	237,4	462,0	451,2
<u>Weizen zus.</u> (in G.W.)	64,3	336,2	307,9	596,1	602,9
Roggen einschl. Roggenmehl (in G.W.)	12,5	332,1	165,3	236,6	278,7
<u>Brotgetr. zus.</u> (in G.W.)	76,8	668,3	474,2	832,7	881,6
Futtergetreide zus. (in G.W.)	6,1	163,8	125,7	184,0	134,4
Getreide und Getreide- erzeugn. insg. (in G.W.)	82,9	832,1	599,9	1 101,7	1 016,0

G.W. = Getreidewert

Literaturverzeichnis

I. Bücher:

- Abel, Wilhelm: Agrarpolitik, 2.Aufl., Göttingen 1958
Der Landwarenhandel in der deutschen Volkswirtschaft, Hannover o.J.
- Blumenthal, Hermann: Die Berliner Produktenbörse unter besonderer Berücksichtigung des Getreidehandels, Leipzig 1926
- Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Hamburg-Berlin, Jg.1958 und 1959
- Boerckel, Werner: Einfuhr- und Vorratsstellen als Mittel der Agrarpolitik, Mainz 1959
- Buss, J.P.: Handbuch der Deutschen Produktenbörsen, Teil I, Mannheim o.J.
- Eckardt, O.: Getreidekunde, Detmold 1955
- Fischer, Guido: Betriebliche Marktwirtschaftslehre, Heidelberg 1953
- Gutenberg, Erich: Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, 2.Bd: Der Absatz, Berlin-Göttingen-Heidelberg 1955
- Henzler, Reinhold: Genossenschaftswesen, 2.Aufl., Wiesbaden 1953
- Jöhlinger, Otto: Die Praxis des Getreidegeschäftes, 3.Aufl., Berlin 1925
- Jonas, Heinrich H.: Grenzen der Kreditfinanzierung, Wiesbaden 1960

- Kreuzer, G.: Das Früchtepfandrecht, Hannover 1955
- Landhandels-Verband Bayern e.V.: Der bayerische Landhandel und seine Organisation, München 1958
- Der bayerische Landwarenhandel, München 1959
- Modest, Fritz: Kommentar zum Getreidegesetz, Heidelberg 1953
- Müller-Armack: Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft, Hamburg 1948
- Nieschlag, Robert: Binnenhandel und Binnenhandelspolitik, Berlin 1959
- Oberparleiter, Karl: Funktionen und Risiken des Warenhandels, 2.Aufl., Wien 1955
- Plate, Roderich: Der Weltgetreidemarkt nach dem 2.Weltkrieg, Hamburg 1950
- Plate-Fischer-Gleissner: Landwirtschaftliche Marktkunde, Bonn-München-Wien 1956
- Polak, N.J.: Grundzüge der Finanzierung mit Rücksicht auf die Kreditdauer, 1.Aufl., Berlin 1926
- Röpke, Wilhelm: Weltwirtschaft und Aussenhandelspolitik, Berlin-Wien 1931
- Seyffert, Rudolf: Wirtschaftslehre des Handels, 3.Aufl., Köln und Opladen 1957
- Sundhoff, Edmund: Die Handelsspanne, Köln 1953
- Teichmann, Ulrich: Die Politik der Agrarpreisstützung - Marktbeeinflussung als Teil des Agrarinterventionismus in Deutschland, Köln-Deutz 1955
- Weber, Adolf: Kurzgefasste Volkswirtschaftspolitik, 6.Aufl. Berlin 1951
- Wirtschaftswissenschaftliches Institut der Gewerkschaft Köln: Probleme Westdeutscher Agrarpolitik, Köln 1953

II. Dissertationen:

- Brodtmann, Günther: Der deutsche Getreide- und Futtermittelhandel in der Nachkriegszeit, Diss. Borna-Leipzig 1933
- Dackau, Wolfgang: Die Getreidemarktpolitik Westdeutschlands nach dem zweiten Weltkrieg, unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse nach der Währungsreform im Jahre 1948, Diss. Kiel 1957
- Fischer, H.G.: Kreditgarantiegemeinschaften - ein Beitrag zum Thema Mittelstandskredit, Diss. München 1959
- Gäfen, Dieter: Der westdeutsche Getreideimport - seine Technik und Problematik, Diss. Köln 1952
- Gollwitzer, Josef: Die landwirtschaftlichen Genossenschaften und der Getreidehandel, Diss. München 1934
- Grote, Herwig Ch.: Die Schiedsgerichtsbarkeit im Getreidehandel, Diss. Freiburg 1952
- Henrich, Rolf: Die Getreidewirtschaftspolitik Westdeutschlands in der Zeit von 1945 - 1952, Diss. Köln 1954
- Kayser, Wolfgang: Die Getreidemarktordnung im Bundesgebiet nach dem Gesetz über den Verkehr mit Getreide und Futtermittel vom 4. Nov. 1950, Diss. Marburg 1954
- Klipper, Helmut: Die Getreidewirtschaft in Südwestdeutschland. Diss. Hohenheim 1953
- Länge, Kurt: Die Entwicklung des Getreidehandels im Rahmen der Getreidepolitik der Vereinigten Staaten von Amerika und Deutschland, Diss. Würzburg 1936

- Rieden, Ferdinand: Der Getreidegrosshandel in Deutschland vor und nach dem Kriege, Diss. Göttingen 1927
- Schlotter, Hans-Günter: Die Erhebung von Abschöpfungsbeträgen bei der Einfuhr von Nahrungs- und Futtermitteln, Diss. Göttingen 1956
- Schmitz, Heio: Öffentlich-rechtliche Stellung und Aufgaben der Einfuhr- und Vorratsstelle für Getreide und Futtermittel, Diss. Köln 1956
- Suttner, Ingwelda: Die Sonderstellung des Getreidemarktes in der deutschen Handelspolitik, Diss. München 1946
- Wenkstern, Reinhard: Die Aufgaben des Getreidehandels und ihre Wandlungen seit dem Weltkrieg 1914/18, Diss. Hamburg 1947

III. Artikel, Aufsätze, Beiträge zu Festschriften
und Sammelwerken

- Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Probleme des gemeinsamen Agrarmarktes in deutscher Sicht, in: Landwirtschaft - Angewandte Wissenschaft, Nr.90
- Bungartz, H.: Berechnung der Trocknungskosten, in: Ernährungsdienst, 13.Jg., Nr.100 (30.Aug.1958), S.7
- Conseil des Fédérations Commerciales d'Europe: Der Wettbewerb zwischen Privathandel und Genossenschaften, Paris o.J.
- Doehring, C.: Zuschüsse für Getreidelagerbau, in: Ernährungsdienst, 14.Jg., Nr.109 (26.Sept.1959), S.6

- Doehring, C.: Wachsender Kreditbedarf des Landhandels, in: Ernährungsdienst, 13.Jg., Nr.107 (16.Sept.1958), S.2
- Forstmeier, G.: Anpassung an den Erntedrusch, in: Ernährungsdienst, 13.Jg., Nr.130 (8.Nov.1958), S.7
- Gocht, H.: Der Markt für Getreide und Kartoffeln, in: Ernährungsdienst, 14.Jg., Nr.63 (9.Juni 1959), S.6
- Grupe, D.: Die Getreidewirtschaft im Gemeinsamen Markt, in: Agrarwirtschaft, 7.Jg., Heft 6, S.165 - 178
- Hagedorn, Th.: Getreidelagerbau im Grünen Plan, in: Ernährungsdienst, 14.Jg., Nr.36 (2.April 1959), S.5
- Hamann: Marktforschung und Preisgestaltung, in: Ernährungsdienst, 14.Jg., Nr.81 (23.Juli 1959), S.1 und 2
- Hammer, Wilhelm: Aufgaben und Bedeutung des Getreidehandels, in: Festschrift zum Internationalen Getreidehandelstag 1953 in Hamburg, Hannover o.J., S.19
- Hanau, Arthur: Probleme der Agrarpolitik, in: Festschrift zum Internationalen Getreidehandelstag 1953 in Hamburg, Hannover o.J., S.26
- Hauenstein, Fritz: Die Bastion der Agrarpolitik, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Jg.1960, Nr.7 (9.Jan.1960), S.5
- Havestedt, H.: Kosten und Kostenrechnung im Landhandel, in: Ernährungsdienst, 14.Jg., Nr.27 (7.März 1959), S.10
- Kurth, H.: Besatzbewertung im Lagerhaus, in: Ernährungsdienst, 13.Jg., Nr.149 (30.Dez.1958), Sonderdruck

- Kugler, Georg: Wie kann der Landwarenhandel die Qualitätserzeugung fördern, in: Berichte auf der 2. Getreidetagung vom 21. - 23. Mai 1958 in Detmold, Detmold 1958, S. 166
- Ludewig: Unzureichende Kostendeckung durch Report, in: Ernährungsdienst, 14. Jg., Nr. 146 (24. Dez. 1959), S. 8
- Lück, Günther: Der deutsche Getreidehandel, Struktur, Lage und Aufgaben, in: Festschrift zum deutschen Getreidehandelstag Hannover 1951, Hannover o. J., S. 13
- Marschall, F.: Der rechtliche Aufbau der Produktenbörse, in: Handbuch der Deutschen Produktenbörsen, Teil I, Mannheim o. J., S. 3
- Menth, O.: Der Bayerische Landwarenhandel, Vortrag am 29. 1. 1959 vor der Schweizer Vereinigung des privaten landwirtschaftlichen Handels, Bern 1959, Manuskript München 1959
- Müller, E.: Auswirkungen des Beförderungsteuergesetzes, in: Ernährungsdienst, 13. Jg., Nr. 124 (25. Okt. 1958), S. 6
- Rumohr, Markus: Marktbeziehungen zwischen der Landwirtschaft und ihren Partnern, in: Schriftenreihe des Instituts für Handelsfragen, Heft 9, Bad-Godesberg 1957
- Rusche, G.: Der Handelsverkehr mit Getreide, in: Ernährungsdienst, 14. Jg., Sondernummer (12. Mai 1959), S. 10
- Strothe, Alfred: Gedanken zum Internationalen Weizenabkommen, in: Festschrift zum Internationalen Getreidehandelstag 1953 in Hamburg, Hannover o. J., S. 52

Thielebein, M. und Fischenich, O.: Direkter und indirekter Einfluss der wichtigsten Ernteverfahren auf die Getreidequalität, in: Berichte auf der 2. Getreidetagung vom 21. - 23. Mai 1958 in Detmold, Detmold 1958, S. 101

Tschiersch, G.: Die automatische Probenahme, in: Ernährungsdienst, 14. Jg., Nr. 62 (6. Juni 1959), S. 5

Waltl, K.: Einfluss des Mähdrusches auf die Qualität von Brotgetreide, in: Berichte auf der 2. Getreidetagung vom 21. - 23. Mai 1958 in Detmold, Detmold 1958, S. 130

Cornelsen, Franz: Die Landwirtschaft der Bundesrepublik, Cornelsenbogen, Berlin 1958

IV. Artikel ohne Verfasser

Bundesbahn-Transporte von Agrargütern, in: Ernährungsdienst, 14. Jg., Nr. 27 (7. März 1959), S. 8

Getreideverkehr stark benachteiligt, in: Ernährungsdienst, 14. Jg., Nr. 31 (17. März 1959), S. 1

Schnellfeuchtigkeitsbestimmer und Mähdruschgetreide, in: Ernährungsdienst, 14. Jg., Nr. 79 (18. Juli 1959), S. 5

Getreidetrocknung 1950 - 1956, in: Ernährungsdienst, 14. Jg., Nr. 77 (14. Juli 1959), S. 1

Neue Getreidelager- und Trocknungskapazitäten, in: Ernährungsdienst, 14. Jg., Nr. 76 (11. Juli 1959), S. 8

- Getreideverkäufe der Landwirtschaft, in: Ernährungs-
dienst, 14.Jg., Nr.112 (3.Okt.
1959), S.2
- Preisentwicklung für Getreide und Futtermittel im Jahre
1958, in: Ernährungsdienst, 14.Jg.,
Nr.2 (8.Jan.1959), S.3
- Preisvergleich, in: Ernährungsdienst, 14.Jg., Nr.112
(3.Okt.1959), S.13
- Agrareinfuhren mit politischen Auflagen, in: Süddeut-
sche Zeitung, 15.Jg., Nr.198
(19.August 1959), S.11
- Einfuhr- und Versorgungsplan 1959/60, in: Ernährungs-
dienst, 14.Jg., Nr.93 (20.Aug.
1959), S.1 und 2
- IWA bindet 75% des Welthandels, in: Ernährungsdienst,
14.Jg., Nr.31 (17.März 1959), S.2
- Schutz und Förderung der deutschen Flagge, in: Steuer
und Recht, S.58, Beilage zum
Ernährungsdienst, 14.Jg., Nr.15
(26.Sept.1959)
- Teurer Roggen-Export, in: Süddeutsche Zeitung, 16.Jg.,
Nr.156 (30.Juni 1960), S.11
- Verbilligungsmittel für den Roggenexport, in: Ernäh-
rungsdienst, 13.Jg., Nr.130
(8.November 1958), S.2
- Interventionen der EVSt-G, in: Ernährungsdienst, 14.Jg.,
Nr.98 (1.Sept.1959), S.1
- Kosten der Vorratshaltung, in: Ernährungsdienst, 14.Jg.,
Nr.137 (27.Nov.1959), S.1
- Hohe Kredite für staatliche Vorratshaltung, in: Er-
nährungsdienst, 14.Jg., Nr.67
(20.Juni 1959), S.1 und 2

V. Zeitschriften, Berichte und sonstige Quellen

Agrarwirtschaft, Zeitschrift für Betriebswirtschaft
und Marktforschung, Hannover

Agros, Das landwirtschaftliche Magazin, Hannover

Ernährungsdienst, Deutsche Getreidezeitung, Hannover
Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt

Blätter für Genossenschaftswesen, Bonn

Lagerland - Monatsbriefe, München

Deutsche Müller - Zeitung, München

Die Mühle, Wochenschrift zur Förderung des Fortschritts
in Müllerei und Mühlenbau, Det-
mold

Süddeutsche Zeitung, München

Der Volkswirt, Wirtschafts- und Finanzzeitung, Frankfurt

Bundesanzeiger

Geschäftsberichte des Zentralverbandes des Deutschen
Getreide-, Futter- und Dünge-
mittelhandels e.V., Bonn

Geschäftsberichte der 'Lagerland', Vereinigte Landwa-
renkaufleute in Bayern e.G.m.b.H.
München

Jahresberichte des Bayerischen Raiffeisenverbandes e.V.
München

Jahresberichte des Bundesministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten

Jahrbücher des Deutschen Raiffeisenverbandes e.V. Bonn

Bericht über die Lage der Landwirtschaft gemäss § 4
des Landwirtschaftsgesetzes
(Grüner Bericht), Drucksache 200
des Deutschen Bundestages 3. Wahl-
periode

Grüner Plan 1958, Massnahmen der Bundesregierung gemäss
§ 5 des Landwirtschaftsgesetzes,
zu Drucksache 200 des Deutschen
Bundestages 3. Wahlperiode

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und
Forsten: Gutachten des Ausschus-
ses für landwirtschaftliche Markt-
ordnung, Bonn 1950

Auswärtiges Amt: Gutachten zu Fragen einer Euro-
päischen Agrargemeinschaft,
Bonn 1953

Betriebsvergleich im Landhandel 1957, durchgeführt vom
Institut für Handelsforschung an
der Universität zu Köln (unver-
öffentlicht)

L e b e n s l a u f

Geboren am 6. April 1933 in Regensburg. Besuch der Volksschule am Geburtsort. 1943 Übertritt in das humanistische Alte Gymnasium zu Regensburg. 1952 Reifeprüfung. Noch im gleichen Jahr Beginn einer kaufmännischen Lehre in einer Grosshandelsfirma in Regensburg. 1954 Kaufmannsgehilfen-Prüfung. Nach halbjähriger Tätigkeit als kaufmännischer Angestellter im Herbst 1954 Immatrikulation an der Ludwig-Maximilians-Universität in München. Wintersemester 1955/56 und Sommersemester 1956 Studium an der Universität zu Köln. Nach dem 7. Semester im Frühjahr 1958 Diplomprüfung für Kaufleute an der Universität München.

Während der Semesterferien in den verschiedensten Betrieben als Werkstudent beschäftigt. Nach dem Examen einjährige Tätigkeit in einem Getreidegrosshandelsbetrieb.

Vitor Reill

